9 Deutsche Architektur



Berlin
September
1966

V. Bundeskongreß des BDA • Arbeiten des Entwurfsinstituts Prof. Schaarschmidt • Nebenanlagen des Industriebaus

A 2142 E

Die Zeitschrift

Deutsche Architektur

erscheint monatlich

Inlandheftpreis 5,– MDN

Bestellungen nehmen entgegen:

In der Deutschen Demokratischen Republik:
Sämtliche Postämter, der örtliche Buchhandel und der VEB Verlag für Bauwesen, Berlin

Im Ausland:

· Sowjetunion
Alle Postämter und Postkontore sowie die städtischen Abteilungen Sojuspechatj

· Volksrepublik China
Waiwen Shudian, Peking, P. O. Box 50

· Tschechoslowakische Sozialistische Republik
Orbis, Zeitungsvertrieb, Praha XII, Vinohradska 46 – Bratislava, Leningradska ul. 14

· Volksrepublik Polen
P. P. K. Ruch, Warszawa, Wilcza 46

· Ungarische Volksrepublik
Kultura, Ungarisches Außenhandelsunternehmen für Bücher und Zeitungen, Rakoczi ut. 5, Budapest 62

· Sozialistische Republik Rumänien
Directia Generala a Postei si Difuzarii Presei Palatul Administrativ C. F. R., Bukarest

· Volksrepublik Bulgarien
Direktion R. E. P., Sofia, 11 a, Rue Paris

· Volksrepublik Albanien
Ndermarrja Shtetnore Botimeve, Tirana

· Österreich
GLOBUS-Buchvertrieb, Wien I, Salzgries 16

· Für alle anderen Länder:
Der örtliche Buchhandel und der VEB Verlag für Bauwesen, 108 Berlin, Französische Straße 13–14

Für Westdeutschland und Westberlin:
Sämtliche Postämter, der örtliche Buchhandel und der VEB Verlag für Bauwesen, Berlin

Die Auslieferung erfolgt über HELIOS Literatur-Vertriebs-GmbH, Berlin-Borsigwalde, Eichborndamm 141–167
Vertriebs-Kennzeichen: A 2142 E

Verlag
VEB Verlag für Bauwesen, 108 Berlin, Französische Straße 13–14
Verlagsleiter: Georg Waterstradt
Telefon: 22 02 31
Telegrammadresse: Bauwesenverlag Berlin
Fernschreiber-Nummer: 011 441 Techkammer Berlin (Bauwesenverlag)

Redaktion
Zeitschrift „Deutsche Architektur", 108 Berlin, Französische Straße 13–14
Telefon: 22 02 31
Lizenznummer: 1145 des Presseamtes beim Vorsitzenden des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik
Vervielfältigungsgenehmigung Nr. 611/66, 759/66 und 3/46/66 bis 3/48/66

Satz und Druck
Druckerei Märkische Volksstimme, 15 Potsdam, Friedrich-Engels-Straße 24 (I/16/01)



Anzeigen
Alleinige Anzeigenannahme: DEWAG-Werbung, 102 Berlin, Rosenthaler Straße 28–31, und alle DEWAG-Betriebe und -Zweigstellen in den Bezirken der DDR

Gültige Preisliste Nr. 2

Welches Titelbild gefiel Ihnen am besten?

Wir machen unsere Leser, denen die dritte Umschlagseite in unserem Heft 7/1966 entgangen sein sollte, auf unseren Titelbildwettbewerb aufmerksam und erinnern daran, daß am 15. Oktober 1966 Einsendeschluß ist. red.

Aus dem vorigen Heft:

Bauten für Körperkultur und Sport
Algerien – Probleme beim Aufbau eines jungen Nationalstaates
Berlin – Unter den Linden
Genauigkeitswesen (II)

Im nächsten Heft:

18. Plenartagung der Deutschen Bauakademie
Stadtzentren
Wohngebietszentren
Berlin – Unter den Linden
Genauigkeitswesen (III)

Redaktionsschluß:

Kunstdruckteil: 27. Juni 1966
Illusdruckteil: 5. Juli 1966

Titelbild:

Blick auf den sprungschanzenartigen Überlauf der Staumauer Pöhl
Foto: Hochschulfilm- und -bildstelle der Technischen Universität Dresden

Karrikatur:

Gerd Wessel, Berlin

Fotonachweis:

Büro für Städtebau des Rates des Bezirkes Halle (10); Hochschulfilm- und -bildstelle der Technischen Universität Dresden (22); Projektierungsbüro der Fakultät für Bauwesen der Technischen Universität Dresden (11); Horst Schöffler, Meißen (1); VEB Industrieprojektierung Leipzig (5); Volker Waag, Dresden (7); Ekkehard Böttcher, Berlin (4); Märkisches Museum, Berlin (1); Peter Garbe, Berlin (1); VEB Halle-Projekt (1)

9 Deutsche Architektur

XV. Jahrgang
Berlin
September 1966

514 Notizen — red.
516 Grußadressen an den V. Bundeskongreß des BDA
517 Die leitenden Organe des BDA
518 Professor Fritz Schaarschmidt zum 65. Geburtstag — Edmund Collein
■ 518 Arbeiten des Entwurfsinstituts Professor Schaarschmidt
518 ■ Aufgabengebiet des Entwurfsinstituts Professor Schaarschmidt, Technische Universität Dresden — Hugo Schulze
520 Institutsbauten — Hugo Schulze
520 ■ Versuchshalle des Instituts für Fördertechnik, Bau- und Aufbereitungsmaschinen der Technischen Universität Dresden (Experimentalbau)
520 ■ Institut für Thermodynamik und Energiewirtschaft der Technischen Universität Dresden
521 ■ Institut für Steuerungs- und Regeltechnik und Arbeitsstelle für Tieftemperaturphysik der Deutschen Akademie der Wissenschaften in Dresden
521 ■ Erweiterung der chemischen Institute der Technischen Universität Dresden (1. Bauabschnitt)
523 Allgemeiner Industriebau
523 ■ VEB Hochvakuum Dresden — Dietrich Gläßer
528 Bauten der Wasserwirtschaft — Wolfgang Dietrich
■ 534 Nebenanlagen im Industriebau
534 Industrienebenanlagen als Gestaltungsaufgabe — Eberhard Just
535 Die Nebenanlagen im Erdölverarbeitungswerk Schwedt — Ambros G. Gross
538 Verwaltungsgebäude im Erdölverarbeitungswerk Schwedt — Ambros G. Gross
542 Automaten für die Zwischenverpflegung am Arbeitsplatz — André Klimow
545 Rationalisierung und Umgestaltung von Industrie- und Mischgebieten — Hans Mertens
548 Arbeitshygiene für Industriebauer (I) — Volker Waag
552 Industriebauseminar — Ekkehard Böttcher
554 Berlin — Unter den Linden
555 ■ Vier Ecken — vier Architekturen — Eckhard Feige
555 ■ Straße als städtebaulicher Raum — Horst Welser
556 Referat auf dem V. Bundeskongreß des BDA — Edmund Collein
566 Entschließung des V. Bundeskongresses des BDA
570 Architektur und Lebensmilieu des Menschen
■ 572 Informationen

Herausgeber: Deutsche Bauakademie und Bund Deutscher Architekten

Redaktion: Dr. Gerhard Krenz, Chefredakteur
Dipl.-Wirtschaftler Walter Stiebitz, Dipl.-Ing. Claus Weidner, Redakteure
Erich Blocksdorf, Typohersteller



Die Grußadresse des ZK der SED an den V. BDA-Kongreß überbrachte Dipl.-Ing. Gerhard Trölitzsch, Leiter der Abteilung Bauwesen beim ZK der SED

V. BDA-Kongreß

Am 9. und 10. Juni dieses Jahres berieten die 215 ordentlichen Delegierten und 138 Gäste, darunter Vertreter des Zentralkomitees der SED, der Minister für Bauwesen, Vertreter der KDT, der IG Bau-Holz und des Verbandes Bildender Künstler Deutschlands, auf dem V. Bundeskongreß des BDA in Halle über die neuen Aufgaben auf dem Gebiete des Städtebaus und der Architektur.

Der Konreß hatte das Ziel, ausgehend von den neuen Problemen, die sich in der gegenwärtigen Etappe des umfassenden Aufbaus des Sozialismus ergeben, die künftigen Aufgaben des BDA zu bestimmen.

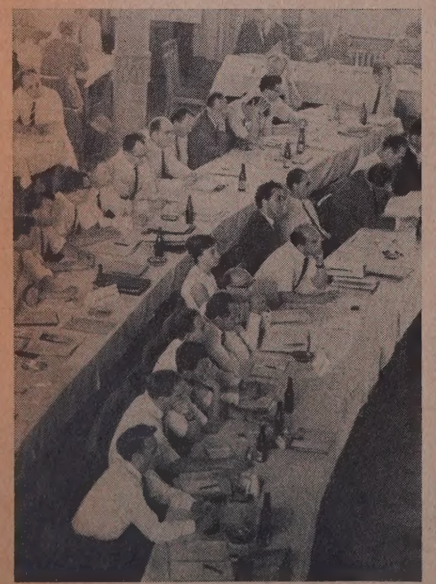
Grundlage der Beratungen waren das Referat von Prof. Dipl.-Architekt Edmund Collein (siehe S. 557 bis 565), der Rechenschaftsbericht des Bundesvorstandes, der Bericht der Zentralen Revisionskommission und der Entschließungsentwurf.

Die wachsende Anerkennung unseres Fachverbandes kam besonders darin zum Ausdruck, daß dem Bundeskongreß wichtige staatliche Ordnungen, wie die Entwürfe der neuen Grundsätze für den Städtebau und die Richtlinie für die Generalplanung der Städte, vor der staatlichen Beschlußfassung zur Beratung vorgelegt wurden.

Der Kongreß wählte den neuen Bundesvorstand und die Zentrale Revisionskommission (siehe S. 517). In der konstituierenden Sitzung des Bundesvorstandes wurden das Präsidium und sein Büro gewählt. Der Bundesvorstand wählte Prof. Dipl.-Architekt Edmund Collein zum Präsidenten des BDA und Dipl.-Ing. Hans Gericke zum 1. Vizepräsidenten.

Der Kongreß wählte Prof. Hanns Hopp in Anerkennung seiner Verdienste zum Ehrenpräsidenten.

Blick in den Tagungsraum während des Kongresses



Minister hielt Schlußwort

Es kann als Ausdruck der guten Beziehungen zwischen den staatlichen Organen und unserem Fachverband gewertet werden, daß sich der Minister für Bauwesen, Wolfgang Junker, bereit erklärte, auf dem V. BDA-Kongreß das Schlußwort zu halten.

Minister Junker ging bei seinem Schlußwort von der nationalen Mission der DDR und den Aufgaben des Bauwesens in der 2. Etappe der Verwirklichung des neuen ökonomischen Systems aus und rief die Architekten auf, ihre ganzen schöpferischen Fähigkeiten für die sozialistische Entwicklung von Städtebau und Architektur einzusetzen. Er brachte seine volle Übereinstimmung mit den im Referat von Prof. Collein dargelegten Vorschlägen zum Ausdruck und dankte den Architekten für ihre Leistungen. Es sei jedoch jetzt notwendig, vom Standpunkt des Nutzeffektes der Investitionen und der kulturellen Bedeutung der Architektur eine höhere Qualität zu erreichen.

Dazu muß auch die staatliche Leitung auf dem Gebiet des Städtebaus und der Projektierung wesentlich verbessert werden. Das Ministerium werde die wertvollen Gedanken, die auf dem Kongreß vorgetragen wurden, gründlich auswerten. Der Minister schlug vor, in den Bezirken, Kreisen und Städten Chefarchitekten einzusetzen, und kündigte eine Projektierungskonferenz an, die noch in diesem Jahr stattfinden soll.



Der Chefarchitekt von Hoyerswerda, Dipl.-Ing. Wagner, im Gespräch mit Minister Junker über die neue Konzeption für das Stadtzentrum von Hoyerswerda

Konstruktive Diskussion

In der Diskussion auf dem V. BDA-Kongreß kamen 18 Delegierte zu Wort. (Insgesamt hatten sich über 30 Kongreßteilnehmer zur Diskussion gemeldet.) Die Diskussion zeichnete sich gegenüber denen auf vorangegangenen Kongressen durch einen kritischen und vor allem konstruktiven Geist aus. Besonders zur Problematik der generellen Stadtplanung, zu den Fragen der Ökonomie und der komplexen Rationalisierung, zur Ausbildung und Weiterbildung der Architekten sowie zur Entwicklung der Architekturwissenschaft wurden sehr anregende Gedanken vorgetragen, die für die künftige Arbeit des Bundes richtungweisend sind. So unterbreitete Frau Dr. Bach Vorschläge für ein umfassendes System der Architektenweiterbildung, die in die Entschließung aufgenommen wurden. In den Diskussionsbeiträgen von Prof. Womacka und Dr. Staufenbiel wurde nicht nur die Notwendigkeit einer engen Gemeinschaftsarbeit von Architekten, bildenden Künstlern und Soziologen betont, sondern es wurden auch gangbare Wege des Zusammenwirkens gewiesen. Den Beifallsrekord mit 36 Sekunden Applaus erhielt Architekt BDA Dorn, der die Preisanordnung für Projektierungsleistung einer prinzipiellen Kritik unterzog und Vorschläge für die Weiterentwicklung der wirtschaftlichen Rechnungsführung im Interesse einer hohen ökonomischen und künstlerischen Qualität der Projekte unterbreitete.

Alle Diskussionsbeiträge, auch die schriftlich eingereichten, werden in einem Bericht über den V. BDA-Kongreß veröffentlicht und den Mitgliedern des Bundes zugestellt.

Pausengespräch in der Ausstellung des V. BDA-Kongresses

Beschlüsse des Kongresses

Die Delegierten des V. BDA-Kongresses nahmen eine Entschließung an (siehe S. 566 bis 569), in der die künftigen Hauptaufgaben des Bundes und seiner Organe für die nächste Etappe festgelegt sind.

In der Entschließung wird den Architekten und Städtebauern die Aufgabe gestellt, durch ökonomisches Denken und künstlerische Meisterschaft einen wichtigen Beitrag zur Erfüllung der nationalen Mission der DDR zu leisten.

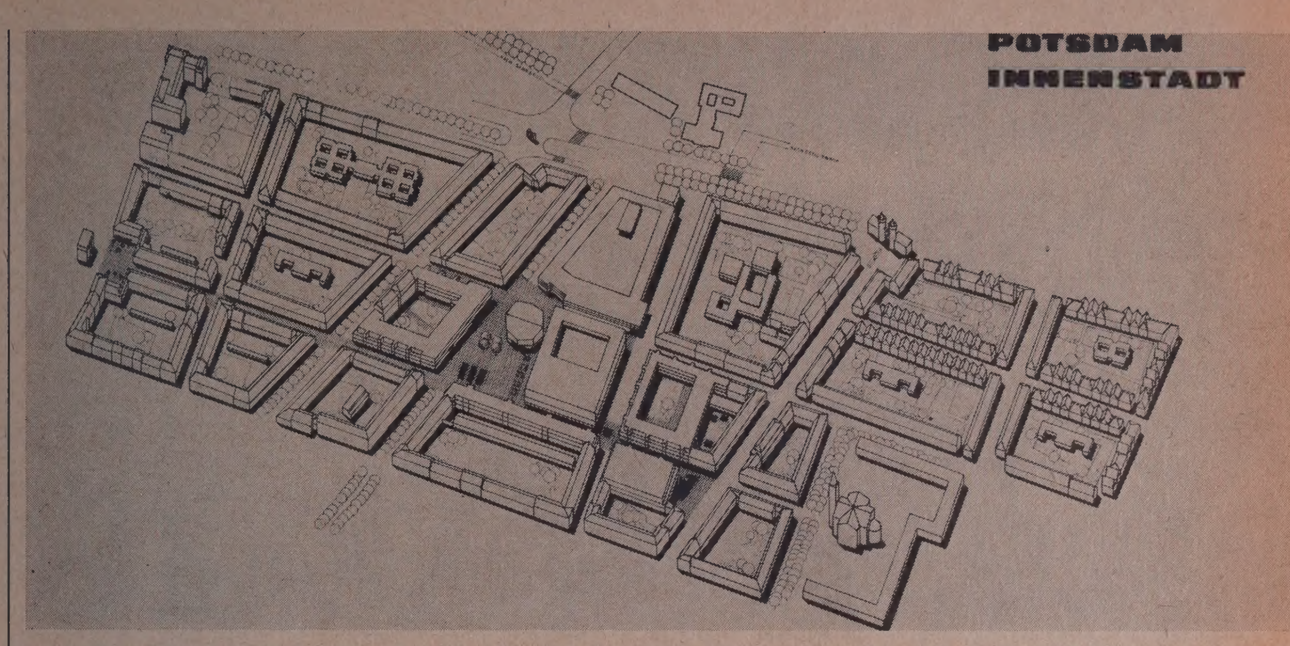
Die Delegierten beschlossen einen Aufruf an die Werktätigen der Bau- und Baumaterialienindustrie, in dem sie die gemeinsame Verantwortung der Projektierung und Bauausführung für eine hohe Qualität der Bauten in den Vordergrund stellen.

Es wurde beschlossen, dem 1. Sekretär des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates, Walter Ulbricht, und dem Vorsitzenden des Ministerrates, Willi Stoph, die dem Kongreß Grußschreiben (siehe S. 516) übermittelt hatten, Antwortschreiben zu übersenden. Darin wird die Bereitschaft der Architekten zum Ausdruck gebracht, ausgehend von den Beschlüssen der Partei und Regierung, ihre ganze schöpferische Kraft für den umfassenden Aufbau des Sozialismus einzusetzen und damit gleichzeitig die Bonner Alleinvertretungsanmaßung zurückzuweisen.

Mit großem Beifall wurde der Beschluß gefaßt, ein Schreiben an den vietnamesischen Architektenverband zu senden, in dem die USA-Aggression verurteilt und die Solidarität gegenüber dem um seine Freiheit kämpfenden Volk Vietnams zum Ausdruck gebracht wird.

Prof. Dr. e. h. Paulick informierte die Delegierten über den Aufbau von Halle-West





Isometrie der mit dem 1. Preis ausgezeichneten Arbeit von Prof. Dr.-Ing. habil. Helmut Trauzettel im Wettbewerb für die Planung der Innenstadt von Potsdam

Neues aus Halle-West

Unter der Leitung des Chefarchitekten, Prof. Dr.-Ing. e. h. Richard Paulick, und seines Stellvertreters, Dr.-Ing. Horst Siegel, arbeitet gegenwärtig ein Kollektiv an der Planung für den 3. Wohnkomplex der Chemiearbeiterstadt Halle-West.

Der 3. Wohnkomplex wird 4440 Wohnungen für 15 800 Einwohner haben. Die Planung sieht eine Einwohnerdichte von 330 Einwohnern je Hektar vor. 18 Prozent der Wohnungen sollen sich in vielgeschossigen Gebäuden befinden. Überwiegend sind fünfgeschossige Wohnbauten vorgesehen. Neben den Wohnbauten ist der Bau von zwei vierzügigen Schulen, sieben kombinierten Kinderkrippen und -gärten, eines Heimes für etwa 150 alte Menschen sowie eines Komplexzentrums geplant. Das Zentrum wird eine Kaufhalle, eine Gaststätte, einen Schulspeisesaal, einen Klub, ein Ambulatorium und andere gesellschaftliche Einrichtungen umfassen.

Ein Kollektiv des VEB Halle-Projekt unter Leitung von Dipl.-Architekt von Jagow bereitet den Bau eines Großhandelslagers im Versorgungszentrum von Halle-West vor. Dieses Großhandelslager ist mit einer Fläche von 38 500 m² das größte seiner Art, das bisher in der DDR gebaut wurde. Es soll ab 1970 in Betrieb genommen werden und von diesem Zeitpunkt an die Lagerung von Lebensmitteln, Obst und Gemüse für Halle, Halle-West und den gesamten Saalkreis allein übernehmen.

Die Lagerhalle soll als Kompaktbau errichtet werden und unter anderem getrennte Kühlblocks für Lebensmittel, Obst und Gemüse und eine Bananen-Reifeanlage erhalten.

Roehampton

Etwa 16 km südwestlich vom Zentrum der englischen Hauptstadt entsteht unter der Leitung des „London County Council", einer städtischen Planungsbehörde, die neue Siedlung Roehampton für 13 000 Einwohner. Das 52 Hektar große Baugelände wird mit elfgeschossigen scheibenförmigen Wohnhäusern, zwölfgeschossigen Punkthäusern, viergeschossigen Maisonette-Wohngebäuden und flachen Kleinhäusern, die für alte Leute vorgesehen sind, bebaut.

Die natürliche Parklandschaft, besonders das Geländerelief und der alte Baumbestand vorhandener Gärten, soll trotz Anwendung von Montagebauweisen weitgehend bewahrt bleiben. Dadurch soll die übliche Trostlosigkeit ähnlicher neuer Wohngebiete vermieden werden. Die Aufwendungen für den Schutz der Bäume sollen durch die Einsparung einer nachträglichen Anpflanzung kompensiert werden.

Ein kleines, mitten im Baugelände liegendes Dorf, Roehampton-Village, wurde nicht abgerissen, sondern rekonstruiert. Die alten, zum Teil historisch wertvollen Gebäude wurden unter Beibehaltung ihrer äußeren Gestalt umgebaut und dienen jetzt als Läden für den täglichen Bedarf, Bibliotheken, Klubs und Gaststätten für gemeinschaftliche Zwecke.

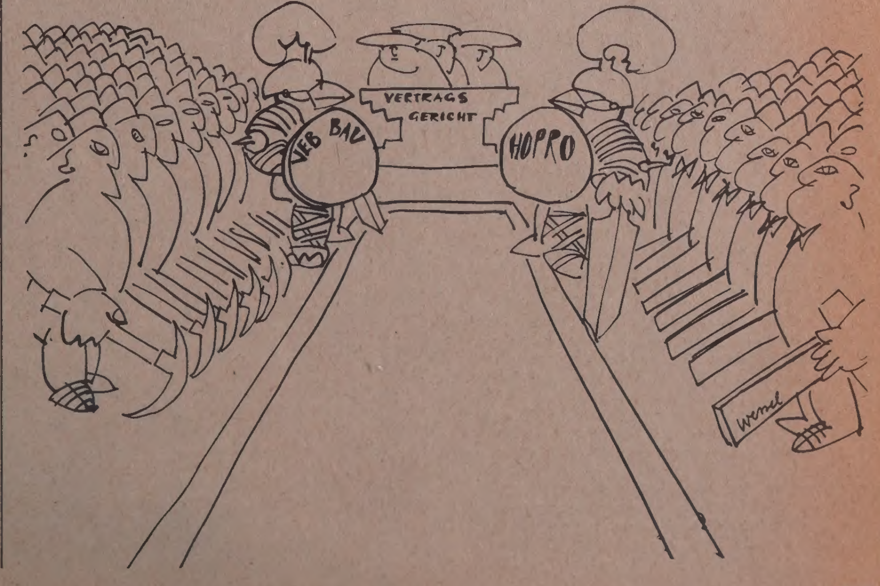
Die Mischung von neuer Bebauung und alter Bausubstanz soll der Siedlung von Anfang an den Charakter des Unfertigen nehmen.

Die geschändete Stadt

Ein scharfes Urteil über den Nachkriegsaufbau in Westdeutschland fällte der Publizist Hans Georg von Studnitz in einem Vortrag in Westberlin. Er erklärte in seinem Beitrag zum Thema „Die geschändete Stadt", daß der westdeutsche Staat als Bauherr versagt habe. Den westdeutschen Behörden, den Planern und Bauherren, aber auch den Architekten warf er vor, beim Wiederaufbau eine einmalige Chance verspielt und menschenfeindliche Häuser und Siedlungen geschaffen zu haben. Als Hauptgrund nannte er jedoch den Verlust des ästhetischen Formgefühls. Viele Bauten hätten eine „Außenhaut ohne Funktion", die jeder Ästhetik hohnspreche.

Besonders bei den umfangreichen Verkehrsbauten haben sich nach der Auffassung des Redners die Stadtplaner dem Auto wie einer Naturkatastrophe unterworfen. Das überall zu beobachtende Entstehen von stadtfernen „Supermärkten" als Konsummagneten, das zu unzumutbaren Entfernungen für die Hausfrauen führt, und die Verkehrsüberlastung, die aus den langen Wegen zwischen Wohnung und Arbeitsplatz resultiert, bewertete er als Zeichen für den mangelnden Willen der Behörden, den Verkehr sinnvoll zu regeln. Er forderte dazu auf, den „Amoklauf" mit seelenlosen Hochhäusern zu beenden und Maßnahmen gegen die weitere Verödung der Innenstädte zu treffen.

Halt, liebe Kollegen! Warum so im Harnisch?
Es gibt eine bessere Lösung: Gemeinschaftsarbeit!



Pläne für Budapest

In Ungarns Hauptstadt Budapest leben heute rund 2 Millionen Menschen. Das sind etwa ein Fünftel der Bürger des ganzen Landes. 300 000 Berufstätige kommen täglich als Einpendler in die Hauptstadt. Dem weiteren Wachsen der Stadt und ihrer zunehmenden internationalen Bedeutung soll ein umfassendes Programm für den Aufbau und die Rekonstruktion Rechnung tragen.

Zu den wichtigsten Vorhaben dieses Programms gehören der Bau neuer Wohngebiete, die Modernisierung der Randbezirke, in denen die Wohnverhältnisse besonders ungünstig sind, der Bau eines Nationaltheaters und mehrerer Hotels sowie die Erweiterung der U-Bahn. Zur Beschleunigung des Wohnungsbaus soll unter anderem aus der UdSSR die komplette Ausrüstung eines Wohnungsbaukombinates mit einer Jahreskapazität von 4000 Wohnungen importiert werden. Nach langen Diskussionen wurde jetzt auch beschlossen, ein 80 Meter hohes Hotel auf der Margareten-Insel zu errichten. Das Hotel, das 400 Zimmer und ein eigenes Thermalbad erhalten wird, soll im Jahre 1969 fertiggestellt werden. 1967 wird das 17geschossige Hotel „Budapest" der Benutzung übergeben. Das neue Nationaltheater wird voraussichtlich 1972 seiner Vollendung entgegengehen.

Die bisher nur 2,5 km lange U-Bahn soll in den nächsten Jahren um 10 km verlängert werden.

Grußadressen an den V. Bundeskongreß des BDA

Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

Verehrter Genosse Präsident!

Liebe Delegierte und Gäste des V. Kongresses des Bundes Deutscher Architekten!

Das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands übermittelt Ihnen und allen Mitgliedern des Bundes Deutscher Architekten die herzlichsten Grüße.

Auf Ihrem Kongreß beraten Sie in diesen Tagen wichtige Aufgaben Ihrer sozialistischen Organisation. Die Architekten und Städtebauer und alle Bauschaffenden der Deutschen Demokratischen Republik haben eine hohe gesellschaftliche Verantwortung.

In der gegenwärtigen Periode des umfassenden Aufbaus des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik und des Kampfes um die Verwirklichung der sozialen und nationalen Mission unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates ist die schöpferische Entwicklung der Architektur und des Städtebaues eine bedeutende Aufgabe. Viele Leistungen auf diesem Gebiet sind in hervorragender Weise geeignet, die Vorzüge unserer sozialistischen Gesellschaftsordnung bei Wahrung der Einheit von Technik, Ökonomie, Funktion und baukünstlerischer Gestaltung überzeugend sichtbar zu machen und die Stärke und Anziehungskraft unserer Republik weiter zu erhöhen. Die Bauten unserer sozialistischen Epoche sollen von der Kühnheit unserer Tage, von unserem Ringen um ein wahrhaft menschliches Deutschland des Friedens, der Demokratie und der befreiten Arbeit künden. Dafür den ganzen Reichtum eigener schöpferischer Gedanken zu entwickeln und die Vielfalt unserer gesellschaftlichen Möglichkeiten zu nutzen, ist zugleich der beste Beitrag der Architekten und Städtebauer unserer Republik zur Gestaltung des künftigen Vaterlandes der Deutschen.

Das Zentralkomitee begrüßt deshalb das Bestreben des Bundes Deutscher Architekten, ausgehend von den Beschlüssen der 11. und 12. Tagung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und den Ergebnissen der 4. Baukonferenz, die politisch-ideologische Arbeit zu verbessern, vor allem das theoretische Niveau zu erhöhen und ein interessantes geistiges Leben zu entwickeln. Auf das gestellte Ziel, alle Architekten und Städtebauer zu befähigen, ihre gesellschaftliche Verantwortung wahrzunehmen und für das Neue zu kämpfen, insbesondere den höchsten volkswirtschaftlichen Nutzeffekt der Bauvorhaben durch die sozialistische Rationalisierung sichern zu helfen, sollte die künftige Arbeit des Bundes systematisch gerichtet sein. Die Klärung solcher wichtigen Fragen wie die der Parteilichkeit der Architektur, die Ausarbeitung theoretisch fundierter Grundsätze der sozialistischen Baukunst unter den Bedingungen der fortschreitenden technischen Revolution und des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung sowie die architektonische Meisterung des industriellen Bauens – über die auf dem Kongreß der Meinungsstreit geführt werden soll – stehen damit im unlösbaren Zusammenhang. Dabei sollte der Bund Deutscher Architekten seine Aufmerksamkeit auf die systematische Weiterentwicklung einer wissenschaftlich fundierten und konstruktiven Architekturkritik richten, um auch auf diese Weise eine Atmosphäre des schöpferischen Wetteiferns um eine hohe architektonische Meisterschaft zu schaffen und Erscheinungen der Mittelmäßigkeit, des Schematismus und der Monotonie in Städtebau und Architektur schneller zu überwinden. Bereits mit der Ausarbeitung der Generalbebauungspläne gilt es, ausgehend von unseren volkswirtschaftlichen Möglichkeiten, städtebauliche Konzeptionen zu entwickeln, die eine großzügige und architektonisch überzeugende Gestaltung unserer Städte, insbesondere ihrer Zentren, gewährleisten.

Die Verwirklichung der 2. Etappe des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung setzt der Arbeit des Städtebauers und Architekten neue Maßstäbe. Als Projektanten wichtiger Investitions- und Rationalisierungsvorhaben und Verfasser weitreichender städtebaulicher Vorhaben und Entwürfe nehmen Sie entscheidenden Einfluß auf einen höchstmöglichen Zuwachs unseres Nationaleinkommens und seine zweckmäßigste Verwendung.

Die neue Qualität unserer Investitionspolitik, wie sie sich insbesondere aus dem planmäßigen Übergang zum Prinzip der Eigenerwirtschaftung der Mittel und der konsequenten Durchsetzung der komplexen Rationalisierung ergibt, wirft für die Projektierungstätigkeit völlig neue Probleme auf. Die Ausarbeitung der Aufgabenstellungen und Projekte nach exakt vorgegebenen Kosten- und Effektivitätsnormativen wird damit zu einem unerläßlichen Erfordernis. Aus der Durchsetzung der komplexen sozialistischen Rationalisierung ergeben sich vielfältige ökonomische, technisch-konstruktive und künstlerische Probleme, deren Lösung die breite schöpferische Initiative aller Architekten ermöglicht und verlangt. Es ist deshalb eine der vordringlichsten und zugleich dankbarsten Vorhaben des Bundes Deutscher Architekten, allen Architekten und Städtebauern in den Projektierungsbetrieben und staatlichen Einrichtungen, wissenschaftlichen Instituten und an den Hochschulen einschließlich den Architekturstudenten zu helfen, sich zielstrebig auf diese neuen Aufgaben einzustellen beziehungsweise vorzubereiten.

Mehr denn je steht vor den Architekten die Notwendigkeit, sich mit besten Kräften für die ökonomische und baukünstlerische Meisterung des industriellen Bauens durch die weitere Vervollkommnung der Typenprojektierung einzusetzen. Eine hohe Qualität der Projekte erfordert vor allem die ständige Verbesserung der Zusammenarbeit mit der Bevölkerung und die Projektverteidigung als Mittel des wissenschaftlichen Meinungsstreites und der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit. Die verstärkte Ausschreibung von Architekturwettbewerben, die Ermittlung des besten Bauwerkes des Jahres und die öffentliche Anerkennung guter Projekte werden wesentlich dazu beitragen, die oft noch vorhandene Anonymität der Leistungen des einzelnen wie der Kollektive zu überwinden und einen gesunden Berufsstolz unter den Architekten der Deutschen Demokratischen Republik zu entwickeln.

Der Bund Deutscher Architekten handelt im Sinne der objektiven Erfordernisse unserer Zeit, wenn er sich die Aufgabe stellt, die sozialistische Gemeinschaftsarbeit zwischen den Bauwissenschaftlern und Projektanten, den Ingenieuren und Arbeitern der bauausführenden Betriebe sowie der Werktätigen der Baumaterialienindustrie und anderer Bereiche der Volkswirtschaft systematisch zu fördern. Das ist der Weg, um die besten Erfahrungen und neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse aller an der Planung, Vorbereitung und Durchführung der Investitionen Beteiligten für die weitere politische und ökonomische Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik wirkungsvoll zu nutzen.

Die Bürger unseres Staates sind gewiß, daß unsere Architekten auch in den kommenden Jahren ihr ganzes Können, ihre Phantasie und Meisterschaft aufbieten, um neue Bauwerke zu schaffen, die die besten Traditionen deutscher Baukunst fortführen und dazu beitragen, das Antlitz unserer sozialistischen Heimat noch schöner zu gestalten.

Das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands wünscht allen Mitgliedern des Bundes Deutscher Architekten und ihrem V. Kongreß eine erfolgreiche Arbeit. Wir sind davon überzeugt, daß der Bund Deutscher Architekten alle Anstrengungen unternehmen wird, eng mit der Arbeiterklasse verbunden an der Lösung der großen Bauaufgaben zur Vollendung des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik mitzuwirken, den Reichtum unseres Volkes zu mehren und all unseren Bürgern eine glückliche Zukunft sichern zu helfen.

Mit sozialistischem Gruß

(W. Ulbricht)

Erster Sekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

Vorsitzender des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik

Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik

Verehrte Delegierte!

Der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik grüßt Sie, die Delegierten des V. Bundeskongresses des Bundes Deutscher Architekten der Deutschen Demokratischen Republik, sowie alle Architekten und Städtebauer unserer Republik auf das herzlichste. Wir wünschen Ihnen einen erfolgreichen Verlauf Ihres Kongresses, von dem wir neue Impulse für die Weiterentwicklung von Architektur und Städtebau zur Lösung der von der 4. Deutschen Baukonferenz gestellten Aufgaben erhoffen.

Auf der Grundlage unserer sozialistischen Gesellschaftsordnung und unter den Bedingungen der industriellen Bauweise haben die Architekten und Städtebauer gerade in der gegenwärtigen Periode des umfassenden Aufbaus des Sozialismus die Möglichkeit und Verpflichtung, durch die bauliche Gestaltung unserer Städte und Dörfer das Antlitz des ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staates zu prägen.

Es gehört zu den vornehmsten Aufgaben unseres Städtebaues und unserer Architektur, an der Schaffung solcher Arbeits- und Lebensbedingungen mitzuwirken, die die Entwicklung echter sozialistischer Beziehungen unter unserer Bevölkerung fördern und den sich ständig verändernden Bedürfnissen vorausschauend Rechnung tragen.

Unsere Bauwerke sollen die Einheit von Funktion, Technik, Ökonomie und baukünstlerischer Gestalt verkörpern und dadurch einen maximalen ökonomischen und gesellschaftlichen Nutzen haben. In den Werken unserer Architekten müssen sich die Anforderungen der wissenschaftlich-technischen Revolution und der Kulturrevolution und dabei zugleich Tradition und Fortschritt zum überzeugenden Beispiel sozialistischer Nationalkultur vereinen. Dazu ist die Aufgabe gestellt, wissenschaftliche Grundsätze des Städtebaues und der Architektur auszuarbeiten.

Die Lösung der vor uns stehenden Bauaufgaben verlangt die verantwortungsvolle, schöpferische Mitarbeit aller Mitglieder des Bundes Deutscher Architekten. Der Ministerrat appelliert deshalb an Sie, verehrte Delegierte, auf Ihrem Kongreß die Grundprobleme des Städtebaues und der Architektur in den Mittelpunkt schöpferischer Arbeit zu stellen und daraus die nächsten Aufgaben des Bundes festzulegen.

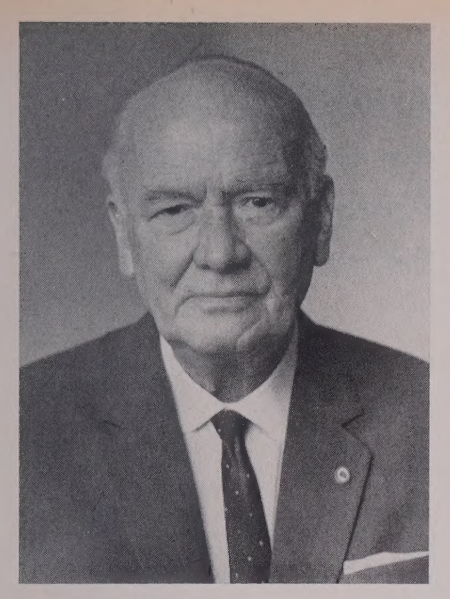
Indem der Ministerrat den Funktionären und Mitgliedern des Bundes Deutscher Architekten für ihre bisher geleistete Arbeit Dank und Anerkennung ausspricht, bringt er zugleich seine Überzeugung zum Ausdruck, daß der Bund auch weiterhin die ganze Kraft seiner Organisation auf die Qualifizierung seiner Mitglieder, auf die schnelle Nutzung aller fortschrittlichen wissenschaftlichen Erkenntnisse, auf die demokratische Mitwirkung der Bevölkerung bei der Entwicklung der sozialistischen Architektur richten wird.

Wir wünschen Ihnen und allen Architekten und Städtebauern der Deutschen Demokratischen Republik neue Erfolge in Ihrer verantwortungsvollen Arbeit und uns allen große Werke sozialistischer Baukunst.

Mit sozialistischem Gruß

(Stoph)

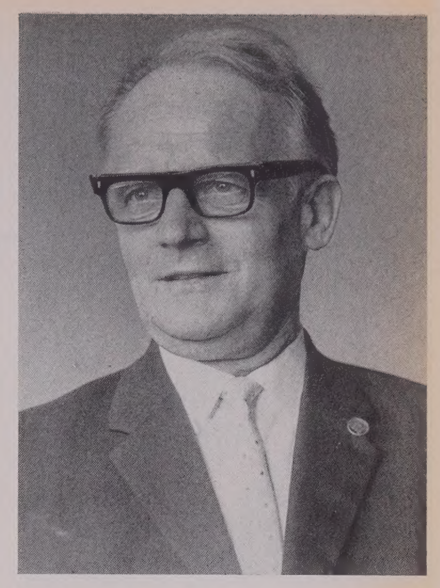
Vorsitzender des Ministerrates



Professor Hanns Hopp
Ehrenpräsident des BDA



Professor Edmund Collein
Präsident des BDA



Dipl.-Ing. Hans Gericke
1. Vizepräsident des BDA

Die leitenden Organe des BDA

Bundesvorstand

Dipl.-Ing. Isolde Andrä, Architekt BDA
Dr.-Ing. habil. Anita Bach, Architekt BDA
Architekt BDA Peter Bergner
Dipl.-Ing. Eckehard Böttcher, Architekt BDA
Dipl.-Ing. Lothar Bortenreuter, Architekt BDA
Dipl.-Ing. Rolf Brummer, Architekt BDA
Prof. Dipl.-Arch. Edmund Collein, Architekt BDA
Architekt BDA Alfred Dorn
Prof. Otto Englberger, Architekt BDA
Dipl.-Ing. Bruno Flierl, Architekt BDA
Dipl.-Ing. Werner Franck, Architekt BDA
Architekt BDA Walter Funcke
Bau-Ing. Frieder Gebhardt, Architekt BDA
Dipl.-Ing. Hans Gericke, Architekt BDA
Dr.-Ing. Gerd Gibbels, Architekt BDA
Dipl.-Ing. Martin Grebin, Architekt BDA
Dr.-Ing. Johannes Greiner, Architekt BDA
Architekt BDA Gerhard Guder
Architekt BDA Wolfgang Hänsch
Dipl.-Ing. Herbert Härtel, Architekt BDA
Bau-Ing. Rudolf Hager, Architekt BDA
Dipl.-Ing. Lothar Hahn, Architekt BDA
Architekt BDA Klemens Heinze
Professor Hermann Henselmann, Architekt BDA
Prof. Dipl.-Ing. Hanns Hopp, Architekt BDA
Bau-Ing. Friedrich Ihlenfeldt, Architekt BDA
Dipl.-Ing. Dora Immerschied, Architekt BDA
Dipl.-Ing. Ulrich Janzen, Architekt BDA
Dipl.-Ing. Josef Kaiser, Architekt BDA
Dipl.-Ing. Heinz Kind, Architekt BDA
Dipl.-Ing. Gerhard Klein, Architekt BDA
Dipl.-Ing. Hans-Jürgen Kluge, Architekt BDA
Dipl.-Ing. Wolfgang König, Architekt BDA
Architekt BDA Roland Korn
Dipl.-Ing. Ferdinand Kozick, Architekt BDA
Dipl.-Ing. Hans Krause, Architekt BDA
Dr. Gerhard Krenz, Architekt BDA
Architekt BDA Eberhard Kühn
Architekt BDA Kurt W. Leucht
Dr. Ule Lammert, Architekt BDA
Prof. Dr. Kurt Liebknecht, Architekt BDA
Architekt BDA Heinz Licht
Dr. Harald Linke, Architekt BDA
Dipl.-Arch. Werner Lonitz, Architekt BDA
Obering. Heinz Lösler, Architekt BDA
Dipl.-Ing. Karl-Heinz Mattke, Architekt BDA
Dipl.-Ing. Karl-Heinz Megow, Architekt BDA
Architekt BDA Karl Müller
Dipl.-Ing. Joachim Näther, Architekt BDA
Bau-Ing. Helga Nicolai, Architekt BDA
Architekt BDA Artur Nonnenmacher
Architekt BDA Ernst Pfrogner
Architekt BDA Alfred Rämmler
Prof. Dr.-Ing. e. h. Heinrich Rettig, Architekt BDA
Bau-Ing. Helmut Rüpprich, Architekt BDA
Dipl.-Ing. Giesela Schilke, Architekt BDA
Prof. Dr. Hans Schmidt, Architekt BDA
Architekt BDA Herbert Schneider
Prof. Dr. Werner Schneidratus, Architekt BDA
Dipl.-Ing. Harald Schultz, Architekt BDA
Dr. Joachim Stahr, Architekt BDA
Dipl.-Ing. Peter Stange, Architekt BDA
Dipl.-Ing. Dietrich Stier, Architekt BDA
Architekt BDA Kurt Tauscher
Architekt BDA Ottfried Triebel
Architekt BDA Werner Wachtel
Dipl.-Ing. Wolfgang Weigel, Architekt BDA
Dipl.-Ing. Martin Wimmer, Architekt BDA

Präsidium des Bundesvorstandes

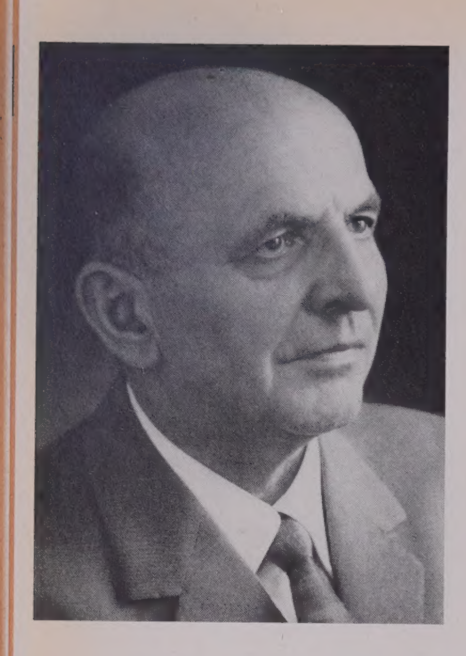
Prof. Edmund Collein, Architekt BDA
Dipl.-Ing. Hans Gericke, Architekt BDA
Dr.-Ing. habil. Anita Bach, Architekt BDA
Architekt BDA Kurt W. Leucht
Dr. Gerhard Krenz, Architekt BDA
Dipl.-Ing. Martin Wimmer, Architekt BDA
Architekt BDA Werner Wachtel
Architekt BDA Walter Mickin (Bundessekretär)
Dipl.-Ing. Eckehard Böttcher, Architekt BDA
Dr.-Ing. Johannes Greiner, Architekt BDA
Dr.-Ing. Gerd Gibbels, Architekt BDA
Dipl.-Ing. Martin Grebin, Architekt BDA
Dipl.-Ing. Wolfgang Weigel, Architekt BDA
Architekt BDA Peter Bergner
Architekt BDA Alfred Rämmler
Dipl.-Ing. Lothar Hahn, Architekt BDA
Prof. Dr.-Ing. e. h. Heinrich Rettig, Architekt BDA
Dipl.-Ing. Giesela Schilke, Architekt BDA
Architekt BDA Kurt Tauscher

Büro des Präsidiums

Prof. Edmund Collein, Architekt BDA
Dipl.-Ing. Hans Gericke, Architekt BDA
Dr.-Ing. habil. Anita Bach, Architekt BDA
Architekt BDA Kurt W. Leucht
Dr. Gerhard Krenz, Architekt BDA
Dipl.-Ing. Martin Wimmer, Architekt BDA
Architekt BDA Werner Wachtel
Architekt BDA Walter Mickin (Bundessekretär)

Zentrale Revisionskommission

Architekt BDA Josef Zepper
Architekt BDA Alfred Krause
Architekt BDA Walter Mempel
Architekt BDA Kurt Lässig
Architekt BDA Hanno Walter
Architekt BDA Erich Marquardt
Dipl.-Arch. Wolfgang Reichelt, Architekt BDA
Bau-Ing. Rudolf Steffens, Architekt BDA
Architekt BDA Klaus-Dieter Fahrland



Professor Fritz Schaarschmidt zum 65. Geburtstag

Professor Schaarschmidt hat durch seine hervorragende wissenschaftliche und praktische Arbeit bedeutenden Anteil an der Entwicklung des Industriebaus in der DDR. Seine erfolgreichen Bemühungen um eine praxisverbundene Forschung und Lehre fanden ebenso wie seine beispielhaften Entwurfsarbeiten in der DDR und im Ausland hohe Anerkennung. Wissenschaftliche Weitsicht und Gründlichkeit, vereint mit unermüdlicher persönlicher Tatkraft kennzeichnen Professor Schaarschmidt als eine weit über den Kreis seiner Fachkollegen geachtete Persönlichkeit.

Nach dem Abschluß seines Studiums an der Technischen Hochschule in Dresden im Jahre 1928 konnte er als Mitarbeiter namhafter Architekten an bedeutenden Projekten, zum Beispiel beim Bau der Goethe-Schule in Hamburg-Wandsbeck, mitwirken. Von 1932 bis 1945 wirkte er als selbständiger Architekt in Dresden. In dieser Zeit projektierte er zahlreiche Wohnungsbauten, städtebauliche Anlagen, Schulen, Lichtspielhäuser, Brücken und Industriebauten. Seine schöpferischen Leistungen als Architekt fanden auch durch eine Reihe von Wettbewerbserfolgen besondere Anerkennung.

Im Jahre 1952 erhielt er einen Lehrauftrag am Institut für Industriebau der Technischen Hochschule Dresden, das er seit 1954 erfolgreich leitet. 1955 wurde er zum ordentlichen Professor ernannt. Als Lehrer erwarb er sich durch praxisverbundene Vorlesungen und Seminare sowie durch die intensive Betreuung der Studierenden große Verdienste bei der Ausbildung von Architekten auf dem Gebiete des Industriebaus.

Neben der Lehrtätigkeit leitete er wichtige Forschungsarbeiten, insbesondere über soziale Einrichtungen und die Entwicklung des Baukastensystems im Industriebau. Er konnte dies um so erfolgreicher tun, weil er stets als Architekt vieler wichtiger Bauten, wie bei der Rappbodetalsperre, dem Institut für Fördertechnik und anderen Industrie- und Ingenieurbauten, unmittelbar mit der Praxis verbunden war.

Darüber hinaus ist er als langjähriger Vorsitzender des Fachausschusses „Industrialisierung im Industriebau" der KDT sowie in anderen Fachgremien vielseitig gesellschaftlich tätig.

Sein erfolgreiches Wirken wurde durch die Auszeichnung als Aktivist, durch die Ehrenurkunde der Kammer der Technik und durch die Verleihung des Kunstpreises der Stadt Dresden gewürdigt.

Anläßlich seines 65. Geburtstages möchten wir Professor Schaarschmidt für die geleistete Arbeit danken und ihm noch viele Jahre Gesundheit und Schaffenskraft für die erfolgreiche Lösung neuer Aufgaben wünschen.

Prof. Edmund Collein

Arbeiten des Entwurfsinstituts Professor Schaarschmidt

Aufgabengebiet des Entwurfsinstituts Professor Schaarschmidt Technische Universität Dresden

Dipl.-Ing. Hugo Schulze, Oberingenieur

Bei Wiederaufnahme des Lehrbetriebes wurde der Technischen Hochschule Dresden 1945 ein geschlossenes Aufbaugebiet in der Südvorstadt um den alten Gebäudekern an der George-Bähr-Straße und Mommsenstraße zugewiesen. Damit war der noch ältere und völlig zerstörte Gebäudekomplex am Hauptbahnhof aufgegeben, und eine Reihe Institute konnte nicht wieder an ihrem alten Standort aufgebaut werden. Sie waren vollkommen neu zu errichten.

An die mehr konzentrierte Bauanlage der heutigen Technischen Universität schlossen sich unmittelbar Neubauten von Spezialinstituten für die reine Forschung der Deutschen Akademie der Wissenschaften und ähnlicher Institutionen an.

Die Entwurfsinstitute[1], die bald nach Wiederaufnahme des Lehrbetriebes bei einzelnen Lehrstühlen der Fakultät für Bauwesen zur Bearbeitung der Wiederaufbaupläne für die zerstörten Hochschulgebäude entstanden waren, hatten sich so nach Abschluß dieser Arbeiten mit den Projekten der vollkommen neu zu bauenden Institute zu befassen. Dem Entwurfsinstitut beim Lehrstuhl für Industriebau[2], 1950 bis 1954 unter Leitung von Professor Henn, ab 1954 unter Leitung von Professor Schaarschmidt, fiel die Aufgabe zu, die Institutsbauten zu projektieren, die in ihren Gebäuden umfangreiche technische Anlagen und Laboratorien benötigen.

Diese Neubauten wurden anfangs entsprechend den verfügbaren Baustoffen und den bautechnologischen Voraussetzungen bei den Baubetrieben als Mauerwerksbauten mit einzelnen Ortbetonkonstruktionen und -decken, aber teilweise auch mit Handmontagedecken ausgeführt. Daran konnten sich dann, bedingt durch die weitere Entwicklung der Bauindustrie, Bauten mit Ortbeton- oder Stahlskelettkonstruktionen und zuletzt Stahlbetonmontagebauten anschließen.

Außer diesen Projektierungsaufgaben wurde, dem Fachgebiet des Lehrstuhls entsprechend, auch die Planung von Industriebauten aufgenommen. Von den Projek-



ten, die in den letzten Jahren zu bearbeiten waren und von denen erst einige verwirklicht sind, wird im zweiten Teil der Veröffentlichung berichtet.

Aus der erfolgreichen Teilnahme der Herren Professoren Henn und Ochs am Wettbewerb für die Rappbodesperre in den Jahren 1948/49 entwickelte sich für das Entwurfsinstitut ein weiteres Aufgabengebiet. Es war zunächst das Projekt für die Trinkwasseraufbereitung teilweise bis zu den Ausführungsunterlagen zu bearbeiten. Weiterhin waren dem Projektanten des Talsperrenbaus zur Ausführung Vorschläge für die mit der Staumauer unmittelbar verbundenen Gebäude und schließlich noch für die Gestaltung des Staumauerkörpers selbst zu machen.

Man erhielt dabei viel Einblick in die technologischen Anlagen und in die wasserbaulichen Bedingungen von Staumauern. So konnten sich an diese erste planerische Zusammenarbeit von Projektant des Talsperrenbaus und Architekt für das Entwurfsinstitut Aufgaben ähnlicher Art anschließen. Die Arbeitsweise hierbei und ihre Ergebnisse werden im dritten Teil dieses Beitrages erörtert.

Durch die Planungsarbeiten für Bauten der Lehre und Forschung, der Industrie und der Wasserwirtschaft im Entwurfsinstitut unter Leitung von Professor Schaarschmidt, Direktor des Instituts für Industriebau und Entwerfen der Technischen Universität Dresden, ergab sich eine enge Verbindung zwischen Lehre, Forschung und Praxis, die als besondere Aufgabe des Entwurfsinstituts zu wahren ist.

Seit seiner Gründung hat das Entwurfsinstitut folgende Projekte für Instituts- und Forschungsbauvorhaben bearbeitet:

1 Jetzt Arbeitsgruppe bei den Lehrstühlen, zusammengefaßt im Projektierungsbüro der Fakultät für Bauwesen

2 Jetzt Projektierungsbüro der Fakultät für Bauwesen, Arbeitsgruppe Professor Schaarschmidt

Institute im Baugebiet der Technischen Universität Dresden

Physikhörsaal, Mathematikhörsaal der Technischen Universität Dresden (1)

Physikalisches Institut, Laborflügel der Technischen Universität Dresden (2)

Botanisches Institut der Technischen Universität Dresden (3)

Deutsches Amt für Material- und Warenprüfung, Fachabteilung Bauwesen und Elektrotechnik (4)

Hochschule für Verkehrswesen, Hettnerstraße (5)

Forschungsinstitut für metallische Spezialwerkstoffe der Deutschen Akademie der Wissenschaften mit Erweiterungsbau 1 und 2 (6)

Institut für Thermodynamik der Technisichen Universität Dresden (7)

Institut für Steuerungs- und Regelungstechnik mit Arbeitsstelle für Tieftemperaturphysik der Deutschen Akademie der Wissenschaften (8)

Versuchshalle des Instituts für Fördertechnik, Bau- und Aufbereitungsmaschinen der Technischen Universität Dresden (9)

Institut für Textilchemie, Institut für organisch-technische Chemie der Technischen Universität Dresden (10)

Erweiterung des Beyerbaus der Technischen Universität Dresden (11)

Institute für elektrische Energieanlagen der Technischen Universität Dresden (12)

Institut des konstruktiven Ingenieurbaus der Technischen Universität Dresden (13)

Institut für Chronometrie der VVB Mechanik (14)

Bibliothek der Technischen Universität Dresden (15)

Institut für Textiltechnik der Technischen Universität Dresden

Auswärtige Institute

Technikum und Spinnereilabor im Institut für Faserstoff-Forschung der Deutschen Akademie der Wissenschaften in Teltow

Isotopenlabor im Institut für Landtechnik in Potsdam-Bornim

Spinnereihalle der Fachschule für Textiltechnik in Forst (nur Grundprojekt)

Meßstandsgebäude der Hochschule für Bauwesen in Leipzig

1
Lageplan der Technischen Universität Dresden 1 : 10 000

Die zuvor in Klammern stehenden Ziffern entsprechen den Ziffern im Lageplan

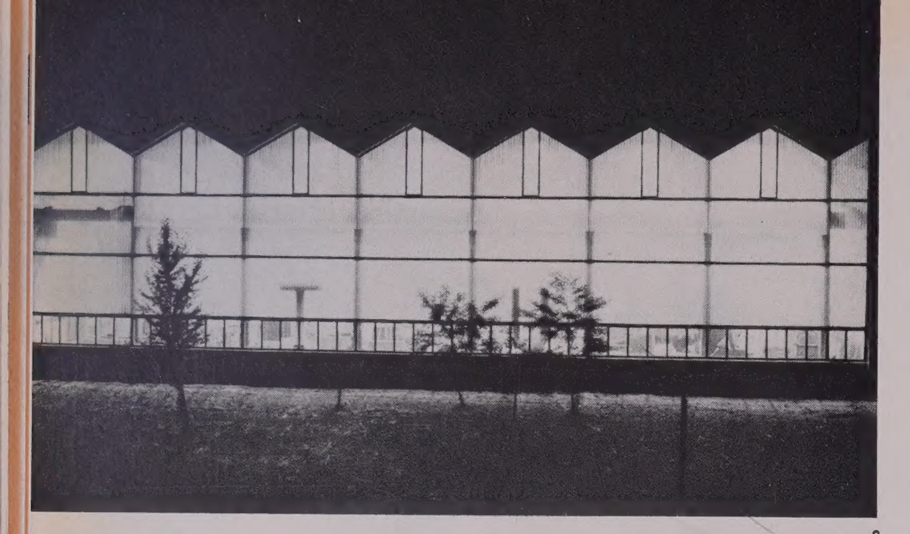
Gebäude der Technischen Universität Dresden

Davon vom Entwurfsinstitut projektiert

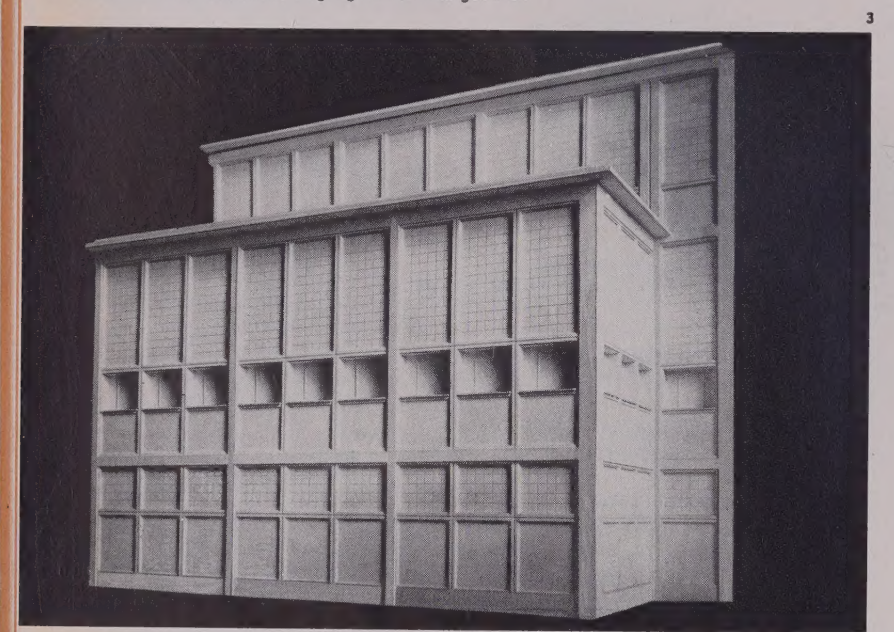
1950 bis 1954 (ausgeführt)

1954 bis 1966 (ausgeführt)

1954 bis 1966 (Vorplanung)



2 Versuchshalle des Instituts für Fördertechnik, Bau- und Aufbereitungsmaschinen, Nordansicht
3 Institut für Thermodynamik, Modell für die Fassade der Versuchshalle in Stahlbetonkonstruktion mit Prismenverglasung
4 Institut für Thermodynamik, Eingang zum Institutsgebäude





Institutsbauten

Versuchshalle des Instituts für Fördertechnik, Bau- und Aufbereitungsmaschinen der Technischen Universität Dresden (Experimentalbau)

Entwurf: Entwurfsinstitut Prof. Schaarschmidt
Technische Universität Dresden
Mitarbeiter: Dipl.-Ing. J. Jüchser

Statik und Konstruktion: Prof. Dr.-Ing. Mlosch,
Lehrstuhl für Hochbaustatik und Baukonstruktion
Mitarbeiter: Dr.-Ing. C. Hoffmann

Ausführung: 1958/59 VEB Kraftwerks- und Industriebau Dresden

Das Faltwerkdach mit 24 000 mm Stützweite ruht auf am Ort betonierten Stahlbetonstützen mit einem Abstand von 5000 mm. Die Hallengiebel, als eingespannte Scheiben zur Aufnahme der Windkräfte gerechnet, sind aus Waschbetonelementen montiert und in den vertikalen und horizontalen Fugen bewehrt. Die einzelnen Dachfalten bestehen aus V-förmigen Fertigteilen, die am Ort versetzt und zusammengespannt sind. Als verfahrbares Montagegerüst diente die zur Hallenausrüstung gehörige Kranbrücke. Sie wurde dazu wegen der Mehrbelastung mit einer provisorischen Mittelunterstützung versehen. Die Hallenlängswände haben eine doppelte Copilitprofilverglasung und Sichtfenster in Augenhöhe. (Siehe auch „Deutsche Architektur“, Heft 6/1960, S. 336 und Heft 6–7/1961, S. 329).

Institut für Thermodynamik und Energiewirtschaft der Technischen Universität Dresden

Entwurf: Entwurfsinstitut Prof. Schaarschmidt
Technische Universität Dresden
Mitarbeiter: Architekt G. Sperling

Konstruktion: Versuchshalle
Dr.-Ing. W. Kickelhayn, Dresden
Institutsgebäude
VEB Bau-Union Dresden

Ausführung: Versuchshalle 1954 bis 1956
Institutsgebäude 1955 bis 1957
VEB Bau-Union Dresden

Die Versuchshalle mit einem Seitenschiff ist in Stahlkonstruktion auf zwei massiven Untergeschossen (Keller mit Stampfbetonfassung und Ortbetondecke, Erdgeschoß in Stahlbetonskelettkonstruktion mit Ziegelmauerwerksausfachung) errichtet. Sie hat eine Längsdurchfahrt auf Erdgeschoßhöhe. Die Außenwände der Halle sind aus verputzem Ziegelmauerwerk und haben Stahlfenster. Das Dach ist mit seinerzeit üblichen Kassettenplatten geschlossen, die mit der erforderlichen Wärmedämmung und zwei Lagen Pappe überdeckt sind. Am östlichen Hallengiebel sind Werkstatträume und Büros in traditioneller Ziegelbauweise mit den dafür erforderlichen Geschoßhöhen bis zur Hauptgesimshöhe angefügt.
Das rechtwinklig unmittelbar an die Versuchshalle angebaute Institutsgebäude ist aus Ziegelmauerwerk, hat hellen Außenputz und tief in Sandsteingewänden liegende Fenster. Es trägt ein Walmdach mit Schieferdeckung über einem Hauptgesims aus dem gleichen Steinmaterial wie die Fensterwände. Die Gebäudedecken sind aus vorgefertigten Hohlsteinplattenelementen, soweit nicht wegen zu großer Stützweiten und besonderer Belastung (Hörsaal, Labors) Ortbetondecken herzustellen waren. Das Teppenhaus mit seinen Außenabschlüssen ist in einer am Ort gefertigten Stahlbetonkonstruktion mit Stahlfenstern ausgeführt.
Die Reliefs aus Sandstein in den Eingangsfronten des Institutsgebäudes und der Versuchshalle sind Arbeiten von Bildhauer Max Lachnit, Dresden. Die gärtnerischen Anlagen projektierte Professor Dr. h. c. W. Bauch, Lehrstuhl für Gartenkunst, Landschaftsgestaltung und Ingenieurbiologie der Technischen Universität Dresden.

Institut für Steuerungs- und Regeltechnik und Arbeitsstelle für Tieftemperaturphysik der Deutschen Akademie der Wissenschaften in Dresden

Entwurf: Entwurfsinstitut Prof. Schaarschmidt
Technische Universität Dresden
Mitarbeiter: Dipl.-Ing. J. Jüchser
Innenarch. Herbert Kluge

Konstruktion: VEB Kraftwerks- und Industriebau Dresden

Decken: System Menzel, Elsterwerda
Dipl.-Ing. Ch. Palen, Dresden

Ausführung: Flachbau mit Speziallaboratorien der Tieftemperaturphysik
1956 Fa. Baumeister Malters Erben, Dresden
Institutsgebäude
1958/60 VEB Bau (St) Dresden

Das Institutsgebäude hat einen dreigeschossigen und einen rechtwinklig dazu liegenden zweigeschossigen Flügel. Der dreigeschossige Flügel mit dem Haupteingang schließt zwei mit je einem Wendeplatz endende Wohnstraßen ab und liegt senkrecht zum Hang in Nord-Süd-Richtung. Der zweigeschossige Flügel ist an den dreigeschossigen in der Achse des Haupteinganges winkelrecht angefügt. Die beiden Flügel des Institutsgebäudes sind hell geputzte Mauerwerksbauten mit Schwingflügelfenstern in schmalen schwarzen Gewänden und mit schiefergedeckten Satteldächern. Die Gebäude haben Menzel-L-Fertigteildecken. Nur die Treppen und Treppenhausdecken sowie die sich anschließenden Großraumdecken für die Schaltzentrale, für den Kulturraum und die Bücherei mit erhöhten Verkehrslasten und größeren Stützweiten, die alle im Südgiebel des dreigeschossigen Flügels übereinanderliegen, sind einschließlich der Fachwerkkonstruktion des Giebels in Ortbeton ausgeführt.

Bei dem Flachbau sind die beiden Längsfronten in Stahlbetonskelettbauweise mit durchgehender Verglasung aufgelöst und enden in massiven Wandflächen. Der Bau hat ein gegen den Hang geneigtes Pultdach mit Pappeindeckung. Die Gebäudeform und der Fassadenaufbau sind stark durch technologische Notwendigkeiten und Forderungen des Arbeitsschutzes bedingt und waren Anlaß der gewählten Gestaltung.

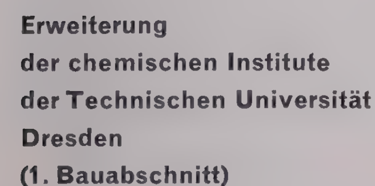
Der Verbindungsweg für den Fußgängerverkehr zwischen den beiden Wendeplätzen führt über eine Freitreppe durch eine vor dem Gebäudekomplex gelegene Gartenanlage, die ebenfalls von Professor Dr. Bauch projektiert wurde.



5 Institut für Steuerungs- und Regelungstechnik, Südgiebel

6 Institut für Steuerungs- und Regelungstechnik, Bibliothek





Erweiterung der chemischen Institute der Technischen Universität Dresden (1. Bauabschnitt)

Institut für organisch-technische Chemie und Institut für Textilchemie

Entwurf: Entwurfsinstitut Prof. Schaarschmidt
Technische Universität Dresden
Mitarbeiter:
Dipl.-Ing. Krause
Architekt Wilhelm Plum
Innenarch. Herbert Kluge

Konstruktion: VEB Bau- und Montagekombinat Kohle und Energie, Dresden

Ausführung: VEB Bau-Union Dresden

Für die Erweiterung der chemischen Institute der Technischen Universität – erbaut in den Jahren 1920 bis 1924 – ist das sich ostwärts anschließende, nach Norden abfallende Hanggelände an der Bergstraße Ecke Mommsenstraße vorgesehen. Die Erweiterung soll drei Bauabschnitte als drei mehrgeschossige, parallel zum Hang in Ost-West-Richtung liegende Flügel (1, 4, 6) mit verbindenden

7 Institut für Textilchemie, Institut für organisch-technische Chemie, Flachbau





8

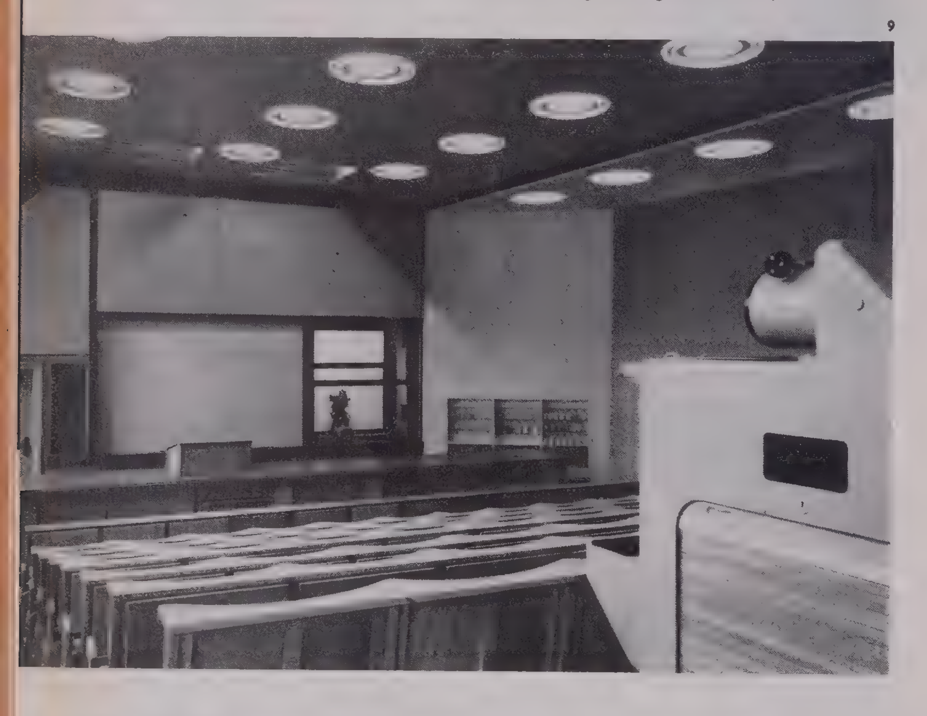
8 Institut für Textilchemie und Institut für organisch-technische-Chemie, Institutsgebäude von der Mommsenstraße

9 Institut für Textilchemie und Institut für organisch-technische Chemie, Hörsaal

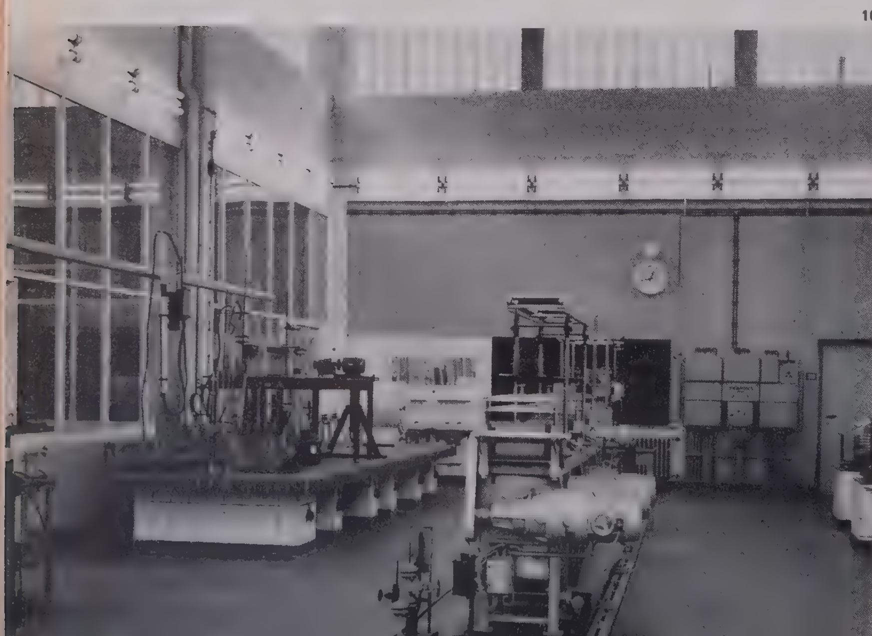
10 Färberei im Technikum des Instituts für Textilchemie

11 Teillageplan der Technischen Universität Dresden (Erklärung der Legende im Text) 1 : 2500

9



10



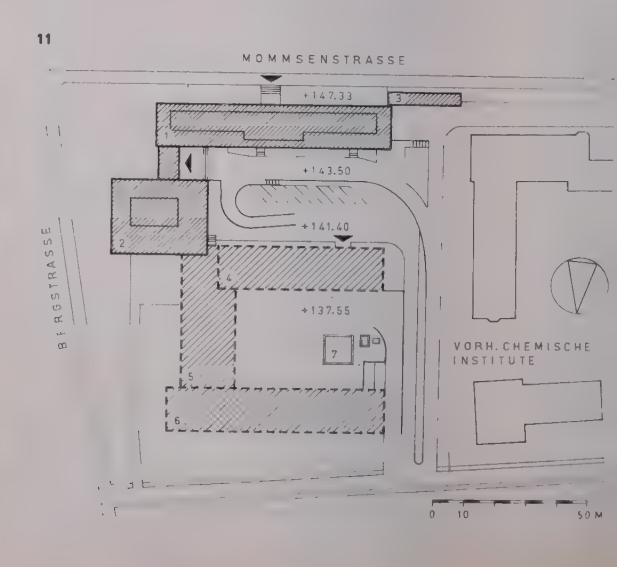
Bauten im Osten (2, 5) entlang der Bergstraße umfassen. So entstehen zwei nach Westen offene Hofräume, von denen der südliche durch die Hanglage mit zwei Niveauhöhen eine Stützmauer und eine die beiden Hofteile verbindende Rampenabfahrt erhält. Im nördlichen, tiefer gelegenen Hof ist die Neutralisationsanlage (7) für die Abwässer der Laboratorien aller chemischen Institute untergebracht. Da alle Gebäude Räume der Brandgefahrenklasse A bis C haben, muß in beiden Höfen die Zu- und Umfahrt für Feuerwehrfahrzeuge gewährleistet sein.

Der erste Bauabschnitt (1, 2, 3) für die Institute für organisch-technische Chemie und Textilchemie ist 1961 bis 1965 ausgeführt worden. Er umfaßt einen eingeschossigen Flachbau (2), ein viergeschossiges Labor- (1) und ein eingeschossiges Autoclavengebäude (3). Der Flachbau an der Bergstraße Ecke Mommsenstraße, der später einmal der Abschluß des Gebäudehofes nach Osten sein wird, enthält Technikumsräume mit Färberei-, Stoffdruckerei, Appretur- und Wäschereieinrichtungen im Labormaßstab für die Textilchemie, einen Hörsaal mit 100 Plätzen und eine Sammlung für beide Institute.

Das Laborgebäude, dessen östliche und westliche Hälfte je einem Institut zugewiesen ist, hat ein in der Gebäudemitte liegendes Haupttreppenhaus, von dem aus die gemeinsam benutzten Räume, wie Frühstücks- und Sanitätsraum, Bäder, Toiletten, unmittelbar zugänglich sind, während die Labors von abgeschlossenen Mittelfluren erreicht werden. Laborgebäude und Flachbau sind Stahlbeton-Montagekonstruktionen. Die äußeren Sichtflächen aller Fertigteile am Laborgebäude und der Wandelemente am Flachbau sind in Waschbeton ausgeführt. Durch Wechsel der Gesteinsart der Zuschlagstoffe und ihrer Körnung wird die flächige Fassade belebt. Über den konstruktiven Aufbau der Gebäude wurde im Heft 11/1962 S. 675 bis 677 der „Deutschen Architektur" berichtet.

Bei der Grundrißgestaltung und konstruktiven Durchbildung eines chemischen Instituts sind die Einrichtung des Laborarbeitsplatzes und die Art der Leitungsführung sehr entscheidend. Im vorliegenden Fall sind die Abzugsschränke an den Flur- und Raumtrennwänden aufgestellt. Das ergibt eine vertikale Führung der Luftkanäle und damit aller Versorgungsleitungen – außer für die Raumheizung – an der Gebäudemittelwand. Die horizontalen Leitungsstränge nach den einzelnen Zapfstellen sind unter den Decken zwischen den rechtwinklig zu der Gebäudefront verlaufenden Unterzügen hinter einer abnehmbaren Deckenverkleidung verlegt. Notwendige horizontale Leitungen in Gebäudelängsrichtung, wie zum Beispiel die Hauptverteilungsleitungen im Sockelgeschoß, liegen unterhalb der Querunterzüge in den Fluren, da dort bei einer geringeren notwendigen Raumhöhe die untere Deckenverkleidung entsprechend tiefer eingebaut werden konnte. Bei einer zweibündigen Anlage ist die Führung der vertikalen Leitung an e i n e r Flurwand wirtschaftlich. Daraus ergibt sich für die Gebäudekonstruktion eine einmalige und asymetrische Mittelunterstützung jedes Querunterzuges. So können die Kanäle und Leitungen jeweils in den Feldern zwischen den Stützen vertikal geführt werden. Hierfür sind durchlaufende Deckenaussparungen vorgesehen, die lediglich im Türbereich durch Schwellplatten überbrückt werden. Entlang der Außenkanten der 500 mm starken Stützen bildet raumseitig eine leichte Mauer und flurseitig eine abnehmbare Verkleidung den Abschluß des durchlaufenden Leitungsschachtes. Die erforderlichen Geräte und Maschinen für die Zu- und Abluftanlage sind in einer Laterne auf dem begehbaren Dach aufgestellt, das als Bewetterungsstation für die Textilchemie eingerichtet ist. (Die in Klammern gesetzten Ziffern siehe Lageplan Abb. 11).

11



1

Allgemeiner Industriebau

1
Modellaufnahme des VEB Hochvakuum Dresden

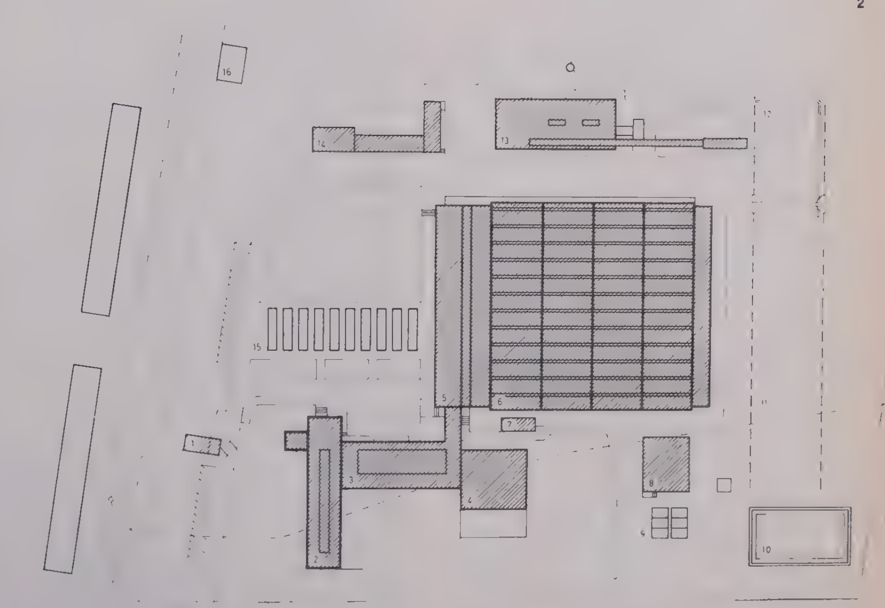
2
Lageplan

VEB Hochvakuum Dresden

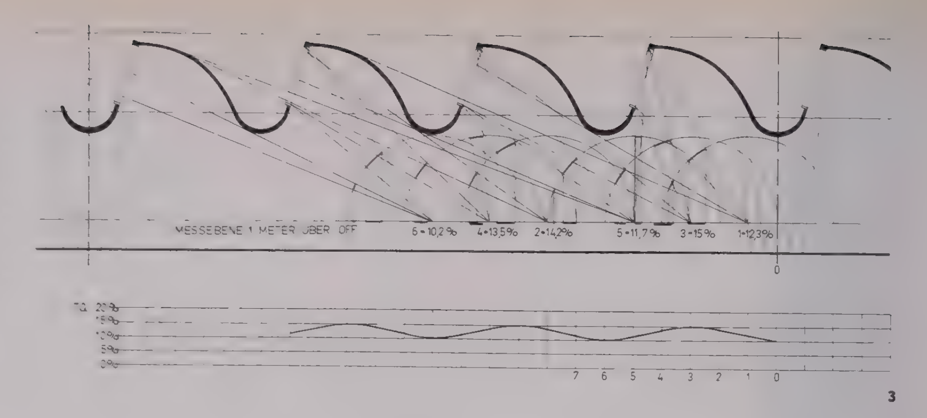
Dipl.-Ing. Dietrich Gläßer

Entwurf:	Entwurfsinstitut Prof. Schaarschmidt Technische Universität Dresden Mitarbeiter: Dipl.-Ing. Hugo Schulze, Oberingenieur Dipl.-Ing. Wolfgang Dietrich Dipl.-Ing. Dietrich Gläßer Dipl.-Ing. Hans-Joachim Papke Bau-Ing. Gottfried Reichelt Dipl.-Ing. Paul Storm (Vorplanung)
Konstruktion:	Produktionshalle: VEB Montagebau Berlin Mitarbeiter Dr.-Ing. H. Rühle Institutsgebäude, Betriebsgaststätte Sozialgebäude: Dipl.-Ing. M. Petrow Heizzentrale: Ingenieur H. Große
Freiflächengestaltung:	Entwurfsbüro für Landschaftsgestaltung Prof. Dr. h. c. W. Bauch
Ausführung:	VE Spezialbaukombinat Verkehrsbau Magdeburg, Betriebsteil Bau-Union Süd, Dresden
Vorplanung:	1959
Grundprojekt:	1960
Ausführungsunterlagen:	1960 bis 1963
Bauausführung:	1963 bis 1966

2



3
Grafische Bestimmung des Tageslichtquotienten in der Shedhalle des VEB Hochvakuum Dresden nach dem Großkreisverfahren. Der Tageslichtquotient beträgt nach diesem Verfahren etwa 10 bis 15 Prozent. Die Lichtverhältnisse im Halleninnenraum bestätigen die gleichmäßige Beleuchtung. Genaue Lichtmessungen werden durchgeführt. Die Shedhalle wird durch beiderseitig an den Unterschalen angeordnete, durchlaufende Bänder aus je vier Leuchtstoffröhren künstlich beleuchtet, durch Wandlufterhitzer beheizt und durch Fensterschraubenlüfter gelüftet.



3

Für den wissenschaftlichen Industriebetrieb VEB Hochvakuum Dresden war in Dresden ein neues Werk zu errichten. Vom Rat der Stadt wurden dem Investträger Flurstücke im Stadtteil Strehlen mit einer Fläche von rund 5 ha zugewiesen. In unmittelbarer Nachbarschaft befinden sich das Institut für Angewandte Physik der Reinststoffe sowie viergeschossige Wohnbauten. Das Baugelände war von einer Verlängerung der als Ausfallstraße geplanten Tiergartenstraße aus zu erschließen. Das Baugelände fällt von Osten nach Westen rund 3500 mm ab. Die Möglichkeit der Bebauung wurde stark beeinträchtigt durch eine städtische Abwasserleitung, die das Baugelände im Südteil zerschneidet. Sie liegt im Zuge einer ursprünglich vorgesehenen, aber nunmehr aufgelassenen Planstraße. Ferner war eine große Fläche im Westteil des Geländes durch eine mit Schuttmassen verfüllte ehemalige Kiesgrube für die Bebauung ungeeignet.

Der Zugang zum Werk führt für Fußgänger, den Linien der städtischen Verkehrsmittel entsprechend, über den Grunaer Weg, an dem das Pförtnerhaus steht. Fahrzeuge müssen über die Tiergartenstraße anfahren. Deshalb ist der Werkeingang von der Tiergartenstraße soweit zurückgelegt, daß noch ein werkeigener Parkplatz für Besucherwagen vor dem Tor verbleibt. Unmittelbar hinter dem Tor teilt sich der Fuß- und Fahrverkehr wieder. Die Fußgänger (Werkangehörige und Besucher) gelangen auf kurzem Wege, ohne den Fahrverkehr zur Produktionshalle nochmals kreuzen zu müssen, zum Instituts- und Sozialgebäude. Abstellflächen für Pkw, Motorräder und Fahrräder der Werkangehörigen sind an den beiden Seiten der Werkstraße zur Produktionshalle unmittelbar hinter dem Pförtnergebäude am Weg zum Sozialgebäude vorgesehen.

Das sechsgeschossige Institutsgebäude an der Werkzufahrt liegt mit seiner Längsfront zum Grunaer Weg. An diesen vielgeschossigen Bau fügt sich im rechten Winkel das eingeschossige Küchengebäude mit Speisesaal an. Ein kurzer Gang stellt von hier die Verbindung zu der sich nordostwärts anschließenden Produktionshalle mit vorgebautem Sozialgebäude her. Die Werkangehörigen können bei dieser Gebäudeanordnung aus beiden Werkteilen zum Speisesaal gelangen, ohne den Weg ins Freie nehmen zu müssen.

Die Gegebenheiten des Baugeländes bestimmten den Standort der Produktionshalle. Die Beschickung der Halle erfolgt über eine um Rampenhöhe unter dem Hallenfußboden liegende Straße an der nordöstlichen Längsseite. So ergibt sich die Führung der Werkstraße etwa parallel zur Grundstücksgrenze. Es verbleibt zwischen Straßenkante und Grundstücksgrenze noch genügend Platz für die dort vorgesehenen Gebäude: Garagen, Lager und Heizzentrale einschließlich Bekohlungsanlage und Ascheaufgabe. Vor der Südwestseite der Produktionshalle steht das Hallennebengebäude für Betriebsanlagen, die aus technologischen Gründen nicht in der Produktionshalle aufgestellt werden können, jedoch in enger Verbindung zu dieser anzuordnen waren. Auf gleicher Seite liegen ferner noch der Kühlwasserteich, die Neutralisationsbecken mit den Schlammbeeten und die Entstaubungsanlage.

Der Entwurf sieht eine Erweiterung des Werkes in östlicher Richtung vor.

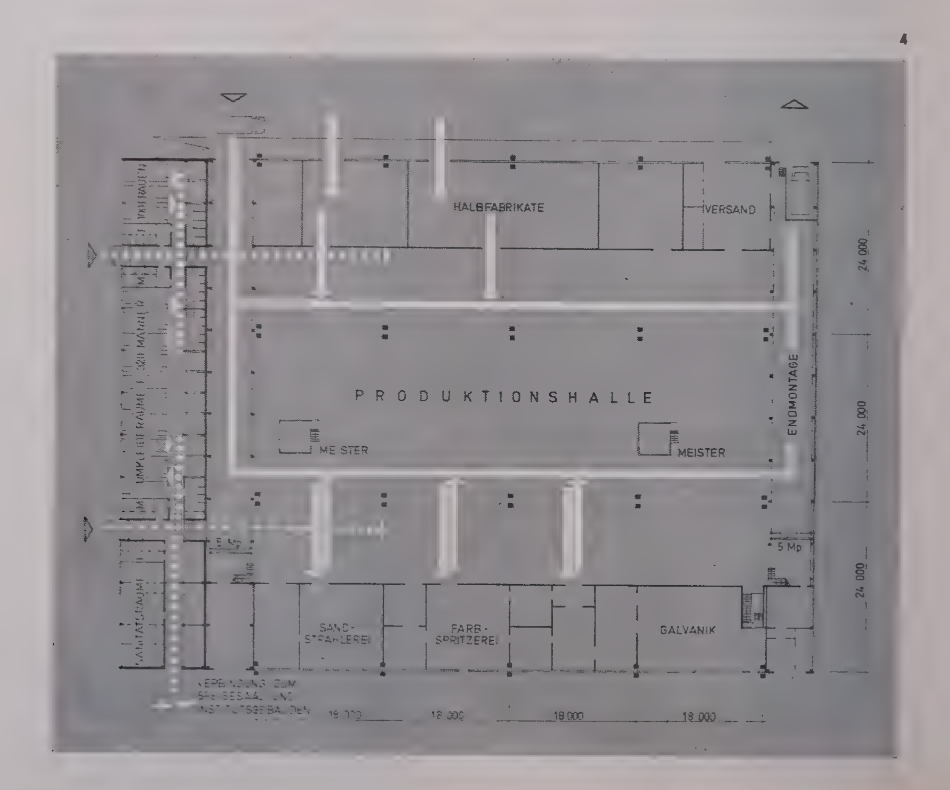
Neben einer übersichtlichen und funktionsgerechten Baukörperanordnung zeichnet sich das neue Werk durch die Konstruktion seiner Produktionshalle aus.

Da das zur Zeit des Projektierungsbeginns gültige Typenprojekt für Shedhallen mit einer Stützenstellung im Raster von 7500 mm × 12 000 mm den gestellten technologischen Forderungen nicht genügte, wurde vom Projektanten eine Shedkonstruktion auf einem Stützenraster von 24 000 mm × 18 000 mm mit einer Gesamtgröße von 72 000 mm × 72 000 mm entwickelt. Die Anwendung von Spannbeton- und Schalenkonstruktionen führte zu einer materialsparenden, leicht montierbaren und vielseitig anwendbaren Fertigteilbauweise. Bei gleichem Elementesortiment kann eine maximale Fläche von 30 000 mm × 24 000 mm überspannt werden. Die Shedhalle wurde als Muster- und Experimentalbau des Ministeriums für Bauwesen errichtet.

Auf in Hülsenfundamenten eingespannten Doppelstützen in V-Form sind die Haupttragglieder abgesetzt. Dies sind 2800 mm hohe, 600 mm breite und 24 000 mm freitragende Spannbetonbinder mit einem Hohlkastenquerschnitt. Die lichte Weite von 17 400 mm zwischen den Bindern überspannt im Raster von 6000 mm angeordnete und S-förmig gekrümmte Shedschalen. Dabei sind die unterhalb der Binder durchlaufenden unteren Schalen vorgespannt, während die oberen Schalen nur eine schlaffe Bewehrung haben. Als Montagehilfsmittel und Konstruktionselement ist im Bereich der Verglasung ein aus Stahlprofilen I 14 geschweißter 17 400 mm langer und 2200 mm hoher Vierendeel-Binder eingebaut. Die lichte Raumhöhe von Oberkante Fußboden bis Unterkante Schale beträgt 4000 mm.

Stützen und Binderelemente wurden im Betonwerk betoniert. Nach einer Anweisung des Ministeriums für Bauwesen konnten alle Schalenelemente auf der

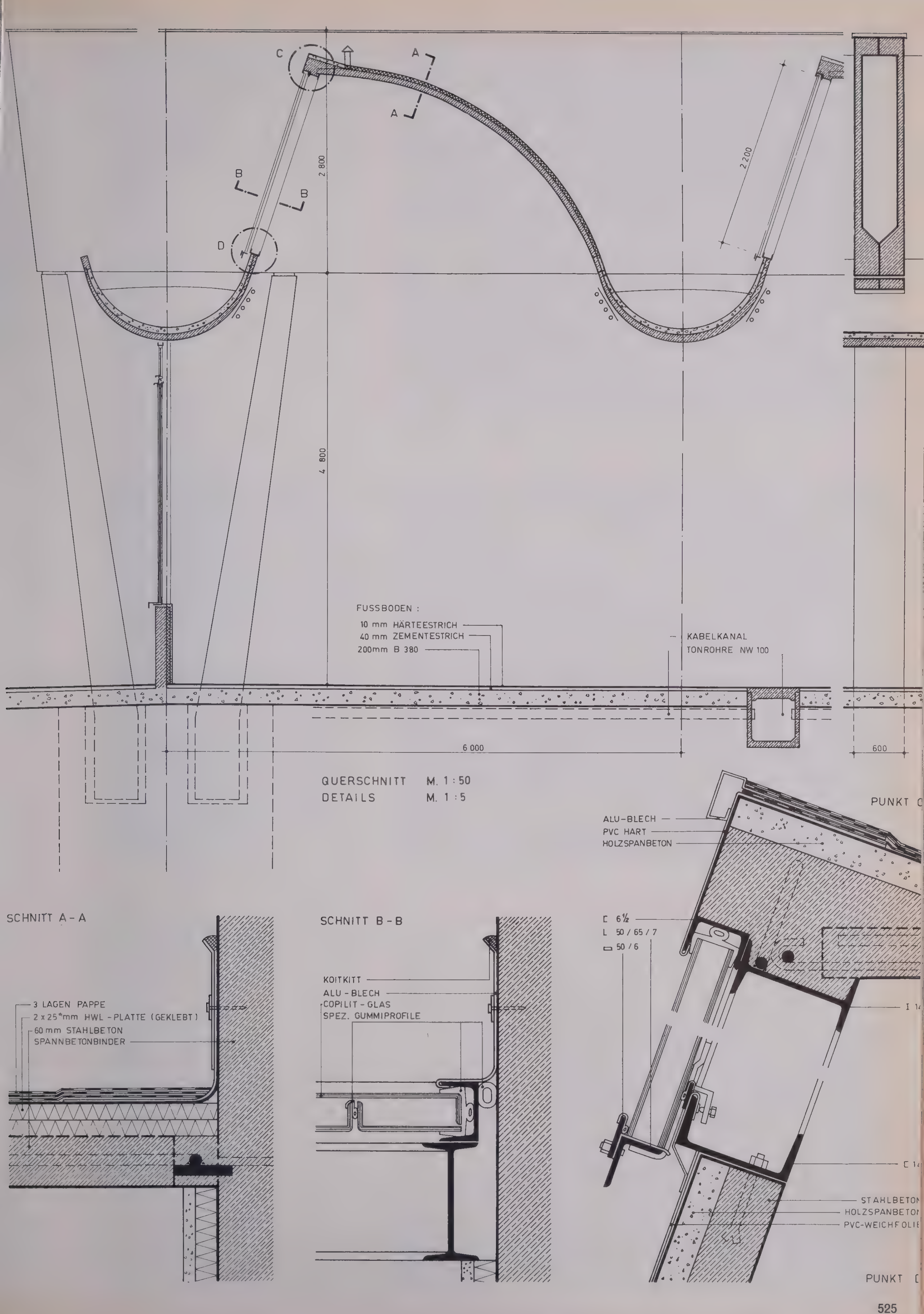
4
Grundriß Shedhalle 1 : 1000



4

5 ▶

5
Detailquerschnitt der Shedhalle 1 : 50
und Details 1 : 5

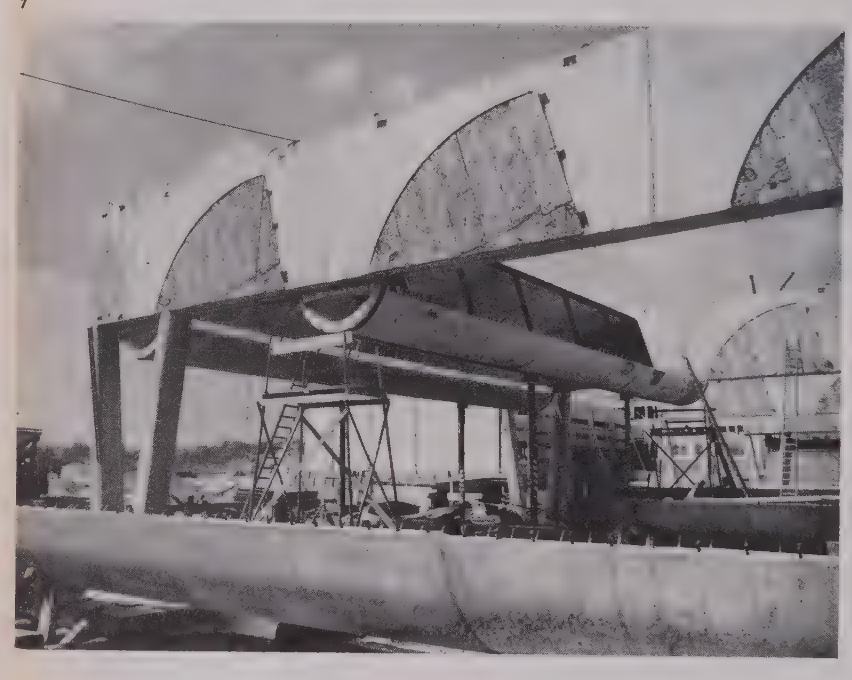


C
A
A
B
B
D
2 800
2 200
4 800
FUSSBODEN :
10 mm HÄRTEESTRICH
40 mm ZEMENTESTRICH
200mm B 380
KABELKANAL
TONROHRE NW 100
6 000
600
QUERSCHNITT M. 1 : 50
DETAILS M. 1 : 5
PUNKT C
ALU-BLECH
PVC HART
HOLZSPANBETON
SCHNITT A - A
3 LAGEN PAPPE
2 x 25 mm HWL - PLATTE (GEKLEBT)
60 mm STAHLBETON
SPANNBETONBINDER
SCHNITT B - B
KOITKITT
ALU - BLECH
COPILIT - GLAS
SPEZ. GUMMIPROFILE
[6½
L 50 / 65 / 7
50 / 6
STAHLBETON
HOLZSPANBETON
PVC-WEICHFOLIE
PUNKT D

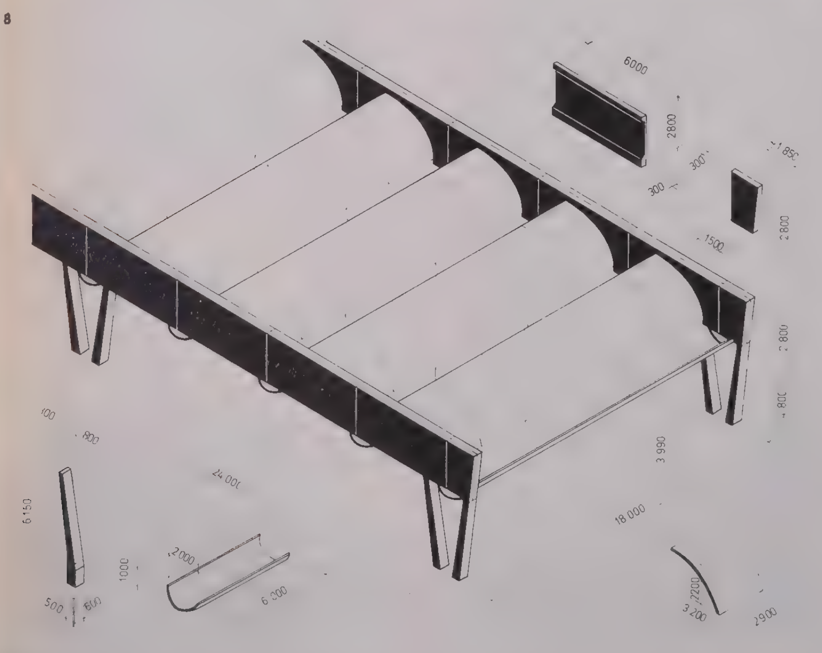


6

7



8



Baustelle gefertigt werden. Die hier angewandte Baustellenfertigung ist nach der Endabrechnung des Ausführungsbetriebes als wirtschaftlich anzusehen.

Die Montage der Shedhalle vollzog sich nach folgendem Ablauf: Nach dem Versetzen der Stützen in Hülsenfundamente wurden 24 000 mm lange, 600 mm breite und 2800 mm hohe, auf dem Erdboden vorgespannte Hohlkastenbinder mit zwei 25-Mp-Derricks auf die Stützen gehoben. Die Montage der Schalen wurde von einem Autokran K 225 in der Reihenfolge Unterschale – Fensterbandträger – Oberschalen vorgenommen. Je drei Unterschalenteile, ebenfalls auf dem Erdboden zu einer 18 000 mm langen Rinne zusammengespannt, wurden bis Unterkante Binder angehoben und dort mit einem halbkreisförmigen Flacheisen an die Binderunterseite angehängt. Nach Befestigung des Fensterbandträgers an den Bindern durch Schweißverbindungen konnten die Oberschalen versetzt werden, wobei die Bewehrung der Randschalen ebenfalls mit aus dem Binder herausragenden Stahleinlagen verschweißt wurden. Die vorhandenen Fugen wurden torkretiert.

Als Wärmedämmstoff war eine 40 mm dicke Schicht aus Phenolharzschaumplatten (Rg = 0,845 h m² grd/kcal) vom Projektanten vorgesehen. Infolge verschiedener Schwierigkeiten wurden die Dämmstoffe nach einem Vorschlag des VEB Baureparatur Dresden eingebaut, indem auf der Oberschale eine Wärmedämmschicht, bestehend aus 2 × 25 mm in Bitumen geklebten Holzwolle-Leichtbauplatten (Rg 0,67 h m² grd/kcal) aufgebracht wurde. Die Eindeckung mit drei Lagen Pappe erfolgte unmittelbar auf die Wärmedämmschicht. Die Unterschalen, die eine kleinere Krümmung aufweisen und die einer stärkeren Beanspruchung durch Instandhaltungsarbeiten ausgesetzt sind, wurden mit Holzspanbeton ausgekleidet. Die Stärke der Schicht beträgt am Anschluß zur Oberschale 50 mm, in der Sohle 80 mm und 40 mm an den Verstärkungen für die Spannköpfe. Damit verläuft die Rinnensohle völlig horizontal. Entwässerungseinläufe befinden sich an den Außenseiten. Die Eindeckung der horizontalen Rinne wurde mit längslaufenden Bahnen aus PVC-Weichfolie, die mit auf dem Untergrund befestigten Hart-PVC-Streifen verschweißt sind, vorgenommen. Ebenfalls mit einem Zwischenstreifen aus Hart-PVC wurde der Anschluß an die Oberschale erreicht. Die Sheds wurden seitlich an den Hohlkastenbindern mit einer PVC-Weichfolie angedichtet, die mit einer an den Beton angeschossenen Aluminiumdeckschiene an den Binder angeklemmt ist. Die Fuge wurde mit Fugenkitt (Koitkitt F 933) gedichtet. Die Abdeckung der Hohlkastenbinder erfolgte mit Aluminiumblech. Dieses Blech ist zugleich Fangleitung für den Blitzschutz. Da die Spannbetonbinder sowohl im Halleninnenraum als auch im Freien liegen, waren wärmeschutztechnische Überlegungen anzustellen. Da das Anbringen der Wärmedämmschicht an den Binderaußenseiten konstruktiv und gestalterisch Schwierigkeiten ergab, wurden die Innenflächen mit Holzwolle-Leichtbauplatten verkleidet. Diese Platten konnten bereits im Betonwerk mit aufgebracht werden. Zum Ausgleichen des Dampfdruckes in den Wärmedämmschichten wurden einmal Öffnungen in der Rinnenschale unter dem Fensterband vorgesehen, zum anderen PVC-Lüfterhauben von 70 mm Durchmesser am Scheitel der Oberschalen eingeklebt. In die Sohle der Unterschalen sind kleine PVC-Röhrchen eingesetzt, um eventuell auftretende Undichtigkeiten in der Dachhaut schnell örtlich feststellen zu können.

Die um etwa 20° geneigten Fensterflächen wurden mit Profilglas „COPILIT" doppelt verglast. Die Stoßfugen der einzelnen U-Gläser konnten mit PVC-Spezialprofilen und die Ränder der Glasflächen mit Gummiprofilen gedichtet werden. Besondere Sorgfalt galt der Ausbildung des Fußpunktes. Die Gläser müssen auf einer weichen Unterlage stehen, eventuell zwischen den Gläsern anfallendes Wasser muß ablaufen können, und schließlich muß der Einbau des Glases von außen gewährleistet sein.

Da der südliche Teil der Halle 12 000 mm breit unterkellert ist, wurden von hier aus die Heizleitungen und Starkstromkabel in getrennte, abdeckbare Fußbodenkanäle verteilt. Die Kabel für die Elektroanschlüsse der Maschinen verlaufen durch Tonrohre von 100 mm Durchmesser, die in einem Abstand von 3000 mm unter dem Hallenfußboden liegen. Damit ist eine flexible Maschinenaufstellung möglich.

Voraussetzung für das Gelingen des Werkes war die enge Zusammenarbeit zwischen Architekt, Ingenieur und bauausführendem Betrieb.

6 | 7
Die Shedhalle während der Montage

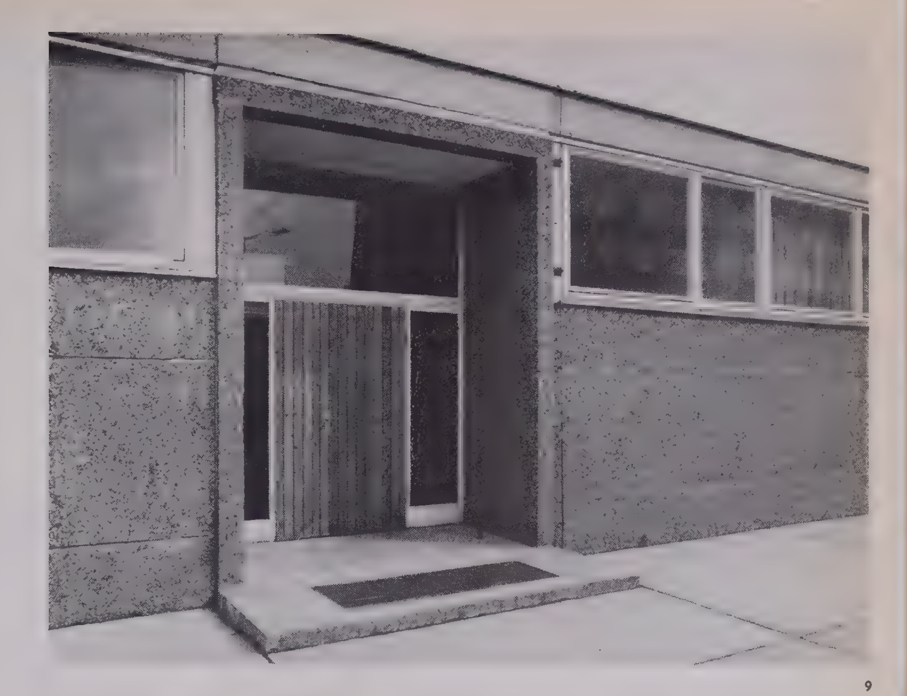
8
Konstruktive Isometrie der Halle 1 : 400

9
Eingang Sozialgebäude

10
Blick auf die Meisterkabinen

11
Teilansicht der Produktionshalle

12
Westansicht des Institutsgebäudes



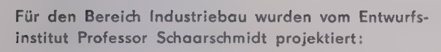
9



10



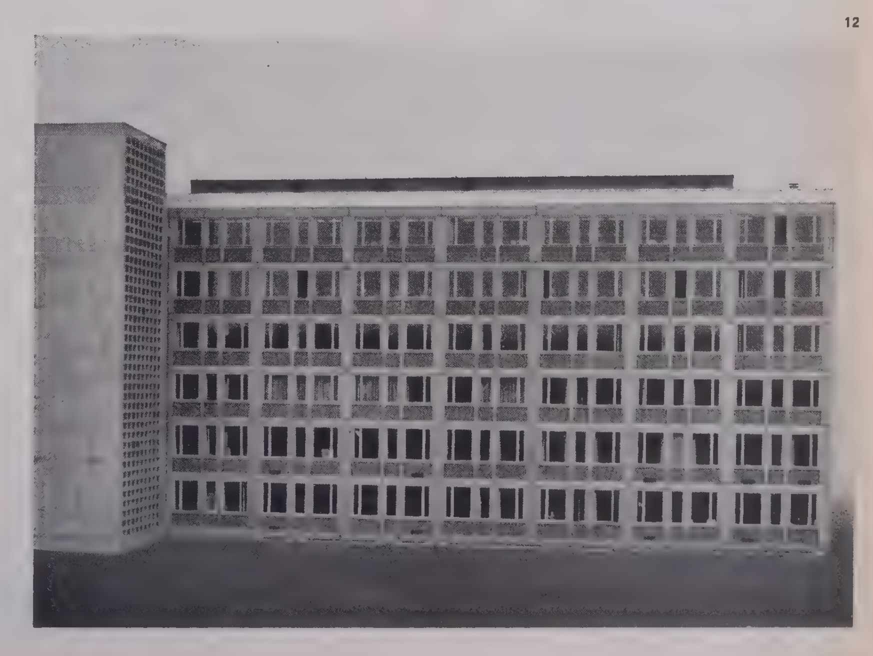
11



Für den Bereich Industriebau wurden vom Entwurfsinstitut Professor Schaarschmidt projektiert:

Wachstuch- und Kunstleder-Versuchsbetrieb Coswig (Vorplanung als Grundlage für das Projekt)	1956	
VEB Glagitwerk Sperenberg	1957	
VEB Cosidwerk Coswig:		
Sintereisenanlage	1959	+
Vorproduktion, Presserei, Schleiferei Harzküche (Vorplanung)	1959	+
Werkzeugbau	1961	
Perspektivplan des gesamten Werkes	1963	
Imprägnierung (Projekt)	1964	+
Polytechnisches Kabinett (Aufgabenstellung)	1966	
VEB Kfz.-Instandsetzungsbetrieb Eberswalde	1960	
VEB Hochvakuum Dresden	1963	
VEB Reifenwerk Heidenau (Studie)	1964	+
VEB Zentrales Projektierungsbüro der Glas- und Keramik-Industrie Radebeul (Projekt)	1964	+
VEB Thermoplastwerk Neugersdorf (Aufgabenstellung)	1966	

+ Planungen wurden nicht ausgeführt



12

1

Bauten der Wasserwirtschaft

Dipl.-Ing. Wolfgang Dietrich

Mitarbeiter an der architektonischen Gestaltung der Wasserbauten

Rappbodesperrmauer und Nebengebäude:	Dipl.-Ing. K. Methner
Trinkwasseraufbereitungs-anlage Rappbode:	Dipl.-Ing. K. Methner Dipl.-Ing. J. Jüchser Architekt W. Plum
Talsperre Pöhl:	Dipl.-Ing. J. Jüchser Dipl.-Ing. W. Dietrich Dipl.-Ing. D. Gläßer
Entlastungsbauwerk am Speicherbecken Bräsinchen:	Dipl.-Ing. W. Dietrich Architekt W. Plum
Letzlinger Heide:	Dipl.-Ing. W. Dietrich
Talsperre Feilebach:	Dipl.-Ing. W. Dietrich Dipl.-Ing. D. Gläßer

Architektonische Gestaltung von Staukörpern und ihrer baulichen Nebenanlagen

Rappbodesperre mit Trinkwasseraufbereitungsanlage
Überleitungssperre Königshütte
Entlastungsbauwerk des Speicherbeckens Spremberg-Bräsinchen
Talsperre Pöhl mit Vorsperren Thoßfell und Neuensalz
Talsperre Rauschenbach
Talsperre Feilebach
Wipperhauptsperre

Architektonische Grundkonzeption

Trinkwasseraufbereitung Letzlinger Heide
Pumpspeicherwerk Wendefurt
Wasserturm Halle-West

Entwurf und ausführungsreife Projektierung

Betriebsgebäude der Trinkwasseraufbereitungsanlage Rappbode
Vorgespannte Schalendächer der Trinkwasseraufbereitungsanlage Rappbode (Statik: Prof. Dr.-Ing. Mlosch, Technische Universität Dresden)
Wohnsiedlung der Trinkwasseraufbereitungsanlage Rappbode
Betriebszentralen (Staumeisterdienst- und Wohngebäude) an den Talsperren: Pöhl, Rauschenbach, Wipperhauptsperre, Gottleuba, Lichtenberg, Kühnhaide, Lehnmühle, Feilebach

3



Der Auftrag für die architektonische Gestaltung der Rappbodestaumauer und ihrer baulichen Nebenanlagen, als Ergebnis eines Wettbewerbserfolges der Dresdner Professoren Henn und Ochs im Jahre 1949, war der Beginn einer nun schon 17 Jahre währenden fruchtbaren Zusammenarbeit zwischen der Wasserwirtschaft und dem Entwurfsinstitut am Lehrstuhl für Industriebau der Technischen Universität Dresden, das Professor Schaarschmidt seit 1954 leitet.

Die Übersicht über die seitdem geleistete Arbeit läßt die Vielfalt der Aufgaben erkennen, die der Wasserbau und insbesondere der Bereich des Talsperrenbaus dem Architekten zu bieten hat. Von der maßstäblichen Gliederung der gewaltigen Baumasse eines Staukörpers, der Formgebung wasserbautechnischer Details, vornehmlich der Mauerkrone und der Hochwasserentlastung, dem Entwurf von Schieberhäusern, Wasserkraftwerken und ganzer Trinkwasseraufbereitungsanlagen, Aufgaben, die dem Industriebau nahestehen, spannt sich der Bogen über die Gestaltung von Ingenieur- und Verkehrsbauwerken, von Brücken und Straßenzügen bis zu den bescheideneren Dimensionen einer Betriebszentrale und eines Wohnhauses für die Stauwärter.

Talsperrenbau ist Gemeinschaftsarbeit. Ingenieure des konstruktiven Wasserbaus und der Wasserwirtschaft, des Verkehrsbaus und der Energiewirtschaft, Landschaftsgestalter und Architekt streben nach der besten Erfüllung ihrer jeweiligen Aufgaben. Sie alle sind aufeinander angewiesen.

Auch die architektonische Gestaltung kann kein Selbstzweck sein. Sie erwächst aus den technisch-funktionellen Voraussetzungen der Aufgabe und fügt als ein ordnendes Prinzip die in ihren Maßstäben so heterogenen Elemente einer Talsperrenanlage zu einem einheitlichen Ganzen zusammen. Die Vielzahl technischer Bindungen erschwert die Aufgabe. Aufgeschlossenheit des Auftraggebers und der mitarbeitenden Ingenieure für Fragen der Gestaltung sind erforderlich, um das gesteckte Ziel zu erreichen.

Neben zahlreichen Beispielen einer sehr guten Zusammenarbeit gibt es Stimmen, die dem Architekten eine Mitarbeit in den Fragen des Talsperrenbaus bestreiten. Hier kann nur durch gelungene Beispiele, die neue Maßstäbe setzen, überzeugt werden. Der Weg dahin ist langwierig. Er erfordert Beharrlichkeit und unablässiges Bemühen.

Talsperrenbauten sind Eingriffe in die landschaftlich oft reizvollsten Gebiete unserer Heimat. Sie gut zu gestalten, ist ein kulturelles Anliegen, gleichgültig, ob es sich um die stille Abgeschiedenheit einer Trinkwassertalsperre handelt oder in einem Erholungsgebiet um den Staukörper eines Brauchwasserspeichers, der täglich von vielen Schaulustigen besichtigt wird.

Die Baugeschichte kennt viele Beispiele der Gestaltung wasserbaulicher Anlagen. Paul Bonatz entwarf die Wehre der Neckarstaustufen, Hans Poelzig formte die Staumauer Klingenberg, bekannte Namen aus der Reihe von Architekten, die sich der Gestaltung von Wasserbauwerken annahmen. Professor Schaarschmidt widmete sich diesem scheinbar abseits liegenden Gebiet, neben seinen Aufgaben als Industriebauer, stets mit besonderer Anteilnahme und war bestrebt, die in Deutschland vorhandenen guten Traditionen der Talsperrengestaltung mit den Mitteln unserer Zeit weiterzuführen.

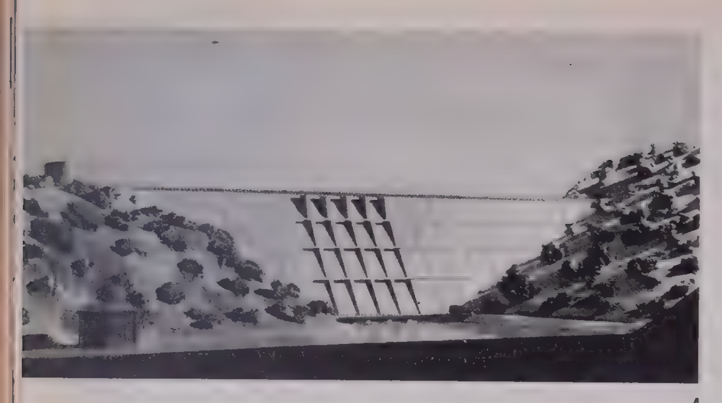
1 Rappbodesperre – Luftseitige Ansicht der Staumauer

2 Rappbodesperre – Schrägansicht mit Schieberhaus

3 Ansicht der Trinkwasseraufbereitungsanlage Blankenburg

2





4
Rappbodesperre – Modellaufnahme einer bautechnologischen Variante für das Betonieren mit Turmdrehkränen

5
Rappbodesperre – Teilansicht des Überlaufes

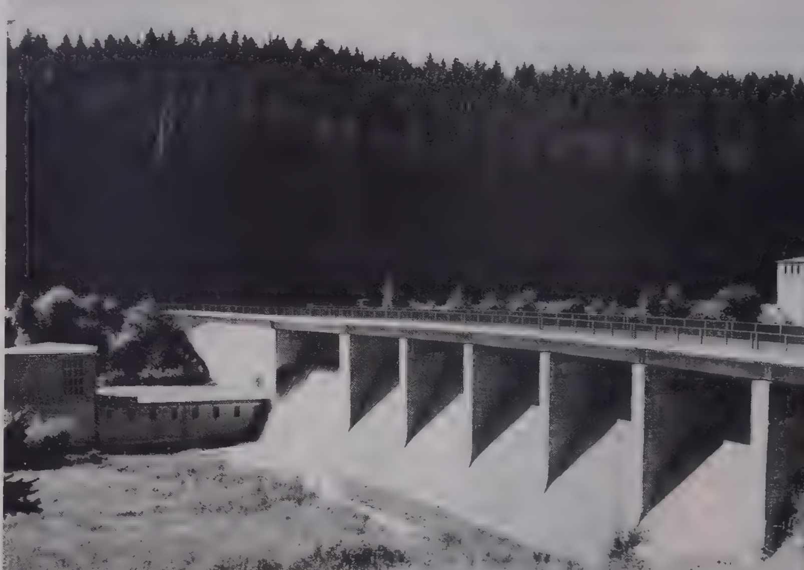




5



6



7

Rappbodesperrmauer

Die Rappbodesperrmauer ist mit 415 m Länge und 106 m Höhe der größte Staukörper Deutschlands. Aufgabe der architektonischen Gestaltung war es, diese Dimensionen durch maßstäbliche Ausbildung der Einzelteile erfaßbar zu machen, das Bauwerk in seine Umgebung einzubinden und die Nebenbauten in die Gesamtanlage einzuordnen.

Im Laufe der Bearbeitung ergaben sich in Abhängigkeit von verschiedenen zur Diskussion stehenden Bautechnologien mehrere Gestaltungsvarianten. So wurde erwogen, die Mauer mit Turmdrehkränen in stufenförmigen Abschnitten zu betonieren. Die dazu notwendigen Bermen führten zu einer stark plastischen Gliederung der Luftseite. Im Gegensatz dazu steht die flächige Gestaltung der ausgeführten Mauer. Sie entspricht der gewählten Baudurchführung mit Kabelkran und kontinuierlich verziehbarer Kletterschalung. Die vertikalen Feldfugen sind erhaben ausgebildet. Als feingliedrige Streifen gliedern sie die Mauerfläche und zeichnen den Anlauf der Luftseite nach. Die Überlauffläche ist, gegenüber der seitlichen Maueroberfläche, wenig vertieft. Die Einfassungskanten sind im Vergleich zu den Feldfugen etwas verstärkt, so daß hier ein stärkerer Schattenschlag entsteht. Schlanke, tiefe Brückenpfeiler im Bereich der Überlauföffnung verleihen dem Bauwerk durch entschiedene, enge Reihung einen kräftigen Akzent. Die Gehwege auf der Mauerkrone stehen an beiden Seiten über die Mauerfläche über. An der Luftseite bilden Kragbalken aus Betonfertigteilen unter dem Bord ein zartes plastisches Element. Sie dienen in Verbindung mit den runden Geländerpfosten in ihrer relativ feingliedrigen Ausbildung und ihrem Rhythmus von etwa 2 m als menschlicher Vergleichsmaßstab für die gewaltige Höhe der Sperrmauer. Schieber- und Windenhaus begrenzen die Mauerkrone am rechten Hang. Das turmartige Schieberhaus mit der Überwachungszentrale im Obergeschoß ist durch einen Betonsockel unmittelbar an die Luftseite der Mauer angebunden. Das Gebäude bleibt somit, seiner Funktion entsprechend, Bestandteil des Sperrkörpers. Es markiert den Abschluß der Mauer und ihren Übergang in das Gelände und bildet eine einseitige vertikale Dominante in der Gesamtanlage.

Königshütte

Das Problem der Verbindung eines Gebäudes mit einem Staukörper tritt bei der Talsperrengestaltung immer wieder auf. Bei der Überleitungssperre Königshütte wurde das kubisch gestaltete Krafthaus bewußt von der Mauer abgesetzt und durch einen sokkelartigen Zwischenbau mit dieser verbunden. Bei diesem kleinen Sperrbauwerk wurden durch eine leichte Schwingung im Grundriß eine lebendige Wirkung und eine stärkere Einbindung in die Umgebung angestrebt.

Trinkwasseraufbereitungsanlage Blankenburg

Die Trinkwasseraufbereitungsanlage der Rappbodesperre, ursprünglich neben der Staumauer geplant, wurde in einem abseits liegenden engen Seitental bei Blankenburg (Harz) errichtet. Die

6
Überleitungssperre Königshütte – Untersicht des Staukörpers

7
Überleitungssperre Königshütte – Sperrmauer in Verbindung mit dem abgesetzten Krafthaus

8
Trinkwasseraufbereitungsanlage Blankenburg – Schrägansicht der Filterhalle, im Hintergrund die Chemikalienstation

9
Trinkwasseraufbereitungsanlage Blankenburg – Innenhof des Betriebsgebäudes

10
Trinkwasseraufbereitungsanlage Blankenburg – Betriebsgebäude, Chemikalienstation und Reaktionsbeckengebäude

8



9



10

Anlage entwickelt sich parallel zu einem steilen, nach Süden geneigten Hang. Unter Ausnützung des Gefälles wurde das höchste Gebäude, die Chemikalienstation, an den Berg geschoben, so daß die Behälter von der oberen Zufahrt aus beschickt werden können. Diesem turmartigen Baukörper ist das niedrige Reaktionsbeckengebäude talseitig vorgelagert. Daran schließen sich nach Nordosten die etwa 150 m lange und 50 m tiefe Filterhalle, nach Südwesten das zweigeschossige atriumartige Betriebs- und Sozialgebäude an.

Als einheitliches Material für alle Außenwände wurden gelbbraune Klinker gewählt. Sämtliche Gebäude, mit Ausnahme des Betriebsgebäudes, sind durch vorgespannte wellenförmige Stahlbetonschalen von 60 mm Dicke überdacht. Diese Schalen wurden am Ort mittels einer verfahrbaren und abklappbaren Schalung hergestellt. Das Achsmaß der Schalen von 9,30 m entwickelte sich aus dem Achsabstand der Filterbecken. Dieser inneren Ordnung ist auch die Gliederung der Filterhallenaußenwand unterworfen. Im vorgegebenen Rhythmus wechseln geschlossene Klinkerflächen mit schmalen, vertikalen Belichtungsbändern aus Betonblöcken mit farbigen Glasbausteinen. Die Filterbeckenebene zeichnet sich als Horizontalglied und obere Begrenzung der Klinkerflächen in der Fassade ab.

Reaktionsbeckengebäude und Chemikalienstation erhielten Lichtbänder aus Profilglas.

Das Betriebs- und Sozialgebäude bildet den Maßstab für die Dimensionen der technischen Anlagen. Es umfaßt Verwaltungsräume, Labors, Schaltzentrale, Werkstätten, Spezialanlagen mit Küche und Speisesaal sowie einen Vortragsraum. Ein gärtnerisch gestalteter Innenhof von intimen Abmessungen dient als geschützter Bezirk der Erholung der hier Beschäftigten.

Staumauer Pöhl

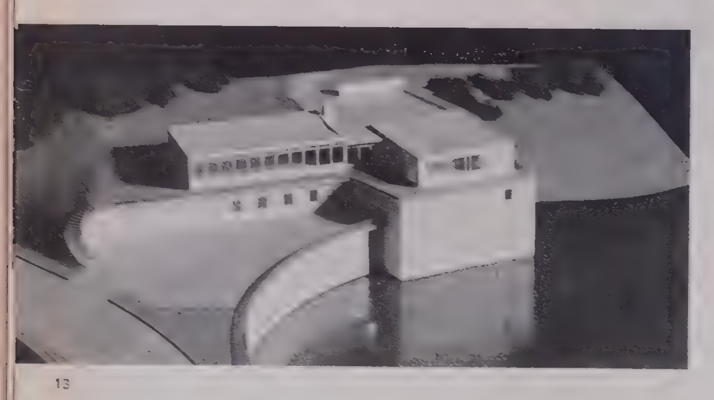
Die Staumauer Pöhl, erbaut von 1958 bis 1963 im Landschaftsschutzgebiet der Vogtländischen Schweiz, ist der erste deutsche Sperrkörper mit einem Skisprungüberlauf. Bedingt durch die Enge des luftseitig anschließenden Triebtals, wurde die Hochwasserentlastung schanzenartig über das Krafthaus hinweggeführt. Der kraftvolle Schwung der Überlaufkanten beherrscht die Luftseite. Das Krafthaus ordnet sich diesen dominierenden Baugliedern unter und tritt nur nach dem Tosbecken zu als Fensterwand zwischen den kräftigen Stahlbetonstützen des Schanzentisches in Erscheinung, die aus optischen Gründen nach vorn geneigt sind. In Höhe der Mauerkrone wird die Überlauföffnung durch eine vorgespannte Betonplatte stützenfrei überspannt. Der dynamischen Form des Schanzentisches antwortet die bewegte Linienführung des Staukörpers. Die Krone schwingt im Längsschnitt nach einem in Brückenmitte liegenden Gefälle-Tiefpunkt muldenartig durch. Im Grundriß weist die Mauer eine kreisbogenförmige Krümmung auf, die sich dem Stauraum entgegenwölbt. Eine konstruktive Notwendigkeit besteht dafür nicht. Eine Gewichtsstaumauer widersteht dem Wasserdruck durch ihre Eigenlast und wirkt nicht als



11



12



13



14

11 Staumauer Pöhl – Gesamtansicht des geschwungenen Sperrkörpers

12 Staumauer Pöhl – Teilansicht des Sperrkörpers mit Betriebszentrale

13 Staumauer Pöhl – Modellfoto der Betriebszentrale in Verbindung mit der Sperrmauer

14 Vorsperre Neuensalz – Modellaufnahme

15 Entlastungsbauwerk des Speicherbeckens Spremberg-Bräsinchen – Modellaufnahme

16 Entlastungsbauwerk des Speicherbeckens Spremberg-Bräsinchen – Werkstatt, Sozialbereich und Kranhalle

17 Trinkwasseraufbereitungsanlage Letzlinger Heide – Technologischer Entwurf

18 Trinkwasseraufbereitungsanlage Letzlinger Heide – Neuordnung der Gesamtanlage

19 Trinkwasseraufbereitungsanlage Letzlinger Heide – Modellaufnahme der architektonisch gestalteten Anlage

Gewölbe. Dennoch wurden die ersten Beton-Gewichtsstaumauern bogenförmig angelegt, wohl in Anlehnung an frühere Bruchsteinmauern und aus überlieferten Formvorstellungen und dem Gefühl einer zusätzlichen Sicherung heraus. Die 1928 erbaute Staumauer Lehnmühle wurde als erster Sperrkörper in Deutschland geradlinig ausgebildet. Seitdem hat sich diese sachliche Form allgemein durchgesetzt, zumal sie bei der Ausführung die geringsten Schwierigkeiten bereitet. Dennoch sollte in Zukunft auch bei Gewichtsstaumauern aus Beton eine geschwungene Linienführung nicht grundsätzlich außer Betracht gelassen werden, besonders wenn dies, wie in Pöhl, funktionell berechtigt ist. Die Gestaltungsabsichten des Architekten begegneten sich hier mit den Forderungen der Verkehrsplanung. Über den Sperrkörper führt eine Landstraße I. Ordnung. Die sanfte Schwingung der Mauerkrone, die an beiden Enden durch großräumige, auf besonderen Stützmauern gegründete Krümmen in die anschließenden Höhenzüge übergeleitet wird, gewährleistet einen zügigen Fluß des Fahrverkehrs. Die muldenartige Ausbildung des Längsschnittes gewährt den Überblick über die gesamte Trasse im Mauerbereich. Der Beschauer erlebt die weiträumigen Bögen in der perspektivischen Verkürzung als ein Spiel sich überschneidender Kurven und gewinnt dem Bauwerk von den verschiedensten Standpunkten immer neue Aspekte ab. Die gewählte Gestaltung des Mauerumrisses erweist sich nicht zuletzt als ein willkommenes Mittel, den Baukörper in die bewegten Linien der umgebenden Landschaft einzubinden und so einen Einklang zwischen Natur und Menschenwerk herzustellen. Ein streng geradlinig geführter Sperrkörper steht dagegen stets in einem kühlen Kontrast zur Umgebung und erweckt leicht den Eindruck einer gewissen Starrheit.

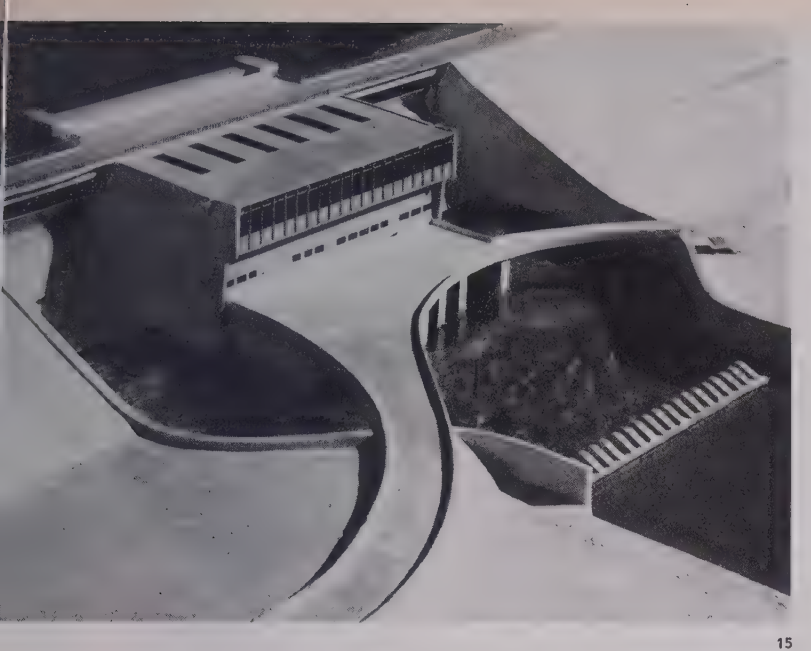
Die Gestaltung der Nebenbauten betont den Zusammenhang mit dem Hauptstaukörper. Die kubischen Bauten der Betriebszentrale am rechten Hang sind durch einen blockhaften Unterbau aus Beton unmittelbar mit der Sperrmauer verbunden. Als Festpunkt geben sie den fließenden Linien der Mauerkrone Halt und sind optisch ein Gegengewicht zur Masse des luftseitigen Schanzentisches.

Vorsperren Neuensalz und Thoßfell

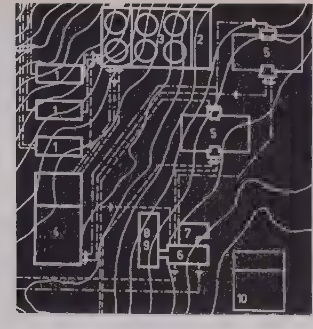
Die Vorsperren Neuensalz und Thoßfell geben über einen Überlauf Wasser in die Hauptsperre ab. Die Staukörper bilden eine Art Wehr. Entsprechend der Staufunktion wurde die Mauerkrone asymmetrisch ausgebildet. Während an der Unterwasserseite eine massive Brüstung angeordnet wurde, kragt an der Oberwasserseite ein Bord mit Stahlgeländer über die Wasserfläche aus. Nach der Hauptsperre zu wird die flächige Wand der Mauern durch die eingeschnittene Überlauföffnung und die plastisch hervortretenden, V-förmigen Überlauftüllen unterbrochen und belebt.

Entlastungsbauwerk des Speicherbeckens Spremberg-Bräsinchen

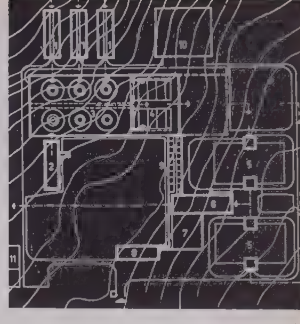
Das Entlastungsbauwerk des Speicherbeckens Spremberg-Bräsinchen ist Bestandteil des 1958 bis 1963 errichteten, etwa 5 km langen Erddammes, der die Spree zwischen Cottbus und Spremberg zu einem See anstaut. Es dient der Regulierung des Wasserabflusses, der Hochwasserentlastung und der Energieerzeugung. Der



15



17



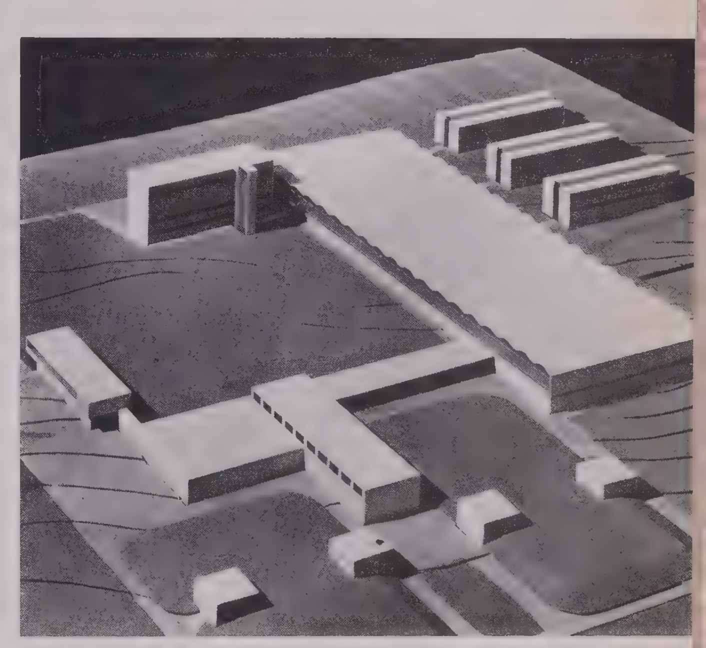
18

Legende zu 17 und 18

1 Verdüsung
2 Chemikaliengebäude
3 Accellatoren
4 Filteranlage
5 Reinwasser- und Ausgleichsbehälter
6 Pumpenhalle
7 Schaltanlage
8 Verwaltung
9 Sozialanlagen, Werkstätten
10 Absatzbecken
11 Heizhaus



16



19

mittlere Gebäudeblock ist wasserseitig als Betonstaukörper mit Hohlräumen für die Verschlußorgane ausgebildet, während der luftseitige Teil Räume für die elektrische Anlage, Werkstatt und Sozialbereich enthält. Dazwischen ist eine Kranhalle für Ringkolbenschieber und Turbine angeordnet. An beiden Gebäudeseiten schließen sich symmetrische Hochwasserüberfälle an, die in Höhe der Dammkrone durch Brücken überspannt werden. An der Luftseite gehen die Überfalleinfassungen in Tosbeckenrandmauern über, die in S-förmiger Schwingung die Ableitung des Hochwassers in das Spreebett vermitteln. Die Zufahrtsbrücke über dem Tosbecken antwortet dieser hydraulisch bedingten Form durch eine Gegenbewegung, die das Fahrzeug zu dem asymmetrisch angeordneten Tor der Kranhalle hinführt, und schwingt, als Fußgängerbrücke verjüngt, zum gegenüberliegenden Tosbeckenrand, wo sie in einer Freitreppe endet.

Die Gestaltung des Gebäudes betont die Süd-Nord-Richtung des Wasserflusses. Die Seitenflächen sind als geschlossene Betongiebel ausgebildet, die lediglich durch Wasserspeier und Lüftungsjalousien aus dem gleichen Material unterbrochen werden. Die nach Süden gerichtete Wasserseite ist durch kräftige Betonpfeiler, die die Einläufe der Grundablässe einfassen, plastisch gegliedert. Die Eckpfeiler sind betont und über die Dammkrone hochgeführt, während die Mittelpfeiler durch eine Platte abgedeckt sind, auf der eine Katzbahn zur Hebung der Verschlußorgane läuft. An der Luftseite ist das Obergeschoß als verglaster Verbindungsgang vor den unterschiedlich hohen Räumen des Elektroteils ausgekragt. Schlanke Betonpfeiler gliedern das Fensterband. Unter der Kragplatte ist ein Stahlträger für das Heben der Dammbalkenverschlüsse befestigt. Die zurückliegende Wand des Untergeschosses besteht aus Klinkern. Ein durchlaufendes schmales Lichtband unterstreicht die horizontale Gliederung der Fassade.

Trinkwasseraufbereitungsanlage Letzlinger Heide

Dem Neubau der Trinkwasseraufbereitungsanlage Letzlinger Heide lag ursprünglich ein technologischer Entwurf zugrunde. Dieser sah eine Anzahl getrennter Gebäude vor, die durch komplizierte, zum Teil rückläufige Rohrleitungsführung miteinander verbunden waren. Ein Reinwasserbehälter war bereits im Bau. Im Rahmen einer kurzfristigen „architektonischen Bearbeitung" im Jahre 1960 wurde vom Entwurfsinstitut eine Neuordnung der Gesamtanlage, entsprechend dem Wasserdurchfluß und den Geländeverhältnissen, vorgenommen. Filter und Accellatoren wurden zu einer langgestreckten Halle zusammengefaßt. An ihrem Kopfteil, dem höchsten Punkt des Geländes, befinden sich drei Verdüsungsanlagen und eine Chemikalienstation. Am gegenüberliegenden Ende schließen sich, rechtwinklig zum Hauptbau, Werkstätten, Pumpenhaus, Schaltanlage und Verwaltungsgebäude an. Zwei Reinwasserbecken als Erdbehälter sind, symmetrisch zum Pumpenhaus, diesem flachen Trakt vorgelagert. Die Lage des einen bereits begonnenen Behälters blieb unverändert. Die architektonische Konzeption ergab sich zwanglos aus der klaren Darstellung des technologischen Prozesses.

Nebenanlagen im Industriebau

Industrienebenanlagen als Gestaltungsaufgabe

Dipl.-Ing. Eberhard Just, Architekt BDA
VEB Industrieprojektierung Leipzig

Begründung für jedes Industrievorhaben ist ein zu erzeugendes Produkt und der dafür erforderliche Produktionsprozeß. Dafür ist die zugehörige Funktionstechnologie der Produktionsanlagen die erste Planungsstufe, die vom Industrietechnologen oder Verfahrensingenieur erarbeitet wird. Bei der Produktionstechnologie, der nächsten gedanklichen Stufe, wird die Prozeßrichtung durch die Produktionslinie bestimmt. Bei der dadurch gegebenen Aneinanderreihung der Prozeßabschnitte erfolgt allgemein ein An-, Neben und Übereinanderfügen von Industrieräumen. Dort liegt der Ausgangspunkt für eine architektonische Gestaltung der Produktionsbauten, und Gutes kann in der Regel nur in engster Zusammenarbeit von Technologen und Architekten entstehen. Über die besondere Problematik dieser Arbeitsplatzgestaltung im umfassenden Sinne hier zu schreiben, gehört nicht zum Thema.

Die Funktionslösung als ein Faktor der Architektur wird im allgemeinen vom Architekten erarbeitet. Das geschieht in der Regel in Zusammenarbeit mit Spezialisten, wie beim Krankenhausbau mit dem Arzt oder beim Hotelbau mit dem Gastronomen, wie bei der Gestaltung einer Stadt, eines Stadtkomplexes und auch beim Einzelgebäude. Beim Industriebau hingegen gibt es eine spezifische Problematik, und das von der Stadt Gesagte trifft hier nicht ohne weiteres und im vollen Umfange zu. Eine Analogie besteht im allgemeinen beim Entwerfen von Industrienebenanlagen, allerdings noch nicht absolut, da ein Industriewerk ein organisches Ganzes sein muß und die Nebenanlagen daher nicht als losgelöster Bestandteil betrachtet werden können. Im folgenden sei versucht, die Verflechtungen darzulegen.

Zu einem Industriewerk gehören:

- Produktionsanlagen,
- Produktionshilfsanlagen wie erzeugende und verteilende Energieanlagen, Werkstätten, Lager und so weiter,
- Nebenanlagen wie Verwaltung, Laboratorien, Spezialanlagen, Anlagen für die Versorgung und so weiter,
- Außenanlagen wie Straßen, unter- und oberirdische Leitungen und so weiter.

Zwei Faktoren sind bei den Darlegungen über die Produktionsanlagen für die Gestaltung der Nebenanlagen von Bedeutung:

Erstens ergibt sich nach dem Festlegen des Funktionsschemas oder der Funktionstechnologie unter anderem der Arbeitskräftebedarf, und davon können in der Regel die Raumprogramme der Nebenanlagen abgeleitet werden. Unnötige Erschwernisse ergeben sich, wenn – wie es teilweise vorkommt – Auftraggeber selbstgefügte Grundrisse „zum Projektieren" übergeben. Sie machen sich voreingenommen und hemmen von vornherein die Gestaltungsfreude und den Ideenreichtum des Architekten. Ein gut durchgearbeitetes Raumprogramm und begründete Vorstellungen über Funktionsbeziehungen sind die Arbeitsgrundlagen für Entwurfsvarianten von Industrienebenanlagen. Damit ist der Architekt, anders als bei den Produktionsgebäuden, in der Lage, Funktionslösungen für diese Gebäude zu erarbeiten. Er verfährt ähnlich wie der Architekt beim Gesellschaftsbau, indem er überwiegend selbständig das erarbeitet, was wir Technologie oder Raumordnung bei den Produktionsanlagen nennen. Zunutze kommt ihm hierbei, daß in der Stadt und im Industriewerk eine Reihe von Gebäudekategorien in ähnlicher Weise anzutreffen ist, die sich manchmal nur durch die standortbedingte unterschiedliche Repräsentation unterscheiden. Als Beispiel seien genannt: Verwaltungen, Restaurants, Schulen.

Ein zweiter Faktor für die Gestaltung der Nebenanlagen ist die Produktionslinie, und zwar die Makroproduktionslinie, die den Bau des Industriewerkes beeinflußt. Bei der Festlegung der Produktionslinie wird zugleich das Verkehrsschema des Werkes erarbeitet. Damit wird unter anderem der Materialfluß sowie der Menschenfluß ins und im Werk fixiert, und dieses Fließschema ist sowohl für die Lage der Nebenanlagen zu den Produktionsanlagen und deren wirtschaftliche Entfernung untereinander wie auch für die Lage der Produktionsanlagen zum Werkeingang bestimmend. Damit gewinnt dieser Zweig des Fließschemas einen hohen Wert hinsichtlich der Funktionstüchtigkeit des späteren Industriewerkes. Es ist ein nicht wiedergutzumachender Fehler, wenn diese Beziehungen des arbeitenden Menschen zu seinen Produktionsstätten gestalterisch nicht gelöst sind. Im allgemeinen ist also beim Bau von Industriewerken folgende funktionelle Reihenfolge für den Menschenfluß zu projektieren:

Werkeingang – Nebenanlagen – Produktionsanlagen.

Je nach Charakter des Industriebetriebes und je nach seiner städtebaulichen Lage werden dafür unterschiedliche Lösungen zu finden sein. So sind beim Erdölverarbeitungswerk Schwedt die den Produktions- und Freianlagen vorgelagerte Zone der Haupt- und Nebenanlagen und die Inselbildung in den Betriebsteilen in Form von Betriebs-Stützpunkten beispielhaft. Bei Betrieben der Polygrafie und bei Gießereien sind vielfach Gebäudeteile dem Gesamtgebäudekomplex vorgelagert.

Vom Werkeingang verzweigt sich der Menschenstrom in die Nebenanlagen und in die Produktionsanlagen. Bei hochautomatisierten Betrieben verbleibt ein beachtlicher Teil der Belegschaft in der Nebenanlagenzone und ein weiterer beachtlicher Teil ist gewöhnlich in der Zone der Produktionshilfsanlagen (zum Beispiel Werkstätten) tätig. Damit ergibt sich auch eine Funktionsbeziehung der Nebenanlagen zu den Produktionshilfsanlagen.

Weiterhin können Teile der Nebenanlagen, die der Versorgung der Werktätigen dienen, Beziehungen zum Stadtorganismus haben.

Zusammenfassend kann also festgestellt werden, daß die Nebenanlagenzone die Zone ist, die von den Betriebsangehörigen am stärksten frequentiert wird.

Ohne von einer differenzierten Arbeitsplatzgestaltung sprechen zu wollen, sind doch die architektonischen Möglichkeiten für diesen Bereich vielfältiger. Bei einem Industriebetrieb bestehen zwischen den Produktionsanlagen und Produktionshilfsanlagen einerseits und den Nebenanlagen andererseits vergleichsweise ähnliche Beziehungen wie zwischen Wohnkomplexzentrum und Wohnkomplex. Danach kommt der architektonischen Gestaltung der Gebäude für die Nebenanlagen eine hohe gesellschaftliche Bedeutung zu. Angefangen beim Werkeingang, als Visitenkarte eines Industriebetriebes, werden die Werktätigen bei ästhetisch guten Lösungen sehr entscheidend in ihrer Einstellung zu ihrem Betrieb, zu ihrer Arbeitsstätte beeinflußt werden.

Die Nebenanlagen im Erdölverarbeitungswerk Schwedt

Dipl.-Ing. Ambros G. Gross, Architekt BDA
VEB Industrieprojektierung Leipzig

In den großen Industriewerken ist die günstigste Zuordnung der umfangreichen Hilfs- und Nebenanlagen zu den Produktionsanlagen für die maximale Effektivität der Investitionen von großer Bedeutung.

Schon während der Perspektivplanung und der Investitionsvorbereitung (zum Beispiel Technisch-ökonomische Zielstellung) gilt es, alle Möglichkeiten der Planwirtschaft durch rationellen Einsatz und stärkste Konzentration der Mittel auszunutzen.

Die Bedeutung und Kompliziertheit derartiger Planungsarbeiten überschreiten oft Interessen und Verantwortungsbereiche einzelner Betriebe und verlangen ein hohes Maß an Kenntnissen und an Koordinierung von den beteiligten Instanzen, den staatlichen Planungsstellen, den Plan- und Investitionsträgern, den General- und Hauptprojektanten und so weiter.

Bei der Verantwortung und Fähigkeit dieser Stellen liegt es auch, ob durch komplexe Standortplanung für ein Industriegebiet Fehler, Zersplitterungen und Wiederholungen vermieden werden, daß Gebiets-, Stadt- und Industrieplanung von Beginn an als komplexe Aufgabe erkannt und behandelt werden.

Die Bedeutung der engen Zusammenarbeit zwischen den Planungs- und Projektierungseinrichtungen muß immer wieder betont werden.

Zur Komplexität der Standortplanung des Industriegebietes Schwedt

Voraussetzung für die Sicherung von Lösungen mit höchstem volkswirtschaftlichem Nutzeffekt durch Regional- und Stadtplaner, Industrieplaner, Technologen und Architekten ist allerdings, daß auch die Plan- und Investträger durch geeignete ökonomische Maßnahmen von zentraler Stelle zu einer koordinierten und komplexen Standortplanung gezwungen werden.

Fehlen derartige generelle Abstimmungen in einer frühen Planungsphase, so wird jeder Plan- oder Investträger mit seinem Projektanten seine Hilfs- und Nebenanlagen planen und sich einen autarken Bereich schaffen.

Bei der funktionellen, ökonomischen und gestalterischen Lösung der umfangreichen Nebenanlagen des EVW Schwedt haben wir hinsichtlich eines „Industriegebietes Schwedt" diese Probleme kennengelernt und die Erfahrung gemacht, daß verpaßte Chancen und Standortzersplitterungen auch mit erheblichem Koordinierungsaufwand kaum noch wettzumachen sind.

Gemeint sind insbesondere auch die Untersuchungen einer Arbeitsgruppe der Deutschen Bauakademie unter Leitung von Professor Paulick über die theoretischen Möglichkeiten einer Nutzung bestimmter Hilfs- und Nebeneinrichtungen gemeinsam für das Erdölverarbeitungswerk, die Papierfabrik und die Versorgungsindustrie der Stadt.

Obwohl im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten der Generalprojektant, Ingenieurtechnische Zentrale Böhlen, und der bautechnische Hauptprojektant für das Erdölverarbeitungswerk, VEB Industrieprojektierung Leipzig, schon bei der Vorplanung der Nebenanlagen eng zusammen arbeiteten, fehlte doch für eine komplexe Standortplanung Erdölverarbeitungswerk – Papierfabrik – Versorgungsindustrie – Stadt jede Voraussetzung sowohl auf der staatlichen Planungsebene als auch bei den zuständigen wissenschaftlichen Instituten der Deutschen Bauakademie. Ohne wissenschaftliche und technisch-ökonomische Grundlagen für eine optimale komplexe Anordnung von Nebenanlagen für ein Industriegebiet kann verständlicherweise auch nur schwer optimal projektiert werden.

Erst in diesem Jahr (1966) findet man im Perspektivplanentwurf zum „Plan der Bauforschung" des Instituts für Industriebau der Deutschen Bauakademie eine Untersuchung der Grundlagen für die technische, funktionelle und ökonomische Lösung von Nebenfunktionen in Industriewerken mit den administrativen, gesellschaftlichen, organisatorischen und kulturellen Funktionen, der Aus- und Weiterbildung, der Erholung und so weiter, Grundlagen für Planung und städtebauliche Projektierung von Industriekomplexen und so weiter.

Bei einer Bewertung oder Analyse der inzwischen zum großen Teil fertiggestellten Nebenanlagen im EVW Schwedt muß man die außergewöhnlich kurze Frist für die Vorplanung im Jahre 1959 berücksichtigen. Dennoch kann man heute feststellen, daß es eine Reihe positiver Erkenntnisse und Ergebnisse gibt, die für künftige Planungen dieser Art von Nutzen sein werden.

Planung und Projektierung der Nebenanlagen im EVW Schwedt nach gegebenen betriebsfunktionellen und territorialen Voraussetzungen

Der Gesamtlageplan des EVW Schwedt wurde als Einheit der wesentlichsten Gesichtspunkte eines modernen chemischen Großbetriebes gestaltet. Die Nebenanlagen wurden in das System der Baufelder nach den spezifischen Bedingungen und Erfordernissen dieses Chemiekombinates eingeordnet, wobei neben den auf lange Sicht angelegten Erweiterungs- und Ausbaumöglichkeiten die folgenden Problemkreise zu berücksichtigen waren:

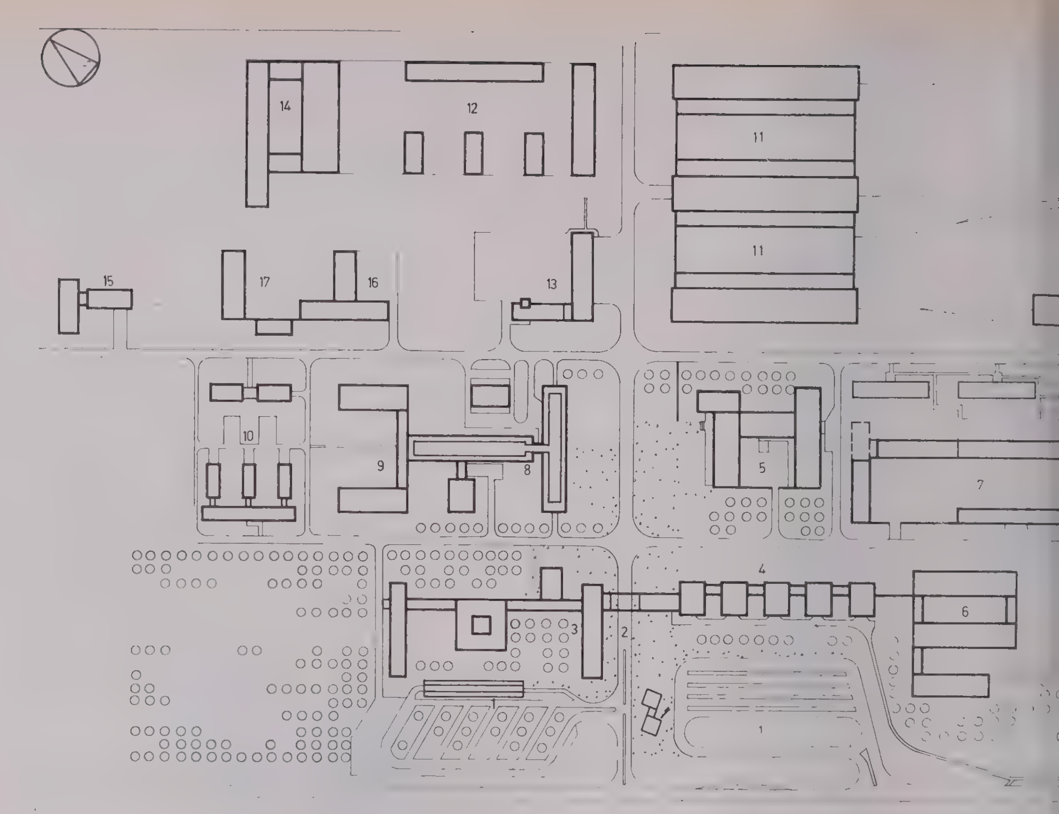
- Betriebsdiagramm des Gesamtwerkes,
- selbständige Produktionsbereiche,
- Größe dieser Produktionsbereiche (Flächen und Entfernungen),
- Kapazität der Belegschaft,
- Größe der erforderlichen Sozial- und Verwaltungseinrichtungen,
- Abstand der Sozialeinrichtungen voneinander (s. „Stützpunkte"),
- Abstand der Sozialeinrichtungen zu den Arbeitsplätzen,
- Verkehrsbeziehungen und -abläufe (innerbetriebliches Verkehrsnetz, Straßen, Gleise),
- Größenordnung der Gebäude und Gebäudeformen, -typen, Gestaltung,
- Disponibilität (zum Beispiel Stickstoffdüngemittel-Labor am Stützpunkt K 7),
- Zusammenhänge des Einzelgebäudes mit der Gesamtanlage,
- Beziehungen zum öffentlichen Verkehrsnetz.

Gemeinsam mit dem Generalprojektanten haben wir unter Beachtung dieser Problemkreise die Nebenanlagen konzipiert und auf der Grundlage des Perspektivplanes (1964) für die weiteren Ausbaustufen ein über das gesamte Werk verteiltes Stützpunktsystem geschaffen (siehe Abb. 2). Ein solcher Betriebsstützpunkt besteht aus Sozialeinrichtungen (Waschen, Umkleiden und so weiter), Speisesälen und Endküchen, Werkstätten und Verwaltungseinrichtungen sowie disponiblem Raum für spezielle Forderungen (zum Beispiel Stickstoff-Labor beim Stützpunkt K 7, s. Abb. 3).

Bekanntlich ist die Anzahl der Arbeitskräfte in den Einrichtungen der Nebenanlagen gegenüber den Produktionsanlagen, die zentral gesteuert und geregelt werden, relativ hoch. Deshalb wurden die Arbeitsstätten mit den meisten Arbeitskräften in Nähe des Werkeinganges, den Produktionsanlagen vorgelagert, zwischen der Straße F 166 und der Werkstraße 3 konzentriert. Die zu diesem Komplex gehörenden Einrichtungen sind aus der Abbildung 1 ersichtlich.

Zwischen den einzelnen Einrichtungen der Nebenanlagen gibt es vielfältige funktionelle Beziehungen, zum Beispiel

- Forschung und Entwicklung – Lehre und Ausbildung – wissenschaftliche Bibliothek – Technikum – Lehrwerkstätten,



1
Zone der Nebenanlagen im EVW Schwedt 1 : 5000

1 Vorplatz mit Busbahnhof, Wartehalle, PKW-Parkplätzen, Fahrzeugabstellräumen
2 Haupteingang, Werkkontrolle
3 Verwaltungsgebäude mit Konferenzsaal, Rechenzentrum, geplante Erweiterung
4 Zentrales Sozialgebäude
5 Werkrestaurant, Versammlungsraum, Hauptküche, zentrale Vorbereitungsküche
6 Berufsbildungszentrum, praktischer Teil
7 Fuhrpark und Garagenkomplex
8 Hauptkontroll-Laboratorium, Forschungslaboratorium und Hörsaal
9 Isotopenlaboratorium
10 Technikum
11 Zentrale Werkstatthallen
12 Bauhof
13 Betriebsfeuerwehr
14 BMSR-Werkstatt (geplant)
15 Ambulatorium
16 Provisorische Küche (Baustelleneinrichtung)
17 Provisorische Verkaufseinrichtungen

■ Verwaltung – Werkleitung – Nachrichtenzentrale – Lochkartenstation (geplantes Rechen- und Organisationszentrum) – Konferenzsaal – wissenschaftlich-technische Einrichtungen,

■ Beziehungen zum zentralen Werkrestaurant, zu den Verkaufsstellen, zu den Sozialeinrichtungen, zum Ambulatorium, zu den Organisationen, zu den Verkehrseinrichtungen.

Die genannten Einrichtungen sind in der Planung so ausgelegt, daß das Chemiekombinat in allen Bereichen der Dienst- und Hilfsleistungen selbständig und lebensfähig ist, vor allem auch deshalb, weil im Gebiet des EVW Schwedt derartige Einrichtungen völlig fehlten. Dadurch wird das Werk zu einem Muster an Autarkie, während, auf das Gesamtgebiet Schwedt bezogen, diese Komplexität fehlt, unter Umständen sogar Disproportionen in der Standortverteilung der für die Stadt nutzbaren Einrichtungen die Folge sein können.

Über Fragen der architektonischen Gestaltung der Nebenanlagen, über Farbgebung und Grüngestaltung ist bereits im Heft 5/1963 der „Deutschen Architektur" berichtet worden. Nur soviel sei hier noch einmal vermerkt, daß die gewohnten Vorstellungen über Städtebau und Architektur nicht ganz einfach in den Industriebau übersetzt werden können. Es gibt eine große Anzahl betriebstechnischer und maßstäblicher Zwangspunkte, die die Zuordnung der Gebäude zu den vielfältigen und oft riesigen Freianlagen in ästhetischer Hinsicht sehr problematisch machen. In diesen Bereichen gilt es für den Industriearchitekten einfach, streng und materialtechnisch sehr rationell zu entwerfen, denn Verschmutzung und Witterungseinflüsse sind hier besonders stark. Dennoch wird die Zone der Nebenanlagen das besondere Interesse der Architekten finden, weil hier die seltene Gelegenheit gegeben ist, den imponierenden technologischen Freianlagen ein trotz der funktionellen Vielfalt geordnetes und einheitlich gestaltetes Ensemble entgegenzusetzen.

Wechselbeziehungen zwischen Nebenanlagen und Baustelleneinrichtungen

Ein Standortproblem besonderer Art ist im Zusammenhang mit den Nebenanlagen die richtige Zuordnung der Baustelleneinrichtungen für so große Industrievorhaben wie das EVW Schwedt. Hierbei gilt es, die richtigen Proportionen zu finden. Bei geschickter Planung können bestimmte Vorhaben der Nebenanlagen so „vorgezogen" werden, daß erhebliche Investitionsmittel eingespart werden können.

Nach diesem Prinzip sind zum Beispiel im Hinblick auf den weiteren Ausbau des Erdölverarbeitungswerkes zuerst drei Betriebsstützpunkte errichtet und die Sozialeinrichtungen, Werkstätten, Büroräume, Speisesäle und Endküchen als Baustelleneinrichtungen genutzt worden.

Zu den wichtigsten Baustelleneinrichtungen für das Werk gehörten

Unterkünfte für zentrale Baustelleneinrichtung (Aufbauleitung, Werkleitung),

Unterkünfte für gesellschaftliche Organisationen,

Unterkünfte für Sicherheitseinrichtungen,

Unterkünfte für Nachrichtenvermittlungen,

Sozialeinrichtungen, Ambulatorium, Küchen, Speisesäle, Verkaufsstellen,

Unterstellmöglichkeiten für Fahrzeuge, Feuerwehr- und Rettungsfahrzeuge,

Werkstätten, Bauhof, dazu erforderliche Anschlüsse für Dampf, Strom, Wasser und Entwässerung,

Lagerfläche für Bau und Montage und anderes mehr.

Es ist einleuchtend, daß die Fülle dieser Einrichtungen mit den später zu errichtenden Nebenanlagen einige funktionelle Überschneidungen und Wiederholungen ergibt. Hinsichtlich des Umfanges der Baustelleneinrichtungen und der „Vorab"-Nutzung von Nebenanlagen durch Baubetriebe sollten vor allem entsprechende Erfahrungen ausländischer Großbaustellen ausgewertet werden.

Prinzipiell läßt sich eine höhere Effektivität bei Industriebau-Investitionen dann erreichen, wenn in einem bedeutend größeren Maße als bisher durch Studien und Variantenuntersuchungen die entsprechenden Zusammenhänge ermittelt und berücksichtigt werden.

Von diesen Ergebnissen, von der Klarheit einer Perspektivplanung, von der Vollkommenheit einer Projektierungsaufgabe und von der Qualität der Gemeinschaftsarbeit ist der Wert der Lösung entscheidend abhängig.

Planung der Versorgungseinrichtungen im EVW Schwedt

An dem Beispiel der Planung der Versorgungseinrichtungen im EVW Schwedt soll die Realität der Projektierungspraxis erläutert werden.

In der Vorplanung von 1959 wurden für die Zeit vom 1. 5. 1959 bis 31. 12. 1965 die benötigten Essenportionen und die Deckung des Bedarfs auf der Grundlage des damaligen Arbeitskräfteplanes in verschiedenen Varianten ermittelt.

Zur Deckung des Bedarfs in der stärksten Schicht wurden damals vorhandene Einrichtungen der Stadt Schwedt (zum Beispiel VEB Rohtabak Schwedt), die provisorische Baustellenküche (rund 1000 Portionen) und ab 1962 die zentrale Küche des Betriebes (rund 3500 Portionen) vorgesehen. Mit dem Beschluß über die kurzfristige Errichtung der Stickstoffdüngemittelfabrik im EVW Schwedt (1964 bis 1966) und in Hinblick auf die weiteren, in der Perspektivplanung vorgesehenen Vorhaben war die ursprüngliche Arbeitskräfteplanung ab 1964 überholt. Für den Zeitraum von 1964 bis 1966 sollte die Anzahl der Arbeitskräfte in kurzer Zeit sehr stark ansteigen, und zwar gegenüber der Vorplanung auf etwa das Doppelte und dementsprechend auch die Anzahl der benötigten Essenportionen. (Nach Berechnungen des Investitionsträgers sollte in dieser Größenordnung später auch

2
Lageplanschema mit Nebenanlagen und Verteilung der Betriebsstützpunkte 1 : 50 000

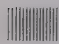
Dunkel angelegte Fläche = Bereich der Nebenanlagen (siehe Abbildung 1)

In den Kreisen Betriebsstützpunkte und Versorgungseinrichtungen, Kreisradius = 300 m

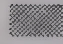
3
Schemazeichnung des Betriebsstützpunktes K 7

1 Speisesaal
2 Endküche
3 Verwaltung
4 Sozialräume
5 Werkstatt
6 Stickstofflabor

4
Theoretische Möglichkeit einer komplexen Standortplanung für das Industriegebiet 1 : 100 000

 Bereich des Stadtzentrums

 Vorhandene Bebauung

 Reservefläche für Stadterweiterung

 Bereich der Nebenanlagen und der Versorgungsindustrie

 Industrieanlagen

.... Hauptfußgängerwege

2-km-Entfernungsgrenze (20 Min. Fußweg)

die endgültige Belegschaftsstärke des EVW Schwedt liegen.)

Durch kurzfristige Untersuchungen haben wir 1964 gemeinsam mit dem Generalprojektanten zwei Varianten über die rationellsten Möglichkeiten zur Sicherung der Versorgung erarbeitet. Bei der Standortverteilung der neu zu schaffenden Einrichtungen waren die bereits vorhandenen Küchen und Speisesäle, die Entfernung zu den Arbeitsplätzen (etwa 300-m-Radien), die Nutzungsmöglichkeit als Baustelleneinrichtung sowie die weiteren Ausbaustufen zu berücksichtigen.

Gewählt wurde die Variante mit den günstigeren Einzugsbereichen. Das Hauptproblem zur Deckung des sprunghaft angestiegenen Bedarfs war der Bau der zentralen Vorbereitungsküche, die bereits einige Jahre früher im Komplex der Versorgungsindustrie hätte errichtet werden müssen. Aber auch 1964 gab es weder eine klare Konzeption für diesen Versorgungskomplex, noch war das Baugelände erschlossen. So kam es erneut zu der Entscheidung, auf dem Gelände des EVW Schwedt ein Millionen-Objekt zu bauen.

Schlußfolgerungen für komplexe Standortplanung für ein Industriegebiet

Industriekomplexe sind nicht nur städtebildende Faktoren und wichtige Strukturelemente der Stadt, sondern mit ihrem Flächenbedarf und den Erschließungskosten entscheidende Faktoren für die Wirtschaftlichkeit. Deshalb sollte für derart große Aufgaben stets ein „Planungsstab für das gesamte Industriegebiet" unter Mitwirkung kompetenter Planer und Architekten das Industriegebiet und die Stadtstruktur als Wirtschaftseinheit im Sinne eines hohen Nutzeffektes der Investitionen bearbeiten.

Grundsätzlich müssen der Projektierung von so gewaltigen Neubaukomplexen für Industrie und Stadt wie in Schwedt gründliche und umfangreiche Planungen, Studien und Variantenuntersuchungen vorausgehen, um zufällige und kurzsichtige Entscheidungen zu vermeiden.

Über die Zuordnung Industriegebiet – Wohngebiet gibt es schon hinreichend Abhandlungen. Sie reichen von einer strengen Trennung (zumeist große Distanz Wohnen – Arbeiten) über die Erkenntnis, daß der „unproduktive" Berufsverkehr für die Volkswirtschaft erhebliche Belastungen bringen kann, bis zur „Bandstadttheorie".

Die richtige Schlußfolgerung aus solchen Erfahrungen muß eine vernünftige Kompromißlösung im Sinne komplexer Standortplanung sein. Wenn beispielsweise eine Trennung des Wohn- und Geschäftsgebietes von der Industrie durch einen solchen Grünstreifen erfolgte, daß in ihm wesentliche Nebenanlagen der Industrie als „gesellschaftliches Zentrum des Industriegebietes" angeordnet und unter Umständen auch fußläufige Beziehungen gewährleistet werden könnten, so würde diese Lösung nicht nur ökonomisch sein, sondern auch den Stadtorganismus funktionell bedeutend vervollkommnen (siehe Abb. 4).

In dem interessanten Artikel von Architekt A. Anissimow „Das gesellschaftliche Zentrum des Industriegebietes einer Stadt" in der „Deutschen Architektur" Heft 2/1966 sind Vorschläge für die Normung kultureller und sozialer Einrichtungen eines Industriegebietes enthalten, die auch unsere zuständigen wissenschaftlichen Institute zur Erarbeitung entsprechender Grundlagen für unsere Situation veranlassen sollten.

Für die Industriearchitekten, für die VEB Industrieprojektierung überhaupt, bleibt festzuhalten, daß die Planung, Gestaltung und Projektierung der Industriewerke in ihrer Gesamtheit in enger Gemeinschaftsarbeit mit Auftraggebern, Regional- und Stadtplanern sowie den technologischen Projektanten die entscheidende übergeordnete Aufgabe ist, aus der sich erst die Möglichkeit für die richtige und beste bauliche Lösung der einzelnen Bauwerke, für die einheitliche architektonische und funktionelle Erscheinung eines Industriewerkes mit seinen Nebenanlagen ergibt.

Verwaltungsgebäude im Erdölverarbeitungswerk Schwedt

Dipl.-Ing. Ambros G. Gross, Architekt BDA
VEB Industrieprojektierung Leipzig

Projektant:	VEB Industrieprojektierung Leipzig
Entwurf:	Dipl.-Ing. Ambros G. Gross, Architekt BDA
Mitarbeiter:	Bau-Ing. Manfred Gerlich, BDA Innenarchitektin Johanna Dietzel, BDA
Statik und Konstruktion:	Bau-Ing. Gernot Bentz Bau-Ing. Gerhard Bachmann
Bauwirtschaft:	Bau-Ing. Emil Herold
Heizung und Lüftung:	Ingenieur Helmut Naumann
Elektrotechnik:	Ingenieur Heinz Liebold Ingenieur Hermann Wilde
Sanitär:	Technologe Hans-Joachim Poege
Schalltechnik:	Fa. Horst F. R. Meyer, Berlin
Bürotechnik, Lochkartenstation:	VEB Bürotechnik, Halle (Saale)
Vorplanung:	1959 bis 1960
Grundprojekt:	September 1961 bis Februar 1962
Ausführungsprojekt:	Februar 1962 bis November 1962
Bauzeit:	630 Kalendertage



1 Giebel des Verwaltungsgebäudes und die dahinter liegenden Sozialgebäude

Städtebauliche Einordnung und gestalterische Lösung

Im Ensemble der Nebenanlagen des EVW Schwedt ist das Verwaltungsgebäude der dominierende Baukörper. Das sechsgeschossige, rund 21 m hohe Gebäude bildet mit seinen 66 m langen Seitenfassaden zur Fernstraße F 166 den optischen Auftakt für den Haupteingang des Werkes.

Von der Stadt Schwedt kommend, erlebt man vor dem Gebäude den großen Werkvorplatz, der die Funktion des Autobusbahnhofes während des Schichtwechsels übernimmt.

In Anbetracht der Größe des Vorplatzes könnte man sich einen noch größeren Baukörper vorstellen. Der Projektant hatte in der Vorplanung auch eine Variante mit einem Hochhaus vorgesehen, auf die jedoch aus Gründen, die außerhalb des Verantwortungsbereiches des Projektanten liegen, verzichtet werden mußte.

In der vorliegenden Konzeption wurde auf die Einheit der architektonischen Lösung des Eingangskomplexes großer Wert gelegt. Die Gestaltung des Verwaltungsgebäudes muß im Zusammenhang mit der gesamten Werkanlage gesehen werden, das heißt, durch die Anwendung von Typenelementen ergibt sich für den einzelnen Baukörper eine sehr einfache Haltung, im Ensemble mit den übrigen Gebäuden am Vorplatz wird jedoch eine einheitliche und großzügige Wirkung erreicht.

Die Fassaden werden wesentlich durch die großformatigen Wandplatten, durch die Fugenteilung- und wirkung sowie durch die Farbkontraste des Vorsatzmaterials geprägt.

Da mit den zementgeputzten Außenwandplatten infolge der bis zum Zeitpunkt der Bauausführung gesammelten Erfahrungen die repräsentative Bedeutung des Gebäudes und der gesamten Vorplatzgestaltung nicht unterstrichen worden wäre, wurde vom Projektanten eine andere Oberflächenbehandlung der Wandplatten und Pfeilerelemente in enger Zusammenarbeit mit dem Ausführungsbetrieb und dem Betonwerk Halberstadt angeregt. Die horizontalen Brüstungsplatten erhielten einen Vorsatz aus Herolder Marmorsplitt, die Pfeilerelemente und Giebelwandplatten einen Vorsatz aus Waldheimer Serpentinsplitt.

Der ökonomische Nutzen gegenüber einer mit Anstrichen versehenen Fassade wird auf längere Sicht größer sein.

Das Verwaltungsgebäude bildet zusammen mit den fünf Sozialgebäuden und dem Berufsbildungszentrum in materialtechnischer Hinsicht eine Einheit.

Funktion

Funktionell besteht das Vorhaben aus dem sechsgeschossigen Bürogebäude mit den verschiedenen Verwaltungsabteilungen und dem zweigeschossigen Nebengebäude, das mit dem Hauptgebäude durch einen geschlossenen Verbindungsgang, der zugleich für Ausstellungszwecke benutzt werden kann, verbunden ist.

Im Nebengebäude befinden sich die Telefon-Hauptzentrale im Erdgeschoß, die LS-Hauptleitstelle (Schutzklasse B) im Kellergeschoß und ein Konferenzsaal mit 100 Sitzplätzen im 1. Obergeschoß.

Der Zugang zum Hauptgebäude liegt unter der Überdachung des Werkhaupteinganges. Über die Empfangshalle ist die Treppenhalle zu erreichen. Zu dem erweiterten Gang rechts von der Haupttreppe sind zwei Aufzüge für je sechs Personen angeordnet.

In den einzelnen Geschossen des Hauptgebäudes sind die verschiedenen Abteilungen und Organisationen untergebracht.

Im Erdgeschoß befinden sich die Abteilungen mit dem stärksten Publikumsverkehr (Kaderleitung, Kasse usw.).

Im 1. Obergeschoß sind Sekretariat und Hauptdirektion, Technische Direktion, Kaufmännische Direktion und Hauptbuchhaltung untergebracht.

Von der Treppenhalle aus, die über der Empfangshalle im Vorbau liegt, erreicht man den Sitzungssaal für 30 Personen.

Von der Haupttreppe aus erfolgt der Übergang zum Konferenzsaal im Nebengebäude, der hauptsächlich für Konferenzen mit zentraler Bedeutung genutzt wird. Im Verbindungsgang sind noch separate Zugänge für den Konferenzsaal vorhanden.

Im Verbindungsgang werden Ausstellungen verschiedenster Bedeutung durchgeführt. Über eine 3 m breite Treppe und eine Galerie gelangt man zum Vorraum des Konferenzsaales, an dem die Toiletten und öffentliche Fernsprechzellen liegen. Unter der Galerie liegen die Garderoben für den Konferenzsaal.

Am Süd-West-Giebel des Hauptgebäudes ist zur besseren Verbindung zwischen Lochkartenstation und Archiv eine zweite Treppe angeordnet.

Lange Mittelgänge erschließen in den einzelnen Etagen die Büroräume.

Neben dem Haupttreppenhaus liegen die Toiletten und Waschgelegenheiten.



2 Vorplatz und Eingangssituation des EVW Schwedt

Im Kellergeschoß des Hauptgebäudes sind LS-Räume für Schutz-Klasse C vorgesehen, die in ihrer Funktion als Archivräume genutzt werden.

Als besondere Bedingung wurde vom Auftraggeber gefordert, daß die Projektierung des Vorhabens insgesamt nach dem Prinzip strenger Sparsamkeit zu erfolgen hatte.

Daher wurde unter anderem festgelegt, die einzelnen Büroräume nicht mit Waschbekken auszustatten, sondern zentrale Waschgelegenheiten in jeder Etage vorzusehen. Ferner war zum Zeitpunkt der Projektierung die Anordnung von Stahlfenstern nicht möglich, und bei einer nachträglichen Umprojektierung von Holz- auf Stahlfenster konnte die Fa. Zimmermann KG Stahlfensterwerk Bautzen infolge zu kurzer Termine und mangels geeigneter Importprofile die vom Projektanten vorgesehenen Schwingflügelfenster nicht rechtzeitig liefern.

Konstruktion

Das Hauptgebäude ist nach Typenunterlagen „KB 531.3 – leichter Geschoßbau, Verkehrslast p = 500 kp/cm²" entworfen worden. Die Zusammensetzung der Segmente 6000 m + 3000 mm + 4500 mm = 13 500 mm ist jedoch im Katalog nicht enthalten. Zu Beginn der Projektierung lag lediglich die sogenannte erweiterte Information vom März 1961 vor. Im Ergebnis der Projektierung wurde von unserem Kollegen Bau-Ing. Herbert Heide ein Verbesserungsvorschlag unterbreitet, der zu einer Reduzierung des Aufwandes an Längs- und Querscheiben führte und eine bedeutende Einsparung zur Folge hatte.

Bestimmend für die Konstruktion ist die Scheibenbauweise mit Längstragwerk auf Pendelstützen. Die einzelnen Fertigbauteile werden zu den statischen Tragwerken – Deckenscheiben, Querscheiben, Längsscheiben – zusammengesetzt. Die tragende Konstruktion besteht aus horizontalen Scheiben (Deckenplatten und Riegel) die auf Stützen mit Flächenlagerung ruhen und ihre Stabilität durch Quer- und Längsscheiben erhalten.

Die Geschoßhöhen betragen im Kellergeschoß sowie in allen sechs Obergeschossen einheitlich 3300 mm.

Der Schutzraum „Klasse C" im Kellergeschoß ist als Stahlbetonrahmenquerschnitt (Kastenprofil) ausgebildet und bildet über die ganze Länge eine starre, unverschiebbare Einheit.

Für die Außenhaut wurden sich selbsttragende, großflächige Wandelemente aus Leichtbeton verwendet, die hauptsächlich aus Brüstungsplatten und Pfeilerelementen bestehen. Im Kellergeschoß wurden nichtgetypte Stahlbeton-Kelleraußenwandplatten verwendet. Alle Elemente wurden an die Stahlbetonstützen angeschweißt.

In der Außenwand sind in den Achsen fünf und acht vertikale Dehnungsfugen angeordnet.

Die Innenwände des Gebäudes bestehen aus großformatigen Gips-Schlacke-Schnellbauplatten.

Das Gebäude ist auf Stahlbetonfundamenten gegründet, die Stützen auf Einzelfundamenten, Längs- und Querscheiben mit zugehörigen Stützen auf durchgehenden Fundamenten.

Der Anbau mit Fernsprechzentrale und Konferenzsaal, der Verbindungsgang sowie der Vorbau mit Eingangshalle und kleinem Sitzungssaal sind in monolithischen Konstruktionen ausgeführt (Mauerwerk und Stahlbeton).

Ausstattung

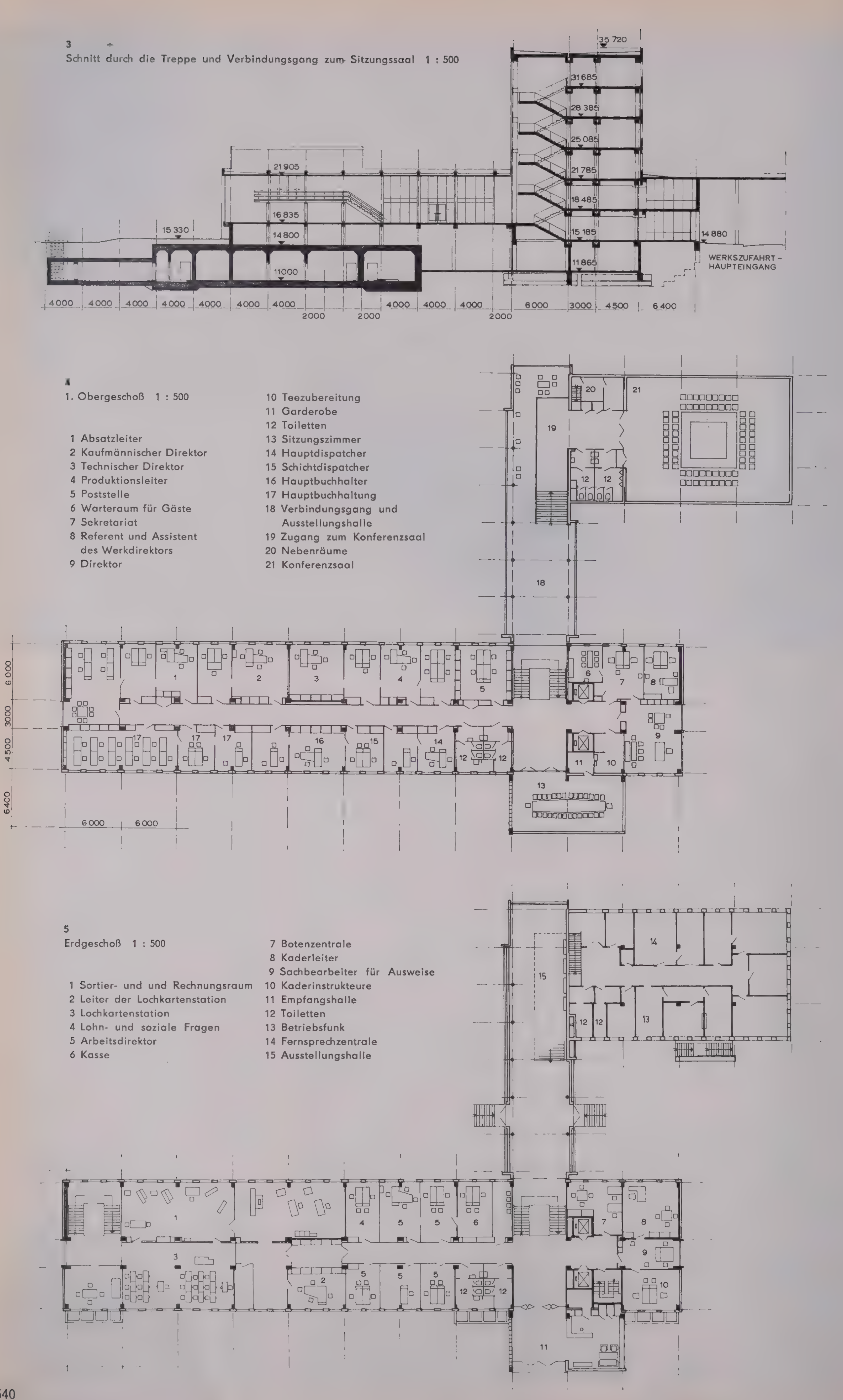
Gemäß den Forderungen des Auftraggebers ist auch beim Innenausbau auf Luxus und unnötigen Aufwand verzichtet worden. Die Büroräume sind mit den vom VEB Bürotechnik entwickelten standardisierten Büromöbeln ausgestattet, die Arbeitsräume der Direktoren und Abteilungsleiter mit Einbauschränken. Lediglich das Zimmer des Hauptdirektors, der Konferenzsaal, Besprechungszimmer und einige Räume mit erforderlichen schalltechnischen Maßnahmen haben eine besondere Ausstattung erhalten.

Das Gebäude wurde in komplexer Fließfertigung ausgeführt.

Das Objekt wurde an den Nutzer in mehreren abrechnungsfähigen Abschnitten übergeben.

Kennziffern

Kapazität:	296 Arbeitsplätze im Hauptgebäude, Kapazitätseinheit (KE) = 1 Arbeitsplatz
Bebaute Fläche:	1 017 m² – 3 m²/KE
Bruttogeschoßfläche:	6 711 m² – 23 m²/KE
Nutzfläche:	4 303 m² – 15 m²/KE
Hauptfläche:	2 774 m² – 9 m²/KE
Nebenfläche:	1 529 m² – 5 m²/KE
Verkehrsfläche:	1 656 m² – 6 m²/KE
Konstruktionsfläche:	752 m² – 3 m² KE
Umbauter Raum:	22 645 m³ – 77 m³/KE
Gesamtkosten:	2341 TMDN
Baukosten/KE:	7909 MDN
Baukosten/u. R.:	103 MDN



3
Schnitt durch die Treppe und Verbindungsgang zum Sitzungssaal 1 : 500

4
1. Obergeschoß 1 : 500

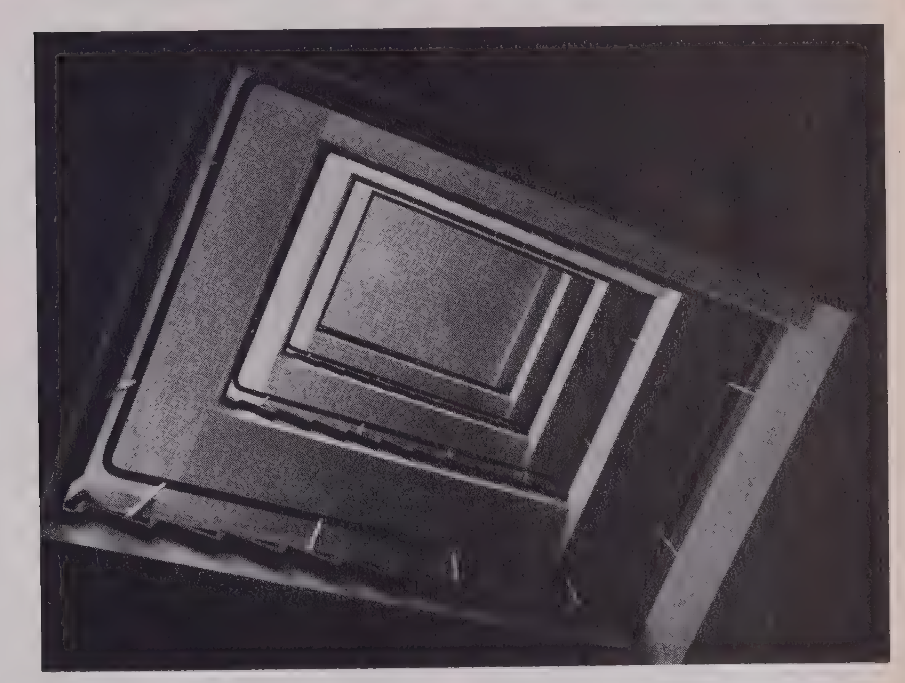
1 Absatzleiter
2 Kaufmännischer Direktor
3 Technischer Direktor
4 Produktionsleiter
5 Poststelle
6 Warteraum für Gäste
7 Sekretariat
8 Referent und Assistent des Werkdirektors
9 Direktor
10 Teezubereitung
11 Garderobe
12 Toiletten
13 Sitzungszimmer
14 Hauptdispatcher
15 Schichtdispatcher
16 Hauptbuchhalter
17 Hauptbuchhaltung
18 Verbindungsgang und Ausstellungshalle
19 Zugang zum Konferenzsaal
20 Nebenräume
21 Konferenzsaal

5
Erdgeschoß 1 : 500

1 Sortier- und und Rechnungsraum
2 Leiter der Lochkartenstation
3 Lochkartenstation
4 Lohn- und soziale Fragen
5 Arbeitsdirektor
6 Kasse
7 Botenzentrale
8 Kaderleiter
9 Sachbearbeiter für Ausweise
10 Kaderinstrukteure
11 Empfangshalle
12 Toiletten
13 Betriebsfunk
14 Fernsprechzentrale
15 Ausstellungshalle



6
Blick in den Konferenzsaal



7
Treppenhausuntersicht



8
Verbindungsgang zum Konferenzsaal
und Ausstellungshalle

Automaten für die Zwischenverpflegung am Arbeitsplatz

Der nachfolgende Beitrag beruht auf dem Inhalt einer Dissertationsschrift von Dipl.-Ing. André Klimow beim Lehrstuhl für Industriebau und Entwerfen der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar (Leiter Prof. Dr.-Ing. habil. Hans Lahnert). red.

Dipl.-Ing. André Klimow

Es ist bekannt, daß das Betriebsklima nicht von einem, sondern von einer Summe von Faktoren bestimmt wird, wie zum Beispiel Monotonie, Umgebung, Intensität und Dauer der Arbeit, psychische Gründe und Ernährungsbedingungen. Ohne zu übertreiben kann gesagt werden, daß von allen diesen Faktoren die Ernährung einen der wesentlichsten Einflüsse auf den Menschen ausübt. Sie hat jedoch den Vorteil, daß man sie am leichtesten beeinflussen und regeln kann.

Der Einfluß der Ernährung auf die Leistungen der Menschen ergibt sich dadurch, daß die Energiegesetze auch für den Menschen gelten. Daraus kann man schließen, daß bei einem Arbeitsaufwand oder einer Bewegung, also beim Verbrauch einer bestimmten Menge von Energie, die dementsprechende Anzahl Kalorien zugeführt werden muß.

Als ein Regler zur Erhaltung des Gleichgewichtes tritt das Hungergefühl auf. Wenn der Körper keine Gelegenheit zur Aufnahme der erforderlichen Kalorienmenge von außen hat, zehrt er automatisch von den eigenen Reserven. Diese Energieaufnahme aus dem eigenen Organismus ist nicht nur mit der Senkung des Arbeitswillens, sondern auch der Arbeitsproduktivität verbunden. Es geht dabei nicht nur um die Kalorienmenge, sondern auch um das Verhältnis solcher Nährstoffe wie Kohlehydrate, Eiweiß, Fett, Vitamine und Mineralien.

Eine konzentrierte Einnahme der täglich erforderlichen Kalorien führt nicht zum erwarteten Ergebnis, sondern bewirkt im Gegenteil eine Senkung des Arbeitswillens und der Arbeitsproduktivität. Die praktischen Erfahrungen zeigen, daß ein Drittel der Gesamtmenge der erforderlichen Tageskalorien beim Mittagessen verbraucht werden soll.

Um eine kontinuierliche Arbeitsproduktivität zu gewährleisten und Ermüdungserscheinungen zu reduzieren, ist es notwendig, die restlichen Tageskalorien in Form von Zwischenmahlzeiten zu sich zu nehmen. Die Forschungen von Prof. Dr. med. O. Graf haben erwiesen, daß die Arbeitsleistung bei sechs Nahrungsaufnahmen am Tag, die aus den zwei üblichen Mahlzeiten (Frühstück und Mittagessen) und vier Zwischenmahlzeiten im Betrieb bestehen, um etwa 10 Prozent gesteigert wird.

In letzter Zeit wird von den Arbeitsphysiologen immer mehr zum Ausdruck gebracht, daß die Wahl der Zeiten zur Einnahme von Zwischenmahlzeiten den Werktätigen nach individuellen Bedürfnissen selbst überlassen ist. Diese Zeiten sind stark abhängig von den Faktoren des Geschlechts, des Alters, der Art der Arbeit und anderen. Aus diesen Erkenntnissen empfiehlt es sich, in Zukunft auf eine präzise Festlegung der Zeiten der Zwischenmahlzeiten zu verzichten.

Um diesen Anforderungen zu genügen, muß eine solche Form der Versorgung am Arbeitsplatz gefunden werden, die es ermöglicht, die individuellen Bedürfnisse weitgehend zu befriedigen.

Arten der Zwischenversorgung am Arbeitsplatz

Die Versorgung mit Zwischenmahlzeiten am Arbeitsplatz ist durch Verkaufsstände, Verkaufswagen und Verkaufsautomaten möglich.

Die Versorgung durch die Verkaufsstände gestattet Zwischenmahlzeiten in gewünschten Zeitabschnitten. Allerdings ergeben sich dabei Wegzeiten und Wartezeiten durch Spitzenbelastung, die sich mit der Größe des Betriebes erhöhen und Produktionsverluste zur Folge haben. Bei Dreischicht-Betrieben mit dieser Form der kontinuierlichen Versorgung erhöht sich die Anzahl der Bedienungskräfte. Um bei dieser Versorgungsart die Wege zu verkürzen, wäre es theoretisch notwendig, mehrere Verkaufsstände einzurichten, was wiederum eine Erhöhung der Kapazität des Verkaufspersonals zur Folge hat und die Unwirtschaftlichkeit nicht ausschließt. Zusammenfassend kann man sagen, daß diese Art der Zwischenverpflegung – trotz der Möglichkeit einer Wahl der individuellen Einkaufszeit – durch zentrale Lage der Verkaufsstände unwirtschaftlich ist.

Um die Nachteile, die bei der Versorgung durch Verkaufsstände auftreten, zu beseitigen, werden in der Industrie oft Verkaufswagen zur Versorgung am Arbeitsplatz eingesetzt. Diese Versorgungsart gibt dem Werktätigen die Möglichkeit, sich in unmittelbarer Nähe des Arbeitsplatzes zu versorgen. Dabei werden lange Wege eingespart. Die durchgeführten Betriebsuntersuchungen ergaben folgende Gesichtspunkte:

Der Verkaufswagen ermöglicht nicht für alle Werktätigen eine Versorgung am Arbeitsplatz in den physiologisch bedingten Zeiten. Bei dieser Art der Versorgung tritt oft der Fall ein, daß die Arbeit zu einem ungünstigen Zeitpunkt – nämlich wenn sie am besten läuft – unterbrochen werden muß.

Durch die unterschiedlichen unbestimmten Zeiten der Versorgung lassen sich nicht immer die hygienischen Bedingungen (Händewaschen) einhalten.

Die beschränkte Kapazität des Wagens erfordert, oft eine neue Ladung aufzunehmen, wodurch unnötige Wartezeiten auftreten.



1

1 Wandaufstellung mit ausklappbaren Frühstücksplätzen

2 Queraufstellung zur Wand mit mobilen Frühstücksplätzen

2



3 Beispiel einer Anordnung von Automaten an der Wand 1 : 100

1 Kaltgetränkeautomat „Fruit-Fountain"
2 Heißgetränkeautomat „Coffee-Quick"
3 Universal-Warenverkaufsautomat
4 Tablettregal
5 Geldwechselautomat
6 Warmluft-Handtrockner
7 Waschbecken
8 Tisch

4 Kreisförmiger Automatenkiosk mit 180 Gefachen und 3 Getränkeautomaten 1 : 100

5 Schnitt A–A 1 : 100

6 Ansicht 1 : 100

Legende zu 4, 5 und 6

1 Getränkeautomat Typ „Fruit Fountain"
2 Gefachautomat Typ „GE SH 300"
3 Abfallbehälter für Papierbecher
4 Stoßstange
5 Kühlschrank
6 Leuchtstoffröhren
7 Lagerregal
8 Schwenkbare Räder
9 Glasverkleidung

Durch die manuelle Bedienung verlängern sich die Wartezeiten (Geldwechsel, Flaschenrückgabe).

Der Verkauf von frischen heißen Getränken durch den Verkaufswagen ist sehr umständlich, fast unmöglich.

Bei der Einrichtung von Frühstücksräumen nimmt der Verkauf mit Wagen fast den Charakter des Verkaufsstandes an.

Das bedeutet zusammengefaßt, daß die Versorgung am Arbeitsplatz durch Verkaufswagen die individuellen Anforderungen der Werktätigen nicht voll befriedigen kann und keine Lösung mit Perspektive ist.

Der Stand der Untersuchungen auf diesem Gebiet läßt folgende Schlußfolgerungen zu: Der Verkauf und die Bedienung der Werktätigen durch Automaten ist die progressivste Form des Warenverkaufs, da sie erstens auf dem Prinzip der Selbstbedienung basiert und zweitens die Grundprozesse des Verkaufs mechanisiert oder automatisiert, wie Geldwechsel, Ware abwiegen, dosieren und Geldrückgabe bei ausverkaufter Ware. Deshalb ermöglicht diese Verkaufsart eine Reduzierung der Anzahl des Handelspersonals, wodurch Arbeitskräfte und Kosten eingespart werden. Ebenso vereinfachen die Automaten den oftmals langen Verkaufsfluß wesentlich, da die Geldannahme und -rückgabe sowie die Warenausgabe an einem Ort erfolgen. Durch ihre geringen Abmessungen bieten die Automaten eine maximale Flexibilität und eine gute Annäherungsmöglichkeit an den Arbeitsplatz, wodurch lange Wegzeiten eingespart werden.

Internationale Erfahrungen zeigen, daß dieser Faktor im modernen großflächigen Industriebau von größter Bedeutung ist. Henn schreibt über den amerikanischen Industriebau: „Die kurzen Wege für den Menschen sind der Grundsatz, der in erster Linie auch die Lage der übrigen Räume bestimmt." Diese Forderung läßt sich durch ein Beispiel unterstreichen: Im Volkswagenwerk kostete vor dem Einsatz der Automaten eine Tasse Kaffee den Betrieb rund 2,– DM unter Berücksichtigung der Zeitverluste durch lange Wege.

Einer der größten Vorteile der Automaten besteht darin, daß mit geringstem Aufwand an Arbeitskräften ein 24stündiger Warenverkauf in physiologisch bedingten Zeiträumen und entsprechend den individuellen Bedürfnissen jedes einzelnen erreichbar ist. Außerdem gestattet eine solche Verkaufsform den Verkauf von hygienisch gut verpackten und frischen Waren in abgeschlossenen Schränken, die mit entsprechenden Kühl- oder Heizanlagen ausgestattet sind. Die Automaten ermöglichen ferner einen Verkauf solcher Waren, deren Vitamine und Kaloriengehalt für jede Produktionsart entsprechend abgestimmt und verpackt werden können.

Auswahl des Standortes für die Aufstellung der Automaten

Die Auswahl des Platzes für die Aufstellung von Automaten im Industriebau – im Freien wie auch im Inneren des Industrieraumes – soll an erster Stelle nach den Prinzipien der maximalen Annäherung an die Beschäftigten stehen.

Die Aufstellung der Automaten soll nach dem Prinzip der Knotenpunktbildung mit einer bestimmten Funktion erfolgen. Die Aufstellung dieser Knotenpunkte ist so aufzuteilen, daß die Betriebsabteilungen unmittelbar zugeordnet sind, bei denen die größten Zeitverluste durch lange Anmarschzeiten entstehen.

Bei der Aufstellung von Automaten in der Industrie ist für gute Zugangsmöglichkeiten ohne Hindernisse und gute Erkennbarkeit zu sorgen. Ferner ist zu berücksichtigen, daß sie auf keinen Fall Produktion oder Verkehrswege behindern. Da die Automaten relativ empfindliche Mechanismen sind, muß bei ihrer Aufstellung beachtet werden, daß sie gegen unmittelbare Wärmebestrahlung, Verschmutzung, Feuchtigkeit, Säure und ähnliches geschützt sind. Die Nichtbeachtung dieser Faktoren führt häufig zum Versagen der Funktionsfähigkeit der Automaten.

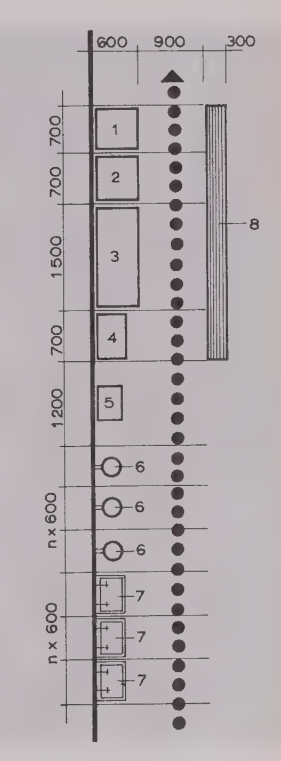
Die Automaten im Industriegebäude, besonders wenn sie in Gängen aufgestellt werden, sind der Stoßgefahr ausgesetzt. Dies wird durch Anbringen von Stoßstangen oder Aufstellung auf Sockeln vermieden.

Es ergeben sich folgende Automatenaufstellungen im Industriegebäude:

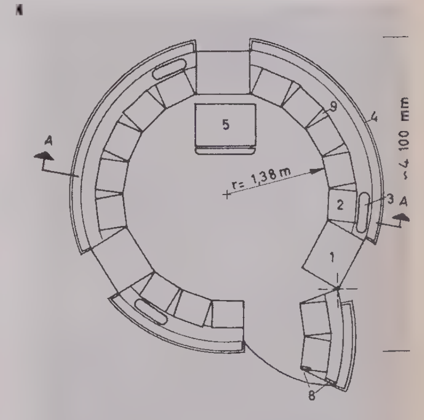
- an den Stützen,
- zwischen den Stützen,
- an den Wänden,
- kombiniert an Stützen und Wänden,
- in Gängen sowie in Zwischengängen,
- in unmittelbarer Nähe der Produktionshalle,
- in, an oder auf Einbauten („Deutsche Architektur", Heft 4/1965).

Bei Anordnung von Automaten im Industriegelände in Bereichen der Freianlagen ist besonders darauf zu achten, daß sie an erster Stelle vor Witterungseinflüssen und besonders vor Sonneneinwirkung geschützt werden, da die meiste Ware empfindlich ist und bei zu starker Bestrahlung verdirbt. Es ist zu empfehlen, bei der Wahl des Standortes der Verkaufsautomaten die sogenannte Wetterseite zu meiden und in Betrieben, wo zum Beispiel starke Dämpfe, Ruß oder chemische Abgase auftreten, die Automaten vor der Hauptwindrichtung zu schützen.

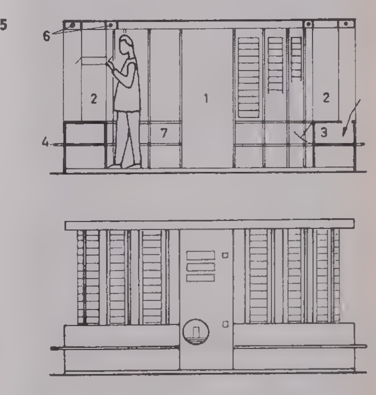
3



4



5



6

7

Legende zu 7, 8 und 9

1 Kältegetränkeautomat „Fruit Fountain"
2 Heißgetränkeautomat „Coffee-Quick"
3 Universal-Warenverkaufsautomat
4 Tablettregal (700 mm breit)
5 Geldwechselautomat
6 Tischplatte
7 Abfallkorb für Pappbecher
8 Mattglas
9 Leuchtröhre
10 Frischluftzufuhr
11 Regal
12 Waschbecken
13 Warmluft-Handtrockner
14 Leergutraum

7 Automatenkiosk für Produktionsräume 1 : 100

8 Abgeschlossener rechteckiger Automatenkiosk für Produktionsräume mit starken Emissionen 1 : 100

9 Schnitt 1 : 100

10 Beispiel der Konzentration von Automaten, Frühstücks- und Waschräumen in Einbauten bei großflächigen Produktionsbetrieben

11 Beispiel der Einzelaufstellung von Automaten am Arbeitsplatz

Bei der Aufstellung von Automaten im Werksgelände gibt es folgende Möglichkeiten:

- am Werkeingang,
- an der Außenwand des Gebäudes,
- freistehend im Werksgelände,
- in Einbauten.

Hierbei ist besonders darauf zu achten, daß man nur dann alle Vorteile, die der Verkaufsautomat bietet, ausnutzen kann, wenn der Standort richtig gewählt wurde. Dies ist jedoch nur möglich, wenn bereits bei der Projektierung die notwendige Zusammenarbeit zwischen Architekten, Industrietechnologen, Ökonomen und Vertretern des Handels stattgefunden hat.

Aufstellung an der Wand in der Produktionshalle

Die langen Wände der Produktionshallen können zur Aufstellung von Automaten ausgenutzt werden. Dabei ist zu beachten, daß eine solche Aufstellung nur dann erfolgen kann, wenn es den technologisch bedingten Produktionsablauf nicht stört. Eine derartige offene Aufstellung der Automaten in den Produktionshallen ist auch nur zu empfehlen, wenn keine große Staubentwicklung vorhanden ist, die Automaten nicht direkt der Wärme oder Feuchtigkeit ausgesetzt sind und eine bequeme Zugänglichkeit zu den Automaten vorhanden ist. Aus hygienischen Gründen sind bei dieser Aufstellung in der Nähe der Automaten Waschbecken anzubringen. Zum Händetrocknen werden Warmluft-Duschen oder Papierhandtücher empfohlen (Abb. 1, 2, 3).

Aufstellung zwischen den Stützen

Wenn die Automatenaufstellung in der Produktionshalle an den Seitenwänden nicht möglich ist oder die Wege zwischen Arbeitsplatz und Automaten durch die bedingte Größe der Produktionshalle nicht wesentlich verkürzt werden können, empfiehlt sich eine Aufstellung in der Werkhalle zwischen den Stützen in Form von Automateninseln oder Kiosken oder kombiniert an den Seitenwänden und zwischen den Stützen.

Die zwischen den Stützen angeordneten Automatenkioske können zur vollen Zwischenverpflegung dienen. Möglich und immer zu empfehlen ist eine Aufstellung von kleinen Automateninseln zwischen den Stützen, deren Sortiment aus Süßwaren, Dauergebäck, verschiedenen Getränkearten besteht und zur kurzen Erfrischung während der Arbeitszeit dient.

Diese Art der kleinen Automateninseln ist nicht mit der Automatenversorgung von Zwischenmahlzeiten zu verwechseln, da ihr Warensortiment nicht dafür geeignet ist (Abb. 4, 5, 6).

Anordnung in Einbauten

Bei großflächigen Industriegebäuden tritt oft der Fall ein, daß die Aufstellung von Automaten sowie Zwischenmahlzeitplätzen oder -räumen am Rande der Produktionshallen nicht möglich ist oder nicht die optimale Verkürzung der Anmarschwege zwischen Arbeitsplatz und Automaten ergibt. Eine offene Aufstellung der Verkaufsautomaten in Produktionsräumen ist auf Grund der Faktoren Staubentwicklung, Wärme, Feuchtigkeit und anderer nicht möglich. Diese Einflüsse können durch eine Aufstellung der Automaten in Einbauten beseitigt werden. Eine Anordnung von Automaten in Einbauten nutzt am günstigsten die vorhandene Möglichkeit einer konzentrierten Anordnung von Frühstücks-, Wasch- und Raucherräumen sowie WC aus (Abb. 7). Eine solche Konzentration von Verkaufsautomaten und Räumen läßt sich gut knotenpunktmäßig auf Produktionsbereiche unter Berücksichtigung der Konzentration der Arbeitskräfte und der optimalen Anmarschwege aufteilen.

Diese Anordnung der Verkaufsautomaten in Einbauten bietet auch vom Standpunkt der Arbeitshygiene die günstigsten Bedingungen zur Einnahme von Mahlzeiten und ermöglicht durch die abgeschlossenen Räume der Einbauten die Schaffung eines Mikroklimas.

Bei der Anordnung der Einbauten auf dem Hallenfußboden der Produktionsräume sind zwei Arten der Automatenaufstellung möglich:

- an der Außenwand der Einbauten,
- eingeschlossen in den Einbauten.

Wenn eine Aufstellung der Automaten durch bestimmte technologische Belange, zum Beispiel durch freie Durchfahrt oder durchlaufendes Fließband, im Erdgeschoß der Einbauten nicht möglich ist, so kann eine Aufstellung im Obergeschoß der Einbauten erfolgen. Diese Aufstellung unterscheidet sich im Prinzip nicht von der Aufstellung im Erdgeschoß.

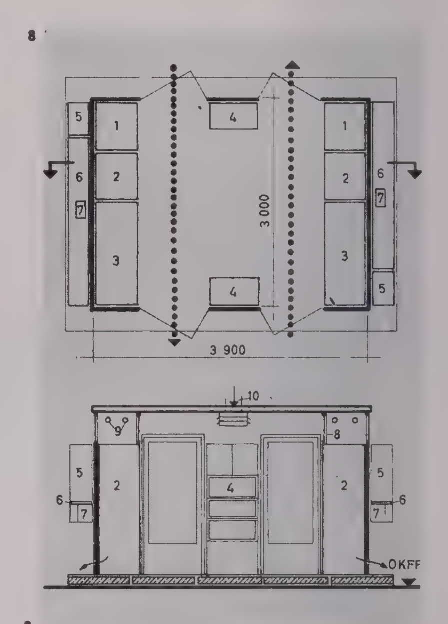
Die praktischen Erfahrungen zeigten, daß eine gute Versorgung der Werktätigen durch Automaten für die Zwischenmahlzeiten nicht durch Einzelaufstellung, sondern durch Aufstellung zu Automatenreihen, sogenannten „Kantinetten" oder Automatenkiosken, möglich ist.

Die Einzelaufstellung von Automaten ist nur dort zu empfehlen, wo am Arbeitsplatz durch hohe Temperaturen ein erhöhter Bedarf an Getränken entsteht (Abb. 8).

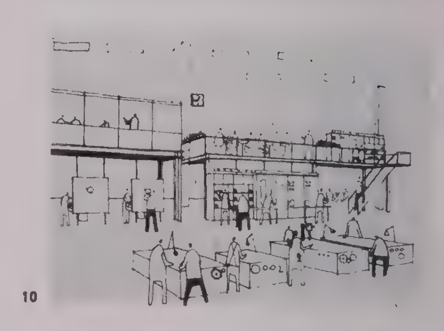
Außerdem ist eine Einzelaufstellung bei technologischen Freianlagen (heiße oder kalte Getränke) zu empfehlen.

Die Automaten für den Verkauf von Bonbons, Streichhölzern, Zigaretten und ähnlichen Waren können weiterhin einzeln aufgestellt werden.

8



9



10



11

Literatur

1 Dipl.-Ing A. Klimow, Unveröffentlichte Dissertationsschrift

2 A. Krieger, Die Betriebsverpflegung und ihre Bedeutung für die menschliche Arbeitsleistung, in „Automatisch verkaufen", Heft 1/1965

3 A. Krieger, Menschliche Arbeitsleistung und Kalorienaufnahme, in „Automatisch verkaufen", Heft 4/1965

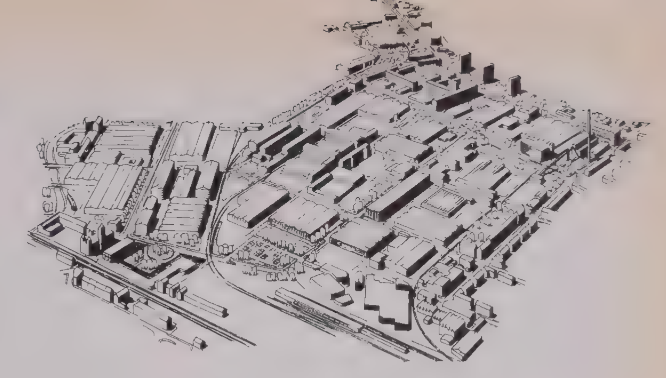
4 Wer arbeitet, muß auch essen und trinken, in „Automatisch verkaufen", Heft 4/1965

5 RKW (Rationalisierungs-Kuratorium der Deutschen Wirtschaft), Planungsmethoden im amerikanischen Industriebau

Rationalisierung und Umgestaltung von Industrie- und Mischgebieten

Oberingenieur Hans Mertens, Architekt BDA
Deutsche Bauakademie, Institut für Industriebau

Auf der Konferenz über Rationalisierung und Standardisierung forderte der Vorsitzende des Staatsrates, „Reserven der Stadt aufzudecken und rationelle Angebote für Standorte der Industrie, des Wohnungsbaues, der Versorgung und der Kultur zu unterbreiten, damit die Investitionen mit höchstem Nutzeffekt durchgeführt werden können". Zu dieser Problematik veröffentlichen wir mit dem nachfolgenden Beitrag einige erste Gedanken, die noch nicht den ganzen Fragenkomplex beleuchten, aber dazu beitragen sollen, die Diskussion über diese wichtigen Aufgaben anzuregen. red.



1 Schaubildskizze des Industriekomplexes Leipzig-Plagwitz. Städtebauliche Angebotsplanung zur Umgestaltung des Industriegebietes

Die Konferenz über Rationalisierung und Standardisierung hat neue richtungweisende Aufgaben für die Städtebauer und Architekten festgelegt. Im Industriebau ist entsprechend der planmäßigen proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft die Zielstellung durch die Forderung nach höchstem Nutzeffekt der Investitionen und durch den ständig wachsenden Anteil der Investitionen für die Rationalisierung auf etwa 80 Prozent aller Industrieinvestitionen gegeben.

In der zweiten Stufe des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung ergeben sich komplizierte Aufgaben zur Modernisierung bestehender Produktionsanlagen und für den Ersatz veralteter Ausrüstungen durch neue produktivere Anlagen entsprechend der fortschreitenden technischen Revolution bei rationeller Nutzung aller vorhandenen Fonds.

Aus den bisherigen Ergebnissen der städtebaulichen Forschung zur Umgestaltung von Industrie- und Mischgebieten in den Städten ergibt sich daher die Erkenntnis, neue fortschrittliche Methoden der Gemeinschaftsarbeit zwischen den Organen der Territorialplanung, des Städtebaus, der Wirtschaftszweige und der Industrieprojektierung zu entwickeln. Die Arbeit sollte dabei auf die Verwirklichung folgender Hauptziele in einem langfristigen stufenweisen Prozeß gerichtet werden:

■ Herstellung günstiger Gegebenheiten für die intensive Entwicklung der Industrieproduktion durch komplexe Rationalisierung, insbesondere durch Beseitigung der territorialen Zersplitterung der Standorte, Spezialisierung der Produktion und grundlegende Verbesserung der Produktionsbedingungen und Arbeitsbedingungen entsprechend den sich ständig verändernden Ansprüchen der technischen Revolution;

■ schrittweise Verbesserung der kommunal-hygienischen und städtebaulichen Situation im permanenten Ablauf der Maßnahmen zur sozialistischen Umgestaltung der Industrie- und Mischgebiete der Städte zur Herstellung guter Lebensbedingungen für die Bevölkerung in Übereinstimmung mit der technischen und kulturellen Revolution.

Aus der Sicht des Forschungsbereiches Industriegebiete im Institut für Industriebau der Deutschen Bauakademie soll die Problematik der Aufgabe einer Rationalisierung der Industrieproduktion in Verbindung mit der Umgestaltung von Industrie- und Mischgebieten in den Städten in den Grundzügen umrissen werden.

In der Deutschen Demokratischen Republik ist die Mehrzahl der Industriebetriebe mit einem volkswirtschaftlichen Wert von rund 75 Prozent aller Grundfonds der Industrie in den Städten konzentriert. Die Beschlüsse von Partei und Regierung legen fest, die vorhandenen Grundfonds intensiver zu nutzen. Damit ergeben sich aus dem Bestand an Industriebetrieben für die Maßnahmen der Rationalisierung und den Städtebau bestimmende Ausgangspunkte.

Die Standorte der Industriebetriebe befinden sich zum überwiegenden Teil innerhalb oder am Rande von Wohngebieten in den Städten. Bei den großen und mittleren volkseigenen Betrieben besteht vielfach eine Gliederung in mehrere Teilbetriebe und Betriebsteile, wodurch unwirtschaftliche und sich überschneidende Gütertransporte und komplizierte Kooperationsbeziehungen hervorgerufen werden. Für eine große Anzahl von Industriebetrieben sind infolge hoher Überbauung, begrenzter Eignung der Gebäude für neue Technologien, Überalterung und schlechten Bauzustandes, Mängel in der technischen Versorgung, unzureichender Freiflächen und Reserveflächen die Fertigungsbedingungen ungünstig und die Entwicklungsmöglichkeiten der Produktion begrenzt.

Für die Städte in der Deutschen Demokratischen Republik ist eine starke Mischung der Funktionsbereiche Arbeit und Wohnen bei enger Nachbarschaft und Verflechtung von Arbeitsstätten und Wohnungen typisch. Vielfach üben die Industriebetriebe erhebliche Störwirkungen auf die Umgebung aus. Die in großer Anzahl vorhandenen Kesselanlagen der Industriebetriebe verursachen durch Kohlenrauchgase, Flugasche und Ruß eine allgemeine Verschlechterung des Bioklimas in den Städten. Da die Anlagen zur wärmewirtschaftlichen Versorgung der Industriebetriebe im allgemeinen nicht zur Versorgung der Wohngebiete mit genutzt werden, entstehen weitere lufthygienische Belastungen durch die Einzelheizung der Wohnungen.

Auf Grund der unterschiedlichen Standortverteilung der Industrieproduktion in den Städten, der Mischung und gegenseitigen Beeinflussung der Funktionsbereiche Arbeit und Wohnen zeichnen sich drei städtebauliche Strukturtypen von Altbaugebieten mit Industriestandorten ab:

Industriegebiete

Charakter und Struktur sind durch die Industrie bestimmt; der Flächenanteil der Betriebe und die Anzahl der Arbeitskräfte dominieren gegenüber einem geringen Bestand an Wohnungen und Einwohnern.

Mischgebiete

Charakter und Struktur sind durch das Nebeneinander zum Teil verzahnter Funktionsbereiche von Arbeiten und Wohnen bestimmt.

Wohngebiete mit eingestreuten Betrieben

Einzelbetriebe inmitten des Wohngebietes mit geringem Flächenanteil der Industrie bedingen, daß Charakter und Struktur durch das Wohnen bestimmt werden.

Für die Architekten, Ingenieure und Ökonomen der Territorialplanung, des Städtebaus und der Industrieprojektierung besteht die gemeinsame Aufgabe, in Verbindung mit der Ausarbeitung von Generalbebauungsplänen der Städte und der Planung und Vorbereitung von Industrieinvestitionen städtebauliche Konzeptionen zur Umgestaltung der Industrie- und Mischgebiete zu erarbeiten, die es den Wirtschaftszweigen ermöglichen, langfristige Entwicklungsprogramme zur Rationalisierung der Produktion in den Städten mit einem hohen volkswirtschaftlichen Nutzen der Investitionen zu entwickeln. Ein derartiges Herangehen ist von großer Bedeutung für die langfristige prognostische Perspektivplanung über einen mehrere Jahrzehnte umfassenden Angebotszeitraum zur Gestaltung der nationalen Wirtschaft und zur sozialistischen Umgestaltung der Städte.

Das Institut für Industriebau der Deutschen Bauakademie hat zur Orientierung auf diese neue komplizierte Aufgabenstellung als Zwischenergebnis der städtebaulichen Forschung „Prinzipien zur städtebaulichen Umgestaltung von Industrie- und Mischgebieten in den Städten" im März 1966 veröffentlicht und den staatlichen Organen sowie den Entwurfsbetrieben der Territorialplanung, des Städtebaus und des Industriebaus zur Kenntnis gebracht. Die Prinzipien beruhen zum Teil noch auf hypothetischen Erkenntnissen, die erst im Laufe des Perspektivplanes der Forschung konkretisiert und bestätigt werden können. Nachstehende städtebauliche Forderungen sind in diesen Prinzipien zusammengefaßt:

■ Die Umgestaltung der Industrie- und Mischgebiete erfordert deren funktionell richtige Einordnung in die Struktur der Gesamtstadt und eine Ordnung der Standorte der Produktion nach ökonomischen, städtebaulichen und kommunalhygienischen Gesichtspunkten.

■ Für die Entwicklung der Betriebe ist die volkswirtschaftliche Perspektivplanung unter Einbeziehung der Vorschläge des Städtebaus maßgebend.

■ Mit der Umgestaltung der Industrie- und Mischgebiete entstehen bei Anwendung neuer städtebaulicher Organisationsformen unter Ausnutzung der Vorteile einer engen Nachbarschaft von Arbeit und Wohnen drei unterschiedliche Arten von Komplexen:

Industriekomplexe,

kombinierte Industrie- und Wohnkomplexe,

Wohnkomplexe mit Einzelbetrieben.

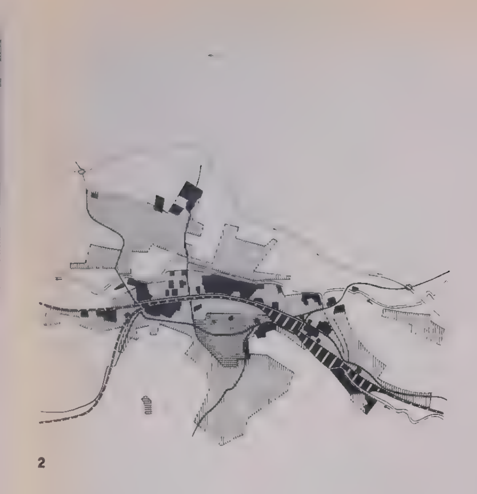
■ Die Flächen und die Bebauung der Komplexe sind nach Funktionsbereichen der Produktion, des Wohnens, der zentralen gesellschaftlichen Einrichtungen, des Verkehrs und der technischen Versorgung zu gliedern.

■ Bei der Organisation der Komplexe ist für die Flächen der Industrie von dem Prinzip der Gruppenbildung zur Kombination gemeinsam zu nutzender Anlagen und Einrichtungen auszugehen.

■ Mit der stufenweisen Umgestaltung sind Reserveflächen zugunsten einer optimalen Konzentration der vorrangig zu entwickelnden Betriebe in den Komplexen bereitzustellen.

■ In Verbindung mit der Neuordnung der Funktionsbeziehungen von Arbeiten und Wohnen ist die Entwicklung gemeinsam zu nutzender gesellschaftlicher Zentren in den Komplexen anzustreben.

■ Entsprechend der funktionellen Ordnung ist bei der Umgestaltung der Industrie- und Mischgebiete in Übereinstimmung mit der städtebaulichen Entwicklung der Gesamtstadt die städtebauliche Komposition und



2



3



4

architektonische Gestaltung der Komplexe mit neuer Qualität zu lösen.

■ Auf der Grundlage der Konzeptionen des Generalbebauungsplanes und der Planung des Verkehrssystems der Stadt sind die Netze und Anlagen des Güterverkehrs, des Berufsverkehrs und des städtischen Verkehrs mit der Umgestaltung der Industrie- und Mischgebiete so zu verbessern, daß die Verkehrsfunktionen störungsfrei zur Bedienung der Industriebetriebe, ohne Belästigung des Wohnens, organisiert werden.

■ Instandsetzung, Ausbau und Erneuerung von Netzen und Anlagen der technischen Versorgung sind in Übereinstimmung mit den Konzeptionen des Generalbebauungsplanes so zu planen, daß durch Konzentration und Kombination innerhalb der Komplexe bei der Umgestaltung der Industrie- und Mischgebiete ein hoher ökonomischer Nutzeffekt und eine schrittweise Verminderung von Störwirkungen erreicht werden.

Es empfiehlt sich, die in diesen Prinzipien aufgeworfenen grundsätzlichen Fragen in die Tätigkeit der zentralen und bezirklichen Fachgruppen „Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung" und „Industriebau" einzubeziehen. Der Bund Deutscher Architekten sollte dazu beitragen, die als notwendig erkannte Gemeinschaftsarbeit zwischen den Organen der Territorialplanung, des Städtebaus und der Industrieprojektierung zu fördern. Insgesamt ergibt sich ein fester Zusammenhang in allen Phasen der Planung und Vorbereitung von Investitionen, und zwar hinsichtlich

erster Studien zur Standortentscheidung,

Entwicklung der technisch-ökonomischen Zielstellung,

Erarbeitung der Aufgabenstellung und

Ausarbeitung der Projekte

zur Rationalisierung und Erweiterung der Industrieproduktion sowie zur städtebaulichen Umgestaltung der Industrie- und Mischgebiete. Die Bedeutung der Problematik kann an Hand einiger Hinweise in Auswertung der ersten städtebaulichen Experimentalstudie zur Rationalisierung der Produktion ausgewählter profilbestimmender Industriebetriebe in Verbindung mit der städtebaulichen Umgestaltung des Industriegebietes Leipzig-Plagwitz zu einem städtischen Industriekomplex demonstriert werden.

In einer ersten Phase der Forschungsarbeit untersuchte das Institut für Städtebau und Architektur – Außenstelle Halle – der Deutschen Bauakademie im Rahmen einer sozialistischen Arbeitsgemeinschaft den Bestand und die Entwicklungsmöglichkeiten des Industriegebietes. Unter Leitung des Stadtarchitekten beim Rat der Stadt Leipzig beteiligten sich an dieser Aufgabe das Büro für Städtebau Leipzig, der VEB Industrieprojektierung Leipzig und eine Reihe von metallverarbeitenden volkseigenen Industriebetrieben. Diese Bearbeitung brachte insbesondere folgende Ergebnisse zum Bestand und zur städtebaulichen Konzeption der Umgestaltung des Industriegebietes Leipzig-Plagwitz:

In Leipzig besteht eine hohe Konzentration industrieller Produktion. Eine große Anzahl von Industriebetrieben – insbesondere im Westteil der Stadt – liegt inmitten von Wohngebieten, so daß erhebliche Nachteile für die Produktion sowie kommunalhygienische, städtebauliche und verkehrstechnische Disproportionen gegeben sind. Das Industriegebiet Leipzig-Plagwitz ist ein Teil des dicht bebauten Stadtbezirkes Südwest mit einer Fläche von 94 ha. In ihm befinden sich 55 Betriebe der Industrie und weitere 35 Betriebe anderer Wirtschaftszweige mit insgesamt etwa 23 000 Beschäftigten. Innerhalb des Industriegebietes leben etwa 5000 Einwohner in 1900 Wohnungen mit größtenteils äußerst ungünstigen Standortbedingungen durch Verzahnung mit der Industrie.

Trotz städtebaulicher und produktionstechnischer Probleme im Altbauindustriegebiet ist als positiver Fakt der Wert von investierten Mitteln und Materialien für Straßen, Gleisanlagen und Einrichtungen der technischen Versorgung einzuschätzen. Die Flächen der großen Betriebe sind innerhalb des Industriegebietes Leipzig-Plagwitz infolge der Zusammenfassung mehrerer ehemals kapitalistischer Betriebe dezentralisiert. Weitere Standorte von Betriebsteilen dieser größeren Betriebe sind über das Gebiet der Stadt und der Stadtrandzone verstreut. Hauptziel der städtebaulichen Untersuchung war daher die Ausarbeitung von Vorschlägen zur Entwicklung des Industriekomplexes bei Herstellung günstiger Produktionsbedingungen für die profilbestimmenden Betriebe.

Durch Konzentration der Flächen lassen sich die Prinzipien einer städtebaulichen Neuordnung und Organisation zugunsten der Rationalisierung der Industrieproduktion und einer Verbesserung der städtebaulichen Gestaltung verwirklichen. Die Lösung für die großen Betriebe wird dadurch möglich, daß eine Reihe von mittleren und kleinen Betrieben ihre derzeitig genutzten Flächen und Gebäude in einem Prozeß des Ringtausches zur Verfügung stellt. Die kleineren Betriebe sind für eine Unterbringung in freiwerdende Substanz von Betriebsteilen der großen Betriebe – vornehmlich Geschoßbauten – vorgeschlagen; zum Teil werden sie auf Grund gleicher Anforderungen an die Gebäude in einem vermietbaren Geschoßkompaktbau innerhalb des Industriekomplexes zusammengefaßt. Das führt zu einer rationellen Kombination und Konzentration der Flächen und Bebauung für die kleineren Betriebe im Industriekomplex.

Die Durchführung der städtebaulichen Umgestaltungsmaßnahmen erstreckt sich auf einen langfristigen, prognostischen Angebotszeitraum.

Die städtebauliche Angebotsplanung wird 1966 durch ein ökonomisches Experiment zum Nachweis des gesamtvolkswirtschaftlichen Nutzens der vorgeschlagenen Konzeption zur Rationalisierung der Industrieproduktion für die vorrangig zu entwickelnden Industriebetriebe erweitert.

Unter Leitung des Vorsitzenden der Bezirksplankommission beim Rat des Bezirkes Leipzig wird in sozialistischer Gemeinschaftsarbeit gemeinsam mit sieben Vereinigungen volkseigener Betriebe und den Werkleitungskollektiven von acht volkseigenen Betrieben unter Mitarbeit des Stadtarchitekten, des Bezirksarchitekten, der Stadtplankommission, des Büros für Territorialplanung, des Büros für Städtebau Leipzig und des Forschungsbereiches Industriegebiete im Institut für Industriebau der Deutschen Bauakademie ein Variantenvergleich durchgeführt. Ausgehend von der Ermittlung von Kennzahlen zum Ist-Zustand 1965, werden für acht ausgewählte volkseigene Industriebetriebe in Vergleich gesetzt:

■ Rationalisierung und Erweiterung der Betriebe oder Betriebsteile auf den gegenwärtig vorhandenen Flächen; Berechnung des ökonomischen Nutzens der Investitionen entsprechend der ursprünglichen Konzeption der Industriezweige für den Perspektivplan bis 1970 und die prognostische langfristige Entwicklung der Produktion;

■ Rationalisierung der Industrieproduktion durch Konzentration der Flächen auf dem Wege des Ringtausches von Flächen und Gebäuden der Betriebe untereinander entsprechend der städtebaulichen Angebotsplanung zur Umgestaltung des Industriegebietes;

■ Neubau von Betrieben als Ersatz für aufzugebende Kapazitäten im Industriegebiet Leipzig-Plagwitz und zur Erweiterung der Produktion entsprechend den bisherigen Vorstellungen der Industriezweige für Neubauten in neuen Industriekomplexen.

Die Gemeinschaftsarbeit ist für die Lösung einer derartig komplexen Aufgabe unerläßlich. Sie ergibt sich einerseits aus den bestehenden Verflechtungen der Standorte und andererseits aus dem Bestreben, in gegenseitiger Abstimmung optimale Lösungen für die Rationalisierung der Industrieproduktion zu gewinnen.

Ausgehend von einer „Stufe 0" im Zeitraum des Perspektivplanes bis 1970, sind für den Prozeß der Umgestaltung fünf weitere Entwicklungsstufen abgegrenzt worden, so daß die Endstufe voraussichtlich in den Zeitraum 1990 bis 2000 fällt. Dieser theoretische Versuch einer Konkretisierung der langfristigen prognostischen Entwicklung geht von der Annahme aus, daß durch Eigenerwirtschaftung der investierten Mittel mit möglichst kurzer Rückflußdauer der Investitionen eine Zeitstufe der Umgestaltung etwa fünf Jahre umfaßt. In den ersten Stufen der Umgestaltung sieht die städtebauliche Konzeption vor, den Anteil an Maßnahmen der Verlagerung von mittleren und kleinen Betrieben, den Abriß älterer Bausubstanz und den Ersatzneubau möglichst gering zu halten. Mit der zuneh-



2
Nachweis der Industrieflächen im Gebiet der Stadt Eisenach

3
Nachweis der Industrieflächen im Gebiet der Stadt Nordhausen

4
Nachweis der Industrieflächen im Gebiet der Stadt Crimmitschau

5
Schemaskizze der Stadt Magdeburg mit Nachweis unterschiedlicher Strukturgebiete

6
Schemaskizze der Stadt Leipzig mit Nachweis der Flächennutzung

7
Schema der Verkehrserschließung des Industriegebietes Leipzig-Plagwitz

8
Nachweis der Teilflächen ausgewählter großer volkseigener Industriebetriebe des Industriegebietes Leipzig Plagwitz

menden wirtschaftlichen Kraft der Industriezweige, die sich auf den ökonomischen Erfolg der Rationalisierung in den ersten Umgestaltungsstufen gründet, können dann in den weiteren Stufen mit ansteigender Tendenz Aufwendungen für Verlagerung, Abbruch und Ersatzneubau erfolgen.

Der Nutzen einer Rationalisierung der Produktion der vorhandenen Betriebe nach der städtebaulichen Angebotsplanung beruht vor allem auf einer erheblichen Einsparung an Erschließungskosten. Die Nutzung des Güter- und Personenbahnhofs Leipzig-Plagwitz und der bestehenden Industriegleise, die Einbeziehung vorhandener Linien des Massenverkehrs, die Weiterbenutzung der Stadtstraßen sowie der Leitungsnetze und Anlagen für die technische Versorgung bieten die Möglichkeit, mit geringstem Aufwand an Tiefbaumaßnahmen die Bedürfnisse der Industriebetriebe im Industriegebiet zu befriedigen. Ein weiterer ökonomischer Vorteil liegt in der weitgehenden Nutzung erhaltenswerter Substanz an Gebäuden, baulichen Anlagen und Ausrüstungen. Differenziert nach dem Zeitwert der vorhandenen Grundfonds wird in den einzelnen Stufen der Umgestaltung im allgemeinen die älteste und am wenigsten für eine flexible Nutzung geeignete Bausubstanz abgerissen und durch Ersatzneubauten oder auch Freiflächen ersetzt.

Der Variantenvergleich wird zeigen, in welchem Maße ökonomisch und städtebaulich größere Aufwendungen durch den Neubau der Betriebe in neuen Industriekomplexen am Stadtrand erforderlich werden. Es darf schon jetzt angenommen werden, daß die gesamtvolkswirtschaftliche Gegenüberstellung ein Ergebnis zugunsten der Umgestaltung des Industriegebietes Leipzig-Plagwitz erbringen dürfte. Die Anforderungen an das Bauwesen werden bei einer derartigen Lösung besonders vorteilhaft sein. Gegenüber dem hohen Aufwand für einen Neubau wird eine entscheidende Verbesserung in städtebaulicher Hinsicht erreicht. Durch die rationellere Nutzung des Altbaugebietes und die mit der Umgestaltung verbundene ökonomische und städtebauliche Aufwertung des sanierungsbedürftigen Industriegebietes werden Impulse für die Umgestaltung der Gesamtstadt gewonnen. Ökonomischer Nutzen und städtebauliche Qualität werden sich hier in wirkungsvoller Weise ergänzen.

Die vorstehenden Ausführungen sollen dazu anregen, die Diskussion über die Probleme der Rationalisierung der Industrieproduktion in Verbindung mit der Umgestaltung der Industrie- und Mischgebiete in den Städten in breiten Kreisen der Architekten, Ingenieure, Gartenarchitekten und Ökonomen zu beleben. Das kann dazu beitragen, die Methoden der Planung und Vorbereitung von Industrieinvestitionen durch gegenseitigen Meinungsaustausch ständig zu verbessern und zugleich die Ziele zu verwirklichen, die für die Ausarbeitung von Generalbebauungsplänen der Städte gestellt sind.

Arbeitshygiene für Industriebauer (I)

Arbeitshygienische Gesichtspunkte für die Gestaltung von Freibauten und technologischen Freianlagen

Mit dem nachstehenden Beitrag beginnen wir mit der Veröffentlichung einer Reihe von Themen zu arbeitshygienischen Problemen im Industriebau. In weiteren Beiträgen werden behandelt: (II) Einzugsbereiche im Freibau, (III) Arbeitsunterlagen für die arbeitshygienische Gestaltung von Industriebauten, (IV) Arbeitshygienische Gesichtspunkte für die Gestaltung von Kompaktbauten, (V) Einfluß der Arbeitsplatzgestaltung auf die Gebäudeform von Hitzebetrieben. red.

Dipl.-Ing. Volker Waag, Architekt BDA
Wissenschaftlicher Mitarbeiter am WTZ für Angewandte Arbeitshygiene in der Chemischen Industrie (Direktor Prof. Dr. med. habil Brandt)

Die Arbeitswissenschaft muß gewisse Spezialdisziplinen der Gesellschaftswissenschaften und der Naturwissenschaften einschließen, wenn sie die Arbeit der Werktätigen im Produktionsprozeß umfassend charakterisieren soll. Nur so kann sie bei der Hebung des kulturell-technischen Niveaus der Werktätigen, einer der Hauptaufgaben bei der technischen Revolution, aktiv und stimulierend wirksam werden. Diese Spezialdisziplinen der Arbeitswissenschaft sind:

- Industriesoziologie,
- Soziologie, bezogen auf verschiedene außerbetriebliche Bereiche,
- Arbeitsökonomie,
- Arbeitshygiene,
- Arbeitsphysiologie,
- Arbeitspsychologie,
- Arbeitsmedizin sowie
- Arbeitsschutz und Sicherheitstechnik.

Nur der Komplex der Problemkreise erfaßt die Situation der menschlichen Arbeit im Produktionsprozeß in vollem Umfange. Es ist verständlich, daß beispielsweise Maßnahmen der Arbeitsökonomik in ihren Auswirkungen auch arbeitshygienischer Natur sein können. Andererseits verlangen arbeitshygienische Forderungen oft technologische Veränderungen, die arbeitsökonomisch von großem Nutzen sind. Sie haben schließlich auch industriesoziologische Bedeutung, indem sie die Fluktuation an bestimmten Arbeitsplätzen, in Abteilungen oder Betrieben vermindern und den Kadernachwuchs sichern.

Für den Industrieplaner und den Industriebauer, den spezialisierten Architekten, bedeutet das, den Fragen der Arbeitswissenschaft, die den gesamten Bereich des Menschen im Betrieb, im Industriekomplex und im Industriegebiet sowie die außerbetrieblichen Bereiche in notwendigen Grenzbereichen umfaßt, die gleiche Aufmerksamkeit und Verantwortlichkeit zu widmen wie den Fragen der Betriebswissenschaften, der Betriebsökonomie und der Bauwissenschaft. So muß die Gestaltung von Bauwerken als Einheit von Funktion, Konstruktion und Ästhetik auf die bewußte und aktive Mitgestaltung menschlichen Lebens ausgedehnt werden.

Am Beispiel der Freibauten und technologischen Freianlagen sollen die vielseitigen Wechselbeziehungen der einzelnen Spezialdisziplinen der Arbeitswissenschaft untereinander und zu den Aufgaben der Planung und Projektierung dargestellt werden.

Charakteristika von Freibauten und technologischen Freianlagen

In Freibauten und technologischen Freianlagen verlaufen die Produktionsprozesse ohne Witterungsschutz durch bauliche Maßnahmen. Es herrschen außenklimatische Bedingungen, was die Temperatur, die Luftfeuchtigkeit, die Luftbewegung, den Luftdruck, die Beleuchtung, den Lärm, die Luftschadstoffe, die Schwingungen und anderes betrifft. Diese sind jahreszeitlich verschieden und standort- oder betriebsgebunden.

Bei Freibauten und technologischen Freianlagen besteht im Vergleich zu geschlossenen Produktionsräumen eine einfachere Möglichkeit, ausgetretene Luftschadstoffe infolge Undichtigkeiten oder Havarien zu verdünnen und weitgehend unschädlich zu machen. In zahlreichen Anlagen der chemischen Industrie würde es beispielsweise durch die Konzentration explosibler Gasgemische zu einer hohen Explosionsgefährdung kommen, wenn geschlossene Produktionsräume vorgesehen würden. Die Möglichkeit der Verdünnung austretender Luftschadstoffe und die kostenlose Wärmeabführung erleichtern auch für den Normalbetrieb unter Umständen eine arbeitshygienisch günstige Arbeitsplatzgestaltung.

So günstig diese Möglichkeiten für den Betrieb sind, so lästig sind sie unter Umständen für die Nachbarschaft und werfen damit zahlreiche kommunalhygienische Probleme auf. Derartige Emissionen können andererseits, wie das Beispiel einer Schmiedeanlage zeigt, auch die kommunalpolitische Situation über Gebühr belasten. Daher müssen die Forderungen des Nachbarschaftsschutzes insbesondere für menschliche Aufenthaltsorte, wie Arbeitsstätten, Wohnstätten, Erholungs- und Kulturanlagen (Abb. 1), hinsichtlich der tatsächlichen und zumutbaren Störungen und Belästigungen berücksichtigt werden.

Betriebstechnisch gesehen bieten Freibauten günstigere Erweiterungs- und Umbaumöglichkeiten, einfachere Poduktionsumstellungen, da keine unflexiblen baulichen Strukturen hinderlich sind, sowie bessere Montage- und Demontagemöglichkeiten. Das muß aber bei der Projektierung bewußt berücksichtigt werden. Für den bautechnischen Projektanten bedeuten Freibauten außerdem noch die Einsparung umbauten Raumes, von Projektierungsleistungen und von Baukapazität, was volkswirtschaftlich gesehen eine schnellere Wirksamkeit von Investitionsmaßnahmen zur Folge hat.

Unter technologischen Freianlagen werden in diesem Zusammenhang Einrichtungen verstanden, die auf Grund ihrer Technologie und Funktion keine Überbauung, jedenfalls nicht mit herkömmlichen Materialien und Konstruktionen, ermöglichen oder nicht benötigen. Als solche Produktionen sind unter anderem die Gewinnung und Verarbeitung von Rohstoffen, besonders in Tagebaubetrieben, Transport-, Lager- und Verladeeinrichtungen zu nennen. Diese Anlagen sind für die energieerzeugende, die chemische und die metallurgische Industrie gleichermaßen typisch.

Arbeitshygienische Forderungen an Freibauten und technologischen Freianlagen

Grundsätzlich werden für die Werktätigen Arbeitsbedingungen gefordert, die eine größtmögliche Sicherheit und eine geringstmögliche gesundheitliche Belastung gewähren. Im Vergleich zu geschlossenen Produktionsräumen sind die Werktätigen in Freianlagen und Freibauten den jahreszeitlich verschiedenen Witterungsbedingungen in vollem Umfange ausgesetzt.

Daraus ist zu folgern, daß möglichst wenige Arbeitsplätze im Freien zu projektieren sind. Ist dies nicht zu erreichen, so sind die Arbeitsplätze nach Möglichkeit baulich gegen Witterungseinflüsse zu schützen, wie beispielsweise durch Bedienungsstände oder Kontrollkanzeln, oder es sind die individuellen Schutzmaßnahmen zum Schutze der Gesundheit und Einsatzfähigkeit der Werktätigen entsprechend den technisch-wirtschaftlichen Möglichkeiten durchzuführen. Wie für die Industrie allgemein gilt auch für Freibauten und technologische Freianlagen der Grundsatz, daß die technischen Anlagen über längere Zeit hinweg funktionieren müssen, daß sie also wenig oder gar nicht störanfällig sein sowie nur dem normalen Verschleiß unterliegen dürfen. Auch hier gilt es, zur Behebung von Schäden und Havarien Reparaturtechnologien auszuarbeiten, nach modernsten Gesichtspunkten Zyklen und Technologien für die vorbeugende Instandhaltung und die Generalreparatur zu projektieren.

Aus diesen Gesichtspunkten ist ersichtlich, daß es sich auch seitens der arbeitswissenschaftlichen Betrachtung von Freibauten nicht einfach um Gebäude ohne Wände oder ohne Dach handelt, sondern daß die technischen und betriebsorganisatorischen Vorbereitungen bereits in der Technisch-ökonomischen Zielstellung (TÖZ) festzulegen sind. Dabei ist von dem geringsten Personal-, Mittel- und Materialaufwand auszugehen. Die arbeitshygienischen Bedingungen müssen bereits hier berücksichtigt werden.

Einige negative Beispiele sollen diese Forderungen präzisieren, damit nicht scheinbaren baulichen Einsparungen zuliebe schlechte funktionell-technologische Lösungen und ungenügende arbeitshygienische Bedingungen entstehen, die letzten Endes erheblichen volkswirtschaftlichen Schaden verursachen.

Bei der Projektierung eines Zementwerkes wurde der Vorschlag realisiert, durch Wegfall der Dachkonstruktionen für das Rohstoff- und das Klinkerlager umfangreiche Einsparungen zu erzielen. Nach Inbetriebnahme zeigte sich jedoch, daß derartige Ausführungen sich für Rohstofflager nicht eignen, da der Rohstoff Ton unter Einwirkung von Nässe derart zäh und klebrig wird, daß die Bunkertaschen verstopfen und der normale Betrieb nicht durchgeführt werden kann. Die Arbeiten zur Beseitigung der Betriebsstörungen waren kompliziert und zeitaufwendig, verlangten hohen Personaleinsatz und verursachten Ausfall des ohnehin knappen Reparaturpersonals, gar nicht zu sprechen von dem Produktionsausfall. Daher mußte das Rohstofflager nachträglich während des laufenden Betriebes mit einer Stahldachkonstruktion (Abb. 2) versehen werden. Anders liegt der Sachverhalt beim Klinkerlager. Feuchtigkeit begünstigt das Abkühlen der Klinker, da diese kaum Wasser aufnehmen. Die Freilagerung verursacht aber besonders bei Schwachbränden Staubbelästigungen für die Nachbarschaft. Sie sind Ursachen für Wegeunfälle und zahlreiche Augenverletzungen. Es ist also günstig, auch für das Klinkerlager einen geschlossenen, dem Schüttkegel im Querschnitt angepaßten Bau zu projektieren.

Waren es in diesem Zementwerk in erster Linie betriebstechnische Mängel, die auf eine ungenügende Vorbereitung der Investitionsmaßnahmen zurückzuführen sind, so traten bei der Drehrostgeneratoranlage eines Glaswerkes zusätzlich Fehler hinsichtlich des Gesundheits- und Arbeitsschutzes auf. Ohne wesentliche Veränderungen gegenüber traditionellen Ausführungen wurde die Drehrostgeneratoranlage als Freibau ohne Witterungsschutz ausgeführt. Unter Winterbedingungen funktioniert die Anlage infolge Vereisung der Kohleförderbänder und Verwehung der ebenerdig angeordneten Aggregate nicht. Ständige Arbeitsplätze im Freien zum Sortieren an den Bändern im Freien widersprechen allen arbeitshygienischen Bestrebungen zur Verringerung der Erkältungsgefahr. Das Beispiel besagt jedoch nicht, daß Drehrostgeneratoranlagen nicht als Freibauten ausgeführt werden können. Jedoch müssen bei derartigen Neukonzeptionen sämtliche Fragen am dreidimensionalen Modell unter Berücksichtigung aller Einflußfaktoren hinsichtlich Größe und Richtung geklärt werden.

Auf jeden Fall ist dringend abzuraten, derartige „Verbesserungsvorschläge" ohne Prüfung der zu erwartenden Betriebskosten aus Unterhaltung, Wartung, Instandsetzung und Betriebsausfällen im Vergleich zu möglichen Einsparungen vorzunehmen.

Beurteilung der Tätigkeitsmerkmale von Beschäftigten in Freibauten und technologischen Freianlagen

Schon am dreidimensionalen Modell muß die Zusammenarbeit des Betriebswissenschaftlers mit dem Arbeitswissenschaftler, dem Arbeitshygieniker, Arbeitsökonomen und mit dem Architekten beginnen. Die Arbeitsplätze müssen entsprechend der notwendigen Aufenthaltsdauer im Freien und nach Tätigkeitsmerkmalen wie

- Bedienung,
- Kontrolle,
- Reparatur, Instandhaltung,

1
Rückstandshalde eines Chemiebetriebes
2
Das Rohstofflager dieses Zementwerkes wurde nachträglich mit einer Stahlkonstruktion überdacht, um einen normalen Betrieb zu sichern.
3
Die Arbeitsweise eines Kokskippers gestattet keinen bautechnischen Witterungsschutz für die Werktätigen. Aus diesem Grunde wurden in unmittelbarer Nähe Aufwärmmöglichkeiten eingerichtet.
4
Die Wellasbestzementverkleidung des Klinkerlagers eines Zementwerkes hat sich für Bandbrücke und Umlenkturm nicht bewährt. Herabfallende Verkleidungen bilden Unfallgefahren.

- Reinigung sowie hinsichtlich
- körperlich intensiver und
- körperlich wenig intensiver Tätigkeit

charakterisiert und markiert werden.

Entsprechend

- der Tätigkeit, der Feinheit und der verlangten manuellen Fertigkeit, der Schnelligkeit und Beweglichkeit,
- der Dauer der Tätigkeit im Freien (ständige Arbeitsplätze mehr als 6 h/d und vorübergehende Arbeitsplätze ohne exakte Zeitnennung),
- den Emissionen der Anlagen und Einrichtungen (Luftschadstoffe, Staub, Hitze, Lärm, Schwingungen) sowie
- extremen Witterungseinflüssen

sind gemeinsame Maßnahmen festzulegen, während der Projektierung zu überwachen und hinsichtlich Ausführung, Nutzung, Wartung und Instandhaltung während des Betriebes zu kontrollieren.

Beispiele für ständige Arbeitsplätze im Freien sind

- Erz- und Kokskipper (Abb. 3) als Verladeeinrichtung der energieerzeugenden und metallurgischen Industrie,
- Rohr- und Bandbrücken,
- Transportanlagen, Verkehrseinrichtungen, Verladeanlagen,
- Reparaturen,
- Instandhaltung und Reinigung.

Vorübergehende Arbeitsplätze im Freien liegen dann vor, wenn das Personal der Steuer- und Meßwarten Kontrollgänge durchführt, um automatisch übertragene Meßangaben mit den tatsächlichen Meßwerten und dadurch die Steuer- und Regelvorgänge sowie die Funktion der Anlage zu überprüfen. Zum Teil ist die Unterscheidung in ständige und vorübergehende Arbeitsplätze nur theoretischer Art, da mindestens für die Dauer des Einfahrens der Anlagen das gesamte ingenieurtechnische Personal ganztägig im Freien beschäftigt ist. Es wird daher empfohlen, dieser Tatsache schon in der Technisch-ökonomischen Zielstellung Rechnung zu tragen, um rechtzeitig technische und betriebsorganisatorische Maßnahmen vorsehen zu können.

Sanitäre Charakteristik der Arbeitsplätze in Freibauten

Diese Arbeitsplätze unterliegen klima-, produktions- und standortbedingten Einflüssen, die durch

- Verschmutzung des Körpers und der Kleidung,
- Luftschadstoffe,
- Staub und Ruß,
- Hitze, Kälte, Zugerscheinungen,
- Lärm und Schwingungen

im wesentlichen charakterisiert werden können.

Anlagen für die Körperreinigung und die Kleideraufbewahrung werden entsprechend der TGL 10 699, Bl. 2, ausgeführt. Einrichtungen für die Reinigung, Trocknung, Instandhaltung und wenn nötig für die Entgiftung der Kleidung sind entsprechend den betrieblichen Erfordernissen zu ergänzen, so auch Duschstellen für die endölverarbeitende Industrie in der Nähe der Produktionsanlagen, da Ölverunreinigungen des Körpers und der Kleidung leicht brennen können.

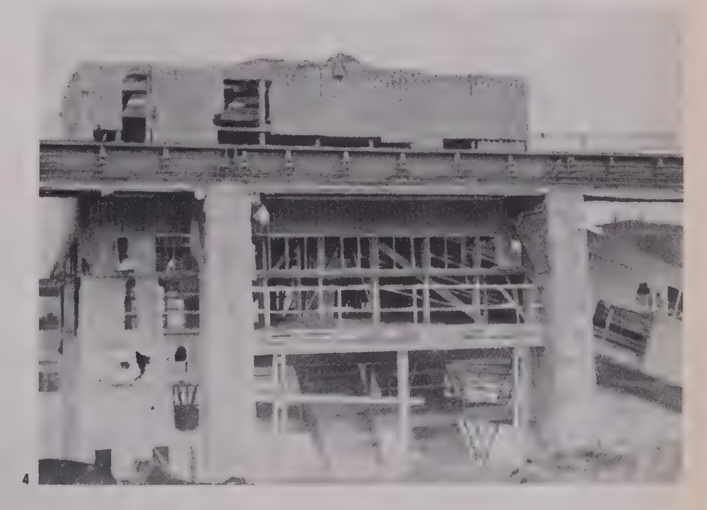
Die maximale Konzentration von Schadstoffen und von Staub ist in den zulässigen MAK-Werten (maximale Arbeitsplatzkonzentrationen für die Betriebe der Deutschen Demokratischen Republik, herausgegeben vom Deutschen Hygiene Museum Dresden im Auftrage des Ministeriums für Gesundheitswesen) festgelegt und für Freibauten und Freianlagen gleichermaßen gültig und verbindlich.

Festlegungen betreffs Witterungsschutz beziehen sich einmal auf die Bereitstellung von Räumen und


1


2


3


4

5
Die Antriebe der Drehrohröfen wurden nachträglich mit einer Stahlkonstruktion überdacht, um Witterungsschutz zu erreichen und Hebezeuge für die Reparatur unterbringen zu können.

6
Verteileranlage für gasförmige Endprodukte einer petrolchemischen Fabrikanlage.

7
Für die betriebsfremden Arbeitskräfte, die bei dem Aufbau eines neuen Hochofens beschäftigt sind, wurden mobile Einheiten vorgesehen. Notwendig ist hierbei, schon bei der Projektierung im Betriebsgelände Flächen auszuweisen, an denen solche Einheiten installiert werden können.

zum anderen von Arbeitsschutzkleidung. Vorbildlich ist hier das „10-Punkte-Programm zur Bekämpfung von Erkältungskrankheiten in den Betrieben", veröffentlicht in den Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Gesundheitswesen, Nr. 8, 1959.

Für Lärmbelastungen gelten gleichermaßen die Festlegungen der TGL 10 687. Ihrer Einhaltung ist um so größere Bedeutung beizumessen, da die Lärmabsorption durch umfassende Konstruktionen wie Wände und ähnliches fehlt und eine starke Belästigung der Nachbarschaft hervorgerufen werden kann.

Gesundheitliche Schäden bei der Arbeit in Freianlagen

Um die gesundheitlichen Schäden feststellen zu können, die im Normalbetrieb bei Freiarbeitern hauptsächlich auftreten, wurde von Fräulein Mehnert im Rahmen einer Dissertation am Lehrstuhl für Arbeitshygiene an der Karl-Marx-Universität Leipzig eine Analyse des Kranken- und Unfallstandes der unter vergleichbaren Bedingungen tätigen Arbeiter durchgeführt und mit Werten verglichen, die aus Betrieben herkömmlicher Art stammen.

Dabei ergaben sich für den Untersuchungszeitraum 1963/64 folgende, allerdings nur anteilmäßige Verhältnisse:

	Gebäude	Freianlagen
Betriebsunfälle	16,0	33,9
Erkältungskrankheiten	19,7	19,9
Herz- und Kreislauferkrankungen	5,7	6,0
Magen- und Darmerkrankungen	10,5	8,2
Rheumaerkrankungen	3,4	2,9
Sonstige Krankheiten	44,7	29,1

Unter den genannten Krankheitsschwerpunkten nehmen in Freianlagen die Unfallerkrankungen mit etwa 34 Prozent die erste Stelle ein. Die Quote der Erkältungskrankheiten liegt an zweiter Stelle und ist genau so hoch wie bei Werktätigen, die in geschlossenen Gebäuden arbeiten. Als Begründung hierfür können die Abhärtung des Organismus bei ständigem Arbeiten im Freien, die gesteigerte Widerstandsfähigkeit gegenüber Infekten sowie eine gewisse Auswahl für die Arbeit im Freien genannt werden.

Da durch diese beiden Krankheitsschwerpunkte mehr als die Hälfte der Krankheitsfälle erfaßt wird, sollen sich die folgenden Betrachtungen auf diese beschränken.

Krankheitsursachen und Unfallquellen

Erkältungs- und Unfallerkrankungen werden durch die Witterungsbedingungen und die technische Umgebung der Werktätigen hervorgerufen. Diesen Krankheitsursachen und Unfallquellen kann durch geeignete Maßnahmen weitestgehend begegnet werden. Jedoch ist es kostenaufwendig und sehr schwierig, nachträgliche Veränderungen vorzunehmen. Diese beeinträchtigen in vielen Fällen die Produktionstechnologie. Andererseits entsprechen zwar improvisierte Maßnahmen den berechtigten Forderungen der Werktätigen, aber durch die Schaffung nachträglich explosionsgefährdeter Räume durch Abdeckungen und Verkleidungen von Freibauten wird oft eine zusätzliche Gefährdung hervorgerufen.

Für die meist komplizierten technischen Anlagen, die zeichnerisch nur schwer erfaßbar sind, sollen die Arbeitsplätze im Interesse einer bestmöglichen Verständigung an dreidimensionalen Modellen in der vorgenannten Weise markiert werden. Notwendige Schutzkabinen, -verkleidungen, -einbauten, Beheizungen und anderes können so eindeutig und unmißverständlich vorgeschlagen, beraten und projektiert werden. Zur Begründung solcher Maßnahmen sollen einige Ursachen für Krankheiten und Unfälle dargelegt werden.

Extreme und stark unterschiedliche Witterungsbedingungen, Temperaturen, Feuchtigkeit und Luftbewegung führen ohne Schutzmaßnahmen bei ständiger Tätigkeit im Freien zu Gesundheitsschäden. Infolge hoher Wärmeverluste kann es bei strenger Kälte, Feuchtigkeit und Zugerscheinungen zu Unterkühlungen, Erkältungen, ja sogar zu Erfrierungen kommen.

Es ist verständlich, daß Unfallquellen dort besonders häufig sind, wo wenig Wert auf Ordnung und Sauberkeit der Anlagen gelegt wird. Etwa ein Drittel aller Unfälle sind hierauf zurückzuführen. Die notwendigen Maßnahmen erfordern aber Arbeitskräfte, die für diese anscheinend überflüssigen Arbeiten nicht immer zur Verfügung stehen. Daher sollte versucht werden, technische Hilfsmittel wie Paletten und Hebezeuge einzusetzen und entsprechende Sammelplätze zu projektieren.

Unfallursachen sind Ausrutschen, Stolpern, Abstürzen von Personen und das Herabfallen von Gegenständen.

Rutschgefahren in Freianlagen entstehen durch Vereisung der Laufstege, beispielsweise durch Dampfaustritt, Wasseransammlung und Algenbildung, sowie durch starken Staubniederschlag und gleichzeitige Feuchtigkeitseinwirkung.

Hauptursache für die Stolpergefahr sind vernachlässigte Ordnung und Sauberkeit, Unebenheiten auf Treppen und Laufstegen infolge unsachgemäßer Nutzung bei Montagen und Reparaturen infolge Punktbelastungen für Lichtgitterroste oder Rohrdurchführungen sowie das Nichteinhalten der Profilfreiheit notwendiger Bewegungsräume. Letzteres ist besonders bei der Projektierung und nachträglichem Verlegen von Rohrleitungen und den notwendigen Isolierstärken zu beachten. Naturgemäß sind Freianlagen weitläufiger als geschlossene Produktionsräume und verleiten oft zu Unordnungen und Unsauberkeit, die nicht in jedem Falle die Produktion direkt beeinträchtigen.

Zur Vermindung der Absturzgefahrt muß gefordert werden, daß bereits bei der Projektierung Technologien und Zyklen für Reparaturen, Instandhaltung und Reinigung ausgearbeitet werden. Dadurch können von technischer Seite Vorkehrungen für das Aufstellen von Gerüsten und anderem getroffen werden. Das ist um so wichtiger, da durch die zum Teil unzweckmäßige Arbeitsschutzkleidung, wie Watteanzüge, Filzstiefel und Handschuhe, die Beweglichkeit und Geschicklichkeit stark vermindert werden.

Zahlreiche Unfälle werden durch das Herabfallen von Gegenständen bei Instandhaltungs-, Reparatur- und Reinigungsarbeiten verursacht. Leider treten auch immer wieder Unfälle durch das Herabfallen von Wellasbestzementverkleidungen (Abb. 4) auf, da diese nur geringen mechanischen Beanspruchungen standhalten. Im Winter kommt es durch die Bildung von Eiszapfen in beträchtlichen Ausmaßen zu zusätzlichen Gefahrenmomenten.

Technische und betriebsorganisatorische Maßnahmen zur Vermeidung gesundheitlicher Schäden

Die stets wirksamste Maßnahme zur Verhütung gesundheitlicher Schäden ist das Ausschalten menschlicher Funktionen aus dem technischen Prozeß. Wo dies nicht möglich ist, muß versucht werden, die Anzahl der Arbeitskräfte und die Dauer ihrer Tätigkeit für belästigende und gefährdende Prozesse zu verringern. Das trifft auf alle mit dem Produktionsprozeß verbundenen Funktionen mit Wartung, Instandhaltung, Reinigung sowie die Reparaturen zu. Das wird an dieser Stelle besonders betont, da für diese Arbeiten baulich-technische Witterungsschutzmaßnahmen kaum möglich sind.

Der Störanfälligkeit der Anlagen ist aus vielerlei Erwägungen bereits während der Projektierung die größte Aufmerksamkeit zu widmen. Einschätzbare Störquellen sollten dabei weitestgehend ausgeschaltet werden (Abb. 5). So sollten Pumpen beispielsweise nur dort im Freien oder in Freibauten aufgestellt werden, wenn ein kontinuierlicher Betrieb, ein geringer Anteil an Feststoffen und ein normaler Verschleiß zu erwarten sind. Es ist wichtig, vorbeugende Instandhaltungsarbeiten im Sommer durchzuführen. Staub und Feuchtigkeit sind hauptsächliche Störquellen. Bei Projektierung und Konstruktion ist darauf zu achten, daß Staub und Feuchtigkeitsablagerungen an Konstruktionen und Fördereinrichtungen vermieden werden. Es gilt, Staub und Feuchtigkeit am Ort der Entstehung zu sammeln, abzuleiten und unschädlich zu machen. Arbeitshilfen, konstruktiv bei der Projektierung mit all ihren Einflüssen berücksichtigt, sollen die Reparatur- und Instandhaltungsarbeiten rationalisieren und den Zeit- und Arbeitskräfteaufwand möglichst gering halten.

Vermeidung von Rutsch-, Stolper- und Absturzgefahren

Zur Vermeidung von Rutschgefahren, die aus den vorerwähnten Staub- und Wasseransammlungen resultieren, jedoch auch bei der Kondensation von Dämpfen auftreten, müssen die Austrittsmöglichkeiten von Wasser und Dampf verringert werden. Beispielsweise sollten Kondensatsammelbehälter nicht über den Anlagen, sondern unten angeordnet und mit Pumpen und Gefällereglern betrieben werden. Dadurch kann eine weite Verbreitung der Dämpfe vermieden werden. Auffangstassen und Ablässe sollen die Sammlung von Flüssigkeiten ermöglichen und das rasche Abtrocknen der Anlagen begünstigen.

Für die Vermeidung von Stolpergefahren gilt der Grundsatz bestmöglicher Sauberkeit und Ordnung. Er ist jedoch in den meisten Anlagen schwer zu verwirklichen, da ein langjähriger Bauzustand herrscht.

Zur Verhütung von Absturzgefahren, die eng mit der Stolpergefahr verbunden sind, ist nochmals auf die erforderliche Profilfreiheit (Abb. 6) für Transport und Reparaturarbeiten hinzuweisen. Am Modell sind die notwendigen Ausziehlängen und Bewegungsflächen festzustellen. Im Betrieb ist ihre sichere Begehbarkeit zu kontrollieren, besonders hinsichtlich Befestigung der Laufflächen, Geländer sowie der Profilfreiheit auch bei nachträglichen Rohrverlegungen und anderen Einbauten.

Bei der Erarbeitung der Technologie für Reparaturen und Instandhaltungen ist die Sicherung gegen Absturz und Herabfallen von Gegenständen für jede Phase der Arbeit zu gewährleisten. Konstruktive Reserven sollen für diese Arbeiten unvorhergesehene Belastungen aufnehmen können. Hierdurch kann die Unfallgefahr bedeutend vermindert werden. Die meisten technischen Prozesse in Freibauten und technologischen Freianlagen verlaufen kontinuierlich. Das Anlagenpersonal muß die Anlagen ganztägig betreuen. Entsprechend TGL 200-0617, Bl. 7 bis 9, sind diese Anlagen mit Beleuchtungsanlagen für Allgemein-, Sonder-, Sicherheits- und Notbeleuchtung auszurüsten. Ebenfalls am dreidimensionalen Modell ist die Beleuchtung für alle

8 | 9
„Terrapin-Konstruktionseinheiten". Alle Teile sind ab Werk vollkommen zusammengefügt. Für Transportzwecke ist jede Einheit so entworfen, daß sie zusammengelegt und mit anderen glatt aufeinander gestapelt werden kann. Die Konstruktionseinheiten können entweder mit den Kopfenden oder mit den Längsseiten zueinander gestellt werden.

Wege, Bedienungs- und Kontrollstände hinsichtlich Wirksamkeit und Abschattung durch die technischen Anlagen zu prüfen. Für die Allgemeinbeleuchtung von Straßen, Laufstegen und Anlagen eignen sich Peitschenleuchten, die an geeigneten, möglichst hochgelegenen Stellen zu installieren sind.

Witterungsschutz

Zur Erreichung des Witterungsschutzes sind die bereits erwähnten zwei grundsätzlichen Wege möglich:

- Abschirmung durch Uberdachungen, seitliche eventuell transportable und reihungsfähige Windschirme oder durch Räume in Form von Kabinen, Wärmeräumen zum Pausenaufenthalt, Unterkünfte und Unterstellmöglichkeiten, beheizbar, möglichst in unmittelbarer Nähe der ständigen Arbeitsplätze, maximal jedoch 50 m entfernt. Ausschlaggebend für die Wahl der Schutzmöglichkeiten sind die Tätigkeitsmerkmale.

- Bereitsellung individueller Schutzmittel wie Wetterschutz- und Winterbekleidung. Dabei ist für die Möglichkeit der Trocknung, Reinigung und Entgiftung zu sorgen. Die Notwendigkeit der Trocknung wird meist unterschätz. Zusätzlich zu den zentralen Kauengebäuden müssen beispielsweise auch die Meß- und Steuerwarten Trockenräume oder -vorrichtungen enthalten. Aus hygienischen Gründen ist es nicht zu vertreten, Kleidung und Stiefel, stark verschmutzt, in den Aufenthaltsräumen zu trocknen.

Aufenthalts- und Warteräume

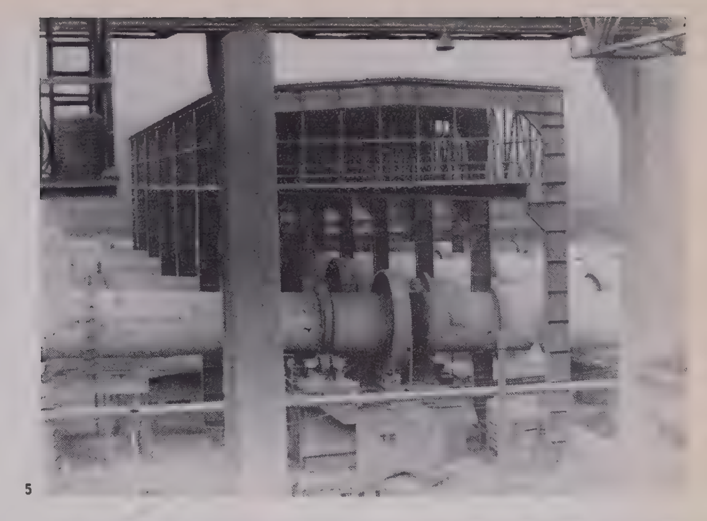
Diese Räume sind, wie Betriebsbegehungen zeigen, oft in einem unvertretbaren Zustand. Fehler in der Grundausstattung, Mängel in der Bemessung und Wartung führen zu diesen Mißständen. Einige Mängel sind betriebsorganisatorischer Art, andere haben ihre Ursache in unzureichenden Angaben der technologischen Projektanten hinsichtlich der zu erwartenden Nutzer. Letzteres ist nicht selten der Grund für Uberbelegungen.

Schon in der Technisch-ökonomischen Zielstellung und noch viel aufmerksamer in der Aufgabenstellung ist nach stationären Arbeitsplätzen, beispielsweise für Anlagenpersonal, und nach mobilen Arbeitsplätzen, beispielsweise für Rohrbrückenläufer, Reparatur- und Instandhaltungspersonal sowie betriebsfremden Arbeitskräften (Abb. 7), die nur vorübergehend im Betriebsgelände arbeiten, zu unterscheiden. Entsprechend dieser Charakteristik sind stationäre und mobile Einheiten (Abb. 8 und 9) zu entwickeln und anzuwenden.

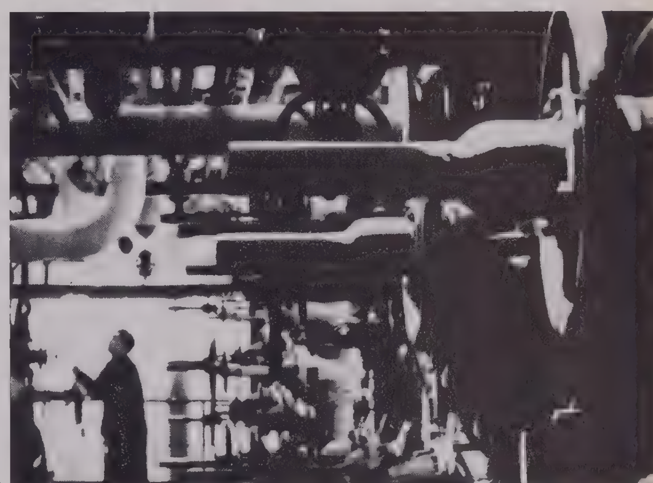
Es ist nicht möglich, in diesem Rahmen auf eine detaillierte Darstellung aller mit den Aufenthalts- und Wärmeräumen verbundenen Problemen einzugehen, auf die Bemessung und die bautechnische Ausführung. Es ist beabsichtigt, diesen Aufgabenkreis an gleicher Stelle zu einem späteren Zeitpunkt zu ergänzen.

Wartemöglichkeiten für den Berufsverkehr

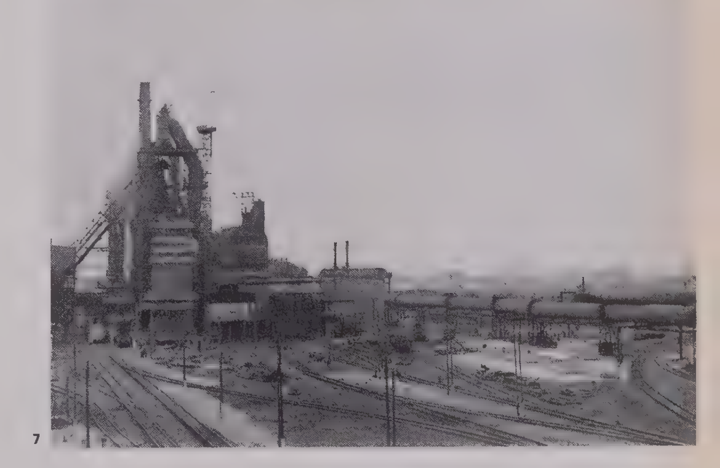
Am Rande des Problems eines möglichst guten Witterungsschutzes ist auf die Notwendigkeit geschützter Wartemöglichkeiten für den Berufsverkehr und den innerbetrieblichen Personenverkehr hinzuweisen. Von der Betriebsorganisation sind daher eine Fahrtroute und ein Fahrplan für betrieblichen Personenverkehr festzulegen. Witterungsgeschützte Wartemöglichkeiten können dabei am günstigsten in der Nähe der zentralen Kauen eingerichtet werden. Die Wege sind dann relativ kurz, und der Witterungsschutz ist einfach durchzuführen. Zuzeiten epidemisch auftretender Erkältungskrankheiten ist für eine ausreichende Desinfizierung der Warteräume zu sorgen.



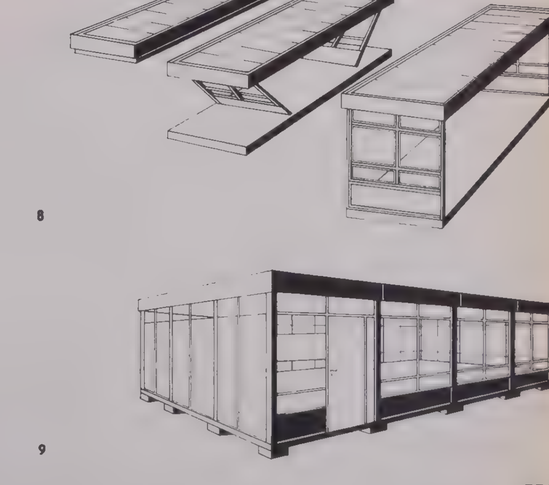
5



6



7



8

9

Industriebauseminar

Architekt BDA Ekkehard Böttcher, Berlin

Das IV. Internationale Seminar für Industriearchitektur der UIA wurde von der Sektion der Schweiz in der UIA vorbereitet und im Mai dieses Jahres in Montreux – La Tour de Peilz, Schweiz, abgehalten. Am Seminar nahmen über 50 Industriearchitekten aus mehr als 20 Ländern teil. Die Delegation der DDR bestand aus drei Mitgliedern des Vorstandes der Fachgruppe Industriebau des BDA.

Die diesjährige Arbeitsberatung stand unter dem Thema „Die Aufgaben des Architekten und Städtebauers bei den Ingenieurbauten der Energie, des Verkehrs und der Sanierung".

Die Sektion der Schweiz hatte eine Reihe international anerkannter Industriearchitekten als Referenten gewonnen.

Die mit dem Seminar verbundenen Besichtigungen von Anlagen und Betrieben standen im engen Zusammenhang mit den Vorträgen.

In den Referaten wurden folgende Themen behandelt:

Die architektonische Gestaltung der Wasserkraftanlagen zur Elektroenergiegewinnung

H. Lambert, Ingenieur EPUL, Lausanne

Nach kurzer Behandlung von Rentabilitätsfragen bei der Elektroenergiegewinnung, besonders bei Wasserkraftwerken, ging Ingenieur Lambert ausführlich auf die Probleme und Kriterien für die Standortbestimmung sowie auf die territoriale Einordnung und das gestalterische Einfügen der Anlagenteile in die Landschaft ein. Er unterstrich die unbedingte Notwendigkeit der Zusammenarbeit zwischen Architekten und Ingenieuren zur Erzielung einer optimalen technischen und gestalterischen Lösung.

Architektur und die Produktion von Elektrizität in Wärmekraftwerken

Professor J. Fayeton, Architekt DPLG, Paris

In seinen Ausführungen legte Professor Fayeton die gleichbleibend große Aktualität der Kraftwerke mit klassischen Brennstoffen dar. Er ging dann auf die Probleme der Standortbestimmung, vor allem in bezug auf Wohngebiete, ein. Am Beispiel einiger von ihm entworfener Kraftwerke demonstrierte Professor Fayeton die komplexe Lösung der gestalterischen und ordnenden Aufgaben des Industriearchitekten, die leider sehr oft durch die einseitige Betonung der Ingenieuraufgaben vernachlässigt werden.

Die nukleare Produktion von Elektrizität

Professor Dr. Gardell, Ingenieur, Lausanne

Einführend erläuterte Professor Gardell die Hauptkriterien der Rentabilität der Atomkraftwerke und den steigenden Bedarf an Elektroenergie. Er stellte fest, daß es heute schon mehr Grundtypen nuklearer Kraftwerke gibt als bei den klassischen Wasser- und Wärmekraftwerken. Die Mitarbeit des Architekten beim Entwurf von Atomkraftwerken ist unbedingt notwendig, um die besten Bedingungen für das Leben und die Arbeit der Menschen im Werk zu schaffen. Die Trennung der Architekten von den Spezialisten bezeichnet er als schwerwiegenden Irrtum.

Energieprobleme der fossilen, festen, flüssigen und gasförmigen Brennstoffe

E. Giorgis, Kaufmännischer Direktor, Vevey, Schweiz

An den Anfang seiner Ausführungen stellte Direktor Giorgis die historische Entwicklung der Nutzung fossiler Brennstoffe vom Holz über Kohle, Erdöl und Naturgas. An Hand umfangreicher Kennzahlen über Aufkommen und Verbrauch wurden der Stand und die Entwicklung in Europa und den einzelnen Ländern dargelegt. Am konkreten Beispiel der Schweiz unterrichtete Direktor Giorgis über die Entwicklungstendenzen der Nutzung fossiler Brennstoffe unterschiedlicher Aggregatzustände und über ihre Aufbereitung, Umwandlung und Veredelung.

Der Straßenverkehr in den städtischen Gebieten

T. Ollson, Architekt SAR, Stockholm

Ausgehend von umfangreichen Analysen über die nachträgliche Einordnung von Autoschnellstraßen in bestehende Stadtgebiete, besonders in den USA, berichtete Architekt Ollson über seine Untersuchungen und Studien für Stockholm. Er zeigte die große Problematik bei der Lösung dieser Aufgaben, eine verkehrstechnisch und gestalterisch optimale Lösung zu finden, um die Geschlossenheit des Stadtbildes, besonders bei vorhandener historischer Bausubstanz, zu bewahren. Nach Darlegung der Verkehrsprobleme bei städtischen Entwicklungsgebieten und den Beziehungen zwischen dem motorisierten und Fußgängerverkehr sowie der Minderung störender Einflüsse durch den Kraftverkehr sprach Architekt Ollson abschließend über die funktionellen und gestalterischen Lösungen der Straßenbeleuchtung.

Der Bau von Wasserstraßen, ein Problem der territorialen Planung und der Architektur

Professor A. Rey, Architekt SARP, Warschau

Eingangs wurden die Faktoren der ökonomischen Beeinflussung von Städten, der Industrie und Landwirtschaft durch die Anlage von Schiffahrtsstraßen dargelegt. Am Beispiel der Entwicklung der Wasserwege in der Volksrepublik Polen berichtete Professor Rey über die Probleme der territorialen Perspektivplanung und befaßte sich dann sehr eingehend mit den Aufgaben der Architekten bei der Planung und Projektierung von Schiffahrtskanälen und den damit zusammenhängenden Folgemaßnahmen. In der Zusammenarbeit mit den Wasserbauingenieuren erschließt sich bei solchen Anlagen ein neues Gebiet der modernen Architektur, wobei das ästhetische Problem besonders in der maßstäblichen Einfügung der Bauten in die Landschaft besteht.

Die Verunreinigung des Wassers und der Luft

G. Gander, Sicherheitsingenieur, Lausanne

An den Anfang seiner Ausführungen stellte Ingenieur Gander die Feststellung, daß mit zunehmender Industrialisierung die Gefährdung durch Verunreinigungen ständig steigt. Auftretende Ölverluste beim Transport, bei der Lagerung und in der Produktion stellen die größte Gefahr für die Wasserverunreinigungen dar. Auch durch unzureichende Klärung von Betriebs- und Brauchwasser werden die offenen Gewässer zunehmend verschmutzt. Bei der Verunreinigung der Luft durch Gase, Aerosole sowie Rauch- und Aschestäube stellt die SO_2-Verbindung die größte Gefahr für den Menschen dar. Je nach den Vorschriften der Länder sind Konzentrationen von 4 bis 10 ‰ in acht Stunden maximal zulässige Höchstgrenze. Abschließend erläuterte Ingenieur Gander die zum Themenkomplex gehörenden gesetzlichen Bestimmungen der Schweiz und wies auf die Aufgaben der Architekten bei der Reduzierung der Verunreinigungen hin.

Im Rahmen des Seminars wurden Bauwerke und Anlagen besichtigt und durch den jeweilig dafür verantwortlichen Architekten erläutert:

Haushaltsabfall-Verbrennungsanlage in Lausanne

Die 1958 in Betrieb genommene Anlage hat einen Einzugsbereich von rund 250 000 Einwohnern im Radius von 25 km. Standortbestimmend war die Nähe eines kommunalen Heizwerkes und das Vermeiden von Belästigung der Wohngebiete. Die Abfälle werden in geschlossenen LKW-Kippern angeliefert, in einem Sammelbunker vorgelagert, in zwei Kesseln unter Zuführung von Heißluft verbrannt und die Rückstände in Naßentaschung abgezogen. Die Kapazität der Anlage beträgt maximal 75 000 t/Jahr, die Betriebskosten belaufen sich auf etwa 16 frs/t. Es sind 30 Arbeitskräfte beschäftigt, darunter nur 4 Personen als technisches Personal.

Schmutzwasser-Reinigungsanlage in Lausanne-Vidy

Die erste Stufe dieser Anlage mit einer Kapazität für 220 000 Einwohner wurde 1965 in Betrieb genommen. Mit der zweiten, in Bau befindlichen Stufe wird eine Endkapazität für 440 000 Einwohner erreicht, das entspricht der maximalen Entwicklungsgrenze der Stadt. Die Wasserbehandlung erfolgt in drei Phasen: Vorreinigung, mechanische und biologische Reinigung. Bei voller Kapazität fallen täglich maximal 55 t Schmutz an, dem vor der Verbrennung etwa 60 Prozent Wasser entzogen werden. Die Kosten für die erste Ausbaustufe beliefen sich auf 30 Millionen frs.

Autobahnabzweigung der Europastraßen Genf–Lausanne, Bern–Lausanne

Dieser wichtige Verkehrsknoten liegt am Rande der Stadt Lausanne, alle Kreuzungen sind niveaufrei, sich kreuzende Fahrstraßen sind zum Teil in drei Ebenen angeordnet. Die gesamte Abzweigungsanlage erstreckt sich auf eine Länge von 1,5 km, die Überführungen sind Stahlbetonkonstruktionen, deren zweispurige Teile von einer Reihe Mittelstützen getragen werden. Die Autobahnen sind auf Geschwindigkeiten von 150 km/h, die Abzweigungskurven auf 80 km/h ausgelegt. Der Fahrzeugdurchsatz ist auf 600 Wagen/h berechnet. Auf der 60 km langen Strecke von Genf nach Lausanne gibt es 120 Brükken, das gesamte Autobahnnetz der Schweiz ist 1840 km lang und zählt rund 4000 Brückenbauwerke.

Wärmekraftwerk Chavalon-sur-Vouvry

Der ungewöhnliche Standort dieses Kraftwerkes wurde speziell aus Gründen der Reinerhaltung der Luft im Erholungsgebiet des Genfer Sees gewählt. Das in Bau befindliche Werk liegt 833 m über NN auf einem 37 000 m² großen Plateau an einem Berghang 450 m über der Rhône-Mündung in den Genfer See. Das Heizöl wird in einer unterirdischen Pipeline herangeführt, hochgepumpt und in zwei Tanks von je 5000 m³ Inhalt zwischengelagert. Es werden zwei Turbosätze mit je 150 MW montiert, die jährliche Stromproduktion wird etwa 1,5 Milliarden kWh betragen. Für die Wasserrückkühlung sind drei Ventilatorkühltürme in Bau. Das Stahlskelett des Kraftwerkgebäudes ist mit mattblauen profilierten Aluminiumblechen verkleidet, der 120 m hohe Schornstein besteht aus monolithischem Stahlbeton.

Straßentunnel durch den „Großen St. Bernhard"

Der Tunnel hat eine Länge von 5,83 km, es mußten 380 000 m³ Felsen aus dem Berg geräumt werden. Die Durchfahrtsbreite beträgt 7,50 m plus 2 Gehsteige von je 0,80 m. Der Tunnel ist 4,50 m hoch und mit einer vollautomatischen Lüftungsanlage versehen. Die Beleuchtung beträgt 30 Lux. Auf der Schweizer Seite sind 5,5 km, auf der italienischen 13 km Anfahrtstraßen mit Be-

tonfertigteilen als Schnee- und Lawinenschutz überdeckt. An den Tunneleintritten befinden sich auf beiden Seiten Autobahnhöfe mit 6000 m² Fläche, die aus vorgefertigten Stahlbetonelementen montiert sind. Dort liegen auch die technischen und Verwaltungsräume sowie an jeder Seite die Abfertigung der Schweizer und der italienischen Zoll- und Grenzbehörden. Durchschnittlich passieren täglich über 1000 Fahrzeuge den Tunnel.

Staumauer „La Grande Dixence"

Ein Höhepunkt war die Besichtigung der größten und höchsten Staumauer der Erde. Jährlich werden 420 Millionen m^3 Wasser aus einem Territorium von 357 km^2, davon 60 Prozent Gletscher, in einer Höhe von 2400 m über ein Zuführungsnetz mit einer Gesamtlänge von 100 km in das Staubekken geleitet. Ein Teil des Wassers wird aus tiefer liegenden Sammelbecken durch vier Pumpstationen auf die erforderliche Zuleitungshöhe gehoben.

Der Stausee des „Val-des-Dix" hat ein Fassungsvermögen von 400 Millionen m^3. Die Staumauer ist 700 m lang, am Fuß 200 m dick und 284 m hoch, wobei die Krone 2365 m über NN liegt. Es wurden insgesamt 5,96 Millionen m^3 Beton verarbeitet. Die Wasserkraft wird durch drei Elektrizitätswerke genutzt, die bis zu 1882 m unter der Dammsohle liegen. Der Wasserdurchsatz in den Zuleitungen beträgt maximal $Q = 45\ m^3/s$. Brutto werden jährlich 1,6 Milliarden kWh Strom erzeugt. Der Bau der Gesamtanlage dauerte 15 Jahre und wurde mit einem Kostenaufwand von 1,6 Milliarden frs. 1965 fertiggestellt. Insgesamt waren 2500 Arbeitskräfte beschäftigt.

Forschungsanlage des CERN (Europäischer Rat für Kernforschung) Meyrin bei Genf

Das Gelände dieses Forschungszentrums liegt mit je 40 ha auf schweizerischem und französischem Boden. Es wird dort Grundlagenforschung auf den Gebieten der Subnuklearphysik, Hochenergiephysik und Elementarteilchenphysik durch Wissenschaftler aus 13 europäischen Mitgliedstaaten und 3 Beobachterstaaten, unter denen sich auch die Volksrepublik Polen und die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien befinden, betrieben. Die Kernstücke der Forschungsanlagen bilden ein Synchro-Zyklotron mit einer Energie von 600 Millionen Elektronenvolt (600 MeV) und ein Protonen-Synchrotron mit 28 MeV. Im Forschungszentrum des CERN werden monatlich etwa 10 Millionen kWh Strom verbraucht. Außer dem Verwaltungsgebäude mit einem großen Hörsaal, zwei Restaurants und einem Kindergarten sind alle baulichen Anlagen reine Laboratoriums- und Industriebauten, die in unterschiedlichsten Bauweisen errichtet wurden.

Alle Vorträge und Besichtigungen wurden in drei Arbeitsgruppen ausgewertet.

Bei der abschließenden Plenarsitzung wurden die Ergebnisse der Arbeitsgruppenberatungen mitgeteilt. Nach eingehenden Diskussionen wurde eine Entschließung angenommen, die davon ausgeht, daß mit den steigenden Bedürfnissen der Menschen die Anforderungen an die Energieproduktion und den Verkehr ständig wachsen. Die Planung und Programmierung der Energieerzeugung, des Verkehrs und der Sanierungsmaßnahmen verlangen eine internationale Koordinierung und einen umfassenden Informations- und Erfahrungsaustausch. Bei der sprunghaft zunehmenden technisch-mathematischen Durchdringung des Lebens hat der Architekt, als gleichberechtigter Partner im Kollektiv der Ingenieure und Spezialisten, neben den umfangreichen koordinierenden, konstruktiven und gestalterischen Aufgaben das wichtigste Problem zu lösen, nämlich die Lebens- und Umweltbedingungen der Menschen ständig zu verbessern.



1 Teilansicht der Schmutzwasser-Reinigungsanlage Lausanne Vidy

2 Abzweigung der Europastraßen Genf – Lausanne, Bern – Lausanne





3 Autobahnhof am Tunneleintritt des „Großen St. Bernhard" auf der Schweizer Seite

4 Teil der Staumauer „La Grande Dixence" mit dem Hotel, das als Bauarbeiterwohnheim diente



Unter den Linden Ecke Friedrichstraße 1966 · Das neue Hotel „Unter den Linden". Entwurf: Architekt BDA Heinz Scharlipp und Architekt Günter Boy

Unter den Linden Ecke Friedrichstraße um 1900 · Blick in nördlicher Richtung

Berlin – Unter den Linden

Mit den nachfolgenden Beiträgen setzen wir die im Heft 6/1966 begonnene Diskussion über den Wiederaufbau der Straße Unter den Linden fort. red.

Vier Ecken — vier Architekturen

Berlin – Unter den Linden Ecke Friedrichstraße, das ist ein Begriff; und der markante Punkt dieses Begriffes, der Schnittpunkt beider Achsen, ist jetzt umbaut, neu erfaßt, neu gestaltet. Entspricht er den Vorstellungen, den Ansprüchen, die man an eine solche „Ecke" einer Weltstadt stellt?

Drei neue Gebäude geben das Gesicht. Sie sind nach dem gleichen System als Stahlbetonskelett montiert. Drei unterschiedliche Funktionen, drei unterschiedliche Fassaden. Eine Straßenkreuzung: vier Ecken – vier Farben – vier Architekturen. Soll man die vier Gebäude kategorisieren, ihnen eine Wertigkeit geben? Man sollte es nicht! Unobjektivität wäre die Folge. Die Gesamtsituation ist entscheidend. Trotzdem wird niemand umhin können, sich die Farbskala zu durchdenken und den Eindruck abzuwägen. Man wird merken, daß Mut zur Farbe nicht die schlechteste Leistung hervorbringt. Ist blasse Farbe blasse Architektur oder ein Kompromiß an die vielen Materialien und Gliederungen eines Gebäudes?

Jeder kennt die Schwierigkeiten, Altes und Neues zu verbinden. An der Westseite der Linden ist eine geschlossene, fast aalglatte Straßenwand entstanden, die zu denken gibt. Trockene Rasterfassaden sind offenbar doch nicht das Ei des Kolumbus. Man kann nicht alles, was schön und repräsentativ werden soll, nur durch Glas und Aluminium erreichen. Die gleiche Gesimshöhe wirkt wie ein Dogma, wenn die Gebäudeoberkanten auch nicht an einer Schnur aufgezogen worden sind. (Ist das eine optische Täuschung oder eine Vermessungssünde?) Auf dieser Seite der Linden ist das Mekka der Linden- und Brandenburger-Tor-Besucher – ich meine das zur Mokkapause einladende kleine Café im Gebäude des Ministeriums für Außenhandel und Innerdeutschen Handel. Schade, daß es davon nicht noch mehrere gibt – ähnliche mit anderem Charakter und der gleichen heiteren Note.

Genügen die Läden, Appartement- und Funktionsgebäude der Komischen Oper zum Schaufensterbummel? Es sind ja noch einige da! Trotzdem sollte man alle Möglichkeiten ausschöpfen, den Besuchern unserer Hauptstadt vieles und Geschmackvolles – seien es Fotos, Gemälde, Ausstellungsstücke – in zwangloser Art beim Bummeln darzubieten. In den neuen Bürogebäuden erscheinen die vielen Quadratmeter Glas oft etwas sehr kalt; in den Fronten der alten Gebäude, die sich an das Haus der Schweiz anschließen, sind noch andere ungenießbare Mauerreste, die offensichtlich einmal transparent waren. Vor der Staatsbibliothek sind zwei geschmackvolle Vitrinen aufgestellt. Sie zeigen, daß Altes und Neues sich wunderbar in Form und Funktion ergänzen können.

Die „Linden" werden wieder „die Linden". Und wer es noch nicht sehen will, muß sich einmal bei herrlichem Sonnenschein auf eine der schönen Bänke unter die schattenspendenden Bäume setzen. Nur Einzelplätze haben Rückenlehnen, die großen Bänke mit Lehne stehen aber ganz in der Nähe des Hotels. Damit du – des Sehens und Staunens müder Wanderer – sie nicht verfehlst, hat man diese älteren Modelle leuchtend rot angestrichen.

Dipl.-Ing. Eckhard Feige

Straße als städtebaulicher Raum

Nachdem wesentliche Gebäude der Straße Unter den Linden fertiggestellt sind, drängt es mich – nicht nur als Berliner Bürger –, meine Gedanken über dieses Ensemble zu ordnen. Einige Spaziergänge veranlassen mich zu lobenden und kritischen Feststellungen, wobei manche Empfindung sicher subjektiv ist, einer wissenschaftlichen Analyse entbehrt. Aber Architekten sind es gewohnt, auf solche Art gelobt oder kritisiert zu werden, auch durch Kollegen.

Zweifellos ist man angenehm berührt von diesem wiedererstandenen städtebaulichen Raum im Herzen Berlins und gespannt, wie er seine Steigerung durch die künftig notwendige Raumerweiterung der Friedrichstraße erfährt. Ich halte die relative Zurückhaltung jedes einzelnen Gebäudes für positiv. Ein schöner Beweis für die nicht gegebene Notwendigkeit überdimensionaler Höhe bei städtebaulichen Akzenten ist das Brandenburger Tor. Es ist trotz seiner geringen Höhenentwicklung in reizvoller Weise monumental und raumbildend. Für beruhigend, weil progressiv, halte ich, daß nicht aus falscher Sentimentalität versucht wurde, in eklektischer Manier die optische Detailwirkung der alten „Linden" wiedererstehen zu lassen, sondern daß die Bemühung spürbar ist, den Charakter der „Linden" als „Bummelstraße" wiedererstehen zu lassen. Allerdings scheint mir, daß gerade bei diesem Problem auch Kritik insofern einsetzen muß, als durch mir manchmal übertrieben scheinende Eleganz von Ausstattung und Details das Leben auf den „Linden" – mindestens im Moment noch – sehr steif und förmlich wirkt. Ich spreche damit nicht für Einförmigkeit und Simplizität, sondern meine das Problem der Bescheidenheit. Es hat seine Grundlage in unseren ökonomischen Möglichkeiten und im Wissen um die Notwendigkeit der Beschränkung im Interesse einer Steigerung dort, wo es die Bedeutung des Objektes erfordert.

Sicher entspringt mein Wunsch nach wirklich kleinen Cafés, die nicht nur so heißen, meinen ganz privaten Vorstellungen vom Kaffeetrinken, aber ich glaube, daß sowohl der Handel als auch unsere Stadtväter eine falsche Vorstellung von der Rentabilität gerade dieser kleinen Einrichtungen haben. Die Erfahrungen in Prag und Wien beweisen das. Durch die Anordnung weniger großer gastronomischer Einrichtungen wird sich viel Bewegung um diese Punkte herum konzentrieren, während andere Teile der „Linden" unbewegter sind. Zweifellos ist das nicht im Sinne der Benutzung eines Zentrums. Wir sollten auch noch einmal darüber nachdenken, ob es überhaupt von gesellschaftlichem Interesse ist, wenn man sagen kann, wir haben das größte Café, das größte Warenhaus, den höchsten Aussichtsturm und dergleichen mehr. Von weitaus größerem gesellschaftlichem Interesse halte ich Antworten auf Fragen wie (hier allgemein, nicht nur in bezug auf die „Linden" formuliert):

- Fühlen sich Bürger der Stadt und Gäste im Zentrum wohl?
- Gibt es ein echtes Bedürfnis für einen Zentrumsbummel, auch wenn der Reiz der Neuheit vorüber ist?
- Welche Einrichtungen, die aus der fortschreitenden gesellschaftlichen Entwicklung entstehen und reziprok diese beeinflussen, sind erforderlich? Welche gibt es? Wie werden sie von breiten Bürgerkreisen genutzt? (Gemeint sind zum Beispiel Vortragszentren, Ausstellungen und spezialisierte Zentren für verschiedene Berufe in der Art von Klubs.)
- Welche Erlebnisse oder Assoziationen rufen Komposition und Detail beim Betrachter hervor?

Bei aller Wertschätzung der einzelnen Leistungen, zum Beispiel von Peter Senf für „Wiratex" oder Werner Strassenmeier für das „Lindencorso", möchte ich meinen, daß einige Probleme, die mit der Benutzung der Stadt zusammenhängen, eben noch nicht so gelöst sind, daß man unbedingt sagen könnte, wir hätten mit den „Linden" ein unserer gesellschaftlichen Ordnung gemäßes Exempel statuiert. Zweifellos liegt es daran, daß die Grundfragen, die das Wesen der modernen Stadt betreffen, die aus soziologischen Erwägungen entstehen und mit der im Fluß befindlichen technischen und kulturellen Revolution zusammenhängen, in ihrer Erkenntnisproblematik am Anfang stehen und wir Architekten, meine ich, uns nicht mutig genug gegen überholte Vorstellungen durchsetzen.

Der Versuch, die obengenannten Fragen zu beantworten, führt für mich zu einem nicht befriedigenden Ergebnis. Zwar kann man sich auf den „Linden", so wie sie sich jetzt uns bieten, durchaus wohl fühlen und erfreut sein über die neue Umgebung, über oft gut gelöste Proportionen, auch über die Vielfalt des architektonischen Details, die nach meinem Dafürhalten einer „Bummelstraße" gemäß sind. Jedoch scheint es mir ein Bedürfnis zu einem Zentrumsbummel außerhalb des Bereichs der Neugier hier noch nicht zu geben. Vielleicht liegt es daran, daß die Einrichtungen der „Linden" im Grunde genommen nicht von neuer Qualität sind, daß sie seit eh und je in uns geläufigen Stadtzentren stationiert waren und wir noch keine, unserer Ordnung entsprechende Einrichtung definiert haben.

Dipl.-Ing. Horst Welser

Blick auf das Präsidium des V. Bundeskongresses des BDA

Minister Wolfgang Junker bei seinem Schlußwort

Referat auf dem V. Bundeskongreß des BDA

Prof. Dipl.-Architekt Edmund Collein

Die sozialistische Entwicklung von Städtebau und Architektur – eine zentrale politische Aufgabe

Die Durchführung des Programms des umfassenden Aufbaus des Sozialismus in der DDR schließt ein großes Bauprogramm für die Gestaltung der nationalen Wirtschaft und für die Entwicklung des sozialistischen Lebens ein. Zusammen mit allen Bauschaffenden ist uns Architekten eine große Verantwortung bei der Vorbereitung und Realisierung dieses vielfältigen Bauprogramms übertragen.

Das 11. und 12. Plenum des ZK der SED haben mit ihren richtungweisenden Beschlüssen Inhalt und Weg der Verwirklichung des Programms des umfassenden Aufbaus des Sozialismus unter den Bedingungen der technischen Revolution bestimmt. Es wurden die Probleme und neuen Aufgaben im Perspektivplanzeitraum, insbesondere zur weiteren Vervollkommnung und konsequenten Anwendung des Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens festgelegt.

Bereits die 4. Baukonferenz des ZK der SED und des Ministerrates der DDR hat aufgezeigt, daß die beim umfassenden Aufbau des Sozialismus vor sich gehenden gesellschaftlichen Prozesse das Bauwesen und insbesondere den Städtebau und die Architektur vor sehr komplizierte und oft völlig neue Aufgaben stellen und daß wir diese mit den bisherigen Arbeits- und Leitungsmethoden und mit den durchschnittlichen politischen, ökonomischen und fachlichen Kenntnissen nicht bewältigen können. Es ist deshalb eine entscheidende Aufgabe unseres V. Bundeskongresses, die grundlegenden Aspekte der Aufgabenstellung für den Bund Deutscher Architekten auf dem Gebiet des Städtebaus und der Architektur in der DDR herauszuarbeiten, Wege zu ihrer Lösung aufzuzeigen und herangereifte Probleme aufzuwerfen. Wir müssen vor allem in unseren Reihen ideologische Klarheit über die politischen Grundfragen schaffen und Schlußfolgerungen für die Erreichung eines höheren Nutzeffektes der schöpferischen Tätigkeit des gesamten Architektenkollektivs und für die entscheidende Verbesserung der Arbeit des Bundes selbst ziehen.

Genosse Walter Ulbricht hat auf dem 11. Plenum des ZK der SED von den Verantwortlichen des Bauwesens in allen Ebenen ein gründliches Umdenken und bewußtes Einstellen auf die neuen Probleme gefordert.

Welches sind die wesentlichen neuen Probleme und Aspekte, die es speziell auf dem Gebiet des Städtebaus und der Architektur neu zu durchdenken gilt und die in Vorbereitung unseres Bundeskongresses im Mittelpunkt standen?

Bei der Verwirklichung des großen Bauprogramms ist für uns von grundsätzlicher Bedeutung, daß in der 2. Etappe des Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung die Anwendung seiner Grundsätze über den Rahmen der Volkswirtschaft hinaus nunmehr alle Gebiete des gesellschaftlichen Lebens umfaßt. Bereits auf der 4. Baukonferenz hat der Vorsitzende des Ministerrates, Genosse Willi Stoph, mit Nachdruck festgestellt, daß in der gegenwärtigen Etappe des umfassenden Aufbaus des Sozialismus die schöpferische Entwicklung der Architektur und des Städtebaus zu einer zentralen politischen Aufgabe wird. Das verlangt, daß wir die spezifischen Mittel der Architektur, den humanistischen Zielen der technischen und kulturellen Revolution entsprechend, wirksam werden lassen im Prozeß der Schaffung beispielhafter sozialer Arbeits- und Lebensbedingungen, der Entwicklung sozialistischer Beziehungen unter den Menschen, der Förderung von Bildung und Kultur sowie der Herausbildung eines patriotischen Staatsbewußtseins unserer Bürger. Städtebau und Architektur sind damit gleichzeitig ein wichtiger Bestandteil des Kampfes um die Lösung der Lebensfragen unserer Nation, weil sie dazu beitragen, das Bild des künftigen Deutschlands zu formen. Diese zentrale politische Aufgabe des Städtebaus und der Architektur umfaßt also den doppelten gesellschaftlichen Auftrag, materiell-technische Produktionsaufgaben zu lösen und zugleich Werke von hohem künstlerischen Wert zu schaffen. Wir können ihr nur gerecht werden, wenn Bauherr, Architekten und alle Bauschaffenden der DDR in schöpferischer Weiterentwicklung des Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung dafür Sorge tragen, daß Städtebau und Architektur in die bewußte planmäßige Entwicklung aller Lebensprozesse der sozialistischen Gesellschaft einbezogen werden.

Auch auf dem Gebiet des Städtebaus und der Architektur besteht das Hauptkettenglied der weiteren Entwicklung des Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung darin, die Perspektiv- und Jahresplanung wissenschaftlich zu fundieren und sie auf ein qualitativ hohes Niveau zu heben. Das gilt ebenso für die städtebauliche Entwicklung, die in den Generalbebauungsplänen der Städte ihren Niederschlag findet, wie für den gesamten Prozeß der Vorbereitung und Durchführung der Investitionen. Bei dem Herangehen an diese komplizierten Aufgaben müssen wir uns stets vor Augen halten, daß schneller, besser und billiger bauen vor allem eine bessere Beherrschung der ökonomischen Kategorien und Gesetze, insbesondere der Ökonomie der lebendigen und der vergegenständlichten Arbeit erfordert. Das ist die wichtigste Voraussetzung dafür, den Fonds an Investitionsmitteln effektiver auszunutzen und so die Konsumtions- und Akkumulationsmöglichkeiten zu erweitern. Jeder Architekt muß bei der Arbeit an seinem konkreten Auftrag bedenken, daß er für die zweckmäßigste Verwendung des Nationaleinkommens mitverantwortlich ist, also dafür, in welchem Maße von der Gesellschaft wiederum mehr Investitionen für die erweiterte Reproduktion und Mittel für die Hebung des Lebensstandards zur Verfügung gestellt werden können. Beim weiteren Aufbau der Chemiearbeiterstadt Halle-West wurde in Verwirklichung der Beschlüsse des 11. Plenums des ZK der SED dazu übergegangen, unter Beachtung des Prinzips der Eigenerwirtschaftung oder Kreditfinanzierung der Investitionen die gemeinsamen Anstrengungen von Bauherrn, Hauptplanträgern, Projektanten und Auftragnehmern in allen Phasen der Vorbereitung und Durchführung der Investitionen auf die Optimierung von Aufwand und Nutzen zu konzentrieren. Die dazu festgelegten Maßnahmen umfassen die Erhöhung der Qualität der wissenschaftlichen Führungstätigkeit bei exakter Abgrenzung der Aufgaben und Verantwortung aller am Aufbau der neuen Stadt beteiligten Organe und Betriebe, ferner die weitere Vervollkommnung der Planung und Bilanzierung und des Systems ökonomischer Hebel. Alle Maßnahmen sind getragen von dem Ziel, den höchsten Nutzeffekt der Investitionen und eine neue Qualität in Städtebau und Architektur zu erreichen. Die Methoden, die in Halle-West zur schrittweisen Durchsetzung der 2. Etappe des Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung angewandt werden, haben prinzipielle Bedeutung für unsere gesamte Investitionstätigkeit und müssen aufmerksam verfolgt und ausgewertet werden.

In der 2. Etappe des Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung steht auch vor dem Bauwesen der DDR und mit besonderem Nachdruck auf dem Gebiet des Städtebaus und der Architektur die Forderung, die Wissenschaft als unmittelbare Produktivkraft von einem viel breiteren Blickfeld aus anzusetzen und wirksam werden zu lassen. Es geht vor allem um die Erreichung eines wissenschaftlich-technischen Vorlaufes, der den objektiven Erfordernissen unserer sozialistischen Gesellschaft, den Aufgaben der technischen Revolution und der Kulturrevolution entspricht. Das verlangt, Forschung und Entwicklung mit dem höchsten ökonomischen Nutzen zu betreiben und das wissenschaftlich-technische Potential so zu konzentrieren, daß bei der Durchführung der technischen Revolution das maximale Tempo erreicht wird.

Ausgehend von der ernsten Kritik, die auf der 4. Baukonferenz an der Deutschen Bauakademie wegen des Zurückbleibens der Bauforschung auf entscheidenden Gebieten des Bauwesens geübt wurde, standen in vielen Beratungen unseres Fachverbandes die Fragen der Erhöhung des Wirkungsgrades der wissenschaftlichen Arbeit auf dem Gebiet des Städtebaus und der Architektur sowie der Weiterentwicklung des industriellen Bauens an hervorragender Stelle. Immer wieder wurde von den Kollegen hervorgehoben, daß die Beherrschung der vielfältigen Aufgaben des Architekten in hohem Maße von der engen Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Praxis und von der Einbeziehung einer ganzen Reihe von Wissenschaftsdisziplinen außerhalb des Bauwesens abhängt. Es wurde daher auch eindringlich die Erfahrung der Praxis unterstrichen, daß die Dynamik und Entwicklung der Produktionsverhältnisse und der Produktivkräfte kein enges dogmatisches Festhalten an einen einmal erreichten wissenschaftlichen Erkenntnisstand duldet und daß Überspitzungen und administratives Herangehen bei der Einführung von wissenschaftlichen Erkenntnissen in die Praxis zur Verletzung der ökonomischen Forderungen führen. Die jahrelange Vernachlässigung der architekturtheoretischen Arbeit hat ihre Wurzeln in einer Unterschätzung der Bedeutung prinzipieller theoretischer Verallgemeinerungen. Sie hat mit dazu beigetragen, daß es in unserer Architekturpraxis zu Verletzungen des Prinzips der Einheit von sozial-ideologischem Inhalt, Ökonomie, Funktion, Technik und Ästhetik kommen konnte. Das führte letztlich auch zu Selbstlauf und subjektiven Entscheidungen in Städtebau und Architektur sowie zu unkritischem Verhalten gegenüber der eigenen Arbeit und gegenüber gedankenlosem Nachahmen von Modernismen des kapitalistischen Städtebaus und der kapitalistischen Architektur. Wir sehen es als eine der vordringlichsten Aufgaben des gesamten Architektenkollektivs aus Wissenschaft und Praxis an, durch gemeinsame Anstrengungen diesen Zustand zu überwinden, und schlagen deshalb vor, daß die Deutsche Bauakademie bei der Verteidigung ihrer Konzeption zur Entwicklung der sozialistischen Architekturtheorie Ende des Jahres die besten Architekten unseres Fachverbandes hinzuzieht.

Die schnell fortschreitende Entwicklung in der Sphäre der gesellschaftlichen Produktion und in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens führt gesetzmäßig zu völlig neuen Anforderungen an die Architektur als einem wesentlichen Mittel zur Gestaltung eines sozialistischen Arbeits- und Lebensmilieus für den werktätigen Menschen. Technische Revolution und Weiterführung der Kulturrevolution stellen in ihrem dialektischen Zusammenhang die Architektur und den Städtebau vor die Aufgabe, mit den Mitteln der Baukunst eine Umwelt zu gestalten, die den neuen Formen der gesellschaftlichen Arbeit, den sich entwickelnden sozialistischen Lebensformen und Bedürfnissen der Menschen auf allen Gebieten der Produktion und des geistig-kulturellen Lebens entspricht.

Diese Aufgabe steht nicht nur beim Neuaufbau von Industriekomplexen, Wohnvierteln oder ganzen Städten, sondern wird sich in der vor uns stehenden Periode immer mehr auf die sozialistische Umgestaltung der Altbausubstanz in Stadt und Land erstrecken. Die dialektische Wechselwirkung zwischen gesellschaftlicher Entwicklung und Formung einer entsprechenden Umwelt, in der die Architektur Ergebnis und Stimulus zugleich ist, erweist sich als so vielschichtig, daß ihre Beherrschung eine weit über den engen Fachbereich hinausgehende Prognostizierung und wissenschaftliche Klärung komplizierter Prozesse erfordert. Das betrifft insbesondere die Herausbildung der neuen Lebensweise des sozialistischen Menschen in der individuellen und gesellschaftlichen Sphäre seines Wirkens. Städtebau und Architektur, als entscheidend an der Umweltgestaltung beteiligt, bedürfen also einer allseitigen wissenschaftlichen Durchdringung seitens einer ganzen Reihe von Fachdisziplinen, insbesondere der Soziologie, Philosophie, Psychologie, Ökonomie und vieler anderer. Wir Städtebauer und Architekten werden die kulturformende Rolle der Architektur, die stimulierende Wirkung der Baukunst in der schöpferischen Arbeit nur zum Klingen bringen, wenn wir uns aktiv an der allseitigen wissenschaftlichen Durchdringung der technischen und kulturellen Revolution beteiligen und die erkannten objektiven Gesetzmäßigkeiten unserer Arbeit zugrunde legen.

Wir haben eingangs in die Charakterisierung der zentralen politischen Aufgabe des sozialistischen Städtebaus und der Architektur den Beitrag der Architekten zur Erfüllung der nationalen Mission der DDR einbezogen. Wir haben dargelegt, daß die fundierte, ideenreiche und phantasievolle Arbeit unserer Architekten auf die Herstellung der Einheit von technischer und kultureller Revolution als echte humanistische Aufgabe abzielt, die nur in der sozialistischen Gesellschaft erfüllt werden kann. Die in der DDR bereits erzielten Erfolge beweisen, daß zweckmäßig und rationell organisierte und schön gestaltete Städte und Dörfer dazu beitragen, die materiellen und geistigen Bedürfnisse der Werktätigen immer besser zu befriedigen, ihnen eine liebenswerte sozialistische Heimat und ein kulturvolles Leben zu schaffen. Je intensiver in der Entwicklung unseres Städtebaus und unserer Architektur von uns dieser fortschrittliche soziale Inhalt und die großen Ressourcen der technischen Revolution genutzt werden, um den allseitigen kulturellen Fortschritt und die höheren Lebensformen der sozialistischen Gesellschaft in den Werken der Baukunst zum Ausdruck zu bringen, um so stärker wird der Einfluß unserer sozialistischen

Architektur auf die fortschrittlichen Kräfte in Westdeutschland sein. Nicht wenige Berufskollegen in Westdeutschland beginnen zu erkennen, daß in der formierten Gesellschaft Erhards Wissenschaft und Technik völlig einseitig im Interesse der reaktionären innen- und außenpolitischen Ziele des Monopolkapitals und des Militarismus entwickelt werden und daß dies eine sich immer mehr vertiefende Kulturkrise zur Folge hat. Unverkennbar sind in diesem Zusammenhang auch die negativen Auswirkungen auf dem Gebiet des Städtebaus und der Architektur Westdeutschlands, wie zum Beispiel der Bodenwucher, die Zersiedlung der Städte, die Zerstörung der Landwirtschaft oder die programmatische Einfamilienhaus-Politik, die unter anderem der Propagierung des Antikommunismus dient. Diese Erscheinungen im Städtebau Westdeutschlands haben ihre entscheidende Ursache in der Tatsache, daß es in der Bundesrepublik keinen gesellschaftlichen Auftraggeber als Repräsentant des Fortschritts, sondern nur das Geld als Bauherrn gibt. Auf diese Weise führt der ohne Zweifel in Westdeutschland erreichte wissenschaftlich-technische Fortschritt insgesamt gesehen nicht zu einer sozialen und kulturellen Weiterentwicklung der Architektur, sondern drückt, so wie dem gesamten geistig-kulturellen Leben, auch dem Bild der Städte und Dörfer den Stempel der tiefen Widersprüche und der Disharmonie der Gesellschaft auf. Manche fortschrittlichen Architekten in Westdeutschland sehen zwar die Formlosigkeit des kapitalistischen Städtebaus, der, wie sie sagen, „durch keinerlei ideale Konzeption mehr gekennzeichnet ist, der ausschließlich die Merkmale einer quantitativen Ausbreitung aufzeigt", sie sehen aber noch nicht die wirklichen Ursachen dieser Entwicklung. Es gibt Versuche von westdeutschen Theoretikern vieler Schattierungen, dem unlösbaren Widerspruch im westdeutschen Städtebau auf die Spur zu kommen. Sie reichen von theologischen Betrachtungen über den „Unglauben" und die „Geistesverwirrung" als Ursache des städtebaulichen Chaos bis zu den Vorstellungen namhafter Städtebauer wie Professor Hillebrecht, die glauben, mit Hilfe einer wissenschaftlichen Prognose und rationeller Planifikation der Stadt die Widersprüche zwischen den Interessen des einzelnen und den Interessen der herrschenden Klasse überbrücken zu können. Deshalb zäumt Professor Hillebrecht auch gewissermaßen das Pferd vom Schwanze auf, wenn er 1965 in Kiel sagte: „Der Städtebau ist zu einem gesellschaftlichen Prozeß ersten Ranges geworden, die Zukunft hängt von der Funktionstüchtigkeit der Städte von morgen ab." Wir meinen, daß die Zukunft Westdeutschlands weit mehr verlangt als funktionstüchtige Städte und daß es an der Zeit ist, dies auch in Kreisen der westdeutschen Architekten zu erkennen.

Unsere vordringliche politische Aufgabe ist es, den Berufskollegen in Westdeutschland aufzuzeigen, daß erst dann eine progressive Richtung ihres Schaffens ermöglicht wird, wenn auch in Westdeutschland die Lebensfragen des Volkes im Interesse des Friedens, der Demokratie und des Fortschritts angepackt und gelöst werden. Das verlangt aber, die reaktionäre Konzentration der Bonner Machthaber zu durchkreuzen, die nach außen auf atomare Aufrüstung und gewaltsame Korrektur der Ergebnisse des zweiten Weltkrieges und nach innen auf Notstandsgesetze, Maßhalten und kapitalistische Manipulierung des Lebens des Volkes gerichtet ist.

Die westdeutschen Architekten, die auf der Seite des gesellschaftlichen Fortschritts stehen, sollten dem Beispiel von Professor Dipl.-Ing. Konrad Sage, Professor Dr. Döcker von der Technischen Hochschule Stuttgart, Professor Hübotter von der Technischen Hochschule Hannover und vielen anderen westdeutschen Professoren folgen, die sich den Aktionen des DGB zur Verhinderung der Notstandsgesetze angeschlossen haben. Nur wenn sie sich zusammen mit allen gleichgesinnten Angehörigen der Intelligenz mit der stärksten Kraft, mit der Arbeiterklasse und ihren Organisationen, verbünden, wird es gelingen, von Grund auf eine Wende in den Machtverhältnissen in Westdeutschland im Interesse der Demokratie und einer gesicherten Friedensordnung herbeizuführen.

Die politische, ökonomische und künstlerische Verantwortung des Architekten für die sozialistische Entwicklung von Städtebau und Architektur in der DDR

Die qualitativ neuen Aufgaben und Maßstäbe auf dem Gebiet des Städtebaus und der Architektur, die ich kurz zu umreißen versucht habe, stellen dem Bund Deutscher Architekten die Aufgabe, die politische und ökonomische Verantwortung der Architekten und Städtebauer zu erhöhen und sie zu Persönlichkeiten zu entwickeln, die sich durch Parteilichkeit, wissenschaftliche Arbeitsweise und durch einen hohen Grad künstlerischer Meisterschaft auszeichnen. Diesen hohen Anforderungen kann der Architekt nur gerecht werden, wenn er sich nicht darauf beschränkt, ein guter Fachmann zu sein, sondern wenn er Partei ergreift für das Neue und sich ständig weiterbildet. Die Bedürfnisse der sozialistischen Gesellschaft zu befriedigen, ihre Potenzen und Entwicklungstendenzen zu erkennen, erfordert ein breites fundiertes Wissen um die objektiven Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung und ehrliche Parteinahme als Voraussetzung eines vollen persönlichen Einsatzes für die Ziele des Sozialismus. Im Bund Deutscher Architekten wurden in der Vorbereitung des V. Bundeskongresses mit vielen Kollegen in Projektierung, Wissenschaft und staatlicher Leitung Beratungen und Aussprachen über die politisch-ideologischen Grundfragen durchgeführt. Dabei wurde sichtbar, daß unsere Architekten von einem hohen Verantwortungsbewußtsein gegenüber unserem Staat und der Partei der Arbeiterklasse und von einer fruchtbaren Unduldsamkeit gegenüber Hemmnissen in ihrer Arbeit beseelt sind. Es ist erfreulich, daß sich in den Diskussionen eine allmähliche Überwindung der ideologischen Windstille abzeichnete. Wir können jedoch im Bundesvorstand, in den Bezirks- und Betriebsgruppen noch nicht von einer intensiven politisch-ideologischen Arbeit sprechen, die darauf gerichtet ist, sich kämpferisch und bis zu Ende mit fehlerhaften Auffassungen auseinanderzusetzen und kritisch die Ergebnisse unseres architektonischen Schaffens einzuschätzen.

Die Vorzüge unserer sozialistischen Gesellschaftsordnung in Architektur und Städtebau überzeugend zum Ausdruck zu bringen erfordert vor allem, daß der Architekt in seinem Werk Partei ergreift für die Sache des Sozialismus. Die Kritik, die von der Partei und von der Öffentlichkeit an grundsätzlichen Mängeln der Architektur geübt wurde, müssen wir als das auffassen, was sie ihrem wesentlichen Inhalt nach ist, nämlich eine Kritik an der mangelnden Parteilichkeit in unserem Schaffen. Im Grunde genommen beweist doch zum Beispiel die einseitige Überbetonung der technischen Mittel bei Vernachlässigung der künstlerischen Aufgaben der Architektur, daß wir nicht konsequent vom Klassenstandpunkt aus an die Lösung unserer Aufgaben herangehen. Es widerspricht zutiefst den Interessen der Arbeiterklasse, wenn gerade beim Bau neuer Wohngebiete, mit denen wir für Zehntausende von werktätigen Menschen und für die heranwachsende junge Generation das Lebensmilieu schaffen, oft noch Lieblosigkeit und Schematismus zugelassen werden. Nach meiner Meinung hat Professor Henselmann recht, wenn er die Monotonie in der Architektur nicht allein als ein Versagen auf ästhetischem Gebiet betrachtet, sondern zu der Schlußfolgerung kommt, daß „das mangelnde Verständnis für den Wachstumsprozeß unserer sozialistischen Gemeinschaft Monotonie und Schematismus im architektonischen und städtebaulichen Ausdruck erzeugen". Ein parteiliches Herangehen des Architekten an die Erfüllung seines konkreten Auftrages bedeutet also mehr als die gewissenhafte Realisierung der technisch-ökonomischen Zielstellung für das Bauvorhaben, es fordert stets, den darüber hinausgehenden gesellschaftlichen Auftrag zu erfüllen, der darin besteht, einen Beitrag zur Entwicklung der Architektur als wesentlichen Bestandteil des allgemeinen Kulturfortschritts in der DDR zu leisten.

Das ist allerdings nicht nur der Auftrag der Gesellschaft an den Architekten, sondern betrifft gleichermaßen den Bauherrn, und deshalb ist die Herausbildung eines fruchtbaren Verhältnisses zwischen dem Architekten und dem Bauherrn von grundsätzlicher Bedeutung für die Entwicklung der sozialistischen Architektur.

Wir können ohne Zweifel viele Beispiele einer fruchtbaren Zusammenarbeit von Bauherrn und Architekt in unserer Praxis nennen. An den Fortschritten bei der Herausbildung einer neuen Qualität der Architektur in Rostock und an der künstlerischen Entwicklung einzelner Architekten, wie der Kollegen Tauscher, Dr. Urbanski, Kaufmann und anderer, ist zu erkennen, daß in vielen schöpferischen Diskussionen im Bund Deutscher Architekten, vor allem auch mit dem 1. Sekretär der Bezirksleitung der SED, Genossen Harry Tisch, Grundfragen des Schaffens des Architekten, seiner gesellschaftlichen Rolle und der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit aller Beteiligten angepackt wurden. Der Krankenhausbau in der Südstadt, das Hotel WARNOW, die Ostseedruckerei und insbesondere der begonnene Aufbau von Lütten-Klein zeigen dank des gemeinsamen Kampfes aller Beteiligten vom Bauherrn bis zu den Betonwerkern eine beachtliche Weiterentwicklung in der Architektur des industriellen Bauens. Nicht wenig trägt dazu bei, daß gute Architekten, wie die Kollegen Radner und Börner im Bezirk Rostock, in die staatliche Leitung gegangen sind und als Bezirks- und Stadtarchitekten dafür Sorge tragen, daß sich ein immer besseres Vertrauensverhältnis zwischen Bauherrn und Architekt entwickelt. Hervorgehoben zu werden verdient weiter das fruchtbare Zusammenwirken von gesellschaftlichen Auftraggeber und Architekten in Leipzig, wo die Bezirksleitung der Partei und der Oberbürgermeister regelmäßige Beratungen über die gemeinsamen Aufgaben durchführen. In einem so entwickelten Vertrauensverhältnis spielt die Anerkennung der führenden Rolle der Partei eine große Rolle.

Wir wollen aber nicht verschweigen, daß in den Reihen unserer Architekten und auch bei manchem Bauherrn nicht immer völlige Klarheit über die konkrete Durchsetzung der führenden Rolle der Partei in Fragen des Städtebaus und der Architektur besteht.

Wenn wir von der führenden Rolle der Partei sprechen, dann gehen wir davon aus, daß die Partei auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus die gesamte gesellschaftliche Entwicklung beim umfassenden Aufbau des Sozialismus plant und leitet und damit auch von einer perspektivischen Sicht aus die planmäßige Entwicklung der einzelnen gesellschaftlichen Prozesse der Volkswirtschaft, der technischen Revolution und der Kulturrevolution lenkt. Wie könnten davon die für das Leben der sozialistischen Gesellschaft so bedeutenden Aufgaben des Städtebaues und der Architektur ausgeschlossen sein? Das große Interesse, das unsere Parteiführung und insbesondere Genosse Walter Ulbricht seit jeher der Architektur und dem Städtebau entgegenbringen, beweist uns doch, wie sehr die Partei bemüht ist, die übergeordneten politischen Zielstellungen unseres sozialistischen Aufbaus gerade auch in unseren Bauwerken und städtebaulichen Ensembles zu verwirklichen. Ich denke, man kann es als kennzeichnend für die Mehrzahl der Städtebauer und Architekten der DDR bezeichnen, daß sie erkannt haben, daß erst die sozialistische Gesellschaft ihnen Aufgaben von vorher nie gekannter Größe und Bedeutung stellt und gleichzeitig durch allseitige Entwicklung des Bauwesens immer bessere Voraussetzungen für ihre Realisierung schafft. Es gibt also eine tiefe prinzipielle Übereinstimmung zwischen den von Partei und Regierung vertretenen Interessen der sozialistischen Gesellschaft und dem persönlichen Streben der Architekten. Ja, wir können, wie Professor Dr. Marianne Lange in ihrer Schrift „Kulturrevolution und Nation" feststellt, die Übereinstimmung von Partei und künstlerischer Intelligenz in ihren humanistischen Anliegen auf der geistigen Grundlage der Wissenschaft und Weltanschauung der Arbeiterklasse als eine große historische Errungenschaft unserer Republik bezeichnen. Genossin Lange sagte aber auch, auf die Arbeit des Künstlers bezogen – und das gilt sinngemäß genauso für den Architekten –, daß die prinzipielle Übereinstimmung im Grundsätzlichen „nicht von selbst die notwendige subjektive Übereinstimmung aller Künstler mit der Politik der Partei und des sozialistischen Staates herstellt". Und daraus leitet sie ab, daß „auf der Höhe der bereits erreichten Übereinstimmung ständig um die Übereinstimmung in allen den neuen und komplizierten Fragen gerungen werden muß, die der Kampf der Partei, der lebendige gesellschaftliche Prozeß und auch die Entwicklung der Künste aufwerfen".

Es geht also, auf das architektonische Schaffen bezogen, um die Gemeinsamkeit des Handelns von Städtebauer und örtlichem Rat, von Architekt und Planträger in der konkreten Ausarbeitung der Konzeptionen und Entwürfe sowie bei ihrer Realisierung. Sollen die gemeinsamen Auseinandersetzungen der

beiden Partner zum Erfolg führen, dann dürfen sie weder durch ein kleinliches Reglementieren auf seiten des Planträgers noch durch einen sturen Fachleutestandpunkt des Architekten belastet werden. Leider gibt es in unserer Praxis noch beide Erscheinungen.

Ausgangspunkt aller Bemühungen bei der Durchsetzung der sozialistischen Demokratie im Verhältnis Bauherr–Architekt muß aber doch sein, daß einerseits die grundsätzlichen Aufgabenstellungen und letztlich die Entscheidungen bei den für die Gesamtinteressen der Gesellschaft verantwortlichen Organen des Staates liegen und daß andererseits der Architekt die volle Verantwortung für sein Werk bis zur Realisierung seiner Ideen trägt. Gerade in diesem dialektischen Wechselverhältnis dokumentiert sich die Einheit der sozialistischen Architekten mit ihrem Staat und entstehen wichtige Voraussetzungen für die Entwicklung der sozialistischen Architektur.

Um in unserem Fachverband selbst die Verantwortung und Stellung des Architekten gegenüber der Gesellschaft zu stärken, müssen wir uns im Bund eine eigene kollektive Meinung zu Grundfragen des Städtebaus und der Architektur erarbeiten und von dieser Grundlage aus unsere gesellschaftliche Arbeit leisten.

Beispiel sollte uns hierbei der Architektenbund der UdSSR sein, der anläßlich des IV. Allunionskongresses der Architekten in Moskau im vergangenen Jahr eine wissenschaftlich fundierte und kritische Analyse der Lage auf den einzelnen Gebieten des Städtebaus und der Architektur erarbeitet und, ausgehend von einer weit vorausschauenden Prognose, zur Hauptrichtung der weiteren Entwicklung Stellung genommen hat. Das umfangreiche Material, das bereits in der Vorbereitung unseres Kongresses von großem Wert war, sollte insbesondere von unseren Fachgruppen in ihrer weiteren Arbeit gründlich ausgewertet werden. Nur wenn wir uns im schöpferischen Meinungsstreit der vielen fähigen jungen und erfahrenen älteren Kollegen Schritt für Schritt eine prinzipielle Position zu den Grundfragen erarbeiten, werden wir auch eine größere Sicherheit in den ständigen Auseinandersetzungen mit den konkreten und oft widersprüchlichen Auswirkungen der technischen und kulturellen Revolution auf unserem Fachgebiet erlangen. Mit größerem Erfolg werden dann auch der Bund und seine Organe mit einer fundierten Auffassung zu den wichtigsten städtebaulichen Vorhaben, Projekten und Typenprojekten hervortreten und so unmittelbar unseren gesellschaftlichen Bauherrn beraten.

Etwas von diesem Vorwärtsdrängen der Mitglieder unseres Verbandes war ohne Zweifel in der Phase der Vorbereitung unseres Kongresses zu spüren. Es wurde eine Fülle von Fragen aufgeworfen und behandelt, man spürte jedoch deutlich, daß die Auffassungen über viele Grundfragen oft noch deshalb auseinandergehen, weil der Einfluß des Bundesvorstandes und des Sekretariates zuwenig auf die prinzipiellen Auseinandersetzungen in den Bezirks- und Betriebsgruppen gerichtet ist. Es wurde gleichzeitig sichtbar, daß viele herangereifte Probleme nicht systematisch aufgegriffen und ausdiskutiert werden, um dann entsprechend begründete Vorschläge an die staatliche Leitung herantragen zu können.

Ich nehme als Beispiel die in allen Bezirken gestellte Forderung nach einer Regelung der Autorenkontrolle. Der zur Zeit unbefriedigende Zustand wurde zwar aufgezeigt, aber es ist bisher nicht zu einem kollektiv erarbeiteten Vorschlag des Bundes Deutscher Architekten zur Lösung dieses wichtigen Problems gekommen.

Die umfassende Verantwortung, die unsere Gesellschaft dem Architekten überträgt, sowie das außerordentliche Tempo der gesellschaftlichen Umwälzungen und des wissenschaftlich-technischen Fortschritts stellen jeden Architekten vor die Notwendigkeit, sich ständig weiterzubilden. Es genügt dabei in unserem Beruf keineswegs, sich den neuesten Wissensstand auf dem engeren Fachgebiet anzueignen. In der 2. Etappe des Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung, die gekennzeichnet ist durch den Übergang zu einer prognostischen Planung und wissenschaftlichen Leitung aller gesellschaftlichen Prozesse, ist es vielmehr unumgänglich, daß wir Architekten uns ein fundiertes Wissen um die vielfältigen Wechselwirkungen von technischer und kultureller Revolution beim umfassenden Aufbau des Sozialismus in der DDR aneignen.

In Vorbereitung des Kongresses wurde sichtbar, daß die bisherigen Maßnahmen in zentraler und örtlicher Ebene zur Qualifizierung der Architekten nicht ausreichen und daß auch der Bund Deutscher Architekten den an seine Adresse gerichteten Forderungen der Architektenschaft nach einer organisierten Arbeit auf dem Gebiet der Weiterbildung bisher nicht voll entsprochen hat.

Es gibt einige Ansätze zur Überwindung des Selbstlaufs. An der Hochschule für Architektur und Bauwesen in Weimar ist das postgraduale Studium in der Fachrichtung Städtebau in Form von Seminaren angelaufen. Die Technische Universität Dresden hat zusammen mit der Betriebsakademie mit der Qualifizierung von Mitarbeitern der Projektierungs- und Baubetriebe begonnen. Zur Frage der Qualifizierung sollte der Kongreß konkrete Empfehlungen formulieren. Wir schlagen vor, daß unter Leitung des Ministeriums für Bauwesen unter Mitwirkung der Deutschen Bauakademie und des Bundes Deutscher Architekten ein zusammenhängendes System der Aus- und Weiterbildung der Architekten ausgearbeitet wird. Bei der Deutschen Bauakademie und bei den Hochschulen für Architektur und Bauwesen sollten Zentren der Weiterbildung geschaffen und entsprechende Fachliteratur herausgegeben werden.

Darüber hinaus müssen wir im Bund selbst noch systematischer als bisher die unterschiedlichen Veranstaltungen und Maßnahmen in den Dienst der Weiterbildung stellen. Die Bezirks- und Fachgruppen sollten in Vortragsreihen, Kolloquien, Seminaren oder Lehrgängen Hauptprobleme der wissenschaftlich-technischen und kulturellen Revolution behandeln und insbesondere die jungen Architekten für eine Teilnahme gewinnen.

Wir sehen aber auch in der Ausschreibung und Auswertung von Wettbewerben, der Organisierung von interessanten Ausstellungen, in einer systematischen Analyse fertiggestellter Objekte geeignete Mittel zur praxisnahen Qualifizierung der Architekten. Die Bezirksgruppen Halle, Leipzig und Magdeburg und die Kommission „Ausbildung und Nachwuchs" haben eine Reihe von Vorschlägen zu Qualifizierungsmaßnahmen unterbreitet, bei denen der Bund als Initiator oder Träger auftreten kann.

Ich nenne nur solche Überlegungen wie die Durchführung von Symposien mit Kommunalpolitikern, Soziologen, Medizinern, bildenden Künstlern zu Fragen der zukünftigen Stadt, – ferner gemeinsame Veranstaltungen mit der KDT, dem VBKD, der URANIA sowie Fachexkursionen und Filmvorführungen. Es wird auch vorgeschlagen, die Einrichtung eines jährlich durchzuführenden zwei- bis dreiwöchigen Entwurfsseminars mit internationalen Dozenten zu prüfen und schließlich auch die Betriebsakademien mit Speziallehrgängen für Architekten in die Qualifizierungsmaßnahmen einzubeziehen. Wir sehen also, daß eine große Fülle von Formen der Weiterbildung denkbar ist, es ist aber offenbar weit mehr Zielstrebigkeit und Durchsetzungsvermögen als bisher notwendig, um im Bund Deutscher Architekten die Qualifizierung zu einer Hauptaufgabe seiner Tätigkeit zu machen. Diese Problematik sollte deshalb auch in unserer Diskussion ein entsprechendes Gewicht haben. Auch der Ausbildung an den Hochschulen sollten wir im Bund mehr Aufmerksamkeit schenken. Was das Niveau der Ausbildung der Architekten betrifft, so gibt es ein Zurückbleiben besonders auf dem Gebiet der marxistisch-leninistischen Ästhetik und in der künstlerischen Gestaltung. Hier macht sich das Fehlen einer sozialistischen Architekturtheorie besonders empfindlich bemerkbar. Da außerdem geeignete Fachliteratur fehlt, dürfen wir uns nicht wundern, daß bürgerliche Ideologien leicht Eingang finden.

Was die Anzahl der Absolventen betrifft, ist unseres Erachtens eine gründliche Überprüfung notwendig, da in der DDR gegenwärtig im Vergleich zu anderen Ländern relativ wenig Architekten ausgebildet werden und aus Altersgründen jährlich über 100 Architekten aus dem Berufsleben ausscheiden, aber nur rund 80 Nachwuchskader als Zugang zu verzeichnen sind. Bei der Überprüfung muß davon ausgegangen werden, daß der Bedarfsermittlung bisher unter dem Gesichtspunkt der massenweisen Anwendung und Angleichung von Typenprojekten eine sehr hohe Pro-Kopf-Leistung der Projektanten zugrunde gelegt wurde. Die Forderungen, auf dem gesamten Gebiet des Städtebaus und der Architektur ein höheres Niveau zu erreichen und die Rekonstruktion der Städte und Dörfer zur Hauptaufgabe der nächsten Jahre zu machen, verlangen aber eine ausgesprochen architektenintensive Arbeit in den Projektierungsbetrieben. Allerdings muß auch die entsprechende Zahl an Technologen, Bauwirtschaftlern und Spezialingenieuren gesichert werden. Darüber hinaus muß bei der Bedarfsermittlung weit mehr von der Notwendigkeit des Einsatzes qualifizierter Architekten in der staatlichen Leitung, als Bezirks- und Chefarchitekten und nicht zuletzt in der Forschung und Lehre ausgegangen werden.

Der schöpferischen Entwicklung der Architektur und des Städtebaus zu einer zentralen politischen Aufgabe und der Anwendung des Neuen Ökonomischen Systems im Bauwesen stehen in der städtebaulichen und bautechnischen Projektierung noch eine Reihe weiterer Hemmnisse im Wege. Bereits auf der 4. Baukonferenz hat Genosse Minister Junker die auf die Senkung des Investitions- und Bauaufwandes gerichtete wissenschaftliche Planung und Bilanzierung, die Entwicklung der Typenprojekte zur Hauptmethode der Projektierung und die Vervollkommnung der Leitung der Projektierung mit ökonomischen Mitteln als die entscheidenden Aufgaben in der Arbeit der Projektierungsbetriebe bezeichnet und dazu im einzelnen eine klare Orientierung gegeben. In der Vorbereitung unseres Kongresses, unter anderem auch in einem Gespräch zwischen dem Minister für Bauwesen und den Preisträgern im Architekturwettbewerb „Industrielles Bauen 1965" wurde offen und kritisch zu einer Reihe von ernsten Problemen Stellung genommen, die unsere Architekturentwicklung hemmen und die gemeinsam von seiten der staatlichen Leitung und erfahrenen Experten der Praxis gelöst werden müssen. Besonders eindringlich weisen unsere Kollegen in den Projektierungsbetrieben darauf hin, daß es nicht nur bei manchem Auftraggeber, sondern bei nicht wenigen Leitungen der Projektierungsbetriebe selbst eine Unterschätzung der schöpferischen Arbeit und Verantwortung des Architekten gibt, weil die Architektur als Randproblem der bautechnischen Projektierung angesehen wird. Die Kollegen der Bezirksgruppe Leipzig sehen in der Tatsache, daß die Tätigkeit des Projektierungsbetriebes erst in der Phase der Aufgabenstellung beginnt, eine völlige Verkennung der schöpferischen Arbeit des Architekten und deren Beschränkung „auf fast nur Fassaden- und Raumkosmetik".

Wenn Genosse Ministerpräsident Stoph auf der 4. Baukonferenz besonders hohe Anforderungen an die Architekten bei der Entwicklung neuer funktioneller und gestalterischer Lösungen gestellt hat und von der Chance der Architekten sprach, die Avantgardisten einer neuen deutschen Architektur zu werden, dann muß alles getan werden, um in den Projektierungsbetrieben eine entsprechende schöpferische Atmosphäre zu schaffen und den Architekten als den persönlich für sein Werk Verantwortlichen anzuerkennen.

Wir haben auch im Präsidium des Bundes über diese Kernfrage diskutiert und halten es für erforderlich, in allen Projektierungsbetrieben Chefarchitekten einzusetzen und sie zu Mitgliedern der Leitung zu machen. Wir stützen uns dabei auf die Tatsache, daß beabsichtigt ist, in allen Industrieprojektierungsbetrieben die Funktion des Chefarchitekten zu schaffen und daß dort, wo Chefarchitekten bereits tätig sind, gute Ergebnisse vorliegen. Der Chefarchitekt sollte als erfahrener Fachmann den Autoren des jeweiligen Projektes konsultierend zur Seite stehen und sie in ihrer Verantwortung stärken. Er sollte die bei einem großen städtebaulichen Ensemble angesetzten Autoren der Einzelobjekte im Interesse einer harmonischen Gesamtlösung koordinieren und anleiten und vor allem für eine vorrangige Behandlung der Architekturfragen in der Leitung des Betriebes Sorge tragen.

Die von den Bezirksgruppen erarbeiteten Analysen der Arbeit des Architekten in den Projektierungsbetrieben lassen auch erkennen, daß die zur Zeit bestehenden gesetzlichen Grundlagen der Vorbereitung und Durchführung der Investitionen nicht mehr in allen Punkten dem gesellschaftlichen Auftrag an das Kollektiv der Architekten der DDR gerecht werden und daher entsprechend ergänzt oder überarbeitet werden müssen. Das betrifft insbesondere die lückenlose Einschaltung des Architekten als Autor in alle Phasen der Vor-

bereitung und Durchführung der Investitionen als einheitlichen Prozeß von der technisch-ökonomischen Zielstellung über die Aufgabenstellung, das Projekt und die Baudurchführung. Das ist zur Zeit nicht so oder wird nach dem Ermessen des Auftraggebers gehandhabt. Auf diese Weise wird die Verantwortung des Architekten gröblich verletzt, es wird die unkontrollierte Feierabendarbeit der Architekten oder ihre Fluktuation in die Bereiche der Planträger gefördert, und vor allem werden keine ausreichenden Voraussetzungen für die architektonische Qualität des Endproduktes geschaffen. Auch für den Projektierungsbetrieb fehlt der ökonomische Anreiz zur Mitarbeit an der technisch-ökonomischen Zielstellung, weil diese als Sonderleistungen abgerechnet werden sollen.

In Halle-West wurde dazu übergegangen, mit Hilfe der Netzwerkplanung bereits im Stadium der technisch-ökonomischen Zielstellung die Zusammenarbeit aller Beteiligten festzulegen, und man sollte die dabei gewonnenen Erfahrungen sorgfältig auswerten.

Was die Autorenkontrolle betrifft, so gibt es trotz der durch den Ministerpräsidenten Genossen Stoph auf der 4. Baukonferenz erhobenen Forderung, auch mittels einer qualifizierten Autorenkontrolle die Verantwortung des Architekten für das Ziel seiner schöpferischen Arbeit, das Bauwerk, zu erhöhen, noch immer keine entsprechende Regelung. Offenbar stehen falsche Auffassungen über Notwendigkeit und Inhalt der Autorenkontrolle einer Klärung der Frage im Wege.

So vertrat bis in die jüngste Zeit Dr. Fenske, Mitarbeiter der Staatlichen Plankommission, die Ansicht, daß die Notwendigkeit für eine Autorenkontrolle dadurch entfällt, daß die Projektierungsleistungen den Charakter einer Ware haben und demzufolge der Architekt nach dem Verkauf dieser Ware nichts mehr mit seinem Werk zu tun hat.

Auch bei Mitarbeitern der Staatlichen Plankommission muß ein Umdenkungsprozeß einsetzen, damit sie erkennen, daß die Investitionstätigkeit nicht nur eine technisch-ökonomische, sondern darüber hinaus eine Aufgabe von vorrangiger kulturpolitischer Bedeutung ist. Leider kommt das in der Wortschöpfung „technisch-ökonomische Zielstellung" auch nicht zum Ausdruck.

Es gibt aber auch auf seiten der Architekten noch Vorstellungen, daß das Autorenrecht wie früher unter privatkapitalistischen Bedingungen auszuüben sei. Von uns muß die Autorentätigkeit weitergefaßt werden im Sinne einer ständigen unmittelbaren Einflußnahme auf die Qualität des Endproduktes. Sie bezieht sich daher nicht nur auf die Qualitätskontrolle am Bau, sondern ebenso auf die Verbesserung der Aufgabenstellung in der Phase der Projektierung, auf die Zusammenarbeit mit der Vorfertigung sowie auf ständige Beratungen der Baubetriebe bei der Wahl des Materials, der Farben sowie von Ausrüstungen und Einrichtungsgegenständen. Der Bund hält es für erforderlich, eine Ergänzung der Investitionsordnung zu veranlassen, die die Arbeit des Autors in der Phase der technisch-ökonomischen Zielstellung sowie die Rechte und Pflichten des Autors, differenziert entsprechend der Bedeutung und dem Umfang des jeweiligen Objektes, regelt. Es muß erreicht werden, daß in den Projektierungsleistungsverträgen zwischen Generalprojektierung und Spezialprojektierung und mit dem Generalauftragnehmer die Aufgaben des Projektanten zur Wahrnehmung der Autorenkontrolle festgelegt werden. Inzwischen liegt dem Bund Deutscher Architekten der Entwurf einer Anweisung des Ministers für Bauwesen zur Durchführung einer qualifizierten Autorenkontrolle zur Stellungnahme vor.

Als ein besonderes Hemmnis für die Entfaltung der Schöpferkraft der Architekten wurde in den schriftlichen Stellungnahmen der Bezirksgruppen die Fülle der sich oft widersprechenden und teilweise rückwirkenden gesetzlichen Vorschriften, Bestimmungen, Richtlinien, Standards und TGL bezeichnet. Von den Fachgruppen – und damit auch vom Bund – wird die eindeutige Forderung erhoben, hier spürbare Vereinfachungen im Interesse einer produktiven Tätigkeit zu schaffen. Die im Ministerium für Bauwesen nach der 4. Baukonferenz gebildeten Arbeitsgruppen haben mit der Uberarbeitung und Vereinfachung der gesetzlichen Grundlagen für die Projektierung begonnen. Sie sollten ihre Arbeit beschleunigen und rechtzeitig, das heißt vor ihrer Verabschiedung, den Bund Deutscher Architekten mit den Ergebnissen ihrer Tätigkeit bekannt machen.

In unserer letzten Bundesvorstandssitzung vor unserem Bundeskongreß wurde kritisiert, daß die vom Genossen Ministerpräsident Stoph auf der 4. Baukonferenz erhobene Forderung, alles zu beseitigen, was die Verantwortung des Architekten nicht nur für sein Projekt, sondern auch für das fertige Werk in unzulässiger Weise einschränkt oder einengt, nur sehr zögernd von der staatlichen Leitung erfüllt wird. Es wurde festgestellt, daß der Sektor Projektierung des Ministeriums für Bauwesen fast ein Jahr keine Aussprachen mit den Hochbau-Projektierungsbüros geführt hat. Der Bundesvorstand vertritt die Meinung, daß den Fragen der Projektierung in der staatlichen Leitung ein viel größeres Gewicht beizumessen ist und daß sich ein Stellvertreter des Ministers dieses wichtigen Gebietes annehmen sollte.

Für die Erfüllung der den Projektierungsbetrieben gestellten Aufgaben und zur ökonomischen Entfaltung der Schöpferkraft ihres Mitarbeiterkollektivs sind unseres Erachtens mehr als bisher die Möglichkeiten zur Erhöhung der persönlichen materiellen Interessiertheit zu nutzen. Aber auch innerbetriebliche Architekturwettbewerbe und die Prämiierung hervorragender Leistungen können die Projektierungskollektive festigen.

Von großer Bedeutung ist der moralische Anreiz, der bei der Überwindung der Anonymität der Verfasser beginnt. Alle Leiter und Mitglieder eines Architektenkollektivs haben das Recht, entsprechend ihrem Anteil an der Leistung des Kollektivs gewürdigt und veröffentlicht zu werden, denn das Erfolgserlebnis ist für das Schaffen des Architekten eine wichtige Triebkraft.

Der Bund Deutscher Architekten wird insbesondere mit Hilfe seiner Bezirks- und Betriebsgruppen der Entwicklung des Architekten zu einer von der Gesellschaft anerkannten sozialistischen Persönlichkeit und ebenso der Herausbildung von schöpferischen Kollektiven zur Förderung der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit große Beachtung zu schenken haben.

Die neue Qualität in Städtebau und Architektur entsprechend den Erfordernissen der 2. Etappe des Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung

Unser Bundeskongreß hat sich die Aufgabe gestellt, die schöpferische Tätigkeit aller Architekten auf die Lösung der für den umfassenden Aufbau des Sozialismus in der DDR entscheidenden Probleme der sozialistischen Entwicklung des Städtebaus und der Architektur zu orientieren und für ihre Arbeit neue Maßstäbe zu setzen. Das erfordert, ausgehend von dem erreichten Stand, auf die Perspektive in den einzelnen Fachgebieten einzugehen und daraus Schlußfolgerungen für unsere Arbeit zu ziehen.

An erster Stelle steht dabei die prognostische Entwicklung unserer Städte und Dörfer.

Die 4. Baukonferenz des ZK der SED und des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik stellte die Aufgabe, für die großen Städte beschleunigt Generalbebauungspläne mit den dazu erforderlichen Generalverkehrsplänen auszuarbeiten und zu bestätigen, um damit eine der wichtigsten Grundlagen für die Umgestaltung und den Aufbau der Städte zu schaffen.

Die Städte sind Zentren der Produktion und des gesellschaftlichen Lebens. Sie bilden heute die Umwelt für etwa zwei Drittel der Bürger der DDR und stellen mit ihrem Baubestand einen wesentlichen Teil unseres Nationalreichtums dar.

Wir müssen aber auch erkennen, daß unsere alten Städte in ihrer Anlage und Substanz das Ergebnis einer historischen Entwicklung voller Widersprüche und schwerwiegender Vernachlässigungen vor allem infolge der Klasseninteressen der kapitalistischen Gesellschaft sind, so daß ihre schrittweise Erneuerung entsprechend den Anforderungen der sozialistischen Gesellschaft immer dringlicher wird. Um in den Generalbebauungsplänen einer wissenschaftlich begründeten städtebaulichen Perspektive für einen ausreichenden Zeitraum zu entsprechen, ist es notwendig, von entscheidenden Aspekten der prognostischen Entwicklung in der DDR auszugehen. Noch fehlen uns auf wichtigen Gebieten durch die Wissenschaft erhärtete Vorstellungen, die nur unter Einschaltung von Wirtschaftswissenschaftlern, Soziologen, Verkehrswissenschaftlern, Hygienikern, Kommunalwirtschaftlern und so weiter erarbeitet werden können. Wir dürfen uns nicht mit der Kenntnis der allgemeinen, in allen hochentwickelten Industriestaaten vor sich gehenden Entwicklungsprozessen begnügen, wie dem natürlichen Bevölkerungszuwachs und dem Trend zur Stadt, dem Anstieg der Motorisierung oder den wachsenden Anforderungen an die „Dienste" im weitesten Sinne. Wir müssen diese Prozesse, die für den Städtebau von genereller Bedeutung sind, gründlich unter den spezifischen Bedingungen der DDR studieren, um ihre Auswirkungen den langfristigen Prognosen der Städte zugrunde legen zu können.

Noch viel vordringlicher müssen die beim umfassenden Aufbau des Sozialismus aus der technischen und kulturellen Revolution erwachsenden neuen Qualitäten im Profil der Produktionszweige, der Wirtschaftsleitungen, in der Wissenschaft, in der Kultur, in der sozialistischen Lebensweise, in der Freizeitgestaltung und so weiter allseitig erkannt und für unsere Planungen wissenschaftlich aufbereitet werden. Es sind dies die gesellschaftlichen Prozesse, in deren Folge sich spezifische Bedürfnisse der sozialistischen Gesellschaft herausbilden und für den sozialistischen Städtebau charakteristische Merkmale entstehen werden. Wir können feststellen, daß die Zusammenarbeit mit den verschiedenen Wissenschaftsdisziplinen und mit den Instituten der Planträger sich in dieser Richtung zu entwickeln beginnt, daß aber die bisher angesetzten Kapazitäten noch sehr gering sind. Mit besonderem Nachdruck sollten wir uns den Fragen der Städtumgestaltung widmen.

Die Notwendigkeit, die Arbeits- und Lebensbedingungen in den vorhandenen Städten zu verbessern, alle Reserven des Baubestandes nutzbar zu machen und streng nach ökonomischen Gesichtspunkten zu investieren, entspricht in vollem Maße der sozialistischen Rationalisierung als Hauptrichtung unserer gesamten ökonomischen Tätigkeit. Das verlangt vor allem, die Aufgaben des Städtebaus der DDR in erster Linie nicht in Neugründungen von Städten oder weiteren Flächenausdehnungen der Großstädte zu sehen, sondern die sozialistische Umgestaltung vorhandener Städte zur Hauptaufgabe zu machen. Ausgehend davon, daß die sozialistische Umgestaltung, die den Neubau, die Modernisierung und den Ersatzbau von Gebäuden und baulichen Anlagen aller Kategorien umfaßt, ein Teil des gesamten Reproduktionsprozesses der Grundmittel der Gesellschaft ist, gilt es, die noch vorhandene Unterschätzung dieser Seite unserer Tätigkeit zu überwinden.

Erlauben Sie einige Bemerkungen zum Charakter der Generalbebauungspläne selbst.

Mit den Generalbebauungsplänen wird ein Instrument geschaffen, das den verantwortlichen örtlichen Organen hilft, entsprechend den Erfordernissen der gesellschaftlichen Entwicklung und den volkswirtschaftlichen Möglichkeiten, weit vorausschauend die städtebauliche Entwicklung und Umgestaltung zu ordnen, vorzubereiten und zu lenken.

Das erfordert eine gründliche wissenschaftliche Analyse und Prognose, damit Utopien, Wunschprogramme und Fehlorientierungen vermieden werden. Um der Dynamik der Entwicklung besser gerecht werden und richtig auf neue Anforderungen reagieren zu können, müssen die Generalbebauungspläne der Stadt kontinuierlich weiterentwickelt werden. Sie sollen als elastische Pläne die städtebauliche Struktur ständig der gesellschaftlichen Entwicklung anpassen und selbst auf die Gestaltung dieses Prozesses in der Stadt aktiv Einfluß nehmen. Künftig werden dabei moderne statistische Methoden, die Datenverarbeitung und mathematisch formulierte Funktionsmodelle eine bedeutsame Rolle spielen, um jeweils die für die gesamte städtebauliche Entwicklung optimalen Entscheidungen treffen zu können. Generalbebauungspläne erhalten so mehr und mehr einen wissenschaftlichen Charakter, werden zu einem strategischen Plan. Die Generalbebauungspläne dienen vor allem auch dazu, aus Analyse und Prognose der städtebaulichen Entwicklung exakte Angaben für die volks-

wirtschaftlichen Bilanzen zu erarbeiten, Reserven der Stadt aufzudecken und rationelle Angebote für Standorte zu unterbreiten und damit zur Ermittlung der optimalen Varianten der Investitionen beizutragen. Es ist notwendig, in den Plänen reale Schritte und Maßnahmen für die einzelnen Etappen der Durchführung vorzuschlagen. So finden die Generalbebauungspläne ihren festen Platz im System der Volkswirtschaftsplanung. Wenn man die Generalbebauungsplanung von diesen übergeordneten Zusammenhängen her anpackt, dann wird deutlich, daß sie niemals nur das Werk der Städtebauer allein sein kann, sondern daß dafür die Verantwortung bei den Räten liegt und eine systematische und organisierte Gemeinschaftsarbeit aller beteiligten zentralen und örtlichen Organe notwendig ist. Bei der Aufnahme der Arbeit an der generellen Stadtplanung im Jahre 1963 gab es weder auf seiten der Staatlichen Plankommission noch im Bauwesen exakte Vorstellungen über die Rolle der Stadtplanung und ihr Verhältnis zur Perspektivplanung der Volkswirtschaft. Wir erkennen wahrscheinlich erst heute in voller Klarheit, warum es damals zu Widersprüchen zwischen den harten Notwendigkeiten oder der Elastizität des ökonomischen Kampfes auf allen Gebieten der Volkswirtschaft und manchen Idealvorstellungen der Städtebauer kommen mußte.

So gab es in Theorie und Praxis des Städtebaus eine Reihe falscher Auffassungen über die Stadt und ihre Planung, die sicher auch heute noch nicht restlos überwunden sind. Ich meine vor allem das statische, auf einen „Endzustand der Stadt" orientierte Denken, die Auffassung von der „fertigen Stadt" oder der Stadt als „Kunstwerk", die die Städtebauer von heute für unsere und die nächsten Generationen in perfekter Weise planen und realisieren. Auf Grund dieser fehlerhaften Einstellung zur Stadt, die allerdings durch ebenso kurzsichtige Beschlüsse der ökonomischen Planungsorgane Nahrung erhielt, ist es doch zum Beispiel bei unseren neuen Stadtgründungen zu den für den Städtebau der DDR nicht gerade rühmlichen Entwicklungen gekommen, bei denen die neuen Städte Jahr um Jahr aus den Fugen geraten. So wurde Schwedt ursprünglich für 17 000 Einwohner geplant, kurz darauf wuchsen die Vorstellungen auf 30 000 Einwohner an. Heute rechnet man mit 60 000 Einwohnern für das Jahr 1985 und in der Generalbebauungsplanung wird untersucht, ob ein Ausbau auf 80 000 bis 100 000 Einwohner möglich ist.

Sie alle kennen die ökonomischen und städtebaulichen Folgen solcher schwankenden Planungsziele, und ich erspare mir die Schilderung der nachteiligen Auswirkungen einer solchen Planung für die Bevölkerung, ihre Versorgung, ihre Betreuung, ihr Wohlbefinden, wie sie zum Beispiel in Hoyerswerda auftraten.

Bei der Ausarbeitung der Perspektiv- und Jahrespläne für Halle-West hat man die richtige Schlußfolgerung gezogen und geht ab 1966 dazu über, auf der Grundlage der vom Ministerrat 1964 beschlossenen Eckziffern und Termine für die Errichtung der Chemiearbeiterstadt in allen Verantwortungsbereichen die perspektivischen Pläne für den Gesamtzeitraum des Aufbaus der Stadt auszuarbeiten.

Nach den Erfahrungen der Chefarchitekten der großen Städte bestehen immer noch Hemmnisse in der Zusammenarbeit von territorialer Planung und Generalbebauungsplanung, weil die Abgrenzung der Aufgaben und Verantwortung nicht eindeutig ist und der Planungszeitraum der Territorialplanung zunächst nur bis 1970 reicht und der Prognosezeitraum vernachlässigt wird. Außerdem führt die einseitige Zusammensetzung der Büros für Territorialplanung mit Fachleuten des Städtebaus, die zum Großteil vom Bauwesen übernommen wurden, oft zu Parallelarbeit und zur Hintanstellung der eigentlichen Aufgaben der Territorialplanung, also der Ausarbeitung von Gebietsentwicklungsprogrammen.

Das gemeinsame Ziel muß sein, auf der Grundlage der städtebaulichen Erfordernisse und der prognostischen Konzeption der territorialen Verteilung der Produktivkräfte sowie der volkswirtschaftlichen Prognosen der Stadt im Wirtschaftsgebiet die Hauptrichtung und die speziellen Maßnahmen zur Weiterentwicklung der Stadt vorzuschlagen. Dazu gehören insbesondere die Verkehrskonzeptionen, die wegen ihres strukturbestimmenden Charakters nur in ständiger Kooperation zwischen Generalbebauungsplanung und Verkehrsplanung entstehen können.

Mit der 2. Etappe des Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung sind weit bessere Voraussetzungen geschaffen, bei richtiger Abgrenzung der Aufgaben und Verantwortung des Städtebaus gegenüber der Volkswirtschaftsplanung und Territorialplanung und bei einer wirkungsvollen Gemeinschaftsarbeit solche Generalbebauungspläne auszuarbeiten, die ihren festen Platz im System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft, ja des gesamten gesellschaftlichen Lebens finden.

Eine wichtige Maßnahme in dieser Richtung bilden die Festlegungen des Ministerrates für die weitere Arbeit am Perspektivplan bis 1970. Darin wird gefordert, daß die Hauptrichtungen der ökonomischen Entwicklung der Bezirke und Kreise für den Perspektivzeitraum zu erarbeiten und entsprechend dem Erlaß des Staatsrates vom 2. Juli 1965 durch die Räte der Bezirke und Kreise zu bestätigen sind. Es wird verlangt, entsprechend der festgelegten Verantwortlichkeit eine systematische Anleitung der Bezirksplankommissionen durch die Staatliche Plankommission sowie der Bezirksbauämter durch das Ministerium für Bauwesen zu organisieren. Das betrifft vor allem die Ausarbeitung von Konzeptionen zur Entwicklung wichtiger Wirtschaftsgebiete sowie der Generalbebauungspläne. Der Minister für Verkehrswesen wurde beauftragt, die Ausarbeitung der Generalverkehrspläne für die Bezirkshauptstädte, die wichtigsten Aufbaustädte und Industriekomplexe planmäßig zu leiten.

Auf Grund der Festlegungen der 4. Baukonferenz haben zahlreiche Räte der Städte und auch einiger Bezirke selbst die Initiative zur Ausarbeitung von Generalbebauungsplänen ergriffen. So hat zum Beispiel Dresden eine Grundkonzeption für seine städtebauliche Entwicklung erarbeitet, die auch Fragen der städtebaulichen und architektonischen Gestaltung des Stadtbildes und den Gesamtbebauungsplan des Stadtzentrums beinhaltet. Damit wurde eine gute Grundlage für die Ausarbeitung des Generalbebauungsplanes geschaffen. Die vorgelegte Konzeption für die städtebauliche und architektonische Gestaltung ist meines Erachtens über die Klärung der Probleme Dresdens hinaus von großem Interesse, da sie einen anzuerkennenden Versuch darstellt, verallgemeinerungsfähige Gestaltungsprinzipien zur Entwicklung der Städte herauszuarbeiten. In Berlin erfolgt die Ausarbeitung des Generalbebauungsplans ebenfalls auf der Grundlage eines bestätigten Programms zur territorial-ökonomischen Entwicklung der Hauptstadt.

Gestatten Sie noch einige Bemerkungen zur Rekonstruktion der Altbaugebiete, die für die Generalbebauungsplanung der Städte ein besonders wichtiges Problem darstellt. In den vergangenen Jahren wurden die Fragen der einfachen und erweiterten Reproduktion der vorhandenen Bausubstanz, ihre große Bedeutung für die Entwicklung der Wirtschaft und ihr Einfluß auf die Lebensweise der Menschen nicht immer in ihrer vollen Tragweite erkannt. Von den zentralen staatlichen Dienststellen gab es keine eindeutige Grundsatzorientierung. Die einzelnen Stellen beschäftigen sich isoliert voneinander mit Detailfragen des Gesamtproblems. Unsere Aufgabe besteht in der Überwindung dieses Zustandes. Das erfordert zeitliche Abstimmungen, und zwar zunächst für Maßnahmen während des Perspektivzeitraumes bis 1970 und sodann darüber hinaus mit einer Vorschau von mindestens 20 Jahren.

Dabei gilt es, eine Ausgangsbasis für einen planbaren Reproduktionsprozeß zu schaffen. Die Substanz an Wohngebäuden hatte 1965 ein Durchschnittsalter von 60 Jahren. Das ist bei ihrem derzeitigen Zustand ein besonders kritisches Alter. Für den Abriß zu gut und für die Modernisierung sehr aufwendig. In jedem Falle ist eine Verjüngung anzustreben, und zwar auf ein Alter, bei welchem die Kosten für Erhaltung und Modernisierung in günstiger Relation zum Neubauwert stehen. Das bedeutet, daß noch für einen langen Zeitraum der Aufwand für Erhaltung und Modernisierung der Wohnungssubstanz die Mittel für den Wohnungsneubau übersteigen wird.

Veranschaulichen wir uns darüber hinaus die Verhältnisse auf den anderen Sektoren des Bauens, dem Industriebau, Landwirtschaftsbau, Gesellschaftsbau und auf dem großen Gebiet des Tiefbaus, dann erkennen wir, daß die Maßnahmen zur Erhaltung und Modernisierung der Bausubstanz auch auf diesen Gebieten mehr als die Hälfte unserer Baukapazität in Anspruch nehmen werden.

Bei der Rekonstruktion der Städte steht auch die Aufgabe, das wertvolle kulturelle Erbe entsprechend seiner kulturhistorischen Bedeutung zu erhalten und zur Herausbildung des charakteristischen Bildes der Stadt in die Komposition einzubeziehen. Das macht es erforderlich, sehr sorgfältig die historisch entstandene landschaftliche Situation, die Stadtkomposition mit ihren baukünstlerischen Akzenten, einzelne Straßen- und Platzräume von hohem künstlerischen Wert sowie erhaltenswerte historische Bauwerke zu erfassen und zu bewerten und sie entsprechend ihren spezifischen Nutzungsmöglichkeiten und ihrer künstlerischen Aussagekraft in die Konzeptionen für die Generalbebauung der Stadt aufzunehmen. In der Praxis unseres Städtebaus sind in der zurückliegenden Zeit große Leistungen beim Wiederaufbau und der Rekonstruktion bedeutender historischer Ensembles und Bauwerke vollbracht worden. Der Dresdner Zwinger, der Magdeburger Dom, das Berliner Forum oder die Rekonstruktionsarbeiten in Potsdam, in Freiberg und Görlitz und viele andere haben national und international große Anerkennung gefunden.

Haben wir aber im Rahmen der Städteplanung und ihrer Realisierung schon alle sich bietenden Möglichkeiten zur Einbeziehung und sinnvollen Nutzung der wertvollen historischen Bausubstanz ausgeschöpft?

Die Praxis zeigt, daß es oft nicht genügend Initiative gibt, durch eine harmonische Verschmelzung des Alten mit dem Neuen das individuelle Gesicht der Stadt zu bereichern und der großen Bedeutung der Baudenkmale für die historisch-politische und ästhetische Bildung sowie für das Kulturbedürfnis unserer Bürger gerecht zu werden.

Weit verbreitet ist auch die falsche Auffassung, daß sich unser sozialistischer Aufbau lediglich in Neubauten dokumentieren könne. Das hindert oft daran, vorhandene historische Bauten durch entsprechende Lenkung von Investitionen für unsere heutigen Bedürfnisse auszubauen. So wurde in unmittelbarer Nähe von Schloß Kranichfeld bei Weimar ein Kinderferienlager mit hohen Investitionen neu errichtet, statt – wie vorgeschlagen wurde – das in gutem Zustand befindliche Schloß für diesen Zweck auszubauen. Es ist auch unverständlich, daß der FDGB die seit Jahren bestehenden Vorstellungen für den Ausbau der Schwarzburg als Ferienhotel unbeachtet läßt und stattdessen neue Ferienheime im Thüringer Wald plant.

Wir machen den Vorschlag, daß eine zeitweilig im Bund Deutscher Architekten zu bildende Fachgruppe zusammen mit den Organen der Denkmalpflege die Einbeziehung und Nutzbarmachung der historischen Bausubstanz beim Aufbau und der Rekonstruktion unserer Städte allseitig, insbesondere auch in konstruktiver und ökonomischer Hinsicht, untersucht und geeignete Vorschläge für eine generelle Regelung durch die staatliche Leitung erarbeitet.

Einen wichtigen Beitrag zur Stadtgestaltung im umfassenden Sinne haben unsere Landschaftsgestalter und Gartenarchitekten zu leisten. Ihr Tätigkeitsfeld reicht von der Planung des städtischen Grünflächensystems und der Naherholungsgebiete bis zu der sehr wichtigen Gestaltung der Freiflächen in den Wohngebieten. Es ist erforderlich, ausgehend von der Verlängerung der Freizeit, für die Städte ein Entwicklungsprogramm zur Erschließung von Gebieten für die Wochenenderholung auszuarbeiten und in den Generalbebauungsplänen zu fixieren. In die Ausarbeitung der Bebauungskonzeptionen müssen die Gartenarchitekten von Anfang an einbezogen werden. Es ist weiterhin eine vordringliche gemeinsame Aufgabe der Architekten und der staatlichen Leitung, die Fragen der besseren Gestaltung und termingerechten Fertigstellung der Freiflächen, insbesondere in den Wohngebieten, energisch anzupacken, da es immer noch berechtigte Klagen seitens der Bevölkerung über die „Mondlandschaften" gibt. Gute Gestaltung und Pflege der Grünanlagen ist eine Voraussetzung dafür, daß die städtebaulich-architektonische Idee eines Ensembles voll wirksam wird und die Bewohner sich wohl fühlen.

Zu den vordringlich zu behandelnden Fragen unseres künstlerischen Schaffens zählt die Synthese von Architektur und bildender Kunst, denn sie ist Teil unserer großen sozialistischen Aufgabe der komplexen Umweltgestaltung zum

Wohle des Menschen. Die Zusammenarbeit zwischen Architekten und bildenden Künstlern ist in den letzten Jahren fast überall in unserer Republik bei einer Vielzahl von praktischen Aufgaben erfolgreich in Gang gekommen. Auf der zentralen Ebene des Zusammenwirkens von BDA und VBKD blieb es jedoch noch lange Zeit bei platonischen Erklärungen. Erst Ende vergangenen Jahres ist – dank der Initiative des VBKD – mit dem 1. September zum Thema „Baugebundene Kunst" ein wichtiger Schritt getan worden, die künstlerischen und organisatorischen Erfahrungen in der Zusammenarbeit von Architekten und bildenden Künstlern zu verallgemeinern, gemeinsame Aufgaben zu klären und die theoretische Auseinandersetzung über Probleme der Synthese von Architektur und bildender Kunst auf ein neues Niveau zu heben. Inzwischen fand bereits das 2. Seminar statt, das sich in Vorbereitung unseres V. Bundeskongresses speziell mit den Fragen der Ausarbeitung und Realisierung von Themenkonzeptionen der bildkünstlerischen Gestaltung in großstädtischen Ensembles, besonders in den Zentren unserer Städte befaßte.

Drei Probleme sind es, die unseres Erachtens für die Zusammenarbeit von Architekten und bildenden Künstlern von entscheidender Bedeutung sind:

Erstens kommt es darauf an, zu begreifen, daß vom marxistischen Standpunkt aus die bildende Kunst im Verhältnis zur Architektur ebensowenig wie die Kultur im Verhältnis zur technischen Revolution nur ein schönes Attribut oder eine ideologische Zutat sein kann, sondern zusammen und in der Einheit mit der Architektur Äußerung der sozialistischen Kulturrevolution ist. Von diesem Ausgangspunkt aus müssen die gemeinsamen Anstrengungen darauf gerichtet sein, Hemmnisse und Mißverständnisse zu überwinden und den Reichtum der schöpferischen Möglichkeiten der Synthese von Architektur und bildender Kunst zu entwickeln.

Zweitens ist es notwendig, daß die staatlichen Leitungen die technisch-ökonomischen Voraussetzungen der Zusammenarbeit von Architekten und bildenden Künstlern schaffen. Zu diesem Zweck sollte die seit langem vorbereitete Verordnung über das Auftragswesen in der baugebundenen Kunst endlich in der ganzen Republik Gesetzeskraft erlangen. Erst dann, wenn die bildkünstlerische Arbeit wie die Arbeit des Architekten im Investitionsprozeß von der Planung über die Vorbereitung bis zur Durchführung der Investitionen zu einem notwendigen Bestandteil des sozialistischen Aufbaus und der Umgestaltung unserer Städte wird, kann gewährleistet werden, daß die Werke der bildenden Kunst von Beginn an mit dem Werk des Städtebaus und der Architektur konzipiert und schrittweise realisiert werden.

Drittens ist die theoretische Durchdringung aller Probleme der Synthese von Architektur und bildender Kunst von größter Bedeutung. Wir müssen konstatieren, daß wir auf diesem Gebiet über zu geringe Forschungskapazitäten verfügen. Andererseits nutzen wir noch nicht genügend die Möglichkeiten, wie sie durch zielgerichtete Dissertationen und Forschungsarbeiten an unseren Hochschulen und Universitäten gegeben sind. Es wäre sehr zu begrüßen, wenn von unserem Kongreß der Impuls ausginge, daß die Deutsche Bauakademie und die Deutsche Akademie der Künste in Zusammenarbeit mit den Fachverbänden ihrer wissenschaftlichen Aufgabe gerecht werden, die Zusammenarbeit von Architekten und bildenden Künstlern wissenschaftlich zu fundieren und damit auch dem gesellschaftlichen Auftraggeber wie überhaupt der gesamten Bevölkerung objektive Maßstäbe in die Hand zu geben.

Die Aufgabe, Generalbebauungspläne auszuarbeiten, ist von so hoher politischer und wirtschaftlicher Bedeutung und erfordert so große Anstrengungen und Aufwendungen, daß unbedingt gesamtstaatliche, für alle zutreffende Regelungen getroffen werden müssen.

In Vorbereitung des Bundeskongresses ist vom Ministerium für Bauwesen ein Entwurf zu einer Verordnung über die Aufstellung, Verteidigung und Bestätigung der Generalbebauungspläne von großen Städten der DDR erarbeitet worden. Ebenso liegen von seiten der BDA die „Richtlinie für die Ausarbeitung von Generalbebauungsplänen" sowie die „Grundsätze zur Planung und Gestaltung der Städte der DDR" im Entwurf vor. Vom Minister für Bauwesen wurde empfohlen, diese wichtigen Materialien hier auf unserem Kongreß auszuhändigen, damit sie in die Diskussion, insbesondere in die Auswertung des Bundeskongresses mit einbezogen werden können.

Die Räte der Bezirke und Städte werden ihre Aufgaben im Städtebau nur erfolgreich lösen können, wenn in der örtlichen Leitung des Städtebaus und in den Projektierungsbetrieben die kadermäßigen Voraussetzungen dafür geschaffen werden. Dazu ist es vor allem erforderlich, die noch offenen Stellen für Bezirks-, Stadt- und Kreisarchitekten mit qualifizierten Kräften zu besetzen und die notwendigen Projektierungskapazitäten für die Arbeit an den Generalbebauungsplänen bereitzustellen. Das wird nur gelingen, wenn dazu übergegangen wird, daß die VEB Hochbauprojektierung entsprechend ihrem Auftrag als Generalprojektanten im Rahmen der bautechnischen Projektierung die Teilbebauungspläne ausarbeiten und so Kräfte für die übergeordnete Stadtplanung freistellen.

Der Bund kann und muß mit seinen Bezirks- und Fachgruppen wesentlich dazu beitragen, die Arbeit an der Generalbebauungsplanung der Städte zum Erfolg zu führen. Insbesondere sollten die BDA-Fachgruppen an der Bearbeitung wissenschaftlicher Probleme und methodischer Grundlagen zunächst durch Analysen und Vermittlung der in der Praxis gesammelten Erfahrungen teilnehmen. Auch kritische Veröffentlichungen zu aktuellen Fragen der Generalbebauungsplanung, unter Umständen auf der Grundlage ständiger Beratungen in BDA-Gruppen über die Generalbebauungsplanung ihres Bezirkes, könnten eine wertvolle Hilfe sein.

Von großer Bedeutung für unsere Volkswirtschaft ist die sozialistische Umgestaltung unserer Dörfer. Es ist deshalb angebracht, auf unserem Kongreß die Haupttendenzen der Entwicklung der Dörfer in der DDR zu umreißen. Um die Bedeutung und den Umfang der vor unseren Kollegen der Dorfplanung und des ländlichen Bauens stehenden Aufgaben zu verdeutlichen, muß man darauf hinweisen, daß in 8000 ländlichen Gemeinden, das sind Ortschaften mit weniger als 2000 Einwohnern, 27 Prozent der Bevölkerung der DDR leben und überwiegend in den etwa 16 000 LPG arbeiten. Immer tiefer und schneller greift die technische Revolution in den landwirtschaftlichen Produktionsprozeß ein und wandelt grundlegend die Landarbeit und das Verhältnis des Menschen zur Arbeit und damit auch seine geistigen, kulturellen und sonstigen Lebensbedürfnisse.

Der Kandidat des Politbüros und Sekretär des ZK der SED, Genosse Gerhard Grünberg, weist in einem Interview mit der „Einheit" in deren Nr. 5/66 darauf hin, daß die Landwirtschaft unserer Republik in den letzten zwei Jahren in eine qualitativ neue Entwicklungsphase eingetreten ist. Diese ist gekennzeichnet durch die Anwendung des Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung, die planmäßige weitere Intensivierung, die zunehmende wissenschaftliche Durchdringung des landwirtschaftlichen Produktions- und Reproduktionsprozesses, ferner durch ein rasches Anwachsen der vergegenständlichten Arbeit, eine Konzentration der Produktion und die Entwicklung von Kooperationsbeziehungen und Dienstleistungen.

Im Zusammenhang damit interessiert den Dorfplaner besonders der Prozeß der Konzentration, Spezialisierung und Kooperation der landwirtschaftlichen Produktion mittels einer wissenschaftlich begründeten Standortverteilung entsprechend den volkswirtschaftlichen und betriebswirtschaftlichen Erfordernissen und Möglichkeiten.

Für uns Architekten kommt es darauf an, auf der Grundlage dieser Entwicklung eine Prognose für die bauliche Umgestaltung unserer Dörfer in den nächsten 10 bis 20 Jahren auszuarbeiten. Dabei ist Antwort zu geben auf die Frage, wie und in welchen Etappen die weitere bauliche Umgestaltung der ländlichen Siedlungen sowie die Neuordnung der ländlichen Siedlungsstruktur vor sich gehen werden.

Weil wir in der DDR ja keine Neulandgebiete zu besiedeln haben, sondern uns mit mehr oder weniger brauchbaren Dorfbeständen auseinandersetzen müssen, ist es eine Hauptaufgabe, aus der alten Substanz heraus das Neue zu entwickeln. Das ist gewiß keine leichte und nach einem starren Schema zu lösende Aufgabe. Es bieten sich jedoch viele Möglichkeiten, Altes mit Neuem zweckmäßig zu verbinden und mit solchen Übergangslösungen die sozialistische Perspektive geschickt vorzubereiten. Dazu gehört es, durch kluge Lenkung der Investitionen systematisch die Siedlungsschwerpunkte auszubauen, kleinere Dörfer allmählich in Produktionsstützpunkte umzuwandeln und ein auf günstige örtliche Voraussetzungen bezogenes System der sozialen und kulturellen Einrichtungen zu realisieren. Diese Entwicklung ist jedoch weitgehend abhängig vom Reifegrad der Produktionsverhältnisse, vom Entwicklungsstand der Produktivkräfte sowie von den volkswirtschaftlichen Möglichkeiten.

Von großer Bedeutung ist die Gestaltung des Dorfes im Zusammenhang mit der Schaffung baulicher Voraussetzungen für die Entwicklung des gesellschaftlichen Lebens und seiner sozialistischen Produktionskultur im Dorf. Vor unseren Architekten steht die Aufgabe, ein gutes Arbeitsmilieu zu schaffen, um die Dorfbevölkerung, insbesondere die Jugend, für ihre Arbeitsstätte zu begeistern. Nur so wird es uns auch gelingen, ein echtes Heimatgefühl für das neue sozialistische Dorf zu erwecken und der Fluktuation der Dorfjugend entgegenzuwirken. In diesem Zusammenhang müssen wir uns auch die Erfahrungen des Wettbewerbes „Das schöne Dorf" zunutze machen und vor allem die Eigeninitiative der Bevölkerung und der gesellschaftlichen Organisation in den Dörfern mit allen Mitteln unterstützen.

Die bauliche Gestalt der Dörfer in der DDR hat in den zurückliegenden Jahren große Veränderungen erfahren. In wachsendem Maße wurden moderne Ställe und Großanlagen sowie Zehntausende moderne Wohnungen, viele Schulen und andere gesellschaftliche Einrichtungen gebaut. Dabei werden immer mehr die Ansätze einer Trennung der früheren Mischbebauung in Bereiche des Wohnens und des Produzierens sichtbar.

Wir wollen aber nicht übersehen, daß bei der umfangreichen Bautätigkeit auf dem Lande auch Fehler gemacht worden sind. Das zeigt sich insbesondere darin, daß bevorzugt am Rande der Ortslagen gebaut wurde. Diese oftmals von der Landwirtschaft geförderte Praxis hatte zur Folge, daß sehr viel hochwertige landwirtschaftliche Nutzfläche verlorenging. Häufig wurde die entschieden abzulehnende Tendenz aber auch begünstigt und einseitig auf die Bauausführung bezogene ökonomische Überlegungen. Dabei entstanden dann auch die uns allen bekannten architektonisch-gestalterischen Fehler und Mängel, welche jetzt in zunehmendem Maße die berechtigte Kritik der Öffentlichkeit hervorrufen. Das betrifft auch und gerade die Gestaltung der Produktionsanlagen. Ohne Zweifel haben gute Konstrukteure dem ländlichen Bauwesen neue Impulse verliehen. Denken wir beispielsweise an den Mastenbau und an die neuere Entwicklung der Stützen-Riegel-Konstruktion. Die gestalterische Qualität der nach diesen Konstruktionssystemen errichteten Anlagen bleibt jedoch oft noch weit hinter ihrem technischen Niveau zurück. Im Landwirtschaftsbau übernehmen in zunehmendem Maße die landwirtschaftseigenen Baukapazitäten Bau- und Projektierungsleistungen. Diese Entwicklung haben wir als Architekten vor allem angesichts des großen Umfanges der Rationalisierungsmaßnahmen aktiv zu fördern. Einen unserer ersten Beiträge bilden dazu die in Arbeit befindlichen Projektierungskataloge.

Über die Katalogprojektierung, der eine besondere Bedeutung zukommt, weil beabsichtigt ist, dieses System auch auf den Gesellschaftsbau und andere geeignete Gebäudekategorien zu übertragen, wird in der Diskussion gesondert eingegangen werden. Die Forschung sollte verstärkt ihre Aufmerksamkeit auf den Einsatz neuer Baustoffe sowie leichter und weitgespannter Konstruktionen richten, um die zwischengenossenschaftlichen Bauorganisationen und LPG-Baubrigaden in die Lage zu versetzen, ihre Objekte in steigendem Maße selbst montieren zu können.

Bei unseren Architekten ist ein ernstes Bemühen festzustellen, sich mit den spezifischen Fragen der Dorfplanung und des landwirtschaftlichen Bauens intensiv zu befassen. Das zeigte sich auch in der guten Arbeit der Fachgruppe „Ländliches Bauen" und der Bezirksgruppe Neubrandenburg in der Vorbereitung unseres Bundeskongresses. Die Kollegen haben auf Grund einer umfas-

senden Analyse der Situation viele gute Vorschläge für die Entwicklung unserer Dörfer als Mittelpunkte der landwirtschaftlichen Produktion und als Wohnorte der Landbevölkerung gemacht. Wir unterstützen diese Vorschläge und insbesondere ihre Forderung, daß sich mehr begabte Architekten für das ländliche Bauwesen interessieren sollten.

Das 11. Plenum des ZK der SED und der 9. Deutsche Bauernkongreß haben Dorfplaner und Architekten darauf aufmerksam gemacht, daß sie auf dem Lande viel aufzuholen haben. Angesichts der beispielhaften Entwicklung unserer sozialistischen Landwirtschaft hat, wie die Neubrandenburger Bezirksgruppe völlig zu Recht konstatiert, „der Bund Deutscher Architekten die Verpflichtung, die Lösung der Probleme der Umgestaltung des sozialistischen Dorfes aus dem Hinterhof der Architektur in das helle Licht des Tages zu rücken".

Industriebau

Die Entwicklung im Industriebau der DDR ist durch die Konzentration der Investitionen auf die führenden Zweige und auf die durchgehende Rationalisierung ganzer Produktionslinien für hocheffektive und außenhandelsintensive Endprodukte gekennzeichnet. Beträgt der Anteil der Rationalisierung gegenwärtig bereits rund 55 Prozent der Gesamtinvestitionen, so werden es in den nächsten Jahren rund 80 Prozent sein. Damit sind sowohl die Änderung der Struktur des Baubedarfs wie umfassende neue Aufgaben im Industriebau verbunden, die nur durch kollektive Arbeit von Forschung, Betriebstechnologie, bautechnischer Projektierung und Bauausführung zu lösen sind. Alle Erweiterungs-, Neubau- und Rekonstruktionsmaßnahmen müssen darauf gerichtet sein, mit dem höchsten Nutzeffekt der Investitionen den Betrieben der Industrie, des Großhandels und der Dienstleistungen gute Produktionsbedingungen und optimale Voraussetzungen für ihre Weiterentwicklung entsprechend den Erfordernissen der technischen Revolution zu geben. Dabei muß alles getan werden, um die Rationalisierung der städtischen Industrie mit einer teilweisen Neuordnung der Stadtstrukturen und einer wesentlichen Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen in den Städten zu verbinden. Das gilt insbesondere für die sozialistische Umgestaltung der Mischgebiete in den Städten.

Ausgehend vom humanistischen Charakter der technischen Revolution, das heißt von der Herausbildung einer neuen Einstellung des sozialistischen Menschen zu seiner Arbeit, seiner aktiven Beteiligung am technischen Prozeß der Produktion und vor allem seiner Entwicklung zu einer selbständig denkenden, sicher reagierenden und wissenschaftlich gebildeten sozialistischen Arbeiterpersönlichkeit, ist es notwendig, planmäßig die Arbeitsumwelt kulturvoller zu gestalten. Das umfaßt sowohl die Vervollkommnung der arbeitshygienischen Bedingungen wie die Befriedigung der psycho-physischen und ästhetischen Bedürfnisse der Werktätigen am Arbeitsplatz. Es darf auch nicht übersehen werden, daß für die produktive Leistung eines jeden Werktätigen das Wohlbefinden im Arbeitsprozeß von ausschlaggebender Bedeutung ist. Um die Fülle der dabei auftretenden Fragen komplex zu erforschen und zu beherrschen, ist eine breite Gemeinschaftsarbeit von Architekten und Technologen, Medizinern und Hygienikern, Arbeitspsychologen und -physiologen sowie Vertretern des Arbeitsschutzes und weiterer Disziplinen erforderlich. Wir möchten den Kollegen Industriearchitekten empfehlen, sich in der Fachgruppe Industriebau und in den Betriebsgruppen der Industrieprojektierungsbetriebe gerade dieser kulturell wichtigen Probleme des Arbeitsmilieus anzunehmen und zu ihrer Lösung die Gemeinschaftsarbeit zu fördern.

Was die Typisierung und Industrialisierung im Industriebau betrifft, so müssen diese der Forderung gerecht werden, Gebäude und Anlagen mit hoher Flexibilität und Variabilität der Nutzung zu errichten. Hinzu kommt, daß die Rationalisierungsmaßnahmen in der Industrie eine weit größere Elastizität in der Anwendung und Weiterentwicklung vorhandener Bauweisen und Verfahren unter Einbeziehung neuer Konstruktionen und Baustoffe verlangen. Es geht immer darum, welche Lösung unter den jeweiligen konkreten Bedingungen die wirtschaftlichste ist. So ist bekanntlich eine wesentliche Senkung des Konstruktionsaufwandes der Gebäude möglich, wenn wir auf Flurfördermittel übergehen. Vor unseren Spezialprojektanten im Industriebau steht die vordringliche Aufgabe, den internationalen Tendenzen im Industriebau folgend, effektive Wege im Formleichtbau und Stoffleichtbau zu gehen.

Dem Bau von Industriekomplexen stehen aber auch Schwierigkeiten im Wege, die sich aus der noch mangelhaften Beherrschung der räumlichen und zeitlichen Koordinierung der Investitionen ergeben. Die Eigenerwirtschaftung der Investitionen erschwert zunächst die Zusammensetzung mehrerer Nutzer auf einem Industriegelände und wirft zusätzliche Fragen der Finanzierung einer vorausgehenden Erschließung des Geländes sowie gemeisam zu nutzender Einrichtungen auf. Bei der Planung des Industriekomplexes Magdeburg-Rothensee zeigen sich solche Schwierigkeiten, die man ohne Zweifel verallgemeinern kann. Deshalb verdienen auch Überlegungen der örtlichen Planungsorgane in Magdeburg Beachtung, die darauf abzielen, durch Bildung eines entsprechenden Fonds eine komplexe Erschließung des neuen Industriegebietes materiell und finanziell zu sichern und damit die Interessen der einzelnen Planträger und die gesamtvolkswirtschaftlichen und städtebaulichen Interessen in Einklang zu bringen.

Was die Entwicklung der Architektur im Industriebau betrifft, so bemühen sich unsere Architekten in den Industrieprojektierungsbetrieben um eine höhere Qualität bei der städtebaulich-architektonischen Lösung der Industriebauten, wobei sie auch von dem bedeutenden Einfluß der Industrieanlagen auf die typische und charakteristische Gestalt der Städte und der Landschaft ausgehen.

Sie alle kennen sicher eine Reihe von Industrieanlagen und -gebäuden, die nicht nur technisch perfekt, zweckmäßig und ökonomisch, sondern auch architektonisch gut gestaltet sind. Ich denke zum Beispiel an die Omnibushalle in Berlin-Weißensee, die Lagerhalle der Deutschen Handelszentrale in Sangerhausen in HP-Schalenkonstruktion, das Traktorenwerk Brandenburg oder unsere gewaltigen Kraftwerksanlagen im Bezirk Cottbus. Das sind Industrieanlagen, bei denen unsere Kollegen aus den Industrieprojektierungsbetrieben ihre künstlerische Gestaltungskraft unter Beweis gestellt haben. Es gibt aber auch noch Vernachlässigungen einer bewußten Gestaltung und einen Hang nach modischen Effekten, offenbar in der Absicht, der Nüchternheit eines Industriebaus entgegenzuwirken. Deutlich wird das zum Beispiel in Berlin an den Industriegebäuden des VEB Spezialfahrzeugwerk und des VEB Kali-Chemie, deren architektonische Mängel jedem vom Flughafen Schönefeld oder der Autobahn in unsere Hauptstadt Kommenden unangenehm auffällt.

Die Betriebsgruppen der Industrieprojektierungsbetriebe sowie unsere Fachgruppen für Industriebau sollten sich durch wissenschaftlich fundierte Analysen bedeutender Industrieobjekte verstärkt mit den Fragen der Architektur auseinandersetzen. Dabei müssen auch Überlegungen angestellt werden, wie eine Koordinierung mehrerer bei einem Industriekomplex eingesetzter Industrieprojektierungsbetriebe im Interesse einer einheitlichen architektonischen Gestaltung erreicht werden kann.

Komplexer Wohnungsbau

Vor der Wissenschaft und Praxis der Typenprojektierung steht als besonders vordringliches Problem die architektonische Meisterung des industriellen Bauens im Komplexen Wohnungsbau als dem typischen Massenbau. Die Kompliziertheit der dabei auftretenden Fragen wird wesentlich von der vorhandenen technischen Basis bestimmt, die im Perspektivzeitraum die Hauptgrundlage für die Massenproduktion darstellt.

In der weiteren Entwicklung des Komplexen Wohnungsbaus unterscheiden wir deshalb zwei Etappen. In der ersten Etappe, die bis etwa 1972 reicht, gehen wir von einer Verbesserung der Qualität vorhandener Typenserien des Wohnungs- und Gesellschaftsbaus aus, die uns die weitgehende Nutzung der vorhandenen Produktionsbasis ermöglicht. In der zweiten Etappe, etwa ab 1972, wird zur Anwendung völlig neuer Typen übergegangen werden. Im Vordergrund steht also zur Zeit die Forderung, eine höhere funktionelle und gestalterische Qualität des laufenden Typensortiments und eine differenzierte Erfüllung der Wohnbedürfnisse auf der Basis der örtlich vorhandenen Produktionsmöglichkeiten zu erreichen. Das wird, verbunden mit einer besseren städtebaulichen Gestaltung, wesentlich dazu beitragen, Erscheinungen der Monotonie und des Schematismus in den Wohnungskomplexen zu überwinden. Zur Erweiterung und Veränderung des Angebotes an Unterlagen für gesellschaftliche Bauten wie Schulen, Handelseinrichtungen und anderen haben Untersuchungen an der Technischen Universität Dresden, im VEB Hochbauprojektierung Cottbus und so weiter begonnen. Die Deutsche Bauakademie beabsichtigt, als Ergänzung der zentralen Typenlisten unter Einschaltung der Projektierungsbetriebe ein katalogisiertes Variantenangebot zu erarbeiten, das Anregungen für funktionelle und gestalterische Verbesserungen der laufenden Wohnungstypen und Vorschläge zur Lösung von Gebäudeecken, Giebelausbildungen, Varianten in der Geschoßzahl und so weiter enthalten wird.

Zur Vorbereitung der 2. Etappe steht die Aufgabe, neue Typenkonzeptionen zu erarbeiten, die auf der künftigen Entwicklung der Wohnweise, der Freizeitgestaltung, der Pädagogik und der Handelstechnik sowie auf neuen Erkenntnissen im Städtebau aufbauen und außerdem mit den Grundlagen des Baukastens übereinstimmen. Dazu müssen neue Wege der Zusammenarbeit zwischen staatlicher Leitung, Fachplanträgern, Spezialprojektanten, Produktionsbetrieben und den Instituten der Deutschen Bauakademie sowie anderen wissenschaftlichen Disziplinen beschritten werden.

Der Bund Deutscher Architekten muß es sich in dem gesamten komplizierten Prozeß der Weiterentwicklung des Komplexen Wohnungsbaus zur Aufgabe machen, die in der Praxis der Bezirke heute schon sichtbar werdenden guten Ergebnisse zu popularisieren und durch die Fachgruppen die vielfältigen interessanten Vorschläge der Kollegen zu fördern.

Unser Präsidium hat sich am 12. Mai anläßlich einer Beratung in Rostock davon überzeugen können, mit welcher Intensität und Sachkenntnis sich die Kollegen der Bezirksgruppe Rostock bemühen, durch eine allseitige Weiterentwicklung des Komplexen Wohnungsbaus für den Neuaufbau von Lütten-Klein eine neue höhere Qualität zu erreichen. Ein hervorstechendes Merkmal der Arbeit der Rostocker Kollegen ist es, daß sie die Aufgaben im Gesamtzusammenhang sehen und lösen. Für sie ist, wie die ausgearbeitete Konzeption über die architektonische Entwicklung des Bezirkes Rostock beweist, die Beschäftigung mit einer wissenschaftlichen Analyse des Erreichten und mit der Weiterentwicklung der Architektur unter besonderer Beachtung der regionalen Bedingungen und Traditionen genau so wichtig wie die enge Zusammenarbeit von Bauherr, Städtebauern, Projektanten und bauausführendem Betrieb. Wie uns die Kollegen berichteten, gehen ihre Bemühungen um eine höhere Qualität keinesfalls ohne Konflikte und kämpferische Auseinandersetzungen vor sich, denn es wäre ja im Grunde genommen für alle Beteiligten viel leichter gewesen, das in der Südstadt, insbesondere im ökonomischen Bereich, bereits Erreichte in Lütten-Klein einfach fortzusetzen. Es ging aber um eine neue höhere Qualität, und das bedeutete eben, das, was gestern noch gut war, als heute nicht mehr ausreichend zu betrachten. Die richtige Ausgangsposition „für wen bauen wir?" hat allen am Werk Beteiligten eine kämpferische Haltung verliehen gegen eine Vernachlässigung der Qualität des Endprodukts bis in die Beachtung des architektonischen Details hinein. Wir würden es begrüßen, wenn die Rostocker Kollegen unserem Kongreß von ihrem Kampf um eine neue Qualität Näheres berichten würden. Für die weiteren Auseinandersetzungen um eine wesentliche Verbesserung der funktionellen, architektonischen und gestalterischen Qualität der Wohngebiete sind auch eine Reihe von Studien von Bedeutung, die in Vorbereitung unseres Kongresses im Institut für Wohn- und Gesellschaftsbau der Deutschen Bauakademie, von den Kollegen Kirsch, Felz, Herzog, Rösler und Schulz erarbeitet wurden. Die Arbeitsergebnisse sind in unserer Ausstellung zu sehen und enthalten erste Vorstellungen und Gedanken zur Erreichung einer neuen Qualität im Wohnungsbau. Sichtbar werden in diesen Studienentwürfen vielfache Gedanken zur Entwicklung neuer räumlicher Konzeptionen, die sich durch ein Streben nach Harmonie zwischen Intimität und Weiträumigkeit und eine differenzierte Baukörpergestaltung auszeichnen. Von Interesse dürfte es sein, daß die Studien am konkreten Pla-

nungsbeispiel der Stadterweiterung Schwedt (Oder), das heißt in Übereinstimmung mit der Programmstellung des Stadtarchitekten von Schwedt entstanden sind, der selbst als Autor für eine der Studien verantwortlich zeichnet. Die Studien bedürfen einer gründlichen Analyse. Außerdem sollte über die vorgetragenen Ideen der Meinungsstreit entbrennen als Anregung zu unserer Diskussion für die Entwicklung des Wohnungsbaus in der sozialistischen Gesellschaft.

Auch beim Aufbau von Halle-West wird unweit unseres Tagungsortes unmittelbar in der Praxis der Kampf um eine höhere Qualität im Komplexen Wohnungsbau geführt. Das spielt sich in den einzelnen Wohnkomplexen unterschiedlich ab, je nachdem, wie weit überhaupt noch Veränderungen an den bereits ausgearbeiteten Projektunterlagen möglich waren. Mußten sich die Kollegen anfangs mit Vorschlägen für eine Verbesserung der Gestaltung einzelner Gebäude begnügen, so konnte im weiteren Verlauf zu einer besseren räumlichen Gestaltung einzelner Wohngruppen übergegangen werden. Das Ziel der weiteren Arbeit ist es, über diese Verbesserungen hinaus die Nachteile des Zeilenbaues zu überwinden und neue Systeme für die räumliche Ordnung der Wohnkomplexe zu entwickeln. Wie uns der Chefarchitekt von Halle-West, Genosse Professor Paulick, mitteilte, geht auch hier die Entwicklung nicht ohne Konflikte vor sich, und wir werden bei der Besichtigung von Halle-West Gelegenheit haben, die positiven und negativen Erfahrungen der Hallenser Kollegen im Kampf um eine neue Architektur im Wohnungsbau der DDR auszutauschen.

Die Fachgruppe „Wohn- und gesellschaftliche Bauten" des Bundes hat sich in Vorbereitung des Kongresses auf der Grundlage einer Umfrage an alle Bezirksgruppen damit beschäftigt, wie eine größere architektonische Variabilität im industriellen Bauen erreicht werden kann. Die Fachgruppe kommt zu dem Ergebnis, daß neben der Anwendung monolithischer Bauteile als Sonderlösung im Rahmen einer Montagebauweise variable Elemente in verhältnismäßig kleinen Losgrößen erforderlich sind, die unmittelbar die äußere Erscheinung des Gebäudes mitbestimmen. Es wird aber auch für erforderlich gehalten, daß bei den Massenelementen der Fassaden Varianten in bezug auf die Ausbildung der Oberflächen sowie die Form und Lage der Öffnungen zugelassen werden. Die Arbeitsgruppe hat sich ferner mit den Hemmnissen beschäftigt, die zur Zeit in der Produktionstechnik, der Preispolitik und in der Projektierung einer Herstellung und Anwendung variabler Elemente im Wege stehen. Wir halten das Material, das sich des weiteren mit Problemen des Baukastens, der Typenprojektierung und des Städtebaus beschäftigt, für so wertvoll, daß der Vorstand der Fachgruppe es nach einer nochmaligen gründlichen Diskussion der staatlichen Leitung und allen am industriellen Bauen teiligten Betrieben als Diskussionsmaterial übergeben sollte.

Stadtzentren

Partei und Regierung haben uns Städtebauern und Architekten mit den Beschlüssen über den Aufbau der Stadtzentren den Auftrag gegeben, gerade in den zentralen städtebaulichen und architektonischen Ensembles die Vorzüge der sozialistischen Gesellschaftsordnung voll wirksam werden zu lassen. Mit besonderem Nachdruck orientieren die Direktiven des gesellschaftlichen Auftraggebers auf die Realisierung großer städtebaulicher Konzeptionen, wie sie speziell in Stadtzentren nur in der sozialistischen Gesellschaftsordnung und ihrer Planwirtschaft möglich sind. Daraus erwuchs uns als Städtebauer und Architekten die verpflichtende Aufgabe, Ensembles zu schaffen, die in ihrer künstlerischen Leitidee die sozialistische Entwicklung in der DDR überzeugend zum Ausdruck bringen und das individuelle Gesicht des jeweiligen Stadtzentrums bestimmen.

Heute, nachdem große Teile der Stadtzentren bereits aufgebaut sind, müssen wir die erreichten Ergebnisse an der politischen Zielstellung des gesellschaftlichen Auftrages messen. Bei aller Anerkennung der Erfolge in unseren großen Städten, die schon oft gewürdigt wurden, gibt es doch merkliche Unterschiede in der Durchsetzung der ursprünglich beschlossenen Konzeptionen. Wesentlich für eine Beurteilung ist die Beantwortung der Frage, inwieweit es Bauherr und Architekten verstanden haben, bei einer Kontinuität in der Durchführung der Grundkonzeption diese in der weiteren Konkretisierung und künstlerischen Bewältigung ständig zu bereichern und die architektonische Qualität der einzelnen Bauabschnitte zu steigern.

Die Bezirksgruppen des Bundes Deutscher Architekten haben in einigen Bezirksstädten begonnen, den erreichten Stand beim Aufbau ihrer Stadtzentren zu analysieren und Schlußfolgerungen für die weitere Arbeit zu ziehen.

Interessant ist ein Vergleich zwischen Karl-Marx-Stadt und Berlin. Die Kollegen aus Karl-Marx-Stadt können mit Recht feststellen, daß die beiden Bauabschnitte „Straße der Nationen" und „Rosenhof" als in sich geschlossene Ensembles beiderseits der Zone des künftigen zentralen Platzes einen hohen Erlebniswert ermitteln, unter anderem deshalb, weil sie sich bewußt der übergeordneten Leitidee einordnen. Besonders hervorzuheben ist, daß die Architekten auf der einen Seite bemüht waren, den architektonischen Aufwand für die Gestaltung sowohl im Äußeren als auch im Inneren im Sinne einer guten Baugestaltung knapp zu halten, andererseits aber mit den Laubengängen, den bildhauerisch gestalteten Brunnen und den abwechslungsreichen Grün- und Wasserflächen eine wünschenswerte Bereicherung der ursprünglichen Konzeption erreicht haben. Einen entscheidenden Bestandteil bildet der Rosenhof, der in freier Fortführung der historischen Märkte zu einem intimen Fußgängerbereich gestaltet wurde, der mit seiner streng architektonischen Rosenanlage und seinen Wasserspielen ein Anziehungspunkt für die Bevölkerung geworden ist.

Selbstverständlich gibt es auch beim Aufbau von Karl-Marx-Stadt im einzelnen Dinge, die man hätte besser machen können, und die Kollegen gehen in ihrer Analyse auch kritisch darauf ein; doch man muß insgesamt konstatieren, daß in Karl-Marx-Stadt auf Grund einer kontinuierlichen und fruchtbaren Zusammenarbeit von Bauherr, Städtebauern, Architekten, bildenden Künstlern und Baubetrieben und nicht zuletzt auf Grund eines ständigen Kontaktes mit der Bevölkerung ein gutes Gesamtergebnis erzielt wurde.

Der inzwischen fertiggestellte Abschnitt der zentralen Achse des Zentrums unserer Hauptstadt Berlin, die Straße Unter den Linden, war ebenfalls Anlaß für eine erste analytische Einschätzung durch die BDA-Betriebsgruppen der Deutschen Bauakademie und des VEB Berlin-Projekt, an der besonders die Projektanten der einzelnen Gebäude der Straße Unter den Linden beteiligt sind. In diesen Analysen, die sich vornehmlich auf die städtebaulich-architektonischen Fragen beziehen, gibt es in vielen Punkten eine grundsätzliche Übereinstimmung, jedoch auch unterschiedliche Auffassungen, die in der Berliner Bezirksgruppe des Bundes Deutscher Architekten Gegenstand weiterer Diskussionen sein sollten. Übereinstimmend wird die grundlegende Leistung des Neuaufbaus der Straße Unter den Linden darin gesehen, sie als historische Straße zu neuen gesellschaftlichen Zwecken und mit dem Bekenntnis zu neuen modernen Architekturformen in ihrer alten Raumgestalt wieder aufgebaut zu haben. Damit ist dieses für Berlin so typische Ensemble durch meisterhafte Rekonstruktion und Restaurierung seiner historischen Bauten und durch bewußte Einhaltung des Lindenstatus zu neuem Leben erweckt worden. Die Analysen stellen aber auch übereinstimmend fest, daß die Chance der qualitativen Umgestaltung der Straße Unter den Linden nicht in vollem Maße genutzt worden ist. Die unterschiedliche Qualität und Formensprache in der architektonischen Gestaltung der Gebäude im einzelnen haben im westlichen Teil der Straße nicht zu einem harmonischen städtebaulichen Ensemble geführt. Wenn auch die Ursachen dafür noch nicht übereinstimmend dargelegt werden, so sagen doch gerade die Projektanten selbst, daß sie sich den Vorwurf machen müssen, nicht kämpferisch genug die Gesamtkonzeption der Straße Unter den Linden gefordert und durchgesetzt zu haben. An anderer Stelle sprechen sie davon, daß trotz des Vorteiles einer gleichzeitigen Projektierung bei den einzelnen Projektanten ein mangelhaftes Verständnis für die Unterordnung unter den Gesamtentwurf der Abwicklung der Straßenfronten „Unter den Linden" vorlag und daß jeder Architekt die gemeinsame architektonische Sprache gesucht, jedoch nicht gefunden hat.

Für den weiteren Aufbau des Berliner Stadtzentrums, insbesondere des Alexanderplatzes, sind daraus ernste Schlußfolgerungen zu ziehen, um Voraussetzungen für ein einheitliches Handeln aller an der Realisierung der Grundkonzeption Beteiligten zu schaffen. Nur so kann in Berlin die früher schon einmal erreichte Qualität in der Meisterung städtebaulicher Ensembles schöpferisch weiterentwickelt werden. Von ganz besonderer Bedeutung ist für die endgültige Gestaltung des Berliner Stadtzentrums die weitere Durcharbeitung der begonnenen Konzeption für die Einbeziehung von Werken der bildenden Kunst und ebenso eine den Ensemblegedanken bereichernde Freiflächengestaltung und Begrünung.

Die vordringlichste Aufgabe der Berliner Bezirksgruppen des Bundes Deutscher Architekten sollte es sein, die begonnene analytische Arbeit systematisch fortzusetzen und die Schwerpunkte beim weiteren Aufbau des Stadtzentrums mit bildenden Künstlern, Wissenschaftlern, Produktionsarbeitern und der Bevölkerung ständig kritisch zu beraten und auszudiskutieren. Von gleicher Bedeutung ist es, daß die Betriebsgruppe im VEB Berlin-Projekt darauf einwirkt, die Arbeit dahingehend zu verbessern, daß echte kritische und parteiliche Aussprachen zwischen und auch innerhalb der Projektierungsbrigaden erfolgen. Gleichermaßen muß in die kollektiven Beratungen die ernste Kritik einbezogen werden, die von Partei und Regierung am Zurückbleiben des Aufbaus des Zentrums unserer Hauptstadt geübt wurde und die Gegenstand der letzten Berliner Stadtverordnetensitzung war.

Alle Bezirks- und Betriebsgruppen des Bundes Deutscher Architekten sollten in die Diskussion über den Stand des Aufbaus der Stadtzentren auch die Einschätzung der Innengestaltung, insbesondere der Einrichtung von bedeutenden gesellschaftlichen Bauten, einbeziehen. Neben guten Beispielen der Gestaltung von Innenräumen wie im Hotel „Deutschland" in Leipzig gibt es gerade auf diesem Gebiet viel unmotivierten, zum Teil kunstgewerblichen modischen Aufwand, der nicht zuletzt zu erheblichen Kostenerhöhungen führt. In der Innenausstattung des „Linden-Corso" in Berlin zeigt sich ein solcher Aufwand, insbesondere bei den dekorativen Details, der in keinem Verhältnis zur erreichten ästhetischen Wirkung steht. Unsere Fachgruppe „Innengestaltung" sollte sich kritisch mit diesen Erscheinungen in der Innenarchitektur auseinandersetzen und dazu beitragen, zwischen der äußeren und der inneren Gestaltung unserer industriell errichteten Bauwerke eine architektonische Einheit zu erreichen.

Ich möchte zusammenfassend zu dem Abschnitt, der sich mit der neuen Qualität im Städtebau und in der Architektur entsprechend den Erfordernissen der 2. Etappe des Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung befaßte, mit besonderem Nachdruck unterstreichen, daß sich alle Architekten noch stärker davon leiten lassen müssen, daß sich in der Sparsamkeit der Meister zeigt. Es ist ein unabdingbares gesellschaftliches Erfordernis und entspricht der Durchsetzung des Prinzips der Eigenerwirtschaftung der Investitionen, daß der Projektant in seiner gesamten Tätigkeit von exakten Kosten- und Effektivitätsnormativen ausgeht. Deshalb muß die Erfüllung dieser Forderung auch bei der Projektverteidigung eine entscheidende Rolle spielen!

Die Aufgaben des Bundes Deutscher Architekten bei der weiteren Entwicklung des Städtebaus und der Architektur zu einem demokratischen Anliegen der ganzen Gesellschaft

Im vorliegenden Rechenschaftsbericht und im Entschließungsentwurf sind die Aufgaben des Bundes Deutscher Architekten in dem vor uns stehenden Zeitabschnitt im einzelnen dargelegt und die Schwerpunkte unserer Tätigkeit als Fachverband herausgearbeitet. Es wird dabei das Hauptanliegen des Bundes unterstrichen, durch mannigfaltige Weiterbildungsmaßnahmen alle unsere Berufskollegen zu befähigen, den ständig wachsenden und komplizierter werdenden Aufgaben im Städtebau und in der Architektur voll gerecht zu werden.

Da hierzu durch Frau Dr. Bach ein eigener Diskussionsbeitrag vorbereitet wurde, möchte ich nicht näher auf diesen Fragenkomplex eingehen und mich daher am Schluß meiner Ausführungen lediglich mit zwei Hauptfragen unserer Arbeit beschäftigen, und zwar mit der Entwicklung der Architekturkritik und mit der Einbeziehung der demokratischen Öffentlichkeit in unser Architekturschaffen.

In den Materialien des Bundeskongresses wird gefordert, unsere Arbeit mit neuen Maßstäben zu beurteilen, die Architekturanalyse und -kritik zu entwickeln und einen konstruktiven Meinungsstreit zu fördern. Die vielen in Vorbereitung des Kongresses geführten Diskussionen und die in den Bezirken ausgearbeiteten Analysen des Gebauten sind ohne Zweifel ein Schritt vorwärts in dieser Richtung. Sie müssen daher auch in geeigneter Weise allen Mitgliedern des Bundes zugänglich gemacht und ausgewertet werden.

Ich verweise nur auf die Ausarbeitungen der Bezirksgruppen Berlin, Karl-Marx-Stadt, Rostock, Dresden und Cottbus, aber auch auf die Einschätzungen durch einzelne unserer Mitglieder, wie die der Kollegin Dullin-Grund, Neubrandenburg, und des Chefarchitekten von Hoyerswerda, Genossen Wagner, und andere.

Sicher werden einige Kollegen zu den Methoden und Ergebnissen ihrer Analysen in der Diskussion noch zu Wort kommen. Es ist positiv zu werten, daß zum Beispiel in der Analyse des Kulturzentrums Neubrandenburg die Autorin, Frau Dullin-Grund, versucht, eine allseitige Einschätzung zu geben in bezug auf die Ökonomie und Funktionstüchtigkeit, die architektonische und kulturelle Wirksamkeit des Bauwerkes. Wir sind durch eine Veröffentlichung in der „Deutschen Architektur" mit den dabei aufgeworfenen Fragen vertraut gemacht worden. Bedauerlich ist allerdings, daß die Bezirksgruppe Neubrandenburg sich trotz der mit dem Präsidium getroffenen Vereinbarung nicht zu einer kollektiven Meinung über das Kulturzentrum ihrer Bezirksstadt durchgerungen hat. Auch im Bezirk Cottbus sollte unseres Erachtens die Analyse des Aufbaus von Hoyerswerda ein gemeinsames Anliegen der Bezirksgruppe und des Chefarchitekten werden. Genosse Wagner hat, ausgehend von einer kritischen Einschätzung der städtebaulich-architektonischen Lösung in Hoyerswerda, viele gute Gedanken darüber geäußert, wie beim weiteren Aufbau der Stadt, die auf 95 000 Einwohner anwachsen soll, eine neue Qualität erreicht werden kann. Leider gab es ein Nebeneinander in der Erarbeitung der von der Bezirksgruppe Cottbus übernommenen vergleichenden Analysen von Hoyerswerda und Eisenhüttenstadt, weil der Chefarchitekt von Hoyerswerda in diese Arbeit nicht einbezogen wurde. Die Bezirksgruppe Cottbus sollte den Problemen in Hoyerswerda eine größere Aufmerksamkeit widmen und den Zustand überwinden, daß seit eineinhalb Jahren nicht ein Bebauungsplan und nicht ein Projekt der Wohnstadt in der Bezirksgruppe diskutiert oder verteidigt wurden.

Wir setzen uns auf unserem Kongreß mit solchen Mängeln deshalb kritisch auseinander, weil wir die analytische Tätigkeit als Grundlage und Hauptmittel der Entwicklung des schöpferischen Meinungsstreites und einer erzieherisch wirkenden Kritik ansehen. Vor allem muß aber gesehen werden, daß eine solche Art von Analysen auch von großer Bedeutung für die theoretische Arbeit auf dem Gebiet des Städtebaus und der Architektur ist. Der Bund beauftragt deshalb die Bezirks-, Betriebs- und Fachgruppen, durch die Ausarbeitung von Architekturanalysen aktiv auf die Entwicklung neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse Einfluß zu nehmen. Die Analysen müssen darüber hinaus genutzt werden, an Ort und Stelle Mängel aufzudecken und Vorschläge zur Verbesserung der Architektur und zur Erhöhung der Baukultur zu unterbreiten. Das muß auch noch mehr in der Zeitschrift „Deutsche Architektur" zum Ausdruck kommen, in der immer noch die Veröffentlichungen von Projektanten und fertiggestellten Bauwerken vornehmlich einen beschreibenden Charakter haben, die kritische Analyse aber einen Seltenheitswert darstellt.

Daß die Architekturkritik bei uns nach wie vor schwach entwickelt ist, hat vor allem ideologische Ursachen. Es gibt noch Reste kleinbürgerlichen Denkens, die sich darin äußern, daß man über das Werk eines Kollegen nicht gern sprechen möchte, daß man unter Berufung auf die ohnehin von der Öffentlichkeit ständig an der Architektur geübte Kritik glaubt, vermeiden zu müssen, daß sich die Architekten auch noch untereinander kritisieren. Wir müssen im Bund Deutscher Architekten solche Auffassungen überwinden, denn als Marxisten verstehen wir unter „Kritik" und „Selbstkritik" als einem Prinzip der sozialistischen Demokratie die bewußte und verantwortliche Auseinandersetzung mit Widersprüchen, und zwar sowohl im Interesse der gesellschaftlichen Vorwärtsbewegung als auch im Interesse der Persönlichkeitsentwicklung des einzelnen. Wir müssen also in unseren Reihen Klarheit schaffen über das Wesen der Kritik als einer mobilisierenden Kraft, die hilft, die in unserer Arbeit auftretenden Widersprüche zu lösen und alle Fähigkeiten des schaffenden Architekten zu entwickeln und fruchtbar zu machen.

Die sozialistischen Produktionsverhältnisse verwirklichen ihre Vorzüge nicht von selbst, sie erfordern bei der Durchsetzung des Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung die aktive Mitwirkung aller Werktätigen, aller Bürger der DDR. Das gilt gerade auch für das Gebiet der Architektur. Die geistige Formung des sozialistischen Menschen und die Lösung der ökonomischen Aufgaben sind untrennbare Bestandteile der Herausbildung der sozialistischen Gesellschaft und der vollen Entwicklung der sozialistischen Nationalkultur. Zu einer geistigen Ausprägung des sozialistischen Menschen gehört seine bewußte Einbeziehung in die Schaffung seiner Umwelt, seines Arbeits- und Lebensmilieus.

Wir Architekten werden die schwierigen Probleme, die auch für den Städtebau und die Architektur aus der technischen Umwälzung und den grundsätzlichen Veränderungen in der Lebensweise der Menschen in der sozialistischen Gesellschaft erwachsen, nur meistern, wenn wir uns intensiv und unmittelbar im Leben mit den Bedürfnissen, Auffassungen und Verhaltensweisen der Menschen vertraut machen. Nur das ständige Studium des Lebens der Bevölkerung in den neuerbauten und alten Wohnvierteln, am Arbeitsplatz, bei der Freizeitgestaltung und Erholung, bei ihren Begegnungen in den gesellschaftlichen Zentren läßt uns das Neue, Zukunftsweisende erkennen.

Im Grunde genommen geht es um die Anwendung von Prinzipien des Bitterfelder Weges auf das architektonische Schaffen. Deshalb müssen wir auch gleichzeitig dazu übergehen, breite Bevölkerungskreise mit den Fragen des Architekturschaffens bekannt zu machen, bei ihnen das ästhetische Empfinden für die Architektur wecken und entwickeln und sie schließlich zu aktiven Mitschöpfern bei der Gestaltung ihrer Umwelt machen. Auf der Bezirkskonferenz in Leipzig hat Kollege Gerhard im Zusammenhang mit dem Neubau des Hotels „Deutschland" vom Bitterfelder Weg in Aktion gesprochen. Der Direktor des Hotels hat die gute Zusammenarbeit zwischen Projektanten, Aufbauleitung und späteren Nutzer als beispielhaft bezeichnet. Er sagte unter anderem: „Das Wundervolle nach Fertigstellung des Baues ist, daß keiner der jetzigen Mitarbeiter erhobenen Fingers auf die ‚bösen Projektanten' schimpft und ihnen nachsagt, man hätte nicht genügend Überlegungen walten lassen. Die Kollektive wurden in die Beratung über die vorgelegten Zeichnungen einbezogen und hatten Gelegenheit, ihre künftige Arbeitsstätte selbst mit einzurichten. Dieser vom Projektanten beschrittene Weg trägt jetzt bei den Kollektiven in Ausübung ihrer verantwortlichen Tätigkeit volle Früchte."

Auch bei der Projektierung für den Bau des Kulturzentrums in Neubrandenburg wurden von den beteiligten Architekten neue Wege zu einer engen Verbindung mit der Bevölkerung beschritten. In vielen Vorträgen, Presseberichten, in Sendungen des Rundfunks und Fernsehens, auf Foren und Aussprachen wurden die Bürger über den geistig-kulturellen Inhalt, die Gestaltungsabsichten der Architekten und über den Fortgang der Projektierungs- und Bauarbeiten unterrichtet. Ähnliches könnte man über Leipzig, Gera, Magdeburg und andere Städte berichten.

Die guten Erfahrungen zeigen, daß diese konkrete Art des Kontaktes der Architekten mit den Menschen wesentlich dazu beiträgt, das öffentliche Gespräch über Städtebau und Architektur zu beleben und damit das geistige Leben im Bund zu fördern.

Wir halten es deshalb für notwendig, daß die Organe des Bundes in Mitgliederversammlungen, in den Projektierungsbüros, Hochschulen und vor allem in öffentlichen Veranstaltungen, Presseartikeln, im Fernsehen und Rundfunk die Politik von Partei und Regierung auf dem Gebiet des Städtebaus und der Architektur an Hand der örtlichen Beispiele erläutern, die spezifischen Probleme der Herausbildung einer sozialistischen Architektur darlegen und dazu hervorragende Architekten und Bauwissenschaftler gewinnen.

Wir haben in der Woche vor unserem V. Bundeskongreß in allen Bezirken in vielfältigen Formen, wie Werkstattgesprächen, Projektverteidigungen, öffentlichen Vorträgen, Ausstellungen und so weiter, die Öffentlichkeit in die Vorbereitung unseres Kongresses einbezogen und mit unseren Problemen vertraut gemacht. Es gibt gute Vorschläge aus einigen Bezirksgruppen, auch die Auswertung des Bundeskongresses unter Einbeziehung der Öffentlichkeit mit ihrem Oberbürgermeister und den Stadtverordneten durchzuführen. Solche Formen gilt es durchzusetzen und weiterzuentwickeln, damit Städtebau und Architektur immer mehr zu einem demokratischen Anliegen der ganzen Gesellschaft werden.

Liebe Kolleginnen, Kollegen und Genossen!

Die vor uns stehenden Aufgaben bei der Durchsetzung der 2. Etappe des Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung in unserem Fachgebiet stellen hohe Anforderungen an jeden Städtebauer und Architekten und ebenso an unseren Fachverband.

Es geht darum, den Prozeß des Umdenkens, des Lernens und der Weiterbildung auf allen Gebieten, insbesondere Ökonomie und der künstlerischen Bewältigung des industriellen Bauens, zu fördern und zu beschleunigen.

Es geht darum, in den Architektenkollektiven eine wahrhaft schöpferische Atmosphäre zur Erzielung einer hohen künstlerischen Meisterschaft herzustellen.

Es geht darum, in den Forschungsstätten im umfassenden Sinne einen wissenschaftlichen Vorlauf auf dem Gebiet des Städtebaus und der Architektur zu erringen.

Es geht darum, an unseren Hochschulen Studenten auszubilden und zu erziehen, die mit den fortgeschrittensten Erkenntnissen auf technisch-naturwissenschaftlichem Gebiet sowie der marxistisch-leninistischen Ästhetik und der Politökonomie vertraut sind und sie in die Praxis umzusetzen verstehen.

Es geht darum, vielfältige Formen des wissenschaftlichen Meinungsstreites und einer kameradschaftlichen Architekturkritik zu pflegen und im Bund ein reges geistiges Leben zu entwickeln, das zu einer kollektiven Meinungsbildung in den Grundfragen des Städtebaus und der Architektur führt.

Es geht darum, die Fragen des Städtebaus und der Architektur allen Bürgern der DDR nahezubringen und sie immer mehr in den Prozeß der Umweltgestaltung einzubeziehen.

Um diese Aufgaben mit Erfolg zu lösen, müssen wir im Bund Deutscher Architekten die politische Führungstätigkeit wesentlich verbessern und unseren Fachverband organisatorisch wesentlich festigen. Es wird die Hauptaufgabe des auf unserem Kongreß neu zu wählenden Bundesvorstandes und des Präsidiums sein, der Arbeit in allen Organen Ziel und Richtung zu geben, sie politisch-ideologisch anzuleiten und zu kontrollieren, und – ausgehend von der Bedeutung seiner Aufgaben – die Autorität des Bundes Deutscher Architekten zu stärken.

Geht unser Bund mit dieser Zielsetzung und in diesem Geiste an seine Arbeit, dann wird es ihm gelingen, auf der Grundlage der Beschlüsse von Partei und Regierung das große Kollektiv der Architekten der DDR für einen wahrhaft schöpferischen Beitrag zur Lösung der großen Bauaufgaben des Perspektivplans unserer Volkswirtschaft und zur Verwirklichung der nationalen Mission der Deutschen Demokratischen Republik zu befähigen und zu begeistern.

Entschließung des V. Bundeskongresses des BDA

In der gegenwärtigen Periode des umfassenden Aufbaus des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik und des Kampfes um die Verwirklichung der sozialen und nationalen Mission unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates ist die sozialistische Entwicklung der Architektur und des Städtebaus eine bedeutende gesellschaftliche Aufgabe, weil sie immer stärkeren Einfluß auf die Schaffung beispielhafter sozialer Arbeits- und Lebensbedingungen, auf die Entwicklung der sozialistischen Lebensweise und die Bewußtseinsbildung der Menschen gewinnt.

Die Leistungen auf diesem Gebiet sind in hervorragender Weise geeignet, die Vorzüge unserer sozialistischen Gesellschaftsordnung überzeugend sichtbar zu machen und die Stärke und Anziehungskraft unserer Republik weiter zu erhöhen. Die Bauten unserer sozialistischen Epoche sollen von unserem Ringen um ein wahrhaft menschliches Deutschland des Friedens, der Demokratie und der befreiten Arbeit künden. Den ganzen Reichtum schöpferischer Gedanken zu entwickeln und die Vielfalt unserer gesellschaftlichen Möglichkeiten zu nutzen, das ist zugleich der beste Beitrag der Architekten und Städtebauer unserer Republik zur Gestaltung des künftigen Vaterlandes der Deutschen.

Mit dem V. Bundeskongreß beginnen wir einen neuen Abschnitt im Leben unseres Fachverbandes. Die Einheit der politischen, ökonomischen und kulturellen Zielsetzung des architektonischen Schaffens wird zum Hauptinhalt unserer gesellschaftlichen Tätigkeit in der 2. Etappe der Verwirklichung des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung. Dabei treten jetzt solche Aufgaben wie die Schaffung der architektonischen Umweltbedingungen für die Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft, die Erzielung des höchsten Nutzeffektes der Investitionen, insbesondere durch die komplexe sozialistische Rationalisierung in Städtebau und Architektur sowie in der Projektierungstätigkeit, die architektonische Meisterung des industriellen Bauens und die wissenschaftliche Durchdringung von Städtebau und Architektur, die perspektivische Entwicklung und Umgestaltung der Städte, Dörfer, die systematische Weiterbildung der Architekten und die Erhöhung der Wirksamkeit des Bundes in der Öffentlichkeit immer mehr in den Mittelpunkt der ideologischen und fachlichen Arbeit des Bundes.

Der Bundeskongreß hat zu den Grundproblemen des architektonischen Schaffens Stellung genommen und daraus die künftigen Aufgaben des Bundes abgeleitet.

1. Sozialistisches Verantwortungsbewußtsein und Parteilichkeit – Grundlage der schöpferischen Arbeit der Architekten

Das Programm für den umfassenden Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik gibt der Arbeit des Bundes Deutscher Architekten Richtung und Ziel. Es bestimmt den sozialen Grundinhalt unserer Architektur und unseres Städtebaus und stellt den Menschen mit seinen vielfältigen sich entwickelnden materiellen und ideellen Bedürfnissen in den Mittelpunkt unseres Schaffens. Unsere Architektur und unser Städtebau müssen der ganzen Vielfalt und Dynamik des sozialistischen Lebens Raum geben. Sozialistisches Verantwortungsbewußtsein und Parteilichkeit werden dabei zur Grundlage der schöpferischen Arbeit des Architekten.

Der Bund Deutscher Architekten stellt sich deshalb die Aufgabe,

- das Bewußtsein aller Architekten und Städtebauer für ihre soziale und nationale Verantwortung zu entwickeln, ihre künstlerische Schöpferkraft und ihr ökonomisches Denken und Handeln beim umfassenden Aufbau des Sozialismus entsprechend den Erfordernissen der 2. Etappe des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung zu fördern;
- die Herausbildung eines parteilichen Standpunktes zu allen ideologischen und theoretischen Problemen wirksam zu unterstützen und
- sich mit allen Erscheinungen der ideologischen Koexistenz und des Schematismus, die ein schöpferisches Herangehen an die neuen Aufgaben behindern, auseinanderzusetzen.

2. Der Architekt als Mitgestalter der Revolution in Wissenschaft, Technik und Kultur

Die wissenschaftlich-technische und kulturelle Revolution haben tiefgreifende Veränderungen im Leben der Gesellschaft zur Folge. Es geht darum, auf der Grundlage des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung die großen Möglichkeiten der komplexen sozialistischen Rationalisierung zu nutzen, um die beste Variante der technischen Revolution zu verwirklichen. Bei der prognostischen Entwicklung und der perspektivischen Planung der Städte und Dörfer und des ganzen Siedlungsnetzes gilt es, die Vorzüge unserer Gesellschaftsordnung allseitig wirksam werden zu lassen und die Aufgaben und Möglichkeiten der Gegenwart mit den Forderungen der Zukunft zu verbinden. Das bedeutet, Architektur und Städtebau wissenschaftlich zu durchdringen, eine umfassende sozialistische Architekturtheorie auszuarbeiten und dabei die neuen Erkenntnisse anderer Wissenschaften in die Architektur einzubeziehen. Mit gleicher Konsequenz unterstützen wir die Entwicklung des industriellen Bauens und der Typenprojektierung als der Hauptmethode der Projektierung. Die technischen Mittel dürfen jedoch niemals Selbstzweck werden, sondern

sie müssen immer dem Ziel, unserer Gesellschaft mit dem höchsten Nutzeffekt der Investitionen die besten Arbeits- und Lebensbedingungen zu schaffen, untergeordnet sein. Nur so kann die Architektur ihrer gesellschaftlichen Aufgabe gemäß zu einem echten Bestandteil der sozialistischen Nationalkultur werden, der alle progressiven Traditionen der Baukunst in sich einschließt.

Der Bundesvorstand hat die Aufgabe, durch die Entwicklung des wissenschaftlichen Meinungsstreites über die neuen Probleme von Städtebau und Architektur zur Herausbildung einer kollektiven Meinung in den Grundfragen der schöpferischen Arbeit beizutragen.

■ Der Bundeskongreß beauftragt die Fachgruppen, aktiv bei der Lösung neuer Probleme der technischen und kulturellen Revolution insbesondere im Hinblick auf die Auswirkungen der komplexen Rationalisierung, auf die Beziehungen zwischen Arbeitsstätte und Wohnort, die Entwicklung neuer Formen des Wohnens und die künftigen Veränderungen in der Stadt- und Siedlungsstruktur mitzuwirken und dabei eine enge Zusammenarbeit mit anderen Wissenschaftlern, wie Ökonomen, Soziologen, Hygienikern und Psychologen, sowie mit den bildenden Künstlern anzustreben.

■ Der Bundeskongreß richtet an alle bauwissenschaftlichen Institutionen, vor allem an die Deutsche Bauakademie, die Forderung, den Rückstand auf dem Gebiet der Forschung, der ein ernstes Hemmnis für das Schaffen der Architekten darstellt, zu überwinden und in sozialistischer Gemeinschaftsarbeit den für die Praxis notwendigen wissenschaftlichen Vorlauf zu schaffen. Die Ausarbeitung einer auf wissenschaftlichen Analysen aufbauenden sozialistischen Architekturtheorie wird jetzt zu einem Kernproblem für den weiteren Fortschritt in der Architekturpraxis.

■ Der Bundeskongreß verpflichtet die Bezirks- und Fachgruppen, die theoretische Arbeit der wissenschaftlichen Institutionen und die Architekturanalyse durch wissenschaftliche Streitgespräche, Kolloquien und eigene analytische Arbeiten systematisch zu unterstützen.

■ Der Bundesvorstand sollte gemeinsam mit der Planungskommission für Städtebau und Architektur der Deutschen Bauakademie im IV. Quartal 1966 eine Verteidigung der Konzeption für die Weiterentwicklung der sozialistischen Architekturtheorie durchführen.

3. Die aktive Teilnahme der Architekten bei der Weiterentwicklung der sozialistischen Demokratie

In unserem Staat ist das Volk, vertreten durch seine gewählten Organe, oberster Bauherr. Aus der ständigen Vervollkommnung der sozialistischen Demokratie erwächst dem Architekten und Städtebauer in wachsendem Maße die Pflicht, immer von den Bedürfnissen des Volkes auszugehen, bei allen Bauvorhaben eine enge Zusammenarbeit mit der Bevölkerung anzustreben, den Bauherrn als Treuhänder sachkundig zu beraten, aber auch unvertretbare Forderungen einzelner Auftraggeber, die nicht den gesellschaftlichen Bedürfnissen oder Möglichkeiten entsprechen, zurückzuweisen. Die Architekten und Städtebauer erwarten von den Plan- und Investitionsträgern entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen klare Zielstellungen, damit Fehlprojektierungen vermieden und eine hohe Qualität der Projekte gesichert werden kann.

■ Der Bundeskongreß fordert alle Mitglieder des Bundes auf, bei ihrer Arbeit ein enges Zusammenwirken mit dem Auftraggeber und den künftigen Nutzern anzustreben. Die Bezirks- und Betriebsgruppen müssen darauf Einfluß nehmen, daß Projekte von Wohn- und gesellschaftlichen Bauten und städtebauliche Planungen mit der Bevölkerung rechtzeitig und gründlich beraten werden.

■ Den Mitgliedern und Leitungen des BDA wird zur Pflicht gemacht, den Bund, insbesondere durch die vorbildliche Mitarbeit in den Volksvertretungen, den Ständigen Kommissionen und deren Aktivs, in der Öffentlichkeit wirksamer zu machen.

■ Die Pressekommissionen des Bundes werden beauftragt, das öffentliche Interesse für die Probleme des Städtebaus und der Architektur durch eine rege Publikationstätigkeit in der Tages-, Wochen- und Fachpresse sowie im Funk- und Fernsehen stärker zu entwickeln.

4. Die Verantwortung des Architekten im neuen ökonomischen System der Planung und Leitung

In der 2. Etappe des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung erhöht sich die Verantwortung der Architekten und Städtebauer für den höchsten Nutzeffekt der Investitionen, für die maximale Steigerung, die rationelle Verwendung eines bedeutenden Teiles unseres Nationaleinkommens und für eine hohe künstlerische Qualität, die untrennbarer Bestandteil des gesellschaftlichen Nutzeffektes ist. Kein Architekt, ob er im Projektierungsbetrieb, im Staatsapparat oder in der Wissenschaft tätig ist, kann sich dieser Verantwortung entziehen. Bei der komplexen Rationalisierung und beim planmäßigen Übergang zum Prinzip der Eigenerwirtschaftung der Mittel muß echtes ökonomisches Denken und Rechnen das Handeln aller unserer Mitglieder bestimmen. Künftig müssen exakt vorgegebene Kosten und Effektivitätsnormative eine hohe Qualität der Aufgabenstellung und Projekte sichern. Dazu gehört der Kampf gegen jegliche Vergeudung von lebendiger und vergegenständlichter Arbeit und gegen überflüssigen Aufwand in der Gestaltung.

■ Der Bundeskongreß verpflichtet alle Organe und Mitglieder des BDA, bei der Durchsetzung des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung und bei der komplexen Rationalisierung mit eigenen Vorschlägen mitzuwirken und eine breite sozialistische Gemeinschaftsarbeit für die Lösung dieser neuen Aufgaben zu entwickeln.

■ Die Kommission für Projektierung des Bundesvorstandes wird beauftragt, dazu gemeinsam mit der IG Bau-Holz einen systematischen Erfahrungsaustausch zu organisieren.

■ Entsprechend den Statuten unseres Fachverbandes wird der BDA die staatlichen Organe des Bauwesens bei der Verwirklichung des neuen ökonomischen Systems durch Vorträge, Seminare und andere Weiterbildungsmaßnahmen wirksam unterstützen.

■ Eine wichtige Aufgabe des BDA besteht darin, darauf Einfluß zu nehmen, daß das Berufsbild des Architekten und des Städtebauers den neuen Bedingungen der technischen Revolution und der 2. Etappe des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung angepaßt wird. Es geht vor allem darum, die Architekten zu befähigen, die kollektive Arbeit vieler Spezialisten so zu leiten, daß die Einheit von Ökonomie, Funktion und Technik in einer architektonischen Gestalt gesichert wird. Dazu gehört auch die Beherrschung der modernen Projektierungsmethoden. Die Ausbildung des Architekten muß auf diese Anforderungen gerichtet sein.

■ Der Bund wird darauf Einfluß nehmen, daß seine fähigsten und erfahrensten Mitglieder die neuesten Erkenntnisse der Praxis, insbesondere der sozialistischen Wirtschaftsführung und der wissenschaftlichen Leitung des Städtebaus und der Projektierung, den Architekturstudenten vermitteln.

In diesem Zusammenhang empfiehlt der Bundeskongreß den zuständigen staatlichen Organen, die Ausbildung von Architekten, Innenarchitekten und Spezialingenieuren in den für die Lösung der künftigen Aufgaben notwendigen Proportionen zu sichern. Dabei ist von einer wissenschaftlichen Analyse und einer exakten perspektivischen Planung und Bilanzierung des Bedarfs auszugehen, und die Werbung und Auswahl der geeignetsten Nachwuchskräfte sind zu verbessern. Der Bund hält es für notwendig, durch diese Maßnahmen in weitaus stärkerem Maße Frauen für den Architektenberuf zu gewinnen.

5. Die Hauptaufgaben der Architekten bei der perspektivischen Entwicklung der Städte und Dörfer

Mit der Durchsetzung der sozialistischen Rationalisierung als Hauptrichtung unserer gesamten ökonomischen Tätigkeit erhält die sozialistische Umgestaltung der Städte und Dörfer im Zusammenhang mit der rationellen Entwicklung der Wirtschaftsgebiete eine vorrangige Bedeutung für den Städtebau in unserer Republik. Die Generalbebauungspläne sind besonders in ihrer ökonomischen Aussage mit dem Perspektivplan und den Rationalisierungsvorhaben der Industriezweige und Erzeugnisgruppen zu einer Einheit zu verbinden. Es muß gesichert werden, daß die städtebauliche Struktur ständig der gesellschaftlichen Entwicklung angepaßt wird. Die Lösung dieser Aufgabe erfordert ein enges Zusammenwirken von Territorialplanung und Stadtplanung.

Die Ausarbeitung der Generalbebauungspläne und die Planung des Siedlungsnetzes müssen, ausgehend von wissenschaftlichen Prognosen über die Entwicklung der Produktivkräfte und die Vervollkommnung der sozialistischen Produktionsverhältnisse, so intensiviert werden, daß auf ihrer Grundlage eine Verbesserung der Lebensbedingungen in Stadt und Land bei rationellstem Einsatz der Investitionen gewährleistet wird.

Bei der Umgestaltung unserer Städte gilt es, den spezifischen Charakter der Stadt und ihre baukünstlerisch wertvolle Substanz zu wahren und zusammen mit den neuen Ensembles neue städtebauliche Voraussetzungen für das sozialistische Leben zu entwickeln.

Ausgehend von der komplexen Rationalisierung in der Landwirtschaft ist unter Verantwortung der Organe des Landwirtschaftsrates, der LPG sowie der Kooperationsräte mit Hilfe der Dorfplanung die Prognose der baulichen Entwicklung derjenigen Dörfer auszuarbeiten, die die Bauern fortgeschrittener und stabilisierter Kooperationsgemeinschaften als Zentren entwickeln. Die kluge Lenkung der Investitionen hat zur Weiterentwicklung der Siedlungsstruktur beizutragen.

Eine Hauptaufgabe dabei ist, in solchen Siedlungsschwerpunkten die Investitionen für den Wohnungsbau und für gesellschaftliche Einrichtungen zu konzentrieren.

■ Der Bundeskongreß beauftragt alle Bezirksgruppen, die Ausarbeitung der Generalbebauungspläne durch aktive Mitarbeit und grundsätzliche Diskussionen intensiv zu unterstützen.

■ Allen Bezirksgruppen wird empfohlen, in Versammlungen oder Seminaren die neuen Grundsätze des Städtebaus, die Richtlinien für die Generalbebauungsplanung und die Leitsätze für die bauliche Entwicklung der ländlichen Siedlungen in der DDR gründlich zu beraten und für die praktischen Aufgaben im Bezirk auszuwerten.

■ Die Fachgruppe „Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung" wird beauftragt, eine spezielle Beratung des Bundesvorstandes über die Rekonstruktion der Städte bis zum I. Quartal 1967 vorzubereiten.

6. Die architektonische und ökonomische Meisterung des industriellen Bauens – eine Hauptaufgabe der Gegenwart

Unsere neuen Bauten und städtebaulichen Ensembles sollen nicht nur zweckmäßig und schön sein, sondern sie sollen die Entwicklung der sozialistischen Lebensweise aktiv stimulieren und den neuen Ideen unserer Gesellschaft Ausdruck verleihen. Die Architekten müssen sich deshalb ihrer umfassenden Verantwortung für die Baukunst voll bewußt werden, ohne ein Zurückweichen auf Positionen des individuellen Bauens zuzulassen. Vor uns steht die verpflichtende Aufgabe, eine neue Qualität in der Architektur zu schaffen und dafür unsere ganze Kraft zur funktionellen, ökonomischen und künstlerischen Meisterung des industriellen Bauens zu widmen. Dazu ist es auch notwendig, unsere Arbeit mit neuen Maßstäben zu beurteilen, die Architekturanalyse und -kritik zu entwickeln und den konstruktiven Meinungsstreit zu fördern. Die Zusammenarbeit mit dem Verband Bildender Künstler Deutschlands zur Klärung grundsätzlicher Probleme der Entwicklung einer echten Synthese zwischen Architektur und bildender Kunst ist entsprechend den getroffenen Vereinbarungen weiterzuführen und zu vertiefen.

■ Der Bundeskongreß beauftragt alle Mitglieder und Organe des BDA, ihre Tätigkeit auf die funktionelle, ökonomische und künstlerische Meisterung des industriellen Bauens zu konzentrieren und aus der Analyse der besten Bauten und städtebaulichen Ensembles sowie der überschaubaren Entwicklung Vorschläge für die allseitige Weiterentwicklung des Städtebaus, der Typenprojektierung und des Baukastensystems zu erarbeiten, die das Ergebnis einer kollektiven Meinungsbildung sind.

■ Der Zeitschrift „Deutsche Architektur" wird die Aufgabe gestellt, mit Unterstützung aller Organe des Bundes auf der Grundlage von Analysen, neuen Erkenntnissen der sozialistischen Architekturtheorie und Kritiken den schöpferischen Meinungsstreit zur Verbesserung der Qualität des architektonischen Schaffens in der DDR systematisch zu fördern.

7. Eine hohe Qualität des architektonischen Schaffens durch sozialistische Gemeinschaftsarbeit zwischen Projektierung, Bauwissenschaft, Bauproduktion und bildender Kunst

Die Arbeit des Architekten muß immer auf die Qualität des Endproduktes, des funktionsfähigen Bauwerkes mit höchstem ökonomischen Nutzeffekt, gerichtet sein. Das erfordert eine höhere Qualität der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit zwischen den Architekten, den Bauwissenschaftlern, den Werktätigen der bauausführenden Betriebe und den bildenden Künstlern. Mehr denn je besteht die Aufgabe, das Projekt zum Hauptinstrument zur Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Höchststandes zu entwickeln. Das betrifft sowohl die Gebrauchswerteigenschaften des Endproduktes für den künftigen Nutzer als auch die Forderungen an das Niveau der Bauausführung. Dabei gilt es, Aufgabenstellungen, Projekte und städtebauliche Planungen vor sachkundigen Gremien, denen vor allem Vertreter der Auftraggeber, wissenschaftlicher Institutionen, der Banken und der bauausführenden Betriebe angehören, zu verteidigen, um entscheidenden Einfluß auf die Erhöhung der Qualität der Arbeitsergebnisse zu nehmen, die Verantwortung der Architekten zu erhöhen und eine Atmosphäre des Wetteiferns um höchste Leistungen zu entwickeln. Darüber hinaus muß die Autorenkontrolle zu einem wirksamen Instrument zur Erhöhung der Qualität der Bauausführung und zur Senkung der Baukosten entwickelt werden.

Die Lösung der komplizierten Bauaufgaben stellt nicht nur höhere Anforderungen an die wissenschaftliche Leitung der Projektierung, sondern verlangt und ermöglicht auch eine höhere Qualität der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit. Die sozialistischen Projektierungsbetriebe haben sich dabei bewährt. Bereits heute ist kein einzelner Architekt mehr in der Lage, ein Projekt zu erarbeiten, das den Forderungen nach höchstem Nutzeffekt gerecht wird. Solche Projekte können nur durch das organisierte Zusammenwirken vieler Spezialisten erreicht werden. Unter den Bedingungen der technischen Revolution und in der 2. Etappe des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung müssen jedoch die sozialistischen Projektierungsbetriebe durch eine komplexe Rationalisierung aller Arbeitsprozesse und die konsequente Durchsetzung der wirtschaftlichen Rechnungsführung eine qualitativ neue Stufe erreichen. Die Vorteile der Konzentration und Spezialisierung müssen durch den Übergang zur Optimalprojektierung, zur modernen Projektierungstechnik und -technologie sowie durch die Anwendung der Prinzipien der Erzeugnisgruppenarbeit zur vollen Wirksamkeit gelangen. Planung, Leitung, ökonomische Hebel und Arbeits-

methoden müssen einheitlich auf höchste Qualität und niedrigste Kosten gerichtet sein.

Die kollektive Arbeit ist eng mit dem Prinzip der persönlichen Verantwortung des Autors zu verbinden. Die Anonymität, die der Verantwortungsfreude schadet, muß überwunden werden. Nur so kann eine Arbeitsatmosphäre geschaffen werden, in der alle geistigen Potenzen zur Entwicklung der sozialistischen Architektur zur Entfaltung kommen.

■ Alle Mitglieder des Bundes werden aufgerufen, bereits in der Phase der Aufgabenstellung eine enge Zusammenarbeit mit den Bau- und Vorfertigungsbetrieben herzustellen. Die Betriebsgruppen sollten festlegen, bei welchen Aufgaben und Vorhaben sie in sozialistischen Arbeitsgemeinschaften an neuen Problemen, besonders bei der komplexen Rationalisierung der Bauproduktion, mitwirken.

■ Der Bundeskongreß verpflichtet alle Betriebsgruppen, aktiv bei der Durchsetzung der 2. Etappe des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung, insbesondere bei der komplexen Rationalisierung und der Verwirklichung der wirtschaftlichen Rechnungsführung, in ihren Betrieben mitzuwirken und Aufgaben aus dem Plan „Neue Technik" ihres Betriebes in freiwilliger Gemeinschaftsarbeit zu lösen.

■ Die Kommission für Projektierung des Bundesvorstandes wird beauftragt, bis Ende 1966 Vorschläge für die weitere Verwirklichung des neuen ökonomischen Systems und die sozialistische Rationalisierung in der bautechnischen Projektierung auszuarbeiten, die nach Beratung im Bundesvorstand dem Ministerium für Bauwesen übergeben werden.

■ Die Kommission für Projektierung wird gemeinsam mit dem Verband Bildender Künstler Deutschlands bis zum I. Quartal 1967 konkrete Vorschläge für die Einbeziehung von bildenden Künstlern in die Projektierungsbetriebe ausarbeiten.

8. Sozialistische Architektur verlangt allseitig gebildete Architekten

Die Qualität der Architektur wird weitgehend durch die Qualifikation des Architekten, durch sein fachliches Wissen, seine politische Bildung und sein künstlerisches Vermögen bestimmt. Was wir heute wissen, reicht für morgen schon nicht mehr. Deshalb ist die Weiterbildung der Architekten und Städtebauer eine der wichtigsten Aufgaben.

■ Die Kommission für Ausbildung und Weiterbildung des Bundesvorstandes wird beauftragt, bis Ende 1966 konkrete Vorschläge für die Entwicklung eines umfassenden Systems der Weiterbildung der Architekten und Städtebauer auszuarbeiten. Dabei sollten solche Formen mit vorwiegendem Selbststudium bevorzugt werden, die von allen Architekten und Städtebauern genutzt werden können, die einen anerkannten Qualifikationsnachweis darstellen und auch bei der gehaltlichen Einstufung eine Rolle spielen. Bei allen Weiterbildungsmaßnahmen ist die Entwicklung von Frauen für verantwortliche Aufgaben besonders zu fördern.

Es ist notwendig, die Herausgabe von Fachliteratur für Architekten und Städtebauer grundsätzlich zu verbessern. Die Kommission Ausbildung wird dem Ministerium für Bauwesen Themen und Autoren für Fachbücher und Lehrmaterialien vorschlagen, insbesondere solcher Fachliteratur, die für die Ausbildung und Weiterbildung vom Standpunkt des Marxismus-Leninismus besonders notwendig ist und dazu beiträgt, den Einfluß bürgerlicher Ideologien zurückzudrängen.

■ Der Bundeskongreß schlägt vor, bei der Deutschen Bauakademie und an den Architekturhochschulen Zentren für die Weiterbildung der Architekten zu schaffen.

■ Der Bundesvorstand wird beauftragt, gemeinsam mit den Fachgruppen und dem Verband Bildender Künstler Deutschlands planmäßig Fachtagungen und Seminare zur Weiterbildung durchzuführen.

■ Der Zeitschrift „Deutsche Architektur" wird die Aufgabe gestellt, systematisch Beitragsreihen und Themenkomplexe zur Weiterbildung der Architekten zu veröffentlichen.

9. Die Verantwortung des Bundes für die Entwicklung eines schöpferisch-geistigen Lebens unter den Architekten

Die Wirksamkeit des Bundes hängt in entscheidendem Maße davon ab, wie es gelingt, das geistige Leben in allen Organen des Bundes zu entwickeln, den Architekten zu helfen, die Grundfragen der gesellschaftlichen Entwicklung mit den Fragen des architektonischen Schaffens eng zu verbinden, die Aktivität aller Mitglieder zu mobilisieren, sie fest mit den Werktätigen zu verbinden und immer mehr Fachkollegen für unsere Arbeit zu gewinnen. Dabei ist die Hebung des Niveaus aller Veranstaltungen des Bundes von entscheidender Bedeutung. Lieber weniger, aber besser! Alle Organe des Bundes müssen mehr Initiative entwickeln, neue Probleme aufgreifen und selbst konkrete Vorschläge zur Lösung entwickeln. So kommen wir aus dem Nachtrab heraus und lösen selbst neue Impulse für das geistige Leben aus.

■ Durch wissenschaftliche Streitgespräche über praktische und theoretische Probleme, durch die Organisierung und Auswertung von Wettbewerben, durch Aussprachen mit der Bevölkerung und die Beratung von Projekten und Plänen muß die kollektive Meinungsbildung zu prinzipiellen Entwicklungsproblemen der Architektur und des Städtebaus gefördert werden.

■ Der Bundeskongreß richtet an die Vorstände der Bezirks-, Kreis- und Betriebsgruppen die Forderung, ihre Arbeitsprogramme so auszuarbeiten, daß dem schöpferischen Meinungsaustausch mehr Raum gegeben wird. Dabei sollte eine engere Zusammenarbeit mit anderen Organisationen, besonders mit der Kammer der Technik, IG Bau-Holz, dem Verband Bildender Künstler Deutschlands und der Gesellschaft für die gesamte Hygiene, angestrebt werden. Mit dem VBKD wird zur Vertiefung der Zusammenarbeit eine Ständige Arbeitsgruppe gebildet.

■ Der Bundesvorstand wird beauftragt, zur stärkeren Entwicklung der Aktivität unserer jungen Kollegen 1967 das erste Sommerseminar junger Architekten zu organisieren. Es sind darüber hinaus Maßnahmen festzulegen, die eine systematische Einbeziehung der Absolventen und Architekturstudenten in die Arbeit des Bundes fördern.

■ Der Bund läßt sich in seiner nationalen und internationalen Arbeit davon leiten, das Ansehen der DDR weiter zu erhöhen und ihre Rolle beim Kampf um die Verwirklichung ihrer sozialen und nationalen Mission, um die Erhaltung des Friedens und um die Entspannung und Abrüstung zu stärken. Auf dieser Grundlage wird der Bund Deutscher Architekten, Sektion der DDR im Internationalen Architektenverband, seine Zusammenarbeit mit allen Architektenverbänden gestalten.

■ Ein besonderes Anliegen unseres Bundes ist die Vertiefung der freundschaftlichen Zusammenarbeit mit dem sowjetischen Architektenverband und den Architektenverbänden aller sozialistischen Länder.

■ Im Interesse der Lösung der nationalen Probleme unseres Volkes pflegt der Bund die Zusammenarbeit mit den fortschrittlichen Architekten in Westdeutschland und Westberlin. Er bekämpft dabei entschieden alle Tendenzen der Alleinvertretungsanmaßung der Bonner Regierung und ihrer Organe.

Der V. Bundeskongreß des Bundes Deutscher Architekten ruft alle Architekten und Städtebauer auf, ihre ganze Schöpferkraft einzusetzen, um die Aufgaben bei der Ausarbeitung und Verwirklichung des Perspektivplanes zu erfüllen und damit einen wirksamen Beitrag zur Vollendung des Sozialismus in der DDR zu leisten.

Architektur und Lebensmilieu des Menschen

Der Gastgeber des IX. UIA-Kongresses, die Sektion der ČSSR in der UIA, hat eine Reihe von Fragen an die Architekten der Welt gerichtet, die Gegenstand der Diskussion auf dem Internationalen Architektenkongreß in Prag sein sollen. Diese nachfolgend veröffentlichten Fragen möchten wir auch unter unseren Fachkollegen zur Diskussion stellen. red.

Die Epoche der Industrialisierung hat die Welt grundlegend verändert. Die positiven Seiten des gigantischen Produktionsanstiegs gehen unzweifelhaft mit immer mehr zunehmenden negativen Erscheinungen einher, die sich verhängnisvoll auf die eigentliche Basis des Lebensmilieus des Menschen auswirken. Dies betrifft nicht nur die Natur, deren Gesetze gewaltsam entstellt werden, sondern kommt auch in uns selbst darin zum Ausdruck, daß der menschliche Organismus nicht genügend befähigt ist, sich den starken Veränderungen der Lebensbedingungen schnell anzupassen. Es macht sich bemerkbar, daß die Zivilisation bereits von neuen inneren Widersprüchen erfüllt ist, obwohl die mit ihrer Entwicklung verbundenen alten sozialen Widersprüche noch nicht überall überwunden wurden.

Infolge der überaus schnellen Entwicklung der Gesellschaft wurden viele der entstandenen gegenseitigen Beziehungen gestört und einige von ihnen geraten häufig in Widerspruch zueinander. Die in der Vergangenheit geschaffenen Gebäude, Ensembles, Stadtkomplexe und Dörfer entsprechen bereits nicht mehr den neuen Bedürfnissen des Menschen und des Kollektivs. Der Zivilisationsprozeß erfaßt lawinenartig auch solche Gebiete, auf denen noch vor kurzem die seit Jahrtausenden bestehenden Gesetze der gegenseitigen Beziehungen zwischen Natur und Mensch herrschten. Prozesse, die sich über mehrere Jahrhunderte erstreckten, werden mit einem großen Sprung in zwanzig, fünfzig oder hundert Jahren überwunden. Ist es denn erforderlich, daß sich die alten Leiden der spontanen Entwicklung der Zivilisation auch hier wiederholen?

Wie kann man für die Menschheit ein Lebensmilieu schaffen, das mit dem erreichten Stand der Zivilisation und Kultur harmoniert und das biologische Gleichgewicht in der Natur und im menschlichen Organismus nicht stört?

Auf welche Weise kann man unter den neuen Bedingungen ein Gleichgewicht zwischen Natur und Mensch sowie allem dem erreichen, was von seinen Händen geschaffen wurde und ihm dienen soll? Wie sind die Widersprüche zwischen der Langlebigkeit der Gebäude und den sich schnell entwickelnden Bedürfnissen der Menschen und der Gesellschaft sowie den neuen Anforderungen zu lösen, die an die Nutzung einzelner Gebäude und ganzer Städte gestellt werden? Wie ist das Lebensmilieu zu gestalten und sind die Lebensbedingungen zu verändern, damit sie nicht in Widerspruch zum kulturellen Erbe und zur Zivilisation geraten, die den Sieg des Menschen über die Naturkräfte verkörpert? Die Ergebnisse dieses Sieges müssen zu einer Errungenschaft der gesamten Bevölkerung des Erdballs werden. Welches ist die Stellung des Architekten und des Städtebauers in diesem Prozeß, wenn man berücksichtigt, daß sie für die Menschheit etwas mehr als ein Dach über dem Kopf schaffen sollen?

Allgemeine Fragen zum Programm des Kongresses

- Wie bewerten Sie die Bedeutung der Architektur und des Städtebaues sowie die theoretische und praktische Tätigkeit der Architekten bei der Gestaltung des Lebensmilieus des Menschen? Wie beteiligen sich die Ingenieure, Konstrukteure, Soziologen, Psychologen, Hygieniker und andere Spezialisten an der Gestaltung des Lebensmilieus?
- Wie starr und wie flexibel muß die Planung von Gebäuden, Städtebauensembles und ganzer Ortschaften Ihres Erachtens sein, wenn man davon ausgeht, daß sich die Anforderungen des Menschen und der ganzen Gesellschaft im Laufe der Zeit ändern?

Erstes Thema: Besiedlungsstruktur

Das Problem der weiteren Entwicklung und Verbesserung der Besiedlungsstruktur liegt vor allem darin, daß es notwendig ist, die spontan vor sich gehende Fluktuation der Bevölkerung, die in einer Reihe von Ländern katastrophale Ausmaße erreicht, zu regulieren. Für die Industrieländer stellt die ungleichmäßige Verteilung der Bevölkerung über das Gesamtterritorium und ihre zunehmende Konzentration in einem oder mehreren Gebieten ein Problem dar. In den Ländern, in denen sich gegenwärtig ein Industrialisierungsprozeß abspielt oder die an seiner Schwelle stehen, reift das Problem der Schaffung einer neuen, harmonischen Besiedlungsstruktur heran.

Neben dem Übergang zum komplexen Städtebau wird die weitere Veränderung der Besiedlungsstruktur auch durch die räumliche Verteilung der wichtigsten Elemente im System der Ortschaften beeinflußt. Hierzu gehören die Komplexe der Produktionsbetriebe, die kulturellen und sozialen Einrichtungen und der ständig zunehmende Bedarf an Erholungsgebieten. Man kann sich die Existenz großer städtebaulicher Komplexe nicht ohne ein Verkehrswesen vorstellen. Bis jetzt ist es jedoch absolut noch nicht gelungen, dieses Problem zu lösen.

Am umstrittensten ist die Frage, wie man die optimale Größe der Städte festlegen soll. Im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit stehen Probleme, die mit der weiteren Entwicklung von Riesenstädten mit einer Bevölkerung von mehreren Millionen zusammenhängen. Man begegnet bei der Theorie und Praxis im Weltmaßstab einer ganzen Reihe unterschiedlicher Konzeptionen, angefangen von der Vorstellung, daß ein Anwachsen der kompakten Großstädte erforderlich ist, bis zu den Forderungen, sie zu dezentralisieren und in System zu verwandeln, das aus einzelnen autonomen Teilen besteht.

Bei den Versuchen, die Entwicklung der Städte und übrigen Ortschaften zu lenken, wurden Erfahrungen gesammelt, die zeigen, daß es bereits gegenwärtig und um so mehr in der Zukunft nicht möglich sein wird, diese Aufgaben dadurch zu lösen, indem man die Aufmerksamkeit nur auf einzelne Städte konzentriert, und daß es erforderlich ist, mit der Planung ganzer Systeme von Ortschaften zu beginnen, die sowohl die städtische als auch die ländliche Bevölkerung, ferner Industriegebiete, Energiequellen und das Verkehrswesen sowie die Transportanlagen, Erholungs- und Naturschutzgebiete umfassen. Wie bei der Städteplanung werden auch hier Fragen der Differenzierung und Abstimmung der Funktion der einzelnen Komponenten von erstrangiger Bedeutung sein.

Im Zusammenhang mit Erwägungen hinsichtlich der weiteren Entwicklung und Verbesserung der Besiedlungsstruktur ist es sehr wichtig, Voraussetzungen zu schaffen, die es gestatten, das angenommene System zielstrebig zu verwirklichen. Es handelt sich nicht nur um die Ausarbeitung von Städtebauprojekten und die Annahme besonderer Gesetze. Die Erfahrungen der einzelnen Länder haben gezeigt, daß eine erfolgreiche Realisierung der Vorhaben von der sozialen Organisation der Gesellschaft und von ihren Möglichkeiten abhängt, die planmäßige Entwicklung und Verteilung der Produktivkräfte sowie der gesellschaftlichen, kulturellen und anderen Einrichtungen zu gewährleisten.

Fragen zum ersten Thema

- Gibt es in Ihrem Lande einen Plan für die Besiedlungsstruktur der Bevölkerung, die räumliche Verteilung der Städte, Siedlungen, der industriellen und landwirtschaftlichen Gebiete sowie der Erholungsgebiete im Landesmaßstab und für die einzelnen Gebiete des Landes oder wird ein derartiger Strukturplan ausgearbeitet? Welche Bedeutung messen Sie in diesem Zusammenhang der Entwicklung des Verkehrswesens bei?
- Was ist Ihre Meinung zur optimalen Größe und Struktur der Städte und vor allem zu den Entwicklungsperspektiven der größten Städte unter den Bedingungen Ihres Landes und im allgemeinen? Wie beeinflußt der Faktor der Zeiteinsparung die Lösung des Problems der Besiedlungsstruktur und der Struktur der Städte?
- Welche Maßnahmen zur Entwicklung der Wirtschaft des Staates und in der staatlichen Gesetzgebung sind Ihres Erachtens zu treffen, um die Frage der Besiedlungsstruktur und der komplexen Verwirklichung von städtebaulichen Konzeptionen zu regeln?

Zweites Thema: Historisches Erbe und Gegenwart

Der Bau von Wohnstätten geht von seinen ersten Anfängen an mit einem kontinuierlichen Prozeß ihrer Auswahl, Rekonstruktion und Anpassung an das sich verändernde Lebensmilieu einher. Beim Bau und Umbau von Industriestädten wurde in den beiden letzten Jahrhunderten gröblich gegen den harmonischen Prozeß der allmählichen Rekonstruktion der historisch gewachsenen Ortschaften verstoßen, und dies rief die Notwendigkeit hervor, eine Theorie zu entwickeln sowie praktische Maßnahmen zum Schutz von Baudenkmälern zu ergreifen. Die Widersprüche zwischen der Errichtung von Neubauten und der historisch entstandenen Bebauung der Zentren von Großstädten verstärken sich infolge des stürmischen Wachstums dieser Städte und der mit der Entwicklung des Verkehrswesens und der technischen Versorgungsanlagen zusammenhängenden höheren Anforderungen.

Auch die Art, wie die Architekten an den Schutz der Baudenkmäler herangehen, hat sich wesentlich verändert. Wir beschränken uns nicht mehr darauf, die architektonischen Grundformen zu erhalten, sondern gehen gründlicher an die Untersuchung dieser Ensembles, an das Erfassen ihres Wesens und der gegenseitigen Beziehungen zwischen ihren Elementen heran. Zu den wichtigsten Problemen gehört die Frage, ob es möglich ist, Baudenkmäler für die heutigen Bedürfnisse zu nutzen und sie in das System der Industrie- und Wohnkomplexe sowie Komplexe von kulturellen und sozialen Einrichtungen und Erholungsgebieten einzubeziehen.

Die Ansichten der Architekten gehen in Fragen der Herstellung einer Synthese zwischen historischem und modernem Milieu auseinander. Die schärfsten Diskussionen werden unzweifelhaft über die historischen Zentren von Hauptstädten geführt. Eine ganze Reihe von Städtebauern kommt immer wieder auf die Idee Hausmanns für den Umbau von Paris zurück. Andererseits weisen diejenigen Architekten, die dafür eintreten, daß die historischen Zentren erhalten bleiben, ihren Wert nach und unterstreichen dabei ihre Vorzüge, die darin liegen, daß sie eine Art Inseln der Ruhe darstellen, für die Fußgänger eine Art Schonrevier sowie Handelszentren sind und ein günstiges Milieu für das gesellschaftliche und kulturelle Leben bieten.

Es ist nicht so einfach, diese Fragen zu lösen. Man darf nicht vergessen, daß zwischen der historisch entstandenen Planung und den vergrößerten Maßstäben der modernen Gebäude, die im Laufe der letzten hundert Jahre auf dem Territorium der alten Stadtzentren errichtet wurden, Widersprüche bestehen. Auch die Verkehrsprobleme, die auf diesen der Größe nach beträchtlichen Flächen entstehen, und die funktionellen Forderungen in bezug auf die Errichtung neuer Gebäude und Ensembles dürfen nicht außer acht gelassen werden. Selbst beim strengsten Schutz der historischen Zentren lassen sich Neubauten in ihnen nicht vermeiden. Ein romantisches Herangehen an das Erbe bei der Projektierung von Neubauten wird heutzutage bereits völlig abgelehnt, jedoch sind die Standpunkte hinsichtlich der Möglichkeiten zur Erhaltung des ursprünglichen Maßstabes der historischen Zentren oder seiner Umbewertung in neuen gelungenen Kompositionen, hinsichtlich des Bebauungssystems sowie der Verwendung moderner Konstruktionen und Baustoffe unterschiedlich.

Fragen zum zweiten Thema

- Welche Bedeutung haben die Baudenkmäler, die historisch entstandenen Ensembles und Städte im Leben Ihres Landes? Welche Meinung vertreten Sie hinsichtlich ihres weiteren Schicksals?

■ Welche Maßnahmen zum Schutz der historisch entstandenen Städteensembles und einzelner Gebäude werden in ihrem Lande getroffen, welche Methoden zur Restauration und zur Erhaltung der Denkmäler werden angewandt? Was für Ergebnisse haben sie gezeitigt? Welche Rolle spielt der Architekt beim Schutz der Baudenkmäler?

Drittes Thema: Wohnmilieu

Die Wohnungsnot ruft in fast allen Ländern der Welt ein wachsendes Bedürfnis an Wohnungen hervor. Die Abstimmung der gegenwärtigen, meist beschränkten ökonomischen und weiteren Möglichkeiten mit den Forderungen für die Perspektive und dem in Zukunft zu erwartenden Wohnungsniveau stellt ein kompliziertes Problem dar. In den Städten entstehen häufig neue Wohngebiete, die mit dem Hauptteil der Stadt nicht immer logisch verbunden sind. Die Ansichten über die neuen Formen des Wohnungsbaus sind stark von den Forderungen einer Industrialisierung des Bauens und einer weiteren Konzentration der Wohngebiete abhängig, die durch die räumliche Verteilung der übrigen funktionellen Elemente des betreffenden Städtebaukomplexes hervorgerufen werden.

Die zweckmäßige Differenzierung der Wohnkomplexe und der übrigen Elemente, die das Leben einer Stadt bestimmen, hat im Prinzip bereits einen derartigen Grad der gegenseitigen Isolierung erreicht, daß man immer häufiger von einer Einförmigkeit und Monotonie der neuen Wohngebiete zu sprechen beginnt. Die historisch entstandene und sich neu herausbildende Planungsstruktur der Städte und Dörfer zwingt jeden Einwohner dazu, täglich ziemlich große Entfernungen zurückzulegen, und er muß dafür immer mehr Zeit aufwenden. So wird das Verkehrswesen zu einer der wichtigsten Voraussetzungen für die Existenz von Wohngebieten und ganzen Städten. Es ergibt sich die berechtigte Frage, ob es überhaupt möglich ist, derartige gegenseitige Beziehungen zwischen den Arbeitsstellen, Wohnungen, kulturellen und sozialen Einrichtungen und Erholungsgebieten herzustellen, die die Verkehrsverhältnisse für die Bevölkerung erleichtern könnten. Gegenwärtig werden Untersuchungen hinsichtlich der räumlichen Organisation und Komposition von Wohnkomplexen angestellt, die Wohnung selbst stellt jedoch weiterhin die alte isolierte Einheit dar. Die Verbindung der Wohnung mit Dienstleistungsinstitutionen und so weiter, daß heißt ihre Verbindung mit dem Lebensmilieu im weiteren Sinne dieses Problems, entspricht bis jetzt noch nicht den heutigen Anforderungen des Menschen. Der Prozeß der Automatisierung der Produktion ruft die Notwendigkeit hervor, die geistige Anstrengung verstärkt zu kompensieren. Die Emanzipation der Frauen macht es erforderlich, sie von Funktionen zu befreien, die sie immer noch an den Haushalt fesseln. Die allmähliche Verkürzung des Arbeitstages wird eine Neuverteilung der Arbeitszeit erforderlich machen, die mit der Organisation des Lebensmilieus völlig übereinstimmen muß. Wir müssen die Anforderungen, die von den künftigen Generationen an das Wohnmilieu gestellt werden, das von uns in der Gegenwart zu schaffen ist, mit genügender Gewißheit erraten.

Der spezifische Charakter der üblichen Wohnungstypen sowie der Lebensbedingungen der Bevölkerung in Stadt und Land darf nicht außer acht gelassen werden. Zugleich ist jedoch auch die Veränderung der sozialen Bedingungen zu berücksichtigen, die bei der Herausbildung des Wohnmilieus eine aktive Rolle spielen und gegenwärtig das Morgen vorbereiten. Zur Lösung dieser Fragen reicht die empirische Methode allein bereits nicht mehr aus, sondern an sie muß vom wissenschaftlichen Standpunkt aus herangegangen werden.

Fragen zum dritten Thema

■ Welche Organisation der Wohnungen und des Wohnmilieus halten Sie vom Standpunkt der Bedürfnisse der Bevölkerung für die günstigste? Welches sind Ihre Ansichten über die künftige Entwicklung solcher Typen von Wohnungen wie die in der Kompaktbauweise errichteten Einfamilienhäuser und vielgeschossigen Wohnhäuser in Kastenbauweise? Welchen Einfluß werden sie in Zukunft auf die Gestaltung des Wohnmilieus haben?

■ Was ist Ihres Erachtens die optimale Struktur des Wohnmilieus, bei der die Interessen des einzelnen sowie der Familie und der Gesellschaft berücksichtigt werden? Was meinen Sie zur Organisation des gesellschaftlichen Lebens vom Standpunkt der in gegenseitigem Zusammenhang stehenden räumlichen Verteilung von Wohnkomplexen, Dienstleistungsbetrieben, Industrie- und Erholungsgebieten, ihrer Entfernung voneinander und der Differenzierung des Systems der Dienstleistungsbetriebe?

Viertes Thema: Produktion und Arbeitsmilieu

Die Produktion hat bei der Entwicklung der Zivilisation die wichtigste Rolle gespielt. Durch die stürmische Entwicklung der Produktivkräfte, die mit dem Ansteigen der gesellschaftlichen Konsumtion zusammenhängt, sind Großstädte und gewaltige Industriekomplexe entstanden, die sich über riesige Flächen von Dutzenden und Hunderten von Quadratkilometern erstrecken. Gegenwärtig wird der Zivilisationsgrad der einzelnen Länder durch die Menge der konsumierten Erzeugnisse bestimmt. Zu diesen Erzeugnissen gehören Stahl, Papier, Gummi, Zement, Schwefelsäure, Kraftfahrzeuge, Fernsehgeräte, Plaste, Chemiefasern, Textilien, Schuhe und Lebensmittel.

In den hoch entwickelten Industrieländern umgeben den Menschen immer neue technische Erfindungen, die sein Leben angenehmer und bequemer gestalten. Die Kehrseite dieser Errungenschaften besteht in einem zunehmenden Bedarf an Beruhigungsmitteln, in der Verunreinigung der Luft in den Städten, in dem Leben bei ständigem Lärm und der ewigen Hast sowie in dem Ansteigen der Berufskrankheiten, der Nervenzerrüttung und der Traumen. Das Lebensmilieu des Menschen in der Stadt und Natur verschlechtert sich dadurch, daß die Abgase der Industriebetriebe in die Luft und ihre Abwässer in die Gewässer gelangen. Das Arbeitsmilieu hingegen verschlechtert sich infolge der Umorganisierung und Intensivierung der Produktion im engen Rahmen der alten Produktionsgebäude. Heute ist ein spontanes Wachstum der Industrie für die meisten Städte und sogar für das ganze Gebiet charakteristisch. Länder, in denen sich die Industrialisierung gerade Bahn bricht, können diese negativen Begleiterscheinungen bewußt vermeiden.

Wie kann man eine weitere Entwicklung der Produktion gewährleisten, bei der diese mit den übrigen Faktoren des Lebensmilieus harmoniert? Ist es möglich, dem ungünstigen Einfluß der Industrie in dem sie umgebenden Milieu entgegenzuwirken? Läßt sich ein günstiges Arbeitsmilieu schaffen und was stellt hierbei den entscheidenden Faktor dar? Welchen Einfluß hat die weitere Automatisierung auf die Entwicklung der Arbeitsprozesse und wie wirkt sie sich auf den Menschen in Gegenwart und Zukunft aus?

Die Automatisierung und Entwicklung moderner Produktionsmethoden, die Spezialisierung und Kooperation der Betriebe führen zu einer Konzentration der Betriebe zu großen Komplexen mit erhöhtem ökonomischen Nutzeffekt. Die Landwirtschaft geht zur industriemäßigen Produktion über. Die Anforderungen der Gegenwart zerschlagen auch auf allen übrigen Gebieten der menschlichen Tätigkeit die gewohnten Formen; dies ist im Handel, bei der Versorgung der Bevölkerung durch Dienstleistungsbetriebe, beim Aufbau des Verwaltungsapparates und bei der Organisierung der wissenschaftlichen Arbeit der Fall. Der Architekt sieht sich überall vor einen Komplex komplizierter gegenseitiger Beziehungen und Probleme gestellt, die mit der räumlichen Verteilung der Arbeitsstellen zusammenhängen, an denen die Menschen bis jetzt einen beträchtlichen Teil ihres Lebens verbringen.

Fragen zum vierten Thema

■ Welche neuen Tendenzen gibt es in Ihrem Lande bei der Standortverteilung und bei der Projektierung von Industriegebieten und -anlagen, bei denen die Notwendigkeit der Schaffung eines günstigen Lebensmilieus berücksichtigt wird?

■ Welche Faktoren sind vom Standpunkt der Schaffung eines günstigen Milieus innerhalb der Gebäude und in dem sie umgebenden Raum entscheidend? Welche Rolle spielt der Architekt bei der Lösung dieser Aufgabe und welche Formen seiner Zusammenarbeit mit Technologen und anderen Spezialisten aus benachbarten Gebieten sind vorzuziehen?

Fünftes Thema: Mensch und Landschaft

Im überwiegenden Teil der besiedelten Welt stellt die Landschaft das gemeinsame Werk der Natur und des Menschen dar. Die Notwendigkeit einer komplexen Landschaftsgestaltung unter Berücksichtigung aller biologischen, ökologischen, soziologischen, typologischen und kompositorischen Anforderungen erhöht die Bedeutung der Grünanlagen bei den städtebaulichen und architektonischen Lösungen und führt dazu, daß sie allmählich mit den übrigen Arten des architektonischen Schaffens verschmelzen. Die Frage eines biologisch optimalen Milieus für die Arbeit, das Wohnen und die Erholung tritt sowohl in den industriell entwickelten Ländern als auch in den Ländern, die gegenwärtig beginnen, ihre Wirtschaft schnell zu entwickeln, in den Vordergrund. Die mit dem schnellen Anstieg der Industrialisierung und Zivilisation einhergehenden negativen Erscheinungen, zu denen die Verwüstung der Natur, die Verunreinigung der Luft und der Gewässer sowie die gewaltige Entwicklung aller Verkehrsmittel gehören, erreichen derartige Ausmaße, daß sie beginnen, die wichtigsten biologischen Lebensbedingungen des Menschen zu gefährden. Daher geht der Prozeß der Kultivierung der Natur mit einem genau so beständigen entgegengesetzten Prozeß einher, dem Kampf um die Erhaltung und Erneuerung der verheerten Natur. Völlig neue Probleme entstehen in Zusammenhang damit, daß die Zivilisation beginnt, in weite Wüsten- und Urwaldgebiete sowie bisher unbesiedelte Gebiete einzudringen.

Im Prozeß der historischen Entwicklung haben sich dank der Tätigkeit des Menschen drei Typen von Landschaften herausgebildet: die natürliche, die landwirtschaftliche und die industrielle. In welcher Richtung soll ihre weitere Entwicklung erfolgen? Soll sie so vor sich gehen, daß die verschiedenen Landschaftstypen einander angeglichen werden, oder im Gegenteil so, daß sie sich weiterhin umfassend und selbständig in engem Zusammenhang mit der Entwicklung der verschiedenen Arten von Ortschaften entwickeln? Die Fragen des gegenseitigen Zusammenhangs von Landschaft und Ortschaft und die Fragen der sogenannten städtischen Landschaft gehören zu den bedeutsamsten Problemen, die mit der Schaffung des Wohnmilieus zusammenhängen.

Fragen zum fünften Thema

■ Welche Meinung vertreten Sie hinsichtlich der Entwicklung der Landschaft sowie der Veränderung ihrer Rolle und Bedeutung in der Zukunft vom Gesichtspunkt der Entwicklung der Zivilisation und des gegenwärtig vor sich gehenden Prozesses der Urbanisierung?

■ Welche Ergebnisse haben die in Ihrem Lande getroffenen Maßnahmen zum Schutze der natürlichen Landschaft, zur Schaffung einer neuen Landschaft und zur Gewährleistung des ökologischen Gleichgewichts in der Natur erbracht? Welche Maßnahmen in dieser Richtung halten Sie für die zweckmäßigsten und welche Rollen spielen die Architekten, Städtebauer und anderen Spezialisten bei der Realisierung dieser Maßnahmen?

Informationen

Bund Deutscher Architekten

Wir gratulieren

Architekt BDA Alfred Krause, Berlin,
1. 9. 1906, zum 60. Geburtstag

Architekt BDA Johannes Steiger, Leipzig,
6. 9. 1896 zum 70. Geburtstag

Architekt BDA Heinz Weber, Markkleeberg-West,
7. 9. 1911 zum 55. Geburtstag

Architekt BDA Werner Schumacher, Stralsund,
8. 9. 1911 zum 55. Geburtstag

Architekt BDA Erich Lippmann, Berlin,
9. 9. 1906 zum 60. Geburtstag

Architekt BDA Kurt Rieger, Berlin,
9. 9. 1906 zum 60. Geburtstag

Architekt BDA Helmut Hennig, Berlin,
9. 9. 1901 zum 65. Geburtstag

Architekt BDA Alfred Landgraf, Magdeborn,
13. 9. 1906 zum 60. Geburtstag

Architekt BDA Richard Grafe, Leipzig,
13. 9. 1896 zum 70. Geburtstag

Architekt BDA Dipl.-Ing. Rudolf Jünger, Weimar,
17. 9. 1916 zum 50. Geburtstag

Architekt BDA Dipl.-Ing. Johannes Hunger, Dresden,
19. 9. 1911 zum 55. Geburtstag

Architekt BDA Willi Berkes, Leimbach,
21. 9. 1906 zum 60. Geburtstag

Architekt BDA Paul Sellmann, Berlin,
28. 9. 1901 zum 65. Geburtstag

Ausstellung in Halle

Anläßlich des V. Bundeskongresses des BDA in Halle stellte die BDA-Bezirksgruppe Halle vom 3. bis 12. Juni 1966 in der „Kleinen Galerie" Arbeiten ihrer Kollegen aus. Hierbei wirkten die Betriebsgruppen des VEB Halle-Projekt, des VEB Industrieprojektierung Halle, des Stadtbauamtes Halle und des Büros des Chefarchitekten Halle-West mit.

Ausgewählt waren folgende Arbeiten:

Industriebauten in Wolfen, Lützkendorf, Gölzau und Leuna II (Modell und Fotos),

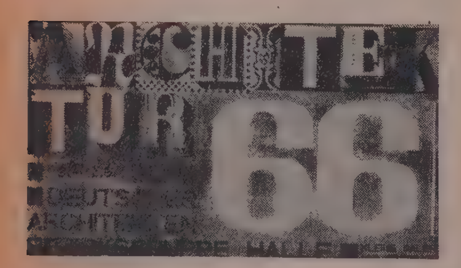
Rekonstruktion der Stadt Halle, unter anderem Neugestaltung des Thälmannplatzes und des Schülerhofes (Modelle und Fotos),

Aufbau der Chemiearbeiterstadt Halle-West (Pläne und Fotos).

Die Ausstellung fand bei der Bevölkerung großen Zuspruch; sie wurde von insgesamt 1252 Personen besucht, das waren täglich über 100 Besucher.

Kollegen des BDA führten Gespräche mit den Besuchern, so daß ein Kontakt zwischen Architekten und der Bevölkerung zustande kam.

Das Plakat der Ausstellung wurde von Architekt Dipl.-Ing. R. Reinel entworfen und im Handabzug hergestellt.



Diese Ausstellung wurde vom Direktor des VEB Halle-Projekt, Dipl.-Ing Hilpert, benutzt, um am 3. Juni 1966 in den Räumen der Ausstellung eine Pressekonferenz über Bauvorhaben abzuhalten, die vom VEB Halle-Projekt entworfen waren. Sie diente zugleich der Vorbereitung des V. Bundeskongresses des BDA.

Direktor Hilpert gab einen Überblick über den Aufbau der Chemiearbeiterstadt Halle-West, für die der VEB Halle-Projekt Generalprojektant ist. Die Stadt ist für 70 000 Einwohner geplant und wird rund 22 000 Wohnungen und alle erforderlichen gesellschaftlichen Einrichtungen haben. Um das Stadt- und Bildungszentrum gruppieren sich vier Wohnkomplexe. Die Hochbauten des Wohnkomplexes I befinden sich im Bau, die Aufschließungsarbeiten für den Wohnkomplex II haben begonnen.

Im Gebiet des Wohnkomplexes II wurden bereits 1964 das Bauarbeiterzentrum mit einem Versorgungskompaktbau für die Bauarbeiter und die Bauarbeiterunterkünfte errichtet.

Weiterhin wurden wichtige Projekte, wie die Sporthalle, die Schwimmhalle, das Hochhaus der Chemie und andere Vorhaben im Stadt- und Bildungszentrum, erläutert. Diese Ausführungen wurden von der städtebaulichen Seite her durch den Stellvertreter des Chefarchitekten von Halle-West ergänzt. Auch Probleme der Rekonstruktion der innerstädtischen Bereiche der Stadt Halle kamen zur Sprache. Einige Zahlen und Fakten wurden den Pressevertretern schriftlich übergeben.

Die Diskussion mit den Pressevertretern war sehr fruchtbar und fand in Artikeln in der Tagespresse ihren Niederschlag. Von der Projektierung wurde der Wunsch ausgesprochen, daß die Leser sich zu den Projekten und Studien äußern möchten, um eine Basis für regelmäßige Aussprachen mit der Bevölkerung zu haben. Dieser Vorschlag fand bei den Pressevertretern lebhafte Zustimmung. Der VEB Halle-Projekt, der BDA und die Presse werden solche Aussprachen gemeinsam organisieren, um Architektur und Städtebau mehr zu einer öffentlichen Angelegenheit zu machen.

Dietrich Stier

Vortragsveranstaltung in Potsdam

Bereits im Jahre 1965 wurde zwischen dem Vorstand der BDA-Bezirksgruppe Potsdam und der URANIA (Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse) eine Vereinbarung mit dem Ziel einer gegenseitigen Ergänzung und Unterstützung der Arbeit beider Organisationen abgeschlossen. Auf dieser Grundlage fand am 18. Mai 1966 im neuen Potsdamer Klubhaus „Hans Marchwitza" im Rahmen der URANIA-PODIEN eine Veranstaltung mit dem Thema „Der gesellschaftliche Inhalt sozialistischer Stadtzentren" statt. Diese Thematik war nicht nur in Vorbereitung des V. Bundeskongresses des BDA, sondern für Potsdam besonders nach Auswertung des Wettbewerbes „Rekonstruktion Innenstadt" von besonderer Aktualität. Etwa achtzig Besucher folgten interessiert den Ausführungen der beiden Referenten, Dipl.-Ing. Kluge vom Ministerium für Bauwesen und Dipl.-Ing. Berg, Stadtarchitekt von Potsdam.

An Hand vielfältigen Bildmaterials gab Dipl.-Ing. Kluge einen Überblick über die Entwicklung von Stadtzentren in den verschiedenen historischen Epochen. Dabei ging er auf die Zusammenhänge zwischen Gestalt und Inhalt der Zentren und den jeweils herrschenden Gesellschaftsordnungen ein. Bei der Planung eines Stadtzentrums handelt es sich nicht nur um die Erfüllung eines Funktionsprogramms, sondern auch – und vor allem – um die Gestaltung emotioneller Erlebnisbereiche. Gerade diese, für den Bewohner einer Stadt vielleicht wichtigste Seite des Problems wurde und wird noch weitgehend vernachlässigt. Gesellschaftlicher Inhalt eines Stadtzentrums – das ist nicht nur die funktionell einwandfreie Zuordnung gesellschaftlicher Einrichtungen unterschiedlichen Charakters, das ist auch die Komposition mit Leben erfüllter städtebaulicher Räume für die mannigfachen Erscheinungsformen sozialistischen Lebens vom Einkaufsbummel bis zu Demonstrationen, vom zurückgezogenen erholsamen Ausspannen bis zum Feiern von Volksfesten. Eine der Vielseitigkeit des sozialistischen Lebens entsprechende vielseitige räumliche Struktur muß unsere künftigen Stadtzentren auszeichnen. Gerade in der künstlerischen Verbindung historisch „engmaschiger" Zentrumsbereiche mit weiträumigeren Neuschöpfungen liegt die Aufgabe des Städtebauers bei der Rekonstruktion, Sanierung und Weiterentwicklung der historischen Städte.

Als Beispiel für ein derartiges Herangehen an die Konzeption für ein Stadtzentrum stellte anschließend der Potsdamer Stadtarchitekt die preisgekrönten Arbeiten des Wettbewerbes „Potsdam-Innenstadt" vor. Der Kontrast von weiträumigen Zentrumsensembles im Bereich des Havelufers und des Platzes der Einheit zu kleinteiligen, engräumigen Bereichen (vornehmlich dem Handel und der Dienstleistung dienend) auf dem Gelände der ehemaligen barocken Stadterweiterung von 1730 wird zum Beispiel in der Wettbewerbsarbeit des Kollektivs Professor Helmut Trauzettel, die mit dem 1. Preis ausgezeichnet wurde, besonders deutlich. Eine ganze Reihe von Entwürfen, die auch für das Wettbewerbsgebiet der Potsdamer Innenstadt jene weiträumigen städtebaulichen Kompositionsprinzipien angewendet wissen wollten, die zweifellos für den Bereich Havelufer – Platz der Einheit berechtigt sind, mußte bei der Preisverteilung unberücksichtigt bleiben.

Als Maß für das Interesse, das die Zuhörer der anschließenden Diskussion entgegenbrachten, kann schon allein die Tatsache gelten, daß die Gesamtveranstaltung fünf Stunden dauerte. Es hat sich erwiesen, daß gemeinsam mit der URANIA durchgeführte BDA-Veranstaltungen ein viel breiteres Echo gefunden haben, als das gewöhnlich der Fall ist. Es liegt im Interesse beider Veranstalter, auch in Zukunft eng zusammenzuarbeiten.

Aribert Kutschmar

Bücher

G. Rohde

Die Baulandbeschaffung

244 Seiten

Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1966

Pappeinband mit Leinenrücken 8,– MDN

Mit seinem Buch kommt Dr. habil. Günther Rohde der lange erhobenen Forderung nach, die zersplitterte und größtenteils auch veraltete und lückenhafte gesetzliche Regelung der Baulandbeschaffung – sie stammt überwiegend aus den Jahren 1950 und 1951 – in einem wissenschaftlichen Werk zusammenzufassen und die Problematik ihrer Anwendung unter den neuen Anforderungen, die sich aus dem umfassenden Aufbau des Sozialismus ergeben, für die unmittelbare Anwendung in der Praxis zu erläutern.

Ausgehend von den politischen und ökonomischen Ursachen der geltenden gesetzlichen Regelung legt der Autor die Stellung des Baulandes und der Baulandbeschaffung in der Volkswirtschaft sowie ihren Zusammenhang mit der Volkswirtschaftsplanung, insbesondere der Planung der Bodennutzung, dar und erläutert die speziellen gesetzlichen Regelungen hinsichtlich ihrer Bedeutung, Auslegbarkeit und praktischen Anwendung. Das Werk kann daher als ein Standardwerk für dieses Gebiet gelten. Die klare Gliederung sowie das beigefügte Stichwortverzeichnis machen es für Praktiker und Studierende gleichermaßen zu einem die Arbeit erleichternden Nachschlagewerk. Der Wert des Buches wird noch unterstrichen durch die Fülle von Vorschlägen für eine künftige gesetzliche Regelung. Forderungen, wie Bauland stufenweise bereitzustellen (S. 50/58) oder ein einheitliches System der staatlichen Leitung der Bodennutzung in der DDR zu schaffen (S. 30), und solche Vorschläge, wie Ausgleich der Wirtschaftserschwernisse auch bei Rechtsträgerwechsel (S. 88) oder Möglichkeit der Inanspruchnahme von Bauland für Bürger, wenn ein gesellschaftliches Interesse vorliegt (S. 185 ff.), sind von so umfassender Bedeutung, daß sie in einer künftigen Regelung Beachtung finden müssen.

Die Dynamik der gesellschaftlichen Entwicklung bringt es mit sich, daß beim Erscheinen eines solchen wissenschaftlichen Werkes durch neue Erkenntnisse bereits einige Aspekte des Werkes überholt sind. Wenn Rohde zum Beispiel die neue Qualität des sozialistischen Städtebaus allein in den neuen Produktionsverhältnissen, dem neuen Eigentum an den errichteten Gebäuden sieht (S. 122), den Terminus „Territorialplanung" als übergeordneten Begriff jeder Flächennutzungsplanung anwendet (1. Kapitel) und daher den Flächennutzungsplan als ein besonderes Planwerk und Bestandteil des Gebietsentwicklungsprogrammes ausweist (S. 25/26) oder den Bebauungsplan in die Aufgabenstellung einordnet, so kann das nicht unwidersprochen bleiben. Einmal sind die sozialistischen Produktionsverhältnisse Voraussetzung für die neue Qualität unseres Städtebaus, die in der Gestaltung neuer, das Gemeinschaftsleben fördernder Umweltbeziehungen für die ganze Bevölkerung besteht. Zum anderen ist der Flächennutzungsplan als ein städtebaulicher Plan Bestandteil des Generalbebauungsplanes, und

der Bebauungsplan wird als Bestandteil der Technisch-ökonomischen Zielstellung erarbeitet.

Der Wert des Werkes wird durch diese unrichtige Darstellungen kaum beeinträchtigt. Jedoch wird es Aufgabe der geplanten Überarbeitung des Buches sein, neben einer Verbesserung der Übersichtlichkeit, zum Beispiel durch Zusammenfassung aller verwendeten gesetzlichen Bestimmungen im Anhang, auch solche Unzulänglichkeiten auszumerzen.

Hans-J. Koppitz

■

W. Stäubli

Brasilia

200 Seiten mit Abbildungen

Verlagsanstalt Alexander Koch GmbH, Stuttgart 1965

Der ehemalige schweizerische Nationalrat W. Stäubli, ein Sachkenner Südamerikas, schildert im Überblick die Entstehungsgeschichte und Realisierung des gewaltigen Bauprogrammes von Brasilia. Jene mehr als 250 Jahre alte Idee, im Innern Brasiliens eine neue Hauptstadt zu bauen, wurde ab 1953 in konkreten Etappen Wirklichkeit: 1953/56 Lagebestimmung der Stadt im Staate Goias, 1956/57 Gründung der staatlichen Gesellschaft Novacap als Rechtsträger aller Aufgaben und der Wettbewerb für den Gesamtbebauungsplan, 1957/58 allgemeiner Baubeginn.

Der kurzgefaßten, summarischen Einleitung des Verfassers schließen sich der Bericht L. Costas über seinen städtebaulichen Meisterplan und ein Kapitel der andernorts publizierten Gedanken zu Brasilia von O. Niemeyer an.

Die Stadt mit ihrem großzügigen Verkehrssystem, den Wohn- und Gesellschaftsbauten, Bildungsstätten, Erholungs- und Sportanlagen und die weiträumlige Universitätsstadt werden in knapper Form beschrieben, indem die in den Text eingefügten Skizzen, Modellfotos, Grundrisse, Schnitte und Objektaufnahmen als Ergänzung dienen. Leider wird ein Großteil der Abbildungen qualitativ hohen Ansprüchen nicht gerecht, und die beigegebenen Schnitte sagen oftmals über die konstruktiven Probleme wenig aus. Isometrische Darstellungen fehlen völlig.

Sozialökonomische und technologische Fragen werden nur gestreift, soziologische nicht gestellt, und über die materielle und ideelle Wirksamkeit der neuen Stadt werden keine Überlegungen angestellt. Insgesamt erhält man einen Gesamteindruck von der unter bürgerlich-demokratischer Gesinnung entstandenen neuen Hauptstadt aus Stahlbeton, deren gesellschaftliche Struktur aber noch in arm und reich aufgespalten ist, die sich noch als „kapitalistische Stadt mit all ihren Lastern und Ungerechtigkeiten" zeigt.

Adalbert Behr

■

O. Nimejer

Moj opyt stroitel'stva Brazilia

Perevod s portugal'skogo

Posleslovie I. F. Milinisa

63 Seiten mit Abbildungen

Izdatel'stvo inostrannoj literatury, Moskva 1963
30 Kopeken

(Französische Ausgabe: Oscar Niemeyer,

Mon espérience à Brasilia, Paris 1963)

Diese zuerst 1961 erschienene kleine Schrift des Lenin-Friedenspreisträgers Oscar Niemeyer – „Meine Erfahrungen beim Bau von Brasilia" (Minna experiência em Brasilia) – ist nicht nur eine notwendige Ergänzung zu W. Stäublis Buch, sondern gewährt vor allem neue Einsichten in den gewaltigen Aufgabenkomplex. Der Architekt legt die Vorplanung und Grundideen für den Aufbau Brasilias dar, ermöglicht wichtige Einblicke in die technologischen, funktionellen, konstruktiven und ästhetischen Probleme, beschreibt die im Kollektiv mit Ingenieur I. Pinheiro gemeisterten organisatorisch-technischen Fragen und hebt besonders die zu lösenden sozialen Aufgaben hervor. Gerade weil er als Kommunist weiß, daß ohne sozialistische Basis die in dieser Stadt möglichen Formen des wahrhaft menschlichen Zusammenlebens nicht wirksam werden können, obwohl, wie er berichtet, sich auf der Baustelle im Arbeitsprozeß Ansätze dazu zeigten, tritt er im politischen Kampf aktiv für den Fortschritt, für die nationale und soziale Befreiung seines Volkes ein.

Seine künstlerischen Anschauungen sind zugleich ein Beitrag zur Architekturtheorie der Gegenwart: In dialektischer Weise gehören die Einfachheit, Ökonomie und Vorfertigung von Bauelementen ebenso wie die freie plastische Form für bedeutsame Ensembles im Stadtgefüge zu den Kriterien einer schöpferischen Baukunst.

Im Nachwort charakterisiert J. F. Milinis die architektonischen Leistungen Niemeyers und dessen weltanschauliche Position.

Adalbert Behr

Standardisierung

Der DDR-Standard TGL 9717 Blatt 1 **Silo aus Stahl für Baustoffe,** Hauptkennwert ist in der Ausg. November 1965 ab 1. Oktober 1966 verbindlich. Er gilt für Silos aus Stahl zur Aufnahme pulverförmiger und feinkörniger, pneumatisch förderbarer Stoffe mit einer Dichte ζ bis 1,25 kg/dm³.

Ab 1. Juli 1966 verbindlich ist die TGL 13473 Stahlbau; **Stahltragwerke für Lastaufnahmemittel,** Berechnung in der Ausg. Oktober 1965. Allerdings darf von den im Standard festgelegten Grundsätzen der Berechnung und baulichen Durchbildung abgewichen werden, wenn durch Theorie, Versuch oder Messung eine ausreichende Begründung erbracht und von der gesetzlich vorgeschriebenen Prüfdienststelle anerkannt ist. Außer allgemeinen Grundsätzen enthält der DDR-Standard Festlegungen zu Lastannahmen und Nachweisen sowie besondere Regeln der Berechnung.

Bereits am 1. April 1966 wurde die TGL 20 070 **Rohrleitungen aus Stahl;** Stützweiten, Berechnung in der Ausgabe Juli 1965 verbindlich. Der Standard gilt nicht für die Berechnung der Stützweiten von Rohrleitungen zum Transport fester Stoffe, von Feldern, in denen Kompensatoren oder Rohrbogen angeordnet sind, und für Einzellasten aus Armaturen. Dagegen gilt er für die Berechnung der Stützweiten von Rohrleitungen zum Transport von Dampf, Flüssigkeiten und Gas. Der umfangreiche Standard enthält in den allgemeinen Festlegungen eine Tabelle mit den Grenzwerten, die zulässigen Stützweiten für Innen- und Endfelder, eine weitere Tabelle zu den Belastungsannahmen, ein Nomogramm zur Ermittlung der maximal zulässigen Stützweiten für Rohrleitungen aus Stahl und eine achtseitige Tabelle der zulässigen Stützweiten von Innenfeldern für die in der Praxis am häufigsten verwendeten Rohrabmessungen und Parameter.

Der Fachbereichstandard TGL 21-12 002 **Stahlhochbau;** Signieren von Bauteilen ist in der Ausgabe Oktober 1964 ab 1. April 1965 verbindlich. Er gilt für die Kennzeichnung zu montierender Bauteile von Stahlhochbauten. Neben allgemeinen Festlegungen enthält der Standard auch solche zur Ausführung und Verantwortung. Der Standard wurde von der VVB Industrieanlagenmontagen und Stahlbau, Leipzig, bestätigt.

Aus dem Fachbereich Wasserwirtschaft wurden die folgenden Fachbereichstandards in den Ausgaben Februar 1965 am 1. Dezember 1965 verbindlich. Es sind dies die TGL 92-024 Abwasserleitung; **Markierung von Abwasserdruckleitungen,** Hinweisschilder, TGL 92-040 Blatt 3 Wasserversorgung; **Markierung von Fernwasserleitungen,** Hinweisschilder und TGL 92-041 Wasserversorgung; **Markierung von Trinkwasserleitungen,** Hinweisschilder. Die Standards enthalten Festlegungen zur Ausführung, Befestigung, Beschriftung, Bestellung und Gestaltung. – Hierzu gehört auch die TGL 92-040 Blatt 1 Wasserversorgung; **Markierung von Fernwasserleitungen,** Übersicht und Anwendung, die ebenfalls in der Ausgabe Februar 1965 am 1. Dezember 1965 verbindlich wurde. Sie enthält auch Ausführungen zum Begriff der Fernwasserleitung.

Auch die TGL 92-003 **Hydromelioration – Entwässerungsgräben,** Projektierung, Ausbau, Instandhaltung wurde im Fachbereich 92 erarbeitet und in der Ausgabe Februar 1965 bereits ab 1. November 1965 verbindlich. Im Standard werden drei Begriffe erklärt und Festlegungen zur Bauausführung, zum Betrieb und hydraulischen Berechnungen sowie Instandhaltung getroffen. Außerdem enthält der Fachbereichstandard bautechnische und technische Forderungen.

An dieser Stelle sei noch auf die DDR-Standards TGL 4666 Zeichengeräte; **Zeichendreiecke** und TGL 4667 Zeichengeräte; **Winkelmesser** hingewiesen, die beide in den Ausgaben Juli 1965 ab 1. April 1966 verbindlich sind.

Im WTZ Industriebau wurde der Standard-Entwurf TGL 12 878 Maßtoleranzen im Bauwesen; **Monolithische Beton- und Stahlbetonbauten** in der Ausgabe März 1966 erarbeitet. Er soll für alle monolithischen Beton- und Stahlbetonbauten und -bauteile mit Ausnahme der Bauwerke gelten, die mit Gleit- und Kletterschalung errichtet werden. Der Geltungsbereich wird eingeschränkt, da noch nicht genügend Untersuchungen erfolgten. Der Standard-Entwurf geht von den Haupteinflüssen aus, trifft Festlegungen zu den Abmaßen und zur Anwendung und schließt mit der Prüfung der Einhaltung der Maßtoleranzen.

—er.

Rechtsnormen

Der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik bestätigte durch Beschluß vom 7. April 1966 (GBl. II Nr. 40 S. 249) die Richtlinie für die **Bildung und Verwendung des Prämienfonds in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben und den VVB der Industrie und des Bauwesens im Jahre 1967 sowie zur Übergangsregelung für das Jahr 1966.** Die Norm gilt für alle Betriebe, die nach der wirtschaftlichen Rechnungsführung arbeiten. Sie empfiehlt bei der Ausarbeitung und Durchführung des Volkswirtschaftsplanes 1967 die materielle Interessiertheit im Prämienfonds so zu gestalten, daß die schöpferische Initiative der Werktätigen im sozialistischen Wettbewerb zu einem hohen Nutzeffekt der gesellschaftlichen Arbeit führt und vor allem durch sozialistische Gemeinschaftsarbeit die Aufgaben der technischen Revolution gemeistert werden. Die Höhe des Prämienfonds wird in Abhängigkeit von der vorgesehenen Effektivitätssteigerung und der Einhaltung der vorgegebenen materiellen Kennziffern zur Deckung des volkswirtschaftlichen Bedarfs geplant. 1967 müssen die Mittel des Prämienfonds so eingesetzt werden, daß die Betriebskollektive im sozialistischen Wettbewerb wirksam an der Übernahme und Erfüllung hoher Planaufgaben interessiert werden. Dabei ist die materielle mit der moralischen Anerkennung der Leistungen der Werktätigen sinnvoll zu verbinden und die Jahresendprämie zur Hauptform der Prämiierung zu entwickeln. Sie ist eng mit dem sozialistischen Wettbewerb zu verbinden. Darüber hinaus sind sofort hervorragende Initiativleistungen nach vollbrachter Leistung anzuerkennen. In drei Anlagen sind Vorschläge für die Gestaltung der Prämienstaffel enthalten, wenn als Bezugsbasis für die Bildung des Prämienfonds der Zuwachs an Nettogewinn, die fondsbezogene Rentabilitätsrate oder der Zuwachs an Gewinn gilt.

– Mit Wirkung vom 1. Januar 1966 trat die Anordnung über die **Bildung und Verwendung des Komplex-Prämienfonds auf Investitionsbauvorhaben** vom 16. April 1966 (GBl. II Nr. 53 S. 324) in Kraft. Für Investitionsbauvorhaben, auf denen ein Komplexwettbewerb durchgeführt wird, bilden die Generalauftragnehmer oder Investitionsträger einen Komplex-Prämienfonds, in dem alle auf dem Bauvorhaben eingesetzten volkseigenen Betriebe aus ihrem einheitlichen Prämienfonds 1,5 Prozent des geplanten Lohnfonds – bezogen auf die Anzahl und Einsatzzeit der am Investitionsbauvorhaben beschäftigten Werktätigen – dem Komplex-Prämienfonds zuführen. Er wird für Wettbewerbsvereinbarungen verwendet, die mit den Kollektiven abzuschließen sind, in denen auf die Verkürzung der Bauzeit, Einhaltung der Qualitätskennziffern und die Erreichung der bestätigten technisch-ökonomischen Parameter, Sicherung der zyklogrammgerechten Durchführung des Vorhabens, Senkung des Bauaufwandes und der Investitionskosten sowie der Einsparung an Material orientiert wird.

Zu den Vorschriften, deren Weitergeltung ausdrücklich erwähnt wurde, gehört die Anordnung über die **Grundsätze zur Veränderung der Arbeitsweise in der technologischen Projektierung bei der Verwirklichung des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft** vom 5. Februar 1965 (GBl. Sonderdruck Nr. 512). Durch die technologische Projektierung ist der wissenschaftlich-technische Höchststand zu gewährleisten. Die Planung und Bilanzierung der technologischen Projektierung ist einheitlich zu sichern. Durch Einführung der Modellprojektierung und anderer moderner Projektierungsmethoden ist der Projektierungsaufwand einzuschränken. Mit der Einführung der wirtschaftlichen Rechnungsführung wird das in sich geschlossene System ökonomischer Hebel in der technologischen Projektierung angewendet.

Am 28. April 1966 trat die Anordnung Nr. 11 über die **Aufhebung gesetzlicher Bestimmungen** im Bauwesen vom 16. April 1966 (GBl. II Nr. 44 S. 288) in Kraft, die fünf Anordnungen, darunter die gleichnamige Nr. 10, für gegenstandslos erklärt. Außerdem wurden die Anordnung vom 24. Juli 1958 über die Gründung des VEB Zentrales Konstruktionsbüro Zement und Beton (GBl. II S. 186), die Anordnung Nr. 8 vom 19. Juni 1965 über die Anwendung von Typen- und Wiederverwendungsunterlagen – Zentrale Liste der Typen- und Wiederverwendungsunterlagen – (GBl. III S. 71) und zwei weitere Anordnungen ungültig.

—er.

Kurzfassung	Содержание

KB 087.1 DK 72:061.231:061.3

■ V. Bundeskongreß des BDA — 516

Deutsche Architektur, Berlin 15 (1966) 9, S. 516, 517 und 556 bis 569

An dem Kongreß, der am 9. und 10. Juni 1966 in Halle tagte, nahmen 215 Delegierte und 138 Gäste teil. Der Kongreß hatte das Ziel, ausgehend von den neuen Problemen, die sich in der gegenwärtigen Etappe des umfassenden Aufbaus des Sozialismus bei der Realisierung der technischen und kulturellen Revolution ergeben, die künftigen ideologischen und fachlichen Aufgaben des Bundes Deutscher Architekten zu bestimmen und den Architekten und Städtebauern eine weitsichtige Orientierung für die Lösung dieser Aufgaben zu geben.
Veröffentlicht sind die Grußadresse des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und die Grußadresse des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik an den Kongreß, die Namen der Mitglieder der neu gewählten Organe des Bundes, das auf dem Kongreß gehaltene Referat und die Entschließung des Kongresses.

KB 581 526 DK 725.42

■ Arbeiten des Entwurfsinstituts Professor Schaarschmidt — 518

Deutsche Architektur, Berlin 15 (1966) 9, S. 518 bis 533, 33 Abb., 5 Lagepläne, 1 Grundriß, 1 Isometrie, 1 Schema

Anläßlich des 65. Geburtstages von Professor Dipl.-Ing. Fritz Schaarschmidt, Inhaber des Lehrstuhls „Industriebau und Entwerfen" an der Fakultät für Bauwesen der Technischen Universität Dresden, werden Bauten und Projekte der Arbeitsgruppe Professor Schaarschmidt (früher Entwurfsinstitut) beim Projektierungsbüro der Fakultät für Bauwesen, die er neben seiner Lehrtätigkeit leitet, vorgestellt. Im einzelnen handelt es sich um Institutsbauten, um den Industriebau für den VEB Hochvakuum Dresden und um Bauten der Wasserwirtschaft, um deren architektonische Gestaltung sich Professor Schaarschmidt besonders verdient gemacht hat.

KB 313.2 DK 711.554

Gross, A. G.

Die Nebenanlagen im Erdölverarbeitungswerk Schwedt — 535

Deutsche Architektur, Berlin 15 (1966) 9, S. 535 bis 537, 2 Lagepläne, 2 Skizzen

Die Nebenanlagen wurden in das System der Baufelder nach den speziellen Bedingungen und Erfordernissen des Werkes eingeordnet. Den Produktionsanlagen vorgelagert und zu einem Komplex zusammengefaßt wurden die Anlagen, in denen die meisten Beschäftigten tätig sind. Außerdem wurde ein über das ganze Werk verteiltes System von Betriebsstützpunkten angelegt. Erörtert werden die Funktionen und Beziehungen der Nebenanlagen untereinander und ihr Verhältnis zum Organismus der Stadt Schwedt.

KB 625.27 DK 658.841.4.012.2

Klimow, A.

Automaten für die Zwischenverpflegung am Arbeitsplatz — 542

Deutsche Architektur, Berlin 15 (1966) 9, S. 542 bis 544, 4 Abb., 4 Grundrisse, 2 Schnitte, 1 Ansicht

Der Autor erörtert den Einfluß der Ernährung auf die Leistungsfähigkeit des Menschen sowie in ökonomischer und physiologischer Hinsicht die Nachteile bei der Zwischenversorgung am Arbeitsplatz durch Verkaufsstände oder Verkaufswagen und die Vorteile bei der Versorgung durch Automaten. Es werden diskutiert: Auswahl der Standorte für die Aufstellung von Automaten und Beispiele für die Aufstellungsmöglichkeiten von Automaten.

KB 313.2.024 DK 711.168

Mertens, H.

Rationalisierung und Umgestaltung von Industrie- und Mischgebieten — 545

Deutsche Architektur, Berlin 15 (1966) 9, S. 545 bis 547, 8 Abb.

In der Deutschen Demokratischen Republik sind rund 75 Prozent aller Grundfonds der Industrie in den Städten konzentriert. Generell zeichnen sich in den Altbaugebieten drei Strukturtypen ab: Industriegebiete mit geringem Bestand an Wohnungen, Mischgebiete mit einem Nebeneinander von Arbeiten und Wohnen, Wohngebiete mit eingestreuten Industriebetrieben. Im einzelnen wird dargelegt, welche städtebaulichen Forderungen zu erheben sind, um diese Gebiete im Sinne der sozialistischen Rationalisierung über einen längeren Zeitraum Schritt für Schritt umzugestalten. Erläutert werden erste Erfahrungen, die bei einer städtebaulichen Experimentalstudie zur Umgestaltung des Alt-Industriegebietes Leipzig-Plagwitz gesammelt wurden.

KB 502.5 DK 613.6:725.4

Waag, V.

Arbeitshygiene für Industriebauer (I) — 548

Deutsche Architektur, Berlin 15 (1966) 9, S. 548 bis 551, 9 Abb.

In diesem ersten Beitrag einer Veröffentlichungsreihe werden arbeitshygienische Gesichtspunkte für die Gestaltung von Freibauten und technologischen Freianlagen erörtert: Charakteristika der Bauwerke, arbeitshygienische Forderungen, Beurteilung der Tätigkeitsmerkmale der Beschäftigten, sanitäre Charakteristik der Arbeitsplätze, auftretende gesundheitliche Schäden, Krankheitsursachen und Unfallquellen, technische und betriebsorganisatorische Maßnahmen zur Vermeidung gesundheitlicher Schäden.

KB 311/312 DK 72.011(208)

Architektur und Lebensmilieu des Menschen — 570

Deutsche Architektur, Berlin 15 (1966) 9, S. 570 bis 571

Zum Thema des IX. UIA-Kongresses im Sommer 1967 in Prag hat die Sektion der ČSSR in der UIA fünf Teilkomplexe formuliert und zur Diskussion gestellt, und zwar: Besiedlungsstruktur, historisches Erbe und Gegenwart, Wohnmilieu, Produktion und Arbeitsmilieu, Mensch und Landschaft.

УДК 72:061.231:061.3

■ V конгресс Союза немецких архитекторов — 516

Дойче Архитектур, Берлин 15 (1966) 9, стр. 516, 517 и 556 до 569

В проходившем в Галле 9—10 июня 1966 г. конгрессе участвовало 215 делегатов и 138 гостей. Исходя из новых проблем, возникающих в настоящем этапе развернутого строительства социализма при реализации технической и культурной революции, конгресс определил будущие идеологические и профессиональные задачи Союза немецких архитекторов и сдал архитекторам и градостроителям предусмотрительную ориентировку для решения этих задач.
Опубликованы в статье приветственные адреса Центрального комитета Социалистической единой партии Германии и Совета Министров Германской Демократической Республики, фамилии членов нововыбранных органов Союза, прочитанный на конгрессе реферат и решение конгресса.

УДК 725.42

■ Работы, проведенные в возглавляемом профессором Шаршмидтом институте проектирования — 518

Дойче Архитектур, Берлин 15 (1966) 9, стр. 518 до 533, 33 рис., 5 планов расположения, 1 горизонтальная проекция, 1 изометрия, 1 схема

По поводу 65-ой годовщины со дня рождения профессора, дипл.-инж-ра Фритца Шаршмидта, заведующего кафедрой «Индустриальное строительство и проектирование» строительного факультета дрезденского технического университета, представлены сооружения и проекты рабочей группы проф-ра Шаршмидта (бывшего института проектирования) у бюро проектирования строительного факультета. В отдельном рассмотрены сооружения институтов, индустриальное строительство для нар. предпр. Хохвакуум Дрезден и сооружения водяного строительства, перед чем он имеет особенные заслуги.

УДК 711.554

Грос, А. Г.

Вспомогательные устройства нефтеперерабатывающего завода в г. Шведте — 535

Дойче Архитектур, Берлин 15 (1966) 9, стр. 535 до 537, 2 плана расположения, 2 эскиза

Вспомогательные устройства включены в систему строительных площадей с учетом специфических условий и требований общего предприятия. Устройства, в которых работает большинство трудящихся, соединены в один комплекс, расположенный перед цехами производства. Кроме того создали распределенную через все предприятие систему цеховых пунктов обслуживания. Обсуждены функции и взаимоотношения вспомогательных служб и их соотношения к организму города Шведта.

УДК 658.841.4.012.2

Климов, А.

Автоматы для снабжения провизией на рабочих местах — 542

Дойче Архитектур, Берлин 15 (1966) 9, стр. 542 до 544, 4 рис., 4 горизонтальных проекции, 2 разреза, 1 вид

Автор рассматривает влияние питания на производительность человека и экономические и физиологические невыгоды снабжения провизией на рабочем месте с помощью киосков или кареток. Подчеркнуты преимущества применения для этой цели автоматов. Подробно обсуждается выбор мест автоматов. Приводятся примеры существующих возможностей.

УДК 711.168

Мертенс, Х.

Рационализация и реконструкция промышленных и смешанных районов — 545

Дойче Архитектур, Берлин 15 (1966) 9, стр. 545 до 547, 8 рис.

В Германской Демократической Республике ок. 75 % всех основных фондов сосредоточены в городах. В областях старого строительства, в общем, существует три структурных группы: Промышленные районы с незначительным жилищным фондом; смешанные районы, характеризованные расположением промышленных предприятий и жилых кварталов друг около друга; жилые районы с разбросанными между ними промышленными предприятиями. Обсуждены градостроительные требования, предъявляемые для того, чтобы постепенно через длительный промежуток времени реконструировать эти районы в соответствии с социалистической рационализацией. Рассматривается первый опыт, накопленный при экспериментальном исследовании условий реконструкции старого промышленного района в г. Лейпциг-Плагвитц.

УДК 613.6:725.4

Ваг, В.

Рабочая гигиена индустриальных строителей (I) — 548

Дойче Архитектур, Берлин 15 (1966) 9, стр. 548 до 551, 9 рис.

В настоящей первой статье предусмотренной серии опубликований рассмотрены гигиенические точки зрения оформления наружных сооружений и технологических установок, расположенных под открытым небом: Характеристика сооружений, требования рабочей гигиены, оценка признаков деятельности работающих людей, санитарная характеристика рабочих мест, возникающие повреждения здоровья, причины заболевания и несчастных случаев, технические и организационные меры для предотвращения повреждений здоровья.

УДК 72.011(208)

Архитектура и жизненное окружение человека — 570

Дойче Архитектур, Берлин 15 (1966) 9, стр. 570 до 571

Секция ЧССР Международного союза архитекторов сформировала и предложила для дискуссии 5 частных комплексов к тематике IX конгресса летом 1967 г. в Праге: Структура заселения, историческое наследство и настоящее время, жильное окружение, производство и рабочее окружение, человек и ландшафт.

Summary

DK 72:061.231:061.3

■ **Vth Federal Congress of the Federation of German Architects**

Deutsche Architektur, Berlin 15 (1966) No. 9, pp. 516–517 and 556–569

Some 215 delegates and 138 guests took part in the Congress which was held in Halle, June 9th and 10th, 1966. It was the purpose of the Congress to take decisions on the future ideological and professional targets of the Federation of German Architects and to give both architects and town planners long-term orientation for the solution of these tasks, with all these considerations being based on the new problems to be tackled for the implementation of the technological and cultural revolution, in the current stage of comprehensive edification of socialism.
The publications include the greeting messages received from the Central Committee of the Socialist Unity Party of Germany and the Council of Ministers of the German Democratic Republic, a list of the members elected to the bodies of the Federation, the papers delivered to the Congress, and the resolution of the Congress.

DK 725.42

■ **Projects from the Professor Schaarschmidt Design Institute**

Deutsche Architektur, Berlin 15 (1966) No. 9, pp. 518–533, 33 figs., 5 layout plans, 1 ground plan, 1 isometry, 1 diagram

Buildings and designs completed by the Professor Schaarschmidt team (formerly Design Institute) at the Faculty of Building, Design Division, which is headed by Professor Dipl.-Ing. Fritz Schaarschmidt whose major assignment is the "Industrial Construction and Design" Chair at the above Faculty in the Technological University of Dresden, are introduced on the occasion of Prof. Schaarschmidt's 65th birthday. The items presented include institute buildings, an industrial job completed for the Hochvakuum Dresden National Company, and buildings of the hydraulic engineering sector, with their architectonic design being greatly owed to Prof. Schaarschmidt.

DK 711.554

A. G. Cross

Subsidiary Plant in the Combined Petroleum Refineries of Schwedt

Deutsche Architektur, Berlin 15 (1966) No. 9, pp. 535–537, 2 layout plans, 2 sketches

The subsidiary plants were integrated into the system of the various sub-jobs to meet the specific conditions and requirements of the Refineries. Those plants where the majority of labour is employed were concentrated in a coherent complex which was arranged in the forefield of the actual production plants. A system of so-called work bases was distributed over the whole compound. The functions of and the correlations between both the subsidiary plants and the plants with the city of Schwedt are discussed.

DK 658.841.4.012.2

A. Klimow

Automatic Equipment for Job Site Food Supply during Working Hours

Deutsche Architektur, Berlin 15 (1966) No. 9, pp. 542–544, 4 figs., 4 ground plans, 2 sections, 1 view

The influence of nutrition on human efficiency, the economic and physiological disadvantages of job site supply during the working hours by food stalls or food cars, as well as the advantages expected from supply through automatic equipment are explained by the author. The choice of automation sites and examples of possible installation sites are discussed.

DK 711.168

H. Mertens

Rationalisation and Reorganisation of Industrial and Composite Areas

Deutsche Arichtektur, Berlin 15 (1966) No. 9, pp. 545–547, 8 figs.

Some 75 per cent of all industrial investments of the German Democratic Republic are concentrated in cities. Three structural types are generally found in the old-structure areas: industrial areas with small dwelling stock, composite areas with a mixture of industries and housing, housing areas with some industries attached. The town planning demands to be accomplished in the long run for stepwisely reorganising these areas on the lines of socialist rationalisation are covered in detail. First experience obtained from a town planning study experiment to reorganise the old industrial area of Leipzig-Plagwitz is explained in this article.

DK 613.6:725.4

V. Waag

Labour Hygiene in Industrial Construction (I)

Deutsche Architektur, Berlin 15 (1966) No. 9, pp. 548–551, 9 figs.

Aspects of labour hygiene to be observed in the completion of open-air structures and open-air technological plant are explained in this article which is the first part in a series to come. The following topics are covered: characteristics of structures, demands of labour hygiene, assessment of labour characteristics of the workers, sanitary characterisation of job sites, possible damage to health, causes of sickness and sources of accidents, technological and organisational steps to prevent damage to health.

DK 72.011(208)

Architecture and Environment

Deutsche Architektur, Berlin 15 (1966) No. 9, pp. 570–571

The following five headings were formulated and suggested for discussion by the Czekhoslovak section of the International Union of Architects (UIA), following the subject of the IXth UIA Congress to be held in Prague, summer 1967: settlement structure, historic tradition and present time, dwelling environment, production and works environment, man and landscape.

Résumé

DK 72:061.231:061.3

516 ■ **Ve Congrès de la Fédération des architectes allemands (BDA)**

Deutsche Architektur, Berlin 15 (1966) 9, pages 516, 517 et 556 à 569.

Au congrès qui s'assemblait les 9 et 10 juin 1966 à Halle, participaient 215 délégués et 138 envités. Objet du congrès était, partant des nouveaux problèmes qui résultent de l'étape actuelle de la construction complète du socialisme à la réalisation de la révolution technique et culturelle, de déterminer les tâches idéologiques et du métier futures de la Fédération des architectes allemands et de donner aux architectes et urbanistes une vaste orientation dans l'intérêt de la solution de ces problèmes.
Publiés sont l'adresse de salutations du Comité Central du Parti Socialiste Unifié d'Allemagne et celle du Conseil des Ministres de la République Démocratique Allemande dirigées au congrès, les noms des membres des organes de nouveau choisis de la Fédération, le rapport fait à l'occasion du congrès et la résolution.

DK 725.42

518 ■ **Travaux de l'institut d'esquisses du Professeur Schaarschmidt**

Deutsche Architektur, Berlin 15 (1966) 9, pages 518 à 533, 33 illustrations, 5 plans de situation, 1 tracé, 1 isométrie, 1 schéma

A l'occasion du 65e anniversaire du Professeur Ing. Dipl. Fritz Schaarschmidt, titulaire de la chaire de « construction industrielle et esquisses » de la faculté d'architecture de l'université technique à Dresden, sont présentés des constructions et projets du groupe de travail du Professeur Schaarschmidt (anciennement institut d'esquisses) du bureau d'études de la faculté d'architecture qu'il dirige à côté de sa chaire. En détail il s'agit de constructions d'instituts, de la construction industrielle pour le VEB Hochvakuum à Dresden et de constructions pour la distribution des eaux dont la conformation architectonique Mr Prof. Schaarschmidt est tout spécialement mérité.

DK 711.554

Cross, A. G.

535 **Les installations secondaires du Combinat pour la transformation d'huile minérale à Schwedt**

Deutsche Architektur, Berlin 15 (1966) 9, pages 535 à 537, 2 plans de situation, 2 croquis

Les installations secondaires sont incorporées dans le système des champs de construction suivant les conditions et exigences spécifiques du combinat. Etendues devant les installations de production et concentrées dans un omplexe sont les installations où travaille la plupart des hommes. En outre fut monté un système de points de base distribué sur toute l'usine. Discutées sont également les fonctions et relations mutuelles des installations secondaires et la relation avec l'organisme de la ville de Schwedt.

DK 658.841.4.012.2

Klimow, A.

542 **Automats pour ravitaillement intermediaire au lieu de travail**

Deutsche Architektur, Berlin 15 (1966) 9, pages 542 à 544, 4 illustrations, 4 plans, 2 coupes, 1 vue

L'auteur discute l'influence de la nourriture sur la productivité de l'homme ainsi qu'en considération économique et physiologique les desavantages à l'alimentation intermédiaire au lieu de travail par des stands ou chariots de vente et les avantages de l'alimentation par des automats. Discutés sont: sélection des emplacements pour l'installation d'automats et des exemples donnés pour le placement des automats.

DK 711.168

Mertens, H.

545 **Rationalisation et transformation de districts industriels et mixtes**

Deutsche Architektur, Berlin 15 (1966) 9, pages 545 à 547, 8 illustrations

Dans la République Démocratique Allemande environ 75 % de tous les fonds de base de l'industrie sont concentrés dans les villes. En général se dessinent dans les districts des anciennes constructions trois types de structure: districts industriels avec des existances réduites d'habitations, districts mixtes avec travail et habitation, l'un à côté de l'autre, et districts d'habitations avec des usines industrielles insérées. En détail est expliqué quelles exigences urbanistes de longue haleine et pas à pas sont à lancer pour transformer ces districts suivant le sens socialiste de rationalisation. Expliqués sont en outre des premières expériences acquises pendant une étude urbaniste expérimentale de la transformation de l'ancien district industriel à Leipzig-Plagwitz.

DK 613.6:725.4

Waag, V.

548 **Hygiène de travail pour constructeurs industriels (I)**

Deutsche Architektur, Berlin 15 (1966) 9, pages 548 à 551, 9 illustrations

Par ce premier article d'une série de publications sont discutés des points de vue d'hygiène de travail pour la formation de constructions en plein air et d'installations technologiques en plein air: caractéristiques des bâtiments, exigences de la hygiène de travail, des jugements des caractéristiques des occupés, caractéristique sanitaire des lieux de travail, d'affections sanitaires, motifs de maladies et sources d'accidents, mesures techniques et d'organisation de service pour éviter affections sanitaires.

DK 72.011(208)

570 **Architecture et milieu de vie des hommes**

Deutsche Architektur, Berlin 15 (1966) 9, pages 570 à 571.

Concernant le thème du IXe Congrès UIA en été 1967 à Prague la section de la CSSR dans l'UIA a formulé cinq complexes partiels en les mettant à la discussion, c-à-d: structure de peuplement, héritage historique et temps présent, milieu d'habitation, production et milieu de travail, homme et paysage.

Index 31 409